

Die Verfassung und Verwaltung der Stadt Lauf

Von den Anfängen bis zur Zeit
der Nürnberger Herrschaft

von

Alfred Jahreis

aus

Erlangen

1968



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548410_0001

Die Verfassung und Verwaltung der Stadt Lauf

Von den Anfängen bis zur Zeit
der Nürnberger Herrschaft

Inaugural-Dissertation
der Juristischen Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg

vorgelegt

von

Alfred Jahreis

aus

Erlangen



Referent: Professor Dr. Alfred V o i g t .

Tag der mündlichen Prüfung: 20. 12. 1968.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	S.	<u>X</u>
Literatur- und Quellenverzeichnis	S.	<u>VI</u>
Verzeichnis der Abkürzungen	S.	<u>XV</u>

Teil	A:	<u>Überblick über die äußere Geschichte der Stadt.</u>	S.	1
Teil	B:	<u>Die stadtrechtliche Entwicklung.</u>	S.	12
	I.	Die Gründung des Ortes Lauf,	S.	12
	II.	Die Entwicklung vom Dorf zur Stadt.	S.	20
	III.	Inhalt und Bedeutung des Privilegs von 1298	S.	31
	IV.	Vergleich zwischen Amberger und Nürnberger Recht,	S.	38
	V.	Einzelheiten zum Rechtsvergleich	S.	46
	1.	Die Stellung des Richters	S.	46
	2.	Zuständigkeit und Gerichtsstand	S.	48
	3.	Strafrecht	S.	51
	4.	Die Rechtsstellung des Einzelbürgers	S.	56
	5.	Ehe- und Erbrecht	S.	67
		Zusammenfassung:	S.	71
	VI.	Die Fortbildung des Laufer Rechts	S.	73
Teil	C:	<u>Das Stadtre Regiment.</u>	S.	82
	I.	Die landesherrliche Verwaltung	S.	82
	1.	Die Rechte des Landesherrn	S.	82
	a)	Die Grundherrschaft	S.	84
	b)	Das Patronat	S.	85
	c)	Die Kriegsfolge	S.	88
	d)	Die Abgaben an den Landesherrn	S.	92
	Anhang:	Die Laufer Landesherrn v. 1268 bis 1504	S.	112
	2.	Das Pflegeamt Lauf	S.	114
	Anhang:	Landesherrliche Richter und Pfleger zu Lauf 1362 bis 1504	S.	128
	II.	Die städtische Selbstverwaltung	S.	131
	1.	Das Stadtgebiet (Burggeding)	S.	131
	2.	Die Stadtbevölkerung	S.	133
	3.	Die städtischen Organe und ihre Zuständigkeit	S.	137

a)	Die Entstehung der Rats Herrschaft	S.	137
b)	Die Ratswahl	S.	141
Anhang: Ordnung der Ratswahl			
	Der Weler Aide	S.	146
c)	Der innere Rat	S.	148
aa)	Zuständigkeit	S.	148
bb)	Das Bürgermeisteramt	S.	153
cc)	Die Ratsämter	S.	155
dd)	Verfahren	S.	158
Anhang: Mitglieder des inneren Rates zu Lauf v. 1377 bis 1504			
d)	Der äußere Rat	S.	166
e)	Die Stadtbediensteten	S.	167
4.	Wappen und Siegel der Stadt	S.	171
Teil D:	<u>Gerichtsbarkeit.</u>	S.	175
I.	Die hohe Gerichtsbarkeit.	S.	175
	1. Das Landgericht Sulzbach	S.	176
	2. Das Laufer Halsgericht	S.	184
II.	Die niedere Gerichtsbarkeit	S.	191
	1. Die Stadtgerichtsbarkeit	S.	191
	2. Die Gerichtsbarkeit des Rates	S.	208
Schluß:	Der Verfall der städtischen Selbstverwaltung Laufs nach der im Jahre 1504 erfolgten Eroberung durch Nürnberg	S.	212

B e i l a g e n .

I. Abschriften:

<u>Nr.</u>			
1	Urkunde Herzog Rudolfs von 1298 Dez. 6, (Lauf)	S.	219
2	Urkunde Herzog Rudolfs von 1294 März 3, (Amberg)	S.	220
3	Urkunde Herzog Rudolfs von 1296 März 31, (Nabburg)	S.	222

Nr.

4	Urkunde König Ludwigs von 1323 März 16	S.	224
5	Urbarium vicedominatus Lengenvelt v.1326	S.	225
6	Urkunde Karls IV. von 1355 August 23	S.	226
7	Urkunde des Kurfürsten Otto V. und Herzog Friedrichs v. 1376 Mai 22	S.	227
8	Gerichtsbrief des Stadtgerichts Lauf v. 1379 Juli 19	S.	228
9	Urkunde Herzog Stephans v. 1413 April 13	S.	229

II.	Regesten zur Rechts- und Verfassungsgeschichte der Stadt Lauf	S.	230
-----	---	----	-----

III. Abbildungen:

Abb. 1	Altes Stadtbild von Lauf. Ausschnitt aus der Karte des Pflegeamtes Lauf von Johann BIEN von 1628. (LO: StAN, Nbger. Karten u. Pläne Nr. 410)	S.	XVII
2	Lauf u. Umgebung zu Beginn des 17. Jahrhunderts. Ausschnitt aus der Karte des Pflegeamtes Lauf von Johann Bien von 1628 (LO: StAN, Nbger. Karten u. Pläne Nr. 410)	S.	12a
3	Grundriß der Stadt Lauf (Katasterbl.) (LO: Die Kunstdenkmäler von Bayern Bd. 11 - Landkreis Lauf an der Pegn. S. 239, Figur 203).		
4	Siegel der Stadt Lauf aus böhmischer Zeit. (LO: HStM, Allg. Staatsarchiv, Gerichtsurkunde Rothenberg Nr. 116)	S.	174b
5	Siegel der Stadt Lauf aus bayer. Zeit (LO: StAN, Nbger., Heiliggeistspital Nr. 71)	S.	174b
6	Siegel der Stadt Lauf aus der Nürnberger Zeit. (LO: StAN, D-Urkunde Nr. 831)	S.	174b
7	Der Fraischbezirk des nürnbergischen Amtes Lauf. Kolorierte Federzeichnung eines unbekannten Verfassers aus dem Jahre 1717 nach Art. des Gg. Th. Schunter. (LO: StAN, Bestand Nbger. Karten u. Pläne Nr. 422).		

- Abb. 8 Ältester Laufer Stadtgerichtsbrief S. 202a
von 1365 Juli 22.
(LO: HStM, Allg.Staatsarchiv,
Gerichtsurkunde Rothenberg Nr. 116)
- 9 Notariatsinstrument über eine S. 207
Appellation vom Stadtgericht Lauf
von 1457 Mai 31 (LO: HStM, Allg.
Staatsarchiv, Pfalz Neuburg, Reichs-
städte U 367).
-

V o r w o r t :

Seit die Reichsstadt Nürnberg im Laufe des Landshuter Erbfolgekrieges am 2. Juni 1504 die Stadt Lauf einnahm und sie dem Bündnisvertrag mit Herzog Albrecht von Bayern-München entsprechend sich einverleibte, kann von einem **eigntümlichen** Laufer Rechts- und Verfassungsleben nicht mehr die Rede sein. Seither machte sich auf allen Gebieten eine Bevormundung durch herrschaftlich-nürnbergische Organe breit, die jede eigenständige Regung im Keim erstickte. Im Verlauf der über 300-jährigen Nürnberger Herrschaft geriet das alte Laufer Recht, welches z.B. in seiner Ratswahlordnung oder in der Ausgestaltung des Bürgermeisteramtes durchaus eigentümliche Regelungen aufzuweisen hat, teilweise völlig in Vergessenheit. Zum anderen Teil wurde es von späterem Rechtsbrauch derart überlagert, daß es nur noch als Ausfluß der übermächtigen Nürnberger Übung erschien. Karl Koch hat als erster auf die für eine Landstadt erstaunlich ausgeprägte Selbstverwaltung vor der Zeit der Nürnberger Herrschaft hingewiesen. In Anknüpfung hieran versucht die vorliegende Arbeit einen Einblick in das reiche städtische Verfassungsleben bis zu diesem Zeitpunkt zu vermitteln. Hierzu bestand nicht nur Anlaß, weil es bisher an einer speziellen Untersuchung über die verfassungsrechtliche Entwicklung des für die Reichsstadt so bedeutsamen Landgebiets fehlt, sondern auch deshalb, weil die vorhandenen allgemeinen Veröffentlichungen in erheblichem Umfang von den nach 1504 geschaffenen "Nürnberger" Verhältnissen ausgehen, schließlich, weil andere Arbeiten, z. B. die wertvolle "Geschichte der Stadt Lauf" Karl Sauers von 1898, wenigstens in der Art der Darstellung überholt sind.

Der Anfang des abgesteckten Zeitraums ergab sich aus dem Zeitpunkt der ersten urkundlichen Nennung der Stadt. Entgegen anderen Darstellungen war eine Ausdehnung der vorliegenden Arbeit bis zu der am Ausgang des 16. Jahrhunderts zu Ende gehenden Zeit der mittelalterlichen Städteherrlichkeit weder erforderlich noch möglich, da die Selbstverwaltung

Laufs schon vorher durch die Nürnberger Eroberung ein jähes Ende fand. Allerdings gaben gerade die in der Übergangszeit des beginnenden 16. Jahrhunderts aufgezeichneten Regelungen die wertvollsten Aufschlüsse über den Unterschied zwischen altem und neuem Rechtsbrauch. Es erschien erforderlich, Laufs Stellung im Gefüge der landesherrlichen Behördenorganisation eingehender darzustellen. Richtungsweisend im Hinblick auf diese Einteilung war hier vor allem die ausgezeichnete Arbeit von August Scherl über die Verfassung und Verwaltung der Stadt Nabburg bis zum Ausgang des

16. Jahrhunderts. Da über die teilweise sehr verwickelte mittelalterliche Geschichte Laufs keine neuere lückenlose Darstellung vorhanden ist, wurde ein kurzer Überblick über die allgemeine Geschichte vorangestellt. Das Fehlen von Stadtbüchern, Rechtsbüchern und ähnlichen umfassenderen zeitgenössischen Aufzeichnungen stand häufig einer Schilderung der fortlaufenden verfassungsgeschichtlichen Entwicklung entgegen.

Eine Ortsgeschichte - hierzu gehört auch die vorliegende Verfassungsgeschichte - darf sich, will sie nicht bloß Liebhaberei und leerer Zeitvertreib sein, nicht in der Schilderung der für das Ganze manchmal unbedeutenden örtlichen Verhältnisse erschöpfen. Sie soll vielmehr aus der "warmen Enge der Provinz" hinauslenken in die Weite und so das Entfernte mit dem Nahen verknüpfen. (Schnelbögl). Aus diesem Grund wurde dem Vergleich der beiden weit ausstrahlenden Rechtskreise, des Amberg-oberpfälzischen und des reichsstädtisch-nürnbergischen, besonderer Raum gewidmet. Die Berechtigung hierfür folgt daraus, daß Lauf jahrhundertlang im Schnittpunkt beider Rechtsordnungen lag. Als natürliches Vorland der übermächtigen Reichsstadt war es einerseits allen von dorthier kommenden geistigen, damit auch rechtlichen Strömungen unmittelbar ausgesetzt. Andererseits versuchten die böhmischen und bayerischen Landesherrn gerade in ihrer westlichsten Bastion gegen Nürnberg ihr Rechtssystem durchzusetzen.

Es ist mir mehr als eine Pflicht der Höflichkeit, Herrn Professor Dr. Voigt für die allzeit gütige Förderung der Arbeit zu danken. Für wertvolle Anregungen sowie für freundliche Unterstützung bei der Beschaffung des Materials bin ich ferner dem verstorbenen Leiter des Laufer Stadtarchivs, Herrn Berufsschuldirektor Rebmann, ebenso den Herren Archivdirektor Dr. Schnelbögl und Oberlandesgerichtsrat Dr. Koch zu Dank verpflichtet.

Stein bei Nürnberg, September 1968.

- Die Markengründungen Kaiser Heinrichs III. auf bayernisch-böhmischen Boden (Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 14, S. 177-247) 1944
Markengründungen
- Die Reichsministerialität als Träger staufischer Staatspolitik in Ostfranken u. auf dem bayerischen Nordgau (Jb.d. Histor.Ver.f.Mittelfranken 60/64) über Lauf besonders S. 11 ff.
Reichsministerialität
- Nürnberg als Startpunkt staufischer Staatspolitik, NVGN, Bd. 59 (1944) S. 12
Staatspolitik
- Burger, Siegfried: Das Steuer- und Abgabewesen frankischer Landstädte v. Mittelalter bis zur Neuzeit am Beispiel: Lauf an der Pegnitz, Jur. Diss. Erlangen 1949.
- Brunner, Otto: Land und Herrschaft, 3. Auflage (Veröffentlichungen des Instituts für Geschichtsforschung und Archivwissenschaft, Bd. I), Brunn/München/Wien 1945
- Dannenbauer, Heinz: Die Entstehung des Territoriums der Reichsstadt Nürnberg, Stuttgart 1938.
- Deuerlein, Ernst: Ein Beitrag zur Geschichte der mittelalterlichen Stadt Lauf und des Wenselschlosses in: Die Fundgrube Nr. 8 (1930), Seite 5, 6.
- Deuerlein, Ernst und Wintz H.: Erlangen im Spiegel der Münze, Erlangen 1936.
- Doeberl, Michael: Entwicklungsgeschichte Bayerns Bd. 1, 3. Aufl. (1916) (München).
- Dollacker, Anton: Altstraßen von Hersbruck nach Forchheim, in Heimat. Hersbruck, 14 (1938) Nr. 12. /Altstraßen von Hersbruck/
- Altstraßen der mittleren Oberpfalz in: Verhandlungen des Historischen Vereins von Oberpfalz und Regensburg, Bd. 88 (1938).
- Fehr, Hans: Deutsche Rechtsgeschichte, Berlin 1962.

- Franz, Eugen: Nürnberg, Kaiser und Reich.
Nürnberg 1930.
- Fuchs, Karl: Die Entwicklung des Amberger Stadt-
rechts. Jur.Diss. ungedruckt,
Erlangen, 1926.
- Gebessler, August: Bayerische Kunstdenkmale (Bd. 11),
Landkreis Nürnberg. München 1961.
- Geiger, Rudolf: Propstei des Klosters Bergen,
in: MVGN Bd. 43 (1952) S154ff.
- Gangler, Heinrich;Gottfried: Beiträge zur bayerischen Rechtsge-
schichte, IV. Heft: Die Verfassungszu-
stände im bayerischen Franken bis zum
Beginn des 13. Jahrhunderts, Erlangen und
Leipzig 1894.
[Rechtsgeschichte]
- Gilissen, Johann: Les institutions administratives et
judiciaires des villes vues sous l'angle
de l'histoire & comparative. In: La
ville. Première partie: Institutions
administratives et judiciaires. Recueils
de la société Jean Bodin VI. Bruxelles
1954, S.5ff.
- Gritzner, Erich: Heraldik
in:Grundriß der Geschichtswissenschaft,
herausgegeben von Alois Meister Bd. I,
Abt. 4^e, S. 73ff.
2. Auflage Leipzig und Berlin 1912.
- Guttenberg, Erich,
Freiherr von: Die politischen Mächte des Mittelalters
(8-14.-Jahrhundert). (Scherzer, Gau,
Bayer.Ostmark, 3. Abschnitt des Teiles
"Geschichtliches Werden des Gangebietes"
S. 214-275) 1940.
[Politische Mächte]
- ,
Territorienbildung am Obermain
(Ber.d.Hist.Ver.Bamberg 79) 1927
[Territorienbildung]
- Haase, Carl: Die Entstehung der westfälischen Städte
in: Veröffentlichungen des Provinzial-
instituts für Westfälische Landes- und
Volkskunde Reihe 1, Heft 11, Münster 1960
Gegenwärtiger Stand und neue Probleme der
Stadtrechtsforschung, in: Westfälische
Forschungen, Bd. 1953/54,S.129ff.
- ,

- Haeutle, Christian: Genealogie des erlauchten Stammhauses Wittelsbach, München 1870.
- Hegel, N.: Entstehung des deutschen Städtewesens, Leipzig 1898.
- Hiereth, Sebastian: Die bayerische Gerichts- und Verwaltungsorganisation vom 13. bis 19. Jahrhundert. München 1950.
- Hoffman, Karl: Das Städtchen Lauf in: Die Fundgrube 15 Nr. 1 (1939), S. 8 ff.
- Hofmann, Friedrich: Verteidigung der Laufer Wildbahn und Jagdgerechtigkeit. Lauf 1748.
- Hofmann, Hans-Hubert: Nürnberg-Fürth, Hist. Atlas von Bayern, Teil Franken, Heft 4, München 1954.
- , Karl IV. und die politische Landbrücke von Prag nach Frankfurt am Main (mit Karte). Vorträge der wissenschaftlichen Tagung des Collegium Carolinum in Frankfurt/M. am 7. und 8. Juni 1962. Sonderdruck München 1963 /Landbrück-/
- Höpfl, Heinz: Kleine Geschichte Englands.
- Kalisch, C.H.: Über das Verhältnis des Geleitsregals zum Zollregal. Jur.Diss.Berlin 1901.
- Keßel, Willi: Ein Beitrag zur Steuergeschichte Ingolstadt im Mittelalter (Sammelblatt des Hist.Ver. Ingolstadt 61, S. 3-21) 1952.
- Klier, Richard: Nürnberger Landzölle in : Altnürnberger Landschaft, 14. Jahrgang (1965), Heft 3, S. 75ff.
- Knapp, Hermann: Das alte Nürnberger Kriminalrecht. Berlin 1896 /Kriminalrecht/
- , Das alte Nürnberger Kriminal-Verfahren bis zur Einführung der Carolina. Berlin 1891 /Kriminalverfahren/
- Koch, Karl: Das Glockengießerspital zu Lauf. Lauf 1954
- Kölbel, Richard: Die Kaiser-"Pfalz" in Lauf. Ungedruckte Zulassungsarbeit. Erlangen, 1959.
- Kraft, Wilhelm: Das Wasserschloß in Lauf in: Die Fundgrube 11, (1935), Nr. 7, S. 48 ff.
- Kraft- Wilhelm, Schwemmer, Wilhelm: Kaiser Karls IV. Burg und Wappensaal zu Lauf. Nürnberg, 1960.
- Kusch, Eugen: Nürnberg, Lebensbild einer Stadt, Nbg. 1950

- Liermann, Hans: Nürnberg als Mittelpunkt des deutschen Rechtslebens. In: Jahrbuch für fränkische Landesforschung 2/1936 S. 1 ff.
Franken und Böhmen. Ein Stück deutscher Rechtsgeschichte. Erlangen 1939.
- Lochner, Georg, Wolfgang, Karl: Nürnberger Jahrbücher. Heft 1, Nbg. 1933.
- Looshorn, Johann: Die Geschichte des Bistums Bamberg, München 1886.
- Maidhof, Adam: Das Passauer Stadtrecht. Ein Beitrag zur bayerisch-österreichischen Rechts- und Kulturgeschichte (Veröffentlichungen des Instituts f. ostbair. Heimatforschung) 1927.
- Mayerhofer, Dieter: Die Verfassung und Verwaltung der Stadt Sulzbach bis zum Ausgang des 16. Jahrhunderts. Jur. Diss. Erlangen 1957.
- Meisterlin, Sigmund: Chroniken der deutschen Städte, 3. Band, Nürnberg, Leipzig 1864.
- Mitteis, Heinrich und Lieberich, Heinz: Deutsche Rechtsgeschichte, 9. Auflage, München und Berlin 1965.
- Münzel, Josef: Die Richtstätte von Lauf in: "Alt-Lauf", Jahrgang 1 (1931/32) S. 10 ff.
- Mummenhoff, Ernst: Die Juden in Nürnberg bis zu ihrer Vertreibung im Jahre 1499 in topographischer und kulturhistorischer Beziehung in: Ernst Mummenhoff, Gesammelte Aufsätze und Vorträge 1. Bd., Nbg. 1931.
- Nagel, Rudolf: Das Recht der Reichsstädte Weißenburg und Nürnberg. Jur. Diss., Photodruck, Erlangen 1963.
- Pfeiffer, Gerhard: Nürnbergs Selbstverwaltung 1256-1956, Nürnberg 1957.
- Pfordten, Ludwig: Studien zu Kaiser Ludwigs Oberbayerischen Stadt- und Landrechten, München 1875.
- Piendl, Max: Historischer Atlas von Bayern, Teil Altbayern (Heft 10): Herzogtum Sulzbach, Landrichteramt Sulzbach, München 1957.
- Pitz, Ernst: Die Entstehung der Rats Herrschaft in Nürnberg im 13. und 14. Jahrhundert, München 1956.
- Planitz, Hans und Eckardt, Karl, August: Deutsche Rechtsgeschichte (2. Auflage), Graz - Köln 1961.
- Planitz, Hans: Die deutsche Stadt im Mittelalter (Graz-Köln 1954).

- Rebmann, August: Aus der Geschichte der Stadt Lauf in: Unsere Heimat im Adreßbuch, Lauf 1953.
- . Aus der Geschichte Laufs und seiner Gewerbe, in: Fundgrube 20 (1950) Nr. 1, Nürnberg 1960. S. 2 ff.
- . Einiges über die Laufer Rußigen, in: Die Fundgrube 11 (1935) Nr. 7, S. 46, 47.
- . Vortrag gehalten in der Volkshochschule Lauf am 22. 6. 1959.
- . Zur Eröffnung des neu eingerichteten Stadtarchivs Lauf, in: Fundgrube (1935), Nr. 4, S. 21 ff.
- Reicke, Emil: Geschichte der Reichsstadt Nürnberg bis zu ihrem Übergang an das Königreich Bayern 1806, Nürnberg 1896.
- Riess, Karl: Zur Geschichte der Abgaben in bayerischen, vornehmlich nordbayerischen Städten vor 1800, München 1957.
- Rietschel, Siegfried: Markt und Stadt in ihrem rechtlichen Verhältnis, Leipzig 1897.
- Riezler, Sigmund: Geschichte Baierns.
1. Bd. 2. Aufl. Stuttgart und Gotha 1927.
2. Bd. Gotha 1880.
3. Bd. Gotha 1889.
4. Bd. Gotha 1899.
- Ring, Richard, Friedrich: Die Entwicklung des Landshuter Stadtrechts bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts (Verh. des hist. Vereins für Niederbayern 76, S. 5-130) 1950.
- Rosenthal, Eduard: Geschichte des Gerichtswesens und der Verwaltungsorganisation Baierns. Bd. I. Vom Ende des 12. - Ende des 16. Jahrhunderts (1180-1589), Würzburg 1889.
- Roth, Johann Ferdinand: Geschichte des Nürnberger Handels, Leipzig 1800.
- Rühl, Eduard: Kulturkunde des Pegnitztales und seiner Nachbargebiete, in: Schriftenreihe der Altnürnberger Landschaft, Bd. V, 1961.
- Sander, Erich: Die Wehrhoheit in deutschen Städten, in: Archiv für Kulturgeschichte, 36. Bd. (1954), S. 333-356.
- Sauer, Karl: Geschichte der Stadt Lauf, Lauf 1898.
- Scherl, August: Verfassung und Verwaltung der Stadt Nabburg bis zum Ausgang des 16. Jahrhunderts (Verhandlungen des Historischen Vereins für Oberpfalz und Regensburg, 96. Bd. S. 93-276, Regensburg 1955).
- Scherzer, Hans: Gau Bayer. Ostmark. Land, Volk, Geschichte, 1904.
- Schlessinger, Walter: Burg und Stadt. In: Aus Verfassung und Landesgeschichte, Festschrift für Theodor Mayer, Band 1, Lindau-Konstanz (1954), S. 97 ff.
- . Über mitteleuropäische Städtelandschaften der Frühzeit, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 93, 1957, S. 15 ff.

Schmeller, Johann Andreas-
Frowmann, G. Karl:

Schnelbögl, Fritz:

-,

-,

-,

-,

-,

Schnelbögl, Fritz,-
Hoffmann Hans Hubert:

Schröder, Richard-
Künßberg, Eberhard
Fhr.v.:

Schrötter, Friedrich,
Fhr.v.:

Schultheiß, Werner:

-,

-,

-,

Schuster, Adolf:

Schwerin, Claudius,
Fhr.v.-
Thieme, Hans:

Bayerisches Wörterbuch, 2. Aufl.
1872/77.

Die Kunstdenkmäler von Bayern, Bd.
XI, Landkreis Lauf, historische
Einleitung, München 1966/KDM Lauf/
Die "Pfalz" Lauf, in: Jahrbuch für
fränkische Landesforschung, Bd. 19
(1959) S. 389 ff./"Pfalz" Lauf/.
Lauf-Schnaittach. Eine Heimatge-
schichte, Lauf 1941.

/Lauf-Schnaittach/

Mühlen und Hämmer in Lauf an der
Pegnitz, Nürnberg 1964.

/Mühlen und Hämmer/

"Ui fraaschle", in: die Fundgrube, 10
(1934) Nr. 3, S. 11. Jahrgang

/Ui fraaschle/

Wappen und Siegel der Stadt Lauf,
in: Fundgrube Jahrgang 11 (1935)
S. 24ff.

/Wappen und Siegel/

Gelegenhait der Landschaft mit-
sampt den Furten und heiltten
darinnen, Hersbruck 1952.

Lehrbuch der deutschen Rechtsge-
schichte. 6. Auflage Leipzig 1919.

Wörterbuch der Münzkunde, Berlin-
Leipzig 1930.

Das Weistum über das Nürnberger
Schultheißenamt aus dem Jahre 1385:
In Mitteilungen des Vereins für
Geschichte der Stadt Nürnberg (MVGn)
35 (1937) S. 61ff.

/Weistum/

Die Einwirkung des Nürnberger Stadt-
rechts auf Deutschland, besonders
Franken, Böhmen und die Oberpfalz
(Jahrbuch für fränkische Landes-
forschung 2, S. 18ff) 1936.

/Einwirkung Nürnberger Stadtrechts/
Geschichte des Nürnberger Ortsrecht
Nbg., 1957.

/Ortsrecht/

Das "Nürnberger Urkundenbuch" u. der
Lauf-Schnaittacher Ramm, in: Fundgrube
23 (1953) Nr. 8, S. 125ff.

Verfassungsgeschichte der Stadt
Weiden in der Oberpfalz im Mittel-
alter und in den ersten Jahrhunderten
der Neuzeit (VO 92, S. 49-1860),
Regensburg 1951.

Grundzüge der deutschen Rechtsge-
schichte, Berlin, München 1950.

- Siegl, Karl: Die Kataloge des Egerer Stadtarchivs, Eber 1900.
- Sombart, Werner: Der Begriff der Stadt und das Wesen der Städtebildung (Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXV, (1907), S.1-9.
- Stadler, Klemens-Zollhöfer, Friedrich: Wappen der schwäbischen Gemeinden. Kempten 1952.
- Stengel, Edmund: Die fränkische Wurzel der mittelalterlichen Stadt in hessischer Sicht (Städtewesen und Bürgertum als geschichtliche Kräfte. Gedächtnisschrift für Fritz Rörig) S. 5 ff., Lübeck 1953.
- Thoma, Hans: Das älteste Amberger Stadtrechtsbuch, Jur.Diss. Erlangen 1920, Maschinenschrift.
- Voigt, Alfred: Geschichte der Grundrechte, Stuttgart 1948.
- Voit, Gustav: Die Geschichte des Klosters Engelthal. Diss., photomechanischer Druck, Erlangen 1958.
- , Die Wildensteiner, Sonderheft der Altnürnberger Landschaft, 13. Jhrgg. (1964)
- Voit, Gustav und Geiger, Rudolf: Hersbrucker Urbare, Schriftenreihe der Altnürnberger Landschaft, Bd. XV (1965).
- Waldmann, Daniel: Der Einfluß des Nürnberger Stadtrechts im Mittelalter auf andere Stadtrechte. (Fränkischer Kurier - 1926 - Nr. 158 und 163).
- Weizsäcker, Wilhelm: Egerer und Nürnberger Stadtrecht, in: Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen (1930/33), S.265 ff.
- Welser, Ludwig, Freiherr von Neunhof, Kulturgeschichtliche Blätter aus dem dortigen Gutsarchiv, Bamberg 1928.
- Wild, Karl: Baiern und Böhmen (Verhandlungen des hist.Vereins f. Oberpfalz u. Regensburg Bd. 88 - 1938 - S. 107 ff.).
- Wölkern, Carl Lazarus von: Historia Norimbergensis Diplomatica 2 Bände Nbg. 1738.
- Zahn, Benedikt Wilhelm: Kirchen-, Religions- und Reformationsgeschichte des Nürnbergischen Städtleins Lauf. 1781.
- Zeumer, Karl: Die deutschen Städtesteuern, insbes. die städt. Reichssteuern im 12.u.13. Jhdt. (Beitrag zur Geschichte der Steuerverfassung d. deutschen Reiches/Staats- u. sozialwissenschaftl.Forschungen, Bd.1, Heft 2)

G e d r u c k t e Q u e l l e n .

- Baader, Joseph: Nürnberger Polizeiornungen aus dem
13. bis 15. Jahrhundert. Stuttgart 1861
- Böhmer, Johann Friedrich-
Ficker, Julius-
Winkelmann, Eduard: Regesta Imperii. Bd. V. Die Regesten
des Kaiserreiches unter Philipp, Otto IV.,
Friedrich II., Heinrich VIII., Con-
rad IV., Heinrich Raspe, Wilhelm und
Richard 1198 - 1272.
1. Abt. Innsbruck 1881
2. und 3. Abt. Innsbruck 1882
- Böhmer, Johann Friedrich-
Huber, Alfons: Regesta Imperii. Bd. VIII. Die Rege-
sten des Kaiserreichs unter Karl IV.
1346 - 1378.
Innsbruck 1877.
Aditaneum primum: ad Bd. VIII.,
Innsbruck 1899.
- Engel, W.: Urkundenregesten zur Geschichte der
Städte des Hochstifts Würzburg (1172-
1413) Regesta Herbispolensia III,
Würzburg 1956.
- Fessmaier, Johann Georg: Urkundenbuch (Diplomatische Skizze von
dem Alten Vitzthum-Amte Lengenfeld,
S. 49-78, 16 noch ungedruckte Urkunden)
s. 1.1800.
- Gengler, Heinrich Gottfried: Deutsche Stadtrechte des Mittelalters,
Nürnberg 1866
/Stadtrechte/
- Gumbel, Albert: Hersbrucker Stadtturkungen 1297-1833.
/ohne Orts- und Zeitangabe/
- Heidingsfelder, F.: Die Regesten der Bischöfe von Eichstätt,
Erlangen 1938
Kraus, Annemarie Bayerische Archivinventare, Heft 24 (1964)
Stadtarchiv Weiden.
- Lünig, Johann Christian: Codex Germaniae Diplomaticus Frankfurt-
Leipzig 1732.
- Monumenta Boica
München 1821/99
- Monumenta Wittelsbacensia
in: Quellen und Erörterungen
zur bayerischen und deutschen
Geschichte, Bd. VI.,
München 1861.
- Monumenta Germaniae Historica
Hannover und Leipzig
- Monumenta Zollerana
Urkundenbuch zur Geschichte des
Hauses Hohenzollern, Berlin 1852-1861.

- Pfeiffer, Gerhard: Nürnberger Urkundenbuch
 (Quellen und Forschungen zur
 Geschichte der Stadt Nürnberg,
 Bd. 1).,Nbg. 1959.
- Regesta Boica
(Regesta sive rerum boicarum
 autographa Bd. I-XIII)
München 1822-1854.
- Schultheiss, Werner: Die Acht-, Verbots und Fehdebücher
 Nürnbergs von 1285-1400.
 (Quellen und Forschungen zur
 Geschichte der Stadt Nürnberg,
 2.Bd.Lieferung 1/2) Nürnberg 1960.
 [Acht-Bücher]
- Schultheiss, Werner: Satzungsbücher und Satzungen der
 Reichsstadt Nürnberg aus dem 14.
 Jahrhundert (Quellen zur Geschichte
 und Kultur der Stadt Nbg.3.Bd.
 Lieferung 1)
 Nürnberg 1965.

U n g e d r u c k t e Q u e l l e n .

Es wurden Archivalien aus folgenden Archiven benutzt:

Allgemeines Staatsarchiv München, Abteilung Haupt-
staatsarchiv, Staatsarchiv Nürnberg, Stadtarchiv Lauf,
Staatsarchiv Amberg, Stadtarchiv Amberg, Stadtarchiv Weiden,
Staatsarchiv Bamberg, Germanisches Nationalmuseum Nürnberg.

Die benützten Archivalien sind im einzelnen im Text aufgeführt.

V e r z e i c h n i s d e r A b k ü r z u n g e n

AP	Amberger Grundprivileg von 1294.
AStA	Allgemeines Staatsarchiv, München, Abteilung Hauptstaatsarchiv.
AStB	Amts- und Standbuch.
Bfb.	Nürnberg. Briefbücher.
Const.	Constitutiones.
Fasc.	Fascikel.
GUS	Gerichtsurkunde Sulzbach.
HStM	Hauptstaatsarchiv München.
LO	Lagerort.
LG	Landgericht.
MB	Monumenta Boica.
MG	Monumenta Germaniae,
Mon.Witt.	Monumenta Wittelsbacensia.
Mon.Zoll	Monumenta Zollerana.
MVGN	Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg.
NP	Nabburger Grundprivileg v. 1296.
NUB	Nürnberg. Urkunden-Buch.
Or.	Original.
Pg.	Pergament.
RB.	Regesta Boica.
Reg.	Regesten.
Reg.Imp.	Regesta imperii.
SA.	Sulzbacher Akten.
Salb.	Salbuch
SpB.	Spitalbuch.
StAA	Staatsarchiv Amberg

StAL	Stadtarchiv Lauf
StAN	Staatsarchiv Nürnberg
U	Urkunde
VO	Verhandlungen des Historischen Vereins für Regensburg und Oberpfalz
WUB	Weidener Urkundenbuch
lb.	libra, Pfund
ß	solidus, Schilling
d	denarius, Pfennig
hl.	Heller
fl.	florenus, Gulden



Abb. 1: 1 Altes Stadtbild von Lauf.
 (Ausschnitt aus der Karte des Pflegeamts
 Lauf von Johann Bien aus dem Jahre 1628).

I. ÜBERBLICK ÜBER DIE ÄUSSERE GESCHICHTE DER STADT.

Die Gegend von Lauf, seit jeher im Schnittpunkt unterschiedlicher stammesmäßiger, politischer und rechtlicher Systeme gelegen, kann auf eine außerordentlich bewegte Geschichte zurückblicken.

Im 10. Jahrhundert gehörte das Gebiet politisch zum westlichen Teil der bayerischen Nordgaugrafschaft. Deren Grenze gegen den fränkischen Radenzgau (Radenz d.i. Rednitz) lief von der Erlanger Gegend die Schwabach aufwärts, dann dem Oberlauf der Trubach entlang in nördlicher Richtung zum Fichtelgebirge.¹⁾

Um 937/38 wurde der Nordgau von Kaiser Otto I. dem bayerischen Herzogtum entzogen und der Verwaltung durch eigene vom König eingesetzte Grafen anvertraut. Mit dieser Maßnahme wollte der Kaiser ein wirksames Gegengewicht gegen das bayerische Herzogtum schaffen.³⁾

Obwohl der erste vom Kaiser eingesetzte Gefolgsmann, Graf Berthold, aus dem Hause der Grafen von Schweinfurt, in den Quellen gelegentlich den Titel marchiocomes, d.i. Markgraf führt,⁴⁾ neigt man heute der Meinung zu, daß der Nordgau nicht als Markgrafschaft im eigentlichen Sinne⁵⁾ anzusehen ist.⁶⁾

1) Von Guttenberg, Die Territorienbildung am Obermain, S. 368 ff.

2) entfällt.

3) Riezler I, 1. Hälfte, S. 528.

4) Scherl, S. 102.

5) Grenzbezirke, die seit Karl dem Großen als Bollwerk für die Reichsverteidigung und als Aufmarschräume für Angriffskriege unter dem Befehl eines mit Sondervollmachten ausgestatteten Stellvertreters des Königs errichtet wurden; Mitteis-Lieberich, S. 77.

6) Von Guttenberg, Politische Mächte, S. 223, 227. Bosl, Markengründungen, S. 192.

1003 empörte sich einer der Nachfolger Bertholds, Markgraf Heinrich von Schweifurt, gegen Kaiser Heinrich II. Er verbündete sich mit den Polen und überfiel bei Hersbruck den Troß des kaiserlichen Heeres. Der Kaiser nahm jedoch rasch die markgräflichen Festungen Hersbruck und Ammerthal bei Amberg ein und entsetzte den Markgrafen aller seiner Ämter.⁷⁾ Der Nordgau wurde ihm genommen und zerstückelt; nach seiner Begnadigung 1004 erhielt er nur den Bezirk um Nabburg und Cham zu seinen Hausgütern zurück. Der Bereich des unteren Pegnitztales kam 1015 ebenso wie das große Waldgebiet, das sich zwischen Nürnberg und Erlangen östlich der Pegnitz erstreckte, in den Besitz des 1007 von Heinrich II. als Gegengewicht gegen die Macht der weltlichen Fürsten begründeten und mit umfangreichen Besitzungen beschenkten Bistums Bamberg.⁸⁾ Die Heinrich II. nachfolgenden Salier fanden die Schenkungen an Bamberg als zu weitgehend und brachten verschiedene Gebiete, z. B. den Forst zwischen Pegnitz und Erlanger Schwabach wieder in ihren Besitz.⁹⁾ Im Zuge dieser Rückgewinnungsmaßnahmen errichtete Kaiser Heinrich III. um

1040, vielleicht schon als Bollwerk gegen das südwärts vorstoßende Hochstift, den Königshof Nürnberg.¹⁰⁾ Von hier aus wurde dann das umliegende Reichsgut wiederhergestellt. Es handelte sich dabei um königl. Grundbesitz, der weit über das Reich verstreut war. Er umfaßte das aus karolingischem Erbe stammende eigentliche Reichsgut und das Hausgut der jeweils regierenden Dynastie, welches zwar rechtlich vom ersteren verschieden war, aber gar leicht mit ihm zu einer einheitlichen Gütermasse verschmolz.^{10a)} 1064 wurde Nürnberg zum Mittelpunkt eines eigenen Reichsgutsbezirks erhoben, zu dem die Reichswälder nördlich und südlich der Pegnitz und die Königsgüter im Pegnitztal gehörten.¹¹⁾

7) Riezler I, 2. Hälfte S. 15; von Guttenberg, Territorienbildung, S. 71.

8) Looshorn, Geschichte des Bistums Bamberg, Bd. I. S. 157.

9) Von Guttenberg, Territorienbildung, S. 114 ff.

10) Kraft-Schwemmer, S. 7.

10a) Rößler-Franz S. 996.

11) Schultheiß, Das "Nürnberger Urkundenbuch" und der Lauf-Schnaittacher Raum, S. 125 ff.

Da die den Saliern als Träger der deutschen Kaiserkrone folgenden Hohenstaufen seit 1188 Nachfolger der Grafen von Sulzbach und damit zugleich Vögte (d.s. weltliche Schutzherren) der Bamberger Kirchengüter zwischen Regnitz und Schwabach wurden, kamen Reichsgüter und Vogteilehen für einige Zeit in eine Hand.¹²⁾ Zur Verwaltung dieses Besitzes bedienten sich die deutschen Kaiser **zahlreicher** Reichsministerialen, die sich seit dem Beginn des 12. Jahrhunderts jeweils nach ihrem Dienstsitz, ihrer Burg, benannten.¹³⁾ Ministeriale waren ursprünglich unfreie Dienstmannen des Königs und der **Großen** des Reiches, die zu Hof- und Kriegsdiensten herangezogen wurden. Später wurden sie zu Dienstherrn, die mit den freien Herren zur Ritterschaft verschmelzen.¹⁴⁾ Unter den Staufern gelangten die Ministerialen des Reiches und der Reichskirche oft zu bedeutender Machtstellung.¹⁵⁾ Einer der bedeutendsten Ministerialen im Nürnberger Raum war Otnand, dem um die Mitte des 11. Jahrhunderts die Aufgabe zuteil wurde, das Reichsgut um das neue castrum Nuorenberc zu organisieren.¹⁶⁾ Die wichtigsten Ministerialen-Familien im Osten Nürnbergs waren vom 11. bis 13. Jahrhundert die Herren von Eschenau, Gründlach, Hüsselbach und Rückersdorf und die mit der letztgenannten zur gleichen Familie gehörigen Reichsministerialen von Beerbach.¹⁷⁾ Ein altes Reichsgut mit Reichsministerialenburg war auch Lauf, dessen Besitzer sich von etwa 1170 bis 1270 urkundlich nachweisen lassen.

In die Zeit des politischen Niedergangs der Hohenstaufen, die sich seit dem Ausgang des 12. Jahrhunderts im Kampf gegen die deutschen Fürsten und das Papsttum verzehrten, fällt der Aufstieg der Wittelsbacher.

12) Schnelbögl, Lauf-Schnaittach, S. 32.

13) Kraft-Schwemmer, S. 7.

14) Planitz-Eckhardt, S. 167.

15) Mitteis-Lieberich, S. 135.

16) Bosl, Reichsministerialität, S. 27.

17) Kraft-Schwemmer, S. 7.

1180 mit dem bayerischen Herzogtum belehnt traten sie auf dem alten Nordgau 1189 das Erbe der Burggrafen von Regensburg, 1196 das der Landgrafen von Steffling an. 1204 übernahmen sie den Besitz der Markgrafen von Cham und 1204 das Hausgut der Dippoldinger in Nabburg.¹⁸⁾

1266 versetzte Konradin, der letzte Staufer, seinem Oheim Herzog Ludwig dem Strengen von Bayern die bambergischen Kirchenlehen und seinen Hausbesitz auf dem Nordgau für 2200 Mark Silber.¹⁹⁾

Als Ludwig nach der Enthauptung Konradins 1268 in Neapel dessen Hinterlassenschaft auf dem Nordgau an sich zog, wurde auch ein Großteil des Reichsguts an der unteren Pegnitz bayerischer Besitz.²⁰⁾ Damit scheint auch Lauf in bayerische Hände gelangt zu sein.²¹⁾ Jedenfalls ist es bereits kurze Zeit später in die wittelsbachische Ämterorganisation einbezogen. Die Burg Lauf mit ihren Zugehörungen ist nämlich in dem um 1275 angelegten bayerischen Urbarium *Bainvariae Transdanubiae*.²²⁾ (unter Urbar oder Salbuch ist ein Verzeichnis von Güterbeständen und Einkünften einer Grundherrschaft zu verstehen)²³⁾ bereits aufgeführt.

Freilich wurde Lauf von den Bayernherzögen immer noch als erworbenes Reichsgut und nicht als gewachsener wittelsbachischer Hausbesitz angesehen. Dies zeigen die vielfachen Verpfändungen, die Lauf und seine Burg in bayerischer Zeit erlebten. Schon 1322 verpfändete König Ludwig der Baier dem Burggrafen Friedrich von Nürnberg "Burg und Markt Lauf" mitsamt dem alten Geleit.²⁴⁾ Noch 1344 erscheint Lauf im Besitz der Nürnberger Burg-

18) Scherl. S. 104.

19) Böhmer-Ficker-Winkelmann, R I V, 2 4786 und 4811

20) Dannenbauer, S. 29 f.

21) Kölbl S. 23. abweichend Sauer S. 16.

22) MB 36 a, S. 345 ff. Voit und Geiger, Hersbrucker

23) Duden Bd. 3, Sp. 2315.

Urbare, S. 26 ff.

24) Mon. Zoll. II S. 366, Nr. 558, Sauer S. 17.

grafen Johann und Albrecht.²⁵⁾ 1381 war die Burg den Nürnberger Bürgern Johann Tetzl und Peter Haller verpfändet.²⁶⁾ 1446²⁷⁾ wurde dem Markgrafen Albrecht von Brandenburg die Hälfte von "Lauf slos, stat, dorfern und ambt" versetzt und erst 1449²⁸⁾ wieder eingelöst.

Abgesehen von diesen Verpfändungen verloren die Wittelsbacher während der Regierungszeit des Pfalzgrafen Rudolf bei Rhein (1294 - 1319) nochmals für kurze Zeit den Laufer Besitz.²⁹⁾ Im Kampf um die Krone zwischen Adolf von Nassau und Herzog Albrecht von Österreich ergriff Rudolf für Albrecht Partei. Sein Vitztum Rudolf von Wildenstein kämpfte 1301 mit einem größeren Anhang gegen die Parteigänger Albrechts, insbesondere die Grafen von Hirschberg, Graisbach, Ottingen u.a.. Hierbei scheint auch die erste Laufer Ministerialenburg niedergebrannt worden zu sein.³⁰⁾ Da Rudolf und Albrecht besiegt wurden, mußte Lauf zusammen mit anderen dem Reich entfremdeten Gütern, z.B. Schwabach, Schongau und Donauwörth, an dieses abgetreten werden.³¹⁾ Allerdings handelte es sich hierbei, wie die bereits erwähnte Verpfändung des Ortes durch Ludwig den Bayern von 1322 beweist, um einen nur vorübergehenden kurzfristigen Herrschaftswechsel.

Bedeutsam für Lauf und seine Umgebung wurde der Hausvertrag von Pavia³²⁾, der einen Wechsel in der Zugehörigkeit innerhalb der wittelsbachischen Linien brachte.

25) Mon.Zoll. VII, S. 143, Nr. 222.

26) RB X 68.

27) HStM, Neuburger Copialbuch, Tom 32, fol.210.

28) Wie Anm.27; Tom. 26, fol.124

29) Sauer S. 17 u. 21.

30) Kraft, S. 48.

31) Kraft-Schwemmer, S. 3, 4.

32) MG, LG. Const. VI, Teil I, S. 527

Mon.Witt. II Abt. Nr. 277, 298.

In dieser Landesteilung vom⁴ August 1329 setzte sich Ludwig der Baier mit den Söhnen seines 1319 verstorbenen Bruders, Herzog Rudolf I., den drei Fürsten der pfälzischen Linie, Rudolf II., Rupprecht dem Älteren und dem Jüngeren, auseinander. Dadurch wurde ein beträchtlicher Teil des Nordgaus -außer Lauf z.B. die Orte Hohenstein, Hilpoltstein, Lichtenstein, Lichtenneck, Pegnitz, Plecht, Velden, Nabburg, Neunburg v. Wald, Murach, Wetterfeld, Nittenau, Roding-³³⁾ Bestandteil der kurfürstlichen "Pfalz in Bayern", die seit 1530 den Namen "obere Pfalz" führt.³⁴⁾ Mit diesem Vertrag beginnt auch jene Kette von Landesteilungen, die neben den geschilderten Verpfändungen das Geschick der Stadt in den folgenden Jahrhunderten bestimmten.

Bei einer erneuten Teilung, diesmal einer solchen der drei pfälzischen Fürsten untereinander am 18. Febr. 1338 zu Neustadt³⁵⁾, kam Lauf zum Anteil des Herzogs und Kurfürsten Rudolf II. In die folgende Zeit fällt das Streben Karls IV., Teile der Oberpfalz an sich zu bringen, um sich durch allmähliche Ausdehnung seiner Hausmacht entlang der Straße Prag-Nürnberg-Frankfurt eine Landbrücke zwischen Böhmen und seinen luxemburgischen Ländern zu schaffen³⁶⁾. Dabei kam ihm seine Ehe mit der Tochter des Pfalzgrafen Rudolf II. ebenso zustatten, wie seine Vermittlertätigkeit für die Freilassung Rupprechts' des II., des Jüngeren, aus der Hand des Fürsten von Anhalt. Als Rudolf Anfang Oktober 1353 verstorben war, erhielt Karl von dessen Rechtsnachfolgern, den beiden Rupprechten, im Hagenauer-Vertrag vom 29. Okt. 1353³⁷⁾ Lauf und alles

33) Sauer S. 18, Scherl S. 106.

34) Riezler II, S. 389. Der bisher älteste Nachweis für die Bezeichnung "obere Pfalz" fand sich in einem Not.-Instrument aus dem Jahre 1531 (StAA Nürnberg 358) vgl. hierzu Heribert Sturm, Was ist Nordgau?, in: Der bayer. Nordgau, Amberg 1954, S. 11.

35) Riezler, II. S. 454.

36) Wild, S. 90, Hanns Hubert Hofmann, Landbrücke, S. 1 ff.

37) Urk.v.1353 Okt. 29; Orig.Pers.=Germ.National.Museum Nbg.Perg.Urk.d.Oberpfalz; Lünig,Cod.Germ.Dipl.S.1106.

Land, das Rudolf in der Oberpfalz besessen hatte (neben Lauf, Sulzbach, Rosenberg, Hartenstein, Neidstein, Thurndorf, Hilpoltstein, Hohenstein, Lichteneck, Frankenberg, Eschenbach, Hersbruck, Auerbach, Felden, Pegnitz, Plech) mit allen Zugehörungen, "umb zweinzig tausend mark lotiges silbers, die wir im selber wizzentlichen gewendet und im gelihen haben", also für Darlehen an Zahlungsstatt.³⁸⁾

Unter Karl IV. erlebte Lauf eine politische und wirtschaftliche Blüte. Bei dessen Bestreben, sein neues Hausgut besonders zu fördern und es mit den altböhmischen Ländern wirtschaftlich und kulturell zu verflechten, ist es verständlich, wenn er der Stadt mit besonderem Wohlwollen entgegenkam. Unmittelbar vor den Toren Nürnbergs gelegen, war der Ort für ihn ein wichtiger Stützpunkt für seine Reisen jenseits des Rheins, im engeren Bereich wichtige Sicherung der Straße von seiner Residenz Prag über die neuböhmische Hauptstadt Sulzbach zu seiner Lieblingsreichsstadt Nürnberg. Mehrere Jahre hindurch diente Lauf als großangelegtes, allen damaligen Anforderungen eines Kaisers entsprechendes Rasthaus.³⁹⁾ Nach Ausweis der Urkunden, die Karl in Lauf ausstellte, ist er dort insgesamt 15 Tage nachweisbar (darunter drei Sonntage)⁴⁰⁾. Der Ort erfreute sich auch im übrigen der besonderen Gunst des Kaisers. Unter seine Herrschaft fällt der Wiederaufbau der seit etwa 1301 zerstörten Wasserburg⁴¹⁾ und die Errichtung einer Stadtmauer⁴²⁾. Er erhöhte noch die Bedeutung des Ortes durch Verleihung wichtiger Privilegien zum Recht der Bürgeraufnahme, auf dem Gebiete der Gerichtsbarkeit und zur Neubelebung des Marktverkehrs,⁴³⁾ ferner durch

38) Koch, Anm. 6.

39) Kraft-Schwemmer, S. 9. Schnelbögl, "Pfalz" Lauf, S. 390.

40) Schnelbögl, "Pfalz" Lauf, S. 390.

41) Kraft-Schwemmer, S. 9.

42) Schnelbögl, Lauf-Schnaittach, S. 65.

43) U. v. 1355 Aug. 24 AStA, Staatsverwaltung Nr. 3505, Priv. Tom. 9, fol. 120 = Reg. imp. VIII Nr. 2230.

Errichtung einer Münzstätte.⁴⁴⁾ In seiner Regierungszeit wird Lauf erstmals Stadt genannt.⁴⁵⁾ Die Siedlung blieb fortan Verwaltungs-, Zoll- und Geleitsmittelpunkt der Gegend östlich von Nürnberg⁴⁶⁾.

Die Verbindung der oberen Pfalz mit Böhmen sollte nach dem Majestätsbrief, den Karl IV. am Tage seiner Kaiserkrönung (5. 4. 1355)⁴⁷⁾ erließ, auf "ewige Zeiten" bestehen. Doch die Glanztage Laufs als westlichster Vorposten Neuböhmens waren bereits gezählt. Kaum 20 Jahre nach dem Erwerb Neuböhmens plante der Kaiser den Überlandverkehr von Venedig nach Flandern über Böhmen zu leiten,⁴⁸⁾ wofür er den Wittelsbachern die Mark Brandenburg abzugewinnen versuchte. Für dieses Ziel gab er im Vertrag von Fürstenwalde an der Spree von 1373⁴⁹⁾ neben Pfandschaften und Jahrgeldern einen großen Teil des für ihn nunmehr zweitrangigen Neuböhmen (Lauf: ferner Sulzbach, Rosenberg, Hirschau, Floß, Buchberg, Lichtenstein, Lichtenegg, halb Breitenstein, Reichenegg, Neidstein und Hersbruck) dem Kurfürsten Otto V. von Brandenburg daran.⁵⁰⁾ Die Krone von Böhmen sollte die abgetretenen Gebiete um 100.000 Goldgulden wieder einlösen können, wenn Otto ohne männlichen Erben verstürbe.⁵¹⁾

Hierzu kam es aber nicht mehr. Denn Otto, der Oheim der Brüder Stefan III., Friedrich und Johann aus der bayerischen Linie der Wittelsbacher, brachte diese Erwerbungen durch den Vertrag von Burghausen vom 29. September 1373 in deren Hausbesitz ein und wurde dafür von jenen zum Mitbesitz an ihren bayerischen

44) Gaupp, S. 35 ff.

45) wie Anmkg. 43.

46) Kraft-Schwenmer S. 4.

47) Böhmer-Huber Reg. Imp., VIII 2019; R.B. VII, 317.

48) Wild, S. 138.

49) Böhmer-Huber Reg. Imp., VIII, 5520.

50) Reg. imp. VIII Nr. 5222 bis 5224.

51) R.B. IX S. 308.

Landen zugelassen.⁵²⁾ Oberbayern wurde verwaltungsmäßig von Niederbayern getrennt und letzteres Otto und Friedrich zur gemeinsamen Regierung überlassen.⁵³⁾

Nach Ottos Tode (1379) gingen die oberpfälzischen Besitzungen vertragsmäßig als böhmisches Pfand auf dessen Neffen über, die sie weiterhin gemeinschaftlich regierten.⁵⁴⁾ Durch den Vertrag zu Landshut vom 8. Oktober 1393⁵⁵⁾ teilten die Brüder Johann von Bayern-München und Stephan von Bayern-Ingolstadt durch Vermittlung Herzog Friedrichs, der auf seinen Anteil verzichtete, die böhmische Pfandschaft in der Weise auf, daß Johann für sein Drittel u.a. Sulzbach, Rosenberg, Lichteneck, Poppberg und Breitenstein, Stephan für seine zwei Drittel, außer Lauf auch Hersbruck; Neidstein und Königstein erhielt.⁵⁶⁾ Dabei versicherten sie sich ausdrücklich, daß der Böhmenkönig keinen Teil für sich solle zurückkaufen können.⁵⁷⁾ Da eine Einlösung auch später nicht erfolgte, verblieb Böhmen fernerhin daran nur ein Obereigentum ohne Nutzungen in Gestalt einer nackten Lehensoberhoheit.⁵⁸⁾

In der Folgezeit wurde Lauf immer mehr in die unglückselige Haus- und Teilungspolitik der Wittelsbacher einbezogen. Denn die Regierung nur unter einem Herrn dauerte nicht lange. Nach dem Tode Stephans III. (des Kneißel) folgte diesem 1413 sein Sohn Ludwig VII., der Bärtige. Dieser ließ sich 1418 mit dem Nürnberger Burggrafen Friedrich I. von Brandenburg in eine Fehde ein, in deren Verlauf sein Pfleger Christoph von Leymingen am 21. Oktober 1420⁵⁹⁾

52) R.B. IX S. 333.

53) Riezler Bd. III, S. 106 ff.

54) Riezler Bd. III, S. 117.

55) Mon.Witt. VI S. 560; R.B. IX S. 337.

56) Koch Anmerkung 23.

57) HStM, Neuburger Copialbuch, Tom.18, fol.14 ff, Tom 91, fol.313 ff = Mon.Witt. VI S. 560.

58) Koch. Anmerkung 23.

59) Reicke, Geschichte der Reichsstadt Nbg. S. 365.

auch die burggräfliche Veste in Nürnberg nächtlicher Weise überfiel und sie niederbrannte. Der weitere Kriegsverlauf gestaltete sich für Ludwig ungünstig. Der Bundesgenosse des Burggrafen, Pfalzgraf Johann, ein Wittelbacher aus der pfälzischen Linie Neumarkt, nahm von Amberg her nacheinander Weiden, Freistadt und schließlich 1421 auch Lauf ein.⁶⁰⁾ Dem geschickten Laufer Pfleger Christoph von Leymingen gelang es zwar noch durch Vereinbarung eines Waffenstillstands den Krieg für die Stadt verhältnismäßig glimpflich zu beenden⁶¹⁾.

Er konnte jedoch nicht verhindern, daß die beiden siegreichen Fürsten in einem Vertrag vom 17. Februar 1422⁶²⁾ den Ort unter sich aufteilten. Am 15. August 1422 mußte auch Ludwig einen vom Nürnberger Rat vermittelten Waffenstillstand annehmen.⁶³⁾ Die Aufteilung wurde durch einen zu Lauf geschlossenen Vertrag der Fürsten Friedrich und Johann aus dem Jahre 1427⁶⁴⁾ auch mit Wirkung für deren Erben bestätigt.

Der Halbteil des Burggrafen kam zwar bereits am 31. Oktober 1438 wieder in bayerisch-wittelsbachische Hände zurück. Denn an diesem Tage verlobte sich Ludwig VIII., der Bucklige, ein Sohn des unterlegenen Ludwig VII., mit der Tochter Margarete des Nürnberger Burggrafen⁶⁵⁾ und gewann so den von seinem Vater an diesen verlorenen Besitz wieder zurück.

Die andere Ortshälfte verblieb jedoch bei der Linie Bayern-Neumarkt, was zur Folge hatte, daß sich fortan zwei Gewalten in die Herrschaft teilten: Der Anteil Ludwigs VIII.

60) Ausführliche Darstellung bei Sauer S. 42

61) U.v. 1421, Okt. 11, ABtA, Urk. Oberpfalz Nr. 276, l. 2; Riezler III, S. 257.

62) U.v. 1422 Febr. 17. StAN, Nbg. Salb. Bd. 17, fol 134.

63) Riezler, III, S. 259.

64) U.v. 1427 Okt. 30, Sauer S. 44.

65) Haeutle, S. 126.

gelangte 1445 im Wege der Erbfolge an Heinrich den Reichen aus der Landshuter Linie der Wittelsbacher auf den von 1450 - 1479 Ludwig der Reiche und von 1479 - 1503 Georg der Reiche folgten. Christof, König von Dänemark (1443 - 1448), Otto I. (1448 - 1461) und Otto II. (1461 - 1499) waren die weiteren Herren aus der pfälzischen Linie von Bayern-Neumarkt. Nach dem Tode Ottos II. gelangte diese Besitzhälfte an den Kurfürsten Philipp von der Pfalz.⁶⁶⁾

Von weittragender Bedeutung für Lauf und seine Umgebung wurde, daß Herzog Georg der Reiche am 1. Dezember 1503 verstarb, ohne männliche Nachkommen zu hinterlassen. Um sein Erbe entbrannte der Landshuter Erbfolgekrieg zwischen Erbprinz Rupprecht von der Pfalz, einem Sohn Philipps, der mit der einzigen Tochter Georgs vermählt war und dem letzterer das Erbe zugesichert hatte, und Herzog Albrecht von Bayern-München, der sich auf gesetzliche Erbfolge berief. Im Verlaufe dieser Auseinandersetzung eroberte die Reichsstadt Nürnberg als Bundesgenossin Albrechts am 9. Juni 1504 die Stadt Lauf und verleibte sie entsprechend dem vorher abgeschlossenen Bündnisvertrag ihrem Territorium ein.⁶⁷⁾ Nach außen hin mußte Nürnberg die Neuerwerbungen allerdings von den Böhmenkönigen, die ihre früheren Rechte geltend machten, als Lehen entgegennehmen.⁶⁸⁾ Erst nach 300jähriger Herrschaft kehrte Lauf zusammen mit dem übrigen Landgebiet Nürnbergs 1806 in bayerische Hände zurück.

66) Sauer S. 48.

67) Über alle Kriegssereignisse sowie über die politischen Verhandlungen vor und nach dem Kriege unterrichtet der offizielle Kriegsbericht Lazarus Spenglers in StAN, Nbg., Amts-u.Standbuch Nr.142. Vergleiche auch Dannenbauer, S. 181 ff, Sauer S. 50 ff.

68) Franz, S. 67, Kölbel S. 25.

DIE STADTRECHTLICHE ENTWICKLUNG.

I. Die Gründung des Ortes Lauf.

Die Feststellung des ersten Laufer Chronisten Karl Sauer ⁶⁹⁾, Art und Zeit der Entstehung des Ortes seien in Dunkel gehüllt, trifft heute in vollem Umfang nur noch auf die Frühgeschichte zu. Die erste Laufer Siedlung kann wohl an keine in vor- oder frühgeschichtlicher Zeit bestehende Anlage anschließen. Es ist auch unklar, wann der erste Siedlungskern entstanden ist. Die Ausdehnung der Ortsflur läßt darauf schließen, daß die angrenzenden Orte Heuchling, Ottensoos, Wetzendorf und Rückersdorf älter sind als Lauf. So reichen z.B. die Heuchlinger und die Rückersdorfer Flur, worunter die Gesamtheit der jeweiligen Feld- und Wiesenfläche einer Siedlung zu verstehen ist, bis unmittelbar an den Ortsrand. Dadurch wird Lauf rechts der Pegnitz stark eingeengt. Ähnliche Verhältnisse liegen auch bei Lauf links der Pegnitz zwischen Ottensoos und Wetzendorf vor. Dies deutet darauf hin, daß die Laufer Flur erst nach der der vorgenannten Orte ausgebildet wurde.

Ursache für die Entstehung der Siedlung am Fluß war vor allem die Wasserkraft der Pegnitz. Diese besitzt, wie sich bereits aus dem Ortsnamen Lauffen, das ist Stromschnelle, Wasserfall, ergibt, im ganzen Verlauf von Pegnitz bis Fürth in Lauf das stärkste Gefälle.⁷¹⁾

69) Sauer, S. 13.

70) entfällt.

71) Auf 500 m ein Gefälle von 6 m d.s. 12 ‰; Schnelbögl Mühlen und Hämmer, S. 1.



Map of the Gulf of Mexico and Caribbean Sea, showing the coast of Central America and the West Indies. The map is oriented with North at the top. The text 'Gulf of Mexico' is visible in the upper right corner, and 'Caribbean Sea' is visible in the lower right corner. The map is filled with intricate details, including numerous small islands, reefs, and navigational markers.

Dies war der Anlaß für die Errichtung der bereits im Bayerischen Salbuch von ca. 1275 ⁷²⁾ erwähnten ersten vier Laufer Mühlen, die Schnelbögl ⁷³⁾ im einzelnen aufzählt. Er bezeichnet sie als eine für die damalige Zeit ungewöhnliche Zusammenballung, die weit und breit nicht mehr vorgekommen sei. Noch im 13. Jahrhundert habe selbst das durch den Bedarf einer zahlreichen Bevölkerung geförderte Mühlenwesen der Stadt Nürnberg das von Lauf kaum übertroffen.

Für die Besiedlung kaum weniger bedeutsam war die günstige verkehrsgeographische Lage des Ortes. Einmal war das Land zwischen dem großen Veldener Forst und den Reichswäldern zu beiden Seiten der unteren Pegnitz unzweifelhaft schon in karolingischer Zeit Durchgangsgebiet aus dem Ostfränkischen hin zum alten Sitz des bayerischen Herzogtums, Regensburg. ⁷⁴⁾ Zum andern lag Lauf an der allgemeinen Verbindungslinie vom Rhein zur Moldau. Im engeren Bereich war der Ort die Mitte der Wegstrecke zwischen den alten Siedlungen Mögeldorf und Hersbruck. Er war deshalb ideal gelegener Rastplatz. Unterhalb der Burg Lauf befand sich eine Furt, ⁷⁶⁾ die eine Flußüberquerung gestattete.

72) MB 361, S. 345 ff. Voit-Geiger, Hersbrucker Urbare, S. 26 ff.

73) Schnelbögl, Mühlen und Hämmer S. 10.

74) Schnelbögl, Lauf-Schnaittach, S.17, KDM Lauf, S. 10.

75) entfällt.

76) Schnelbögl-Hofmann, S. 42 Nr. 1124.

Die Veste schützte als Falsperre den Pegnitzübergang einer Straße, die von Altdorf herkommend über das Reichsgut an der Schwabach dem Bereich des Königshofs Forchheim zustrebte ⁷⁷⁾. Diese südöstlich-nordwestliche Verbindung scheint von den beiden durch Lauf führenden Verkehrsachsen die ältere zu sein. Sie verlor ihre Bedeutung, als seit dem 11. Jahrhundert Nürnberg in den Vordergrund rückte. Denn seither konzentrierte sich der fränkische Handel mit Böhmen in der Reichsstadt, weshalb immer mehr die Westostrichtung maßgebend wurde. Von nun an verlief durch das Pegnitztal eine der vier Reichsstraßen ⁷⁸⁾, die sogenannte böhmische Straße, die von Nürnberg über Lauf - Hersbruck - Sulzbach - Hirschau - Neustadt a.d. Waldnaab - Bärnau - Tachau - Pilsen - Prag den Fernverkehr nach Böhmen trug ⁷⁹⁾. Sie erlangte zur Zeit Karls IV. noch gesteigerte Bedeutung, weil sie nur auf böhmischem Hoheitsgebiet verlief ⁸⁰⁾. Nördlich davon zweigte in Lauf eine ebenfalls von Nürnberg kommende Straße durch das Schnaittachtal über Flech - Auerbach - Neustadt am Kulm - Marktredwitz nach Eger ab ⁸¹⁾. Eger konnte daneben auch über Lauf-Hohenstadt-Königstein-Grafenwöhr-Pressath-Mitterteich-Waldsassen sowie über Sulzbach-Hirschau-Weiden-Wiesau und Waldsassen erreicht werden, von wo aus man über Elbogen-Saaz-Laun und Schlan in die böhmische Hauptstadt gelangte. ⁸²⁾

Für Lauf war dabei günstig, daß sich dort die von Nürnberg nach Böhmen führenden Straßen noch nicht in einzelne Verkehrsstränge aufgespaltet hatten, sie verliefen vielmehr bis dahin in einer Linie ⁸³⁾.

77) Schnelbögl, "Pfalz" Lauf, S. 389.

78) MB 47, 558.

79) Dollacker, Altstraßen der mittleren Oberpfalz, S. 176, Nr. 41, Wild, S. 107 ff., Schnelbögl, "Pfalz" Lauf S. 389.

80) Klier, S. 76.

81) Dollacker, a.a.O., S. 176, Nr. 48.

82) Siegl, S. 11, Nr. 215.

83) Koch, S. 3.

Riesstraße mit böhmischer Straße
Hohenstadt-Egersstraße
Auerbach-Egersstraße
— — — — —
Straßenzug Altlof - Förschheim

Maj3stab 4:500 000

Damit waren ideale Voraussetzungen für die Errichtung einer Niederlage für alle nach Osten gehenden Handels-güter gegeben.

Schließlich verdankt die Siedlung militärischen Gründen ihre Entstehung. Die an einer Furt gelegene Pegnitzinsel war ein wichtiger strategischer Punkt zur Sicherung des Flußübergangs für die Straße Altdorf-Forchheim, zur Beherrschung der von Nürnberg nach Osten führenden Verbindungen und darüber hinaus des gesamten unteren Pegnitztales.

Die auf der Insel errichtete frühere staufische Ministerialenburg, eine Vorgängerin der als Rastplatz dienenden Veste ^{83a)} wurde zur wichtigsten Tal- und Flußsperre, als die Hohenstaufen seit Mitte des 12. Jahrhunderts das Reichsgut um Nürnberg straffer zusammenfaßten, um sich von Nürnberg nach dem Egerland eine Landbrücke zu schaffen ^{83b)}. In der Folgezeit vermittelte die unmittelbare Nähe des um 1040 als Königshof begründeten Nürnberg dem Ort weitere strategische Bedeutung als Stützpunkt für und gegen die aufstrebende Reichsstadt.

Lauf rückt erst verhältnismäßig spät in das Blickfeld der Geschichte. Während das benachbarte Hersbruck zweifelsfrei in einem Diplom Kaiser Heinrichs II. von 1011 ⁸⁵⁾ erwähnt wird und die Anfänge des ebenfalls zum späteren Nürnberger Landgebiet gehörenden "alten Dorfes" Altdorf in das 9. und 10. Jahrhundert zurückgehen können ⁸⁶⁾, dürfte die Gründung von Lauf kaum vor Beginn des 12. Jahrhunderts erfolgt sein. Hierfür spricht, daß die erwähnten verkehrs-geographischen

83a) Schnelbögl "Pfalm" Lauf, S. 392.

83b) Kraft, Schwemmer, S. 7.

84) entfällt.

85) Photo und Abdruck mit Übersetzung, Schnelbögl, Lauf, Schnaittach, Anhang von Bildern und Karten.

86) Gebessler, S. 5.

und strategischen Entstehungsursachen erst einige Zeit nach der um 1040 erfolgten Gründung des Königshofes Nürnberg gegeben waren. Auf eine relativ späte Ortsgründung weist auch der Zeitraum des Auftretens der Laufer Reichsministerialen hin. Denn die als deren Amtssitze dienenden Burgen waren im Mittelalter sehr häufig Ausgangspunkt von Ortsgründungen.⁸⁷⁾

Die Frage des ersten Auftretens der Laufer Reichsdienstmannen wird unterschiedlich beantwortet. Nicht sicher erwiesen ist, ob ein 1150 genannter Udalricus de Louff⁸⁸⁾ mit den Laufer Reichsministerialen in Zusammenhang gebracht werden kann. Nicht restlos geklärt ist auch die Herkunft einer um 1175 erwähnten Nonne Lukart de Loufe.⁹¹⁾ Sicher nachweisbar ist für 1243 ein Liupoldus de Lauffe.⁹³⁾ 1268 tritt ein "Hiltepoldus imperialis aule ministerialis dictus de Lauffe"⁹⁴⁾ auf. Dieser wird auch in Urkunden von 1254⁹⁵⁾ und 1268⁹⁶⁾ genannt. Vor 1275 entriß er der Laufer Kirche einen Hof in Geretsreuth bei Ottensoos.⁹⁷⁾

87) Planitz, Die Deutsche Stadt im Mittelalter, S. 165.

88) Kraft, S. 48.

89) entfällt.

90) entfällt.

91) Kraft, S. 23.

92) entfällt.

93) NUB 317.

94) NUB 437.

95) NUB 356.

96) NUB 347, Heidingsfelder Regesten Nr. 838.

97) MB 36a, S. 346, 629, Voit-Geiger, S. 27.

Daß sein Siegel die Umschrift "Hilteboldi de Rodenbereg" trägt, beweist, daß die Laufer Reichsdienstmannen eines Geschlechtes mit den Rothenbergern waren.⁹⁸⁾ 1276 war er verstorben, denn es wird nur noch "Elisabeth relicta domini Hiltepoldi de Lavf" genannt.⁹⁹⁾ In einer Jevta dicta de Lauf, die als Priorin des Klosters Frauenaurach ihre Güter in Buch bei Postbauer dem Deutschherrnorden schenkte¹⁰⁰⁾ vermutet Bosl¹⁰¹⁾ eine Schwester Hiltepolds. Mit Hiltepold erlosch wahrscheinlich das Geschlecht.¹⁰²⁾

Die Existenz des Ortes selbst ist erst für das letzte Viertel des 13. Jahrhunderts zweifelsfrei nachweisbar. Denn die Zeugnisse für einen früheren Bestand der Siedlung erweisen sich bei näherer Nachprüfung als nicht stichhaltig. Als älteste Nachricht über den Ort selbst wird von einigen älteren Forschern¹⁰³⁾ eine im Jahre 1129 in Lauf stattgehabte Versammlung von Geistlichen erwähnt. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um Lauf a.d. Pegnitz, sondern um Lauffen an der Salzach.¹⁰⁴⁾ Deshalb kann von diesem Aspekt aus auch für die weitere Streitfrage, ob Lauf schon damals ein ansehnlicher Ort gewesen sei,¹⁰⁵⁾ nichts gewonnen werden. Gleiches gilt hinsichtlich eines für Januar 1158 überlieferten Hoftages zu Lauf, auf dem Kaiser Friedrich den Tausch des Klosters Prüfening bezüglich der Güter Gerolfingen und Hard gegen zwei Huben des Herzogs Heinrich von Bayern im Gebiet von Regensburg nebst einigen Äckern am Ufer der Donau gegenüber Kalchwinzer bestätigte.¹⁰⁶⁾ Die Lage der Tauschobjekte und die Namen der Vertragszeugen¹⁰⁷⁾ ergeben, daß es sich hier nicht um den Ort unserer Untersuchung, sondern um Lauf bei Kallmünz in der Oberpfalz handelt.

98) Schnelbögl, Lauf-Schnaittach, S.

99) NUB 459.

100) NUB 451, RB IV 766.

101) Bosl, Reichsministerialität, S. 72.

102) Voit, S. 13.

103) Sauer, S. 14 unter Berufung auf Joh. Heinrich von Falckenstein, Nordgaussche Altertümer, Frankfurt und Leipzig, 1743 ohne nähere Hinweise. Die fragliche Stelle ist bei Falckenstein nicht auffindbar.

104) Rebmann, Aus der Geschichte der Stadt Lauf, S. 6.

105) Bejahend: Hofmann, Friedrich, S. 1 ff. Verneinend: Deuerlein, S. 6.

106) WUB, Urkunde Nr. 8.

107) u.a. Graf Berthold v. Andechs, Markgraf Berthold v. Vohburg.

108) entfällt.

Dies führt zum Ergebnis, daß der Ort Lauf a.d. Pegnitz zweifelsfrei erstmals im Bayerischen Salbuch von ca. 1275 erwähnt wird. ¹⁰⁹⁾ Dieses Besitzverzeichnis beschreibt die Einkünfte des Schlosses Lauf. Der lateinische Originaltext ¹¹⁰⁾ der Urkunde ist nebst deutscher Übersetzung bei Schnelbögl im Anhang abgedruckt. Die Aufführung im Bayerischen Salbuch beweist zugleich, daß Lauf um 1275 bereits in wittelsbachischem Besitz war.

Verschieden beantwortet wird die Frage, wo die Besiedlung des Ortes ihren Ausgang nahm. Daß die im Salbuch von ca. 1275 erwähnten Mühlen zum ältesten Siedlungsteil gehören, wird zwar einhellig bejaht ¹¹¹⁾. Ungeklärt ist jedoch, ob als erstes die Burg bestand und dann zu ihrer wirtschaftlichen Unterstützung die Mühlen angelegt wurden, oder ob die Burg nachträglich zum Schutze der Mühlen errichtet wurde. Schnelbögl ¹¹²⁾ schließt aus dem Ortsnamen, "am Lauf" d.i. am Wasserfall, daß das älteste Lauf unten am Flusse zu suchen sei. Die Burg sei erst nach den Mühlen entstanden. Zur Begründung verweist er auf die dem Bayerischen Salbuch von ca. 1275 ¹¹³⁾ bereits bekannten vier Mühlen. Demgegenüber vertritt Rebmann ¹¹⁴⁾ die Auffassung, daß auch die Wasserburg zuerst errichtet worden sein könne. Mühlen seien nämlich notwendige Bestandteile von Königshöfen und Klöstern gewesen. Ebenso wichtig seien sie für die Verpflegung von Mensch und Tier an Heerstraßen gewesen. Ferner erwähne die fragliche Stelle des Salbuchs die Mühlen bereits als unterhalb der Burg von Lauf gelegen. Er neigt deshalb der Ansicht zu, daß sich das alte Dorf im Schutze der in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts entstandenen Burg entwickelt habe ¹¹⁵⁾. Diese Folgerung ist auch wegen der von Anfang an vorhandenen strategischen Bedeutung der das untere Pegnitztal beherrschenden Pegnitzinsel gerechtfertigt ¹¹⁶⁾.

¹⁰⁹⁾ MB 36a, S. 345 ff.

¹¹⁰⁾ Schnelbögl, Lauf-Schnaittach, Anhang, Bildtafel 1.

¹¹¹⁾ Schnelbögl, Mühlen und Hämmer in Lauf, S. 10.
Rebmann. Aus der Geschichte der Stadt Lauf, S. 17.

¹¹²⁾ Schnelbögl, Lauf Schnaittach, S. 60.

¹¹³⁾ MB 36a, S. 345 ff.

¹¹⁴⁾ Rebmann; Aus der Geschichte der Stadt Lauf, S. 17.

¹¹⁵⁾ Ebenso Kölbel, Anmerkung 140.

¹¹⁶⁾ Kraft-Schweumer, S. 7.

Die Antwort auf die Frage, ob Burg oder Mühlen Ausgangspunkt der Besiedlung waren, muß weiter offen bleiben. Denn ein urkundlicher Beleg kann dann nichts für die Priorität einer von mehreren Anlagen hergeben, wenn dort, ohne nähere Hinweise, sowohl die eine als auch die andere erwähnt wird. Ferner gewann die Laufer Wasserburg zwar einerseits besondere strategische Bedeutung erst nach dem 1146 erfolgten Erwerb des Egerlandes durch die Hohenstaufen. Andererseits ist jedoch auch der Hinweis auf den Ursprung des Ortsnamens nicht unanfechtbar. Auch die die Burg tragende Pegnitzinsel liegt im Bereich bzw. in unmittelbarer Nähe des stärksten Flußgefälles der Pegnitz und damit ebenso wie die ersten Mühlen "am Lauf". Ferner darf nicht übersehen werden, daß die so empfindlichen Mühlwerke ohne entsprechende Sicherung kaum hätten bestehen können. Schließlich war die Burg ganz allgemein wichtigster Siedlungskern für die im 13. Jahrhundert entstandenen Siedlungen.¹¹⁹⁾

117) entfällt.

118) entfällt.

119) Planitz, Die deutsche Stadt im Mittelalter, S. 165.

II. DIE ENTWICKLUNG VOM DORF ZUR STADT.

Die Lage des alten Dorfes Lauf ist durch eine Urkunde vom 20. 9. 1355 ¹²⁰⁾ weitgehend geklärt. Danach lag es "extra limites parochie Otensoz necnon extra limites dyocesis Eystetensis". Da die Pegnitz die Nordgrenze des Bistums Eichstätt bildet, ist die Lage des Dorfes auf der nördlichen Flußseite gesichert. Dort lag es eng am Fluß angeschmiegt in der südwestlichen Ecke des ehemals ummauerten Stadtkerns. ¹²¹⁾ Es bestand aus einer Anzahl etwas verstreut liegender Bauernhöfe, die vornehmlich der wirtschaftlichen Unterhaltung der Burg dienten. Namen und Lage der damals bereits vorhandenen Höfe sind weitgehend bekannt. So nahm z.B. das sog. Kollehen das Gelände des späteren Spitals ein, ein anderes, der Kagerhof, lag unmittelbar neben dem Stadtgraben und vor dem Nürnberger Tor. ¹²³⁾ Schnelbögl ¹²⁴⁾ schließt ferner aus dem Vergleich mit jüngeren Quellen, daß das Kreuzlehen in der Nähe von Dehnberg, ein anderes auf der Westseite des Kunigundenberges und ein drittes in der "Kratzreut" an der Güntersbühlerstraße in der Nähe des Vogelhofes gelegen war.

120) AstA Reichsstadt Nbg., U 928.

121) vergl. Kölbl, S. 29.

122) Koch, S. 15.

123) Stadtarchiv Lauf, Spitalurkunde Nr. 1.

124) Schnelbögl, Lauf-Schnaittach, S. 61.



Abb 3: Grundriß der Stadt Lauf (Katasterplan von 1821)

- Wasserburg mit Vorburg
 - Erster Mauerring nach einer Beschreibung von Eduard Rühl, Kulturkunde des Pegnitztales und seiner Nachbargebiete in Altnürnberger Landschaft Bd. 5 (1961) S. 214 ff.
 - Dorf Lauf
- A) Pegnitz B) von A. Rebmann vermuteter staufischer Marktplatz C) Mauermühle, vermutlich die ehemalige Mühle am Markt, D) Glockengießerspital, ehemals Kohl-Lehen E) Ort des ehemaligen Kaserhofes

Für die Entwicklung von Burg und Dorf Lauf zum Markt liegen bis zum Ausgang des 13. Jahrhunderts keine urkundlichen Zeugnisse vor. Immerhin läßt die allgemeine Bedeutung des Ortes in diesem Zeitraum einige Schlüsse zu. Die Burg Lauf ist sicher schon bald über die rein militärische Rolle als Stützpunkt und Bollwerk für die lebenswichtigen Mühlwerke hinaus zum politischen und wirtschaftlichen Hauptort der Gegend östlich von Nürnberg geworden. Wegen der Konzentration des fränkischen Handels mit Böhmen in Nürnberg wurde der Ort auch sehr früh Zollstation.¹²⁶⁾ Aus dem gleichen Grunde erlangte auch das "alte" Laufer Geleite, das Recht des herrschaftlichen Pflegers in Lauf, Reisende von Erlenstegen bis Hohenstadt zu geleiten,¹²⁷⁾ sehr bald erhebliche Bedeutung. Diese Umstände lassen den Schluß zu, daß sich neben der Ackerbau und Viehzucht treibenden Bevölkerung etwa im zwölften Jahrhundert allmählich auch schon Handwerker und Kaufleute unter dem Schutz der Burg an der verkehrsgünstigen Stelle des Pegnitztales angesiedelt haben. Damit waren die Voraussetzungen für einen regelmäßigen an festgelegten Tagen stattfindenden Warenaustausch mit den Bewohnern der umliegenden Orte geschaffen.

125) entfällt.

126) Vgl. unten S. 105.

127) HStM, Staatsverwaltung 1083, fol. 75 b.

128) entfällt.

- 7 -

Der heutige Marktplatz von Lauf weist auf einen in ostwestlicher Richtung entstandenen Straßenmarkt hin. Nach Deuerlein ¹²⁹⁾ und Schnelbögl¹³⁰⁾ wurde dieser Markt um die Mitte des dreizehnten Jahrhunderts im Zuge der Straße Nürnberg-Hersbruck-Sulzbach-Böhmen errichtet. Er sei nichts anderes als eine Verbreiterung dieser Verkehrssache.

Ungeklärt ist bisher, ob für den Markt Lauf eine besondere Marktrechtsverleihungsurkunde erteilt wurde.

129) Deuerlein, S. 56.

130) Schnelbögl, Mühlen und Hammer in Lauf, S. 10.

131) entfällt.

132) entfällt.

Eine eigentliche Marktrechtsverleihungsurkunde,

ist nicht nur nicht erhalten, sondern vielleicht
nie erteilt worden.¹³⁶⁾ Daß es sich bei dem Laufer
Grundprivileg vom 6.12.1298^{136a)} nicht um eine

Marktrechtsverleihungsurkunde mit rechtsbegründender
Wirkung handelt, geht zunächst aus der in ihr verwandten
Formulierung "Bürger" hervor. Nach dem damaligen Sprach-
gebrauch wurden die Bewohner eines Dorfes nicht als
Bürger, sondern als "Leute" bezeichnet.¹³⁷⁾ Von einer
Markterhebung ist zudem in dem Freiheitsbrief nicht die
Rede. Die Urkunde verweist vielmehr ganz allgemein auf
die dem Amberger und Nabburger Bürgern bereits durch offene
Briefe verliehenen Rechte, Freiheiten und Gnaden. In
jenen Privilegien von 1294 bzw. 1296 ist aber die
Stadteigenschaft der beiden Orte schon als gegeben
vorausgesetzt. Denn beide Siedlungen hatten nach dem
Wortlaut der ihnen erteilten Urkunden diejenigen Merkmale,
die die damaligen Märkte und Städte vom flachen Land
unterschieden¹³⁸⁾, aufzuweisen.¹³⁹⁾ Sie besaßen Grund-
züge einer Selbstverwaltung und Ratsverfassung (Artikel 19
des Amberger, Art. 3 des Nabburger Privilegs), einen
durch ein besonders Marktrecht geregelten regelmäßigen
Marktverkehr (Art. 9, 11 des Amberger, Art. 2, 12 des
Nabburger Privilegs), schließlich eine eigene Nieder-
gerichtsbarkeit (Art. 1, 9, 12 des Amberger, Art. 4,
5, 11, 14 des Nabburger Privilegs). Der generelle
Hinweis auf die für Amberg und Nabburg geltenden Be-
stimmungen kann nur bedeuten, daß die dort gegebenen Ver-
hältnisse bereits 1298 auch in Lauf vorhanden waren.

136) Vgl. Nürnberger Nachrichten, Ausgabe Lauf v. 17.X.
18. 4. 1965.

137) Rietschel, S. 44.

138) Rietschel, S. 40.

139) Rietschel, S. 44.

136 a) U. v. 1298 Dez. 6, Beilage Nr. 1.

Darüber hinaus sprechen allgemeine Gesichtspunkte dafür, daß eine besondere Marktverleihungsurkunde für Lauf nicht erteilt wurde. Gegen Ende der karolingischen Periode hatte sich die Anschauung, daß die Neuanlage eines Marktes der königlichen Genehmigung bedürfe, das Marktgründungsrecht also Regal sei, in allen Teilen des fränkischen Reiches durchgesetzt.^{139a)} Seitdem ist es überhaupt ausgeschlossen, daß ein legitimus mercatus von selbst entsteht. Er bedurfte stets der sog. licentia construendi mercatum des Königs.¹⁴⁰⁾ Marktgründungsurkunden sind deshalb in großer Zahl vorhanden. Von diesem Grundsatz bestand jedoch eine Ausnahme, soweit der König selbst als Marktgründer auftrat. Für einen solchen Markt bedurfte dieser naturgemäß keiner von ihm selbst zu erteilenden Genehmigung. Da alles, was nicht Privateigentum war oder was zu einer Mark gehörte, der Verfügung und dem Nutzungsrechte des Königs unterlag, fehlen bei einer Reihe von Märkten ausgesprochene Gründungsurkunden. Insbesondere war dies bei den im Anschluß an Königspfalzen und Königsburgen errichteten Märkten der Fall ¹⁴¹⁾.

Da auch Lauf mindestens bis 1266 Reichsgut war ¹⁴²⁾ und sich der Markt im Anschluß an die Ministerialenburg entwickelte ¹⁴³⁾, ist das Fehlen einer ausdrücklichen Gründungsurkunde ausreichend erklärt.

Mit den vorstehenden Ausführungen ist auch die Entstehungszeit des Marktes Lauf ungefähr festgelegt. Er muß vor Erteilung des Grundprivilegs von 1298 entstanden sein.

139a) Rietschel S. 29.

140) Rietschel, S. 44.

141) Rietschel, S. 40.

142) B561, Reichsministerialität, S. 41.

143) Vgl. oben S. 24.

Denn die Aufzeichnung der Stadt- und Marktrechte erfolgte wohl lange Zeit, nachdem sich die in ihnen bestätigten Verhältnisse tatsächlich herausgebildet hatten.¹⁴⁴⁾ Ferner läßt auch eine im Salbuch von ca. 1275¹⁴⁵⁾ erwähnte *molendinum in foro* darauf schließen, daß die Siedlung um die Wende vom 13. zum 14. Jahrhundert bereits Markt im Rechtssinne war. Der gemeinsame Name aller Marktsiedlungen der damaligen Zeit war *forum*. Diesem Sprachgebrauch entspricht es, wenn z.B. die Marktkirche als "*ecclesia forensis*" oder die Marktmühle als "*molendinum in foro*" bezeichnet wird.¹⁴⁶⁾ Gegenteiliges gilt auch nicht, wenn man *molendinum in foro* einschränkend als Mühle am Marktplatz übersetzt. Denn die Existenz einer für den Warenaustausch benützten besonderen Örtlichkeit (Marktplatz) stellt ein wichtiges Indiz für einen durch eigenes Marktrecht geregelten Marktverkehr sowie für das Vorhandensein eines hieraus erwachsenden Zusammenschlusses der Handels- und Gewerbetreibenden zur Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten (Markt im Rechtssinne) dar.¹⁴⁷⁾

Ausgangspunkt der Frage nach dem Zeitpunkt der Stadtwerdung ist die Feststellung, daß das Wesen der Stadt im Laufe der Zeit unterschiedliche Wertungen erfahren hat. Während z.B. Planitz¹⁴⁸⁾ und Sombart¹⁴⁹⁾ von einem vorwiegend wirtschaftlichen Stadtbegriff ausgehen, rückt Schwerin¹⁵⁰⁾ den Gedanken der autonomen Gebietskörperschaft, Fehr¹⁵¹⁾ den eines Gebietes mit besonderem Recht und Gericht in den Vordergrund. Dagegen bezeichnet Rietschel¹⁵²⁾ das Befestigungsrecht geradezu als das städtische Vorrecht. Andere Ausgangspunkte für die

144) Maidhof, S. 5, Ring S. 71.

145) MB. 36a, S. 345. Voit-Geiger, S. 26 ff.

146) Rietschel, S. 148.

147) Planitz-Eckhardt, S. 181.

148) Planitz-Eckhardt, S. 181.

149) Sombart, S. 1-9.

150) Schwerin-Thieme, S. 198.

151) Fehr, S. 95.

152) Rietschel, S. 149.

Bestimmung des Stadtbegriffs sind Topographie, Statistik und behördliche Terminologie¹⁵³⁾.

Die moderne Stadtrechtsforschung¹⁵⁴⁾ hat erkannt, daß die Begriffsbestimmung der Stadt von einem einzigen Kriterium aus nicht möglich ist. Weder der Rechtsbegriff noch der Wirtschaftsbegriff, noch der geographische, statistische oder terminologische Begriff der Stadt ist für sich allein als Grundlage für eine Abgrenzung geeignet.

Es gilt vielmehr ein kombinierter Stadtbegriff, der die Einzelbegriffe in ihrer Einseitigkeit überwindet, in sich aufnimmt und die Stadt als Ganzheit zu erfassen sucht. Nur eine Summe von Kriterien, sozusagen ein Kriterienbündel, kann daher den Stadtbegriff ausmachen. Da sich zudem das Wesen der Stadt im Laufe der Zeit wandelte, setzt sich das jeweilige Kriterienbündel für jede Zeitepoche strukturell anders zusammen.

Etwa im 12. Jahrhundert ist der Stadtbegriff vielleicht am umfassendsten, die Zahl der Bedingungen, die einen Ort erst zur Stadt machen, am größten. Seit dem Mittelalter wird der Rechtsbegriff der Stadt als Gebietskörperschaft mit autonomer Verwaltung und ihre Bezeichnung (Stadt) immer wichtiger, gepaart mit dem Begriff der befestigten Siedlung, aber auch mit dem des Wirtschaftsmittelpunktes.¹⁵⁵⁾

Allerdings ergeben sich bei der Abgrenzung zu dem in Lauf bereits vorhandenen Markt daraus zusätzliche Schwierigkeiten, daß sich bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts die strenge Bedeutung und der Unterschied

153) Carl Haase, S. 3.

154) Haase, S. 5 ff, Schlesinger, Burg und Stadt, S. 97 ff und Städtelandschaften, S. 15ff. Stengel, S. 37ff. , Gilissen, S. 5 ff.

155) Haase, S. 6, 7.

zwischen den Begriffen Stadt und Markt noch nicht herausgebildet hatte^{155a)}. Die mittelalterlichen Märkte weisen im bayerischen Rechtsgebiet fast alle Merkmale auf, wie wir sie auch für die Stadt fordern. Dies beginnt schon bei der während der Übergangszeit von Markt und Stadt oft uneinheitlichen Siedlungsbezeichnung. Ebenso wie für die Stadtwerdung war für die Entstehung eines Marktes eine gewisse wirtschaftliche Entwicklung Voraussetzung. Auch die Märkte hatten Marktprivilegien. Ob die Befestigung ein echtes Abgrenzungsmerkmal gerade im Hinblick auf den Marktbegriff ist, ist umstritten¹⁵⁶⁾.

Die Märkte waren wie die Städte selbständige Niedergerichtsbezirke. Sie hatten schließlich eine eigene Verfassung, die sie zum gemeindlichen Selbstverwaltungskörper machte^{156a)}. Lediglich der Umfang und die Art dieser Rataverfassung kann als Kriterium der Unterscheidung zwischen Stadt und Markt dienen¹⁵⁷⁾. Und gerade hierzu liegen für das erste Jahrhundert der urkundlichen Nennung Laufs keine Nachrichten vor, was bei dem lückenhaften Urkundenmaterial für diese Zeit nicht verwundern darf.

Dennoch lassen sich für den Ort unserer Untersuchung einige Schlüsse auf die Stadtentstehung ziehen. Danach dürfte Lauf tatsächlich, wie dies einige Forscher¹⁵⁸⁾ vermuten, um die Mitte des 14. Jahrhunderts zur Stadt geworden sein. Unter Karl IV. erlebte der Ort seit 1353 eine politische und wirtschaftliche Blütezeit¹⁵⁹⁾.

-
- 155a) Anderer Ansicht Hühl, S. 185, der z.B. für Altdorf aus der Bezeichnung "Rat der Stadt" auf eine vorangegangene Stadtrechtsverleihung schließt.
- 156) Verneinend: z.B. Hegel, S. 34.
Bejahend: z.B. Rietschel, S. 149.
- 156a) Der Fall Schnaittach zeigt z.B., daß auch ein Markt die Rataverfassung besitzen konnte. Schnellbögl, Lauf-Schnaittach, S. 62 ff.
- 157) Schuster, S. 62.
- 158) Rebmann, Aus der Geschichte der Stadt Lauf, S. 17, Deuerlein, S. 6, Schnellbögl, S. 64, Koch, S. 3, Kraft, S. 49.
- 159) Vgl. oben S. 7.

Aus der gleichen Zeit stammt auch die mit dem Majestätssiegel versehene Urkunde vom 23. 8. 1355¹⁶⁰⁾, durch die Karl IV. den Bürgern zu Lauf alle Privilegien, die sie von den Herzögen von Bayern erhalten hatten, bestätigt. Dort wird Lauf erstmals Stadt genannt. Damit bildet das Privileg den frühesten urkundlichen Nachweis für die Stadteigenschaft der Siedlung. Denn noch 1322, 1323 und 1326¹⁶¹⁾ wird sie einheitlich nur als Markt bezeichnet.

Im Gegensatz dazu ist seit 1355 in zahlreichen Urkunden¹⁶²⁾ nur noch von der Stadt, civitas, zumindest aber von oppidum Lauf die Rede. Uneinheitliche Bezeichnungen als Markt und Stadt, wie sie z. B. Schuster¹⁶³⁾ während einer Übergangszeit für Weiden/Opf. schildert, sind für Lauf für die Zeit vor und nach 1355 nicht feststellbar. Dies kann nur bedeuten, daß sich die Überzeugung von der Stadteigenschaft Laufs innerhalb des recht geringen Zeitraums zwischen 1330 und etwa 1360 zur allgemeinen Überzeugung durchgesetzt hatte.

In etwa diese Zeit fällt ebenso wie im benachbarten Altdorf^{163a)} als weiteres Kriterium auch die Errichtung der Stadtmauer. Bis in die 1. Hälfte des 14. Jahrhunderts war der Ort ähnlich wie Hersbruck nur durch einen einfachen Graben und einen Pallisadenzaun notdürftig geschützt¹⁶⁴⁾. Die spätere Mauermühle hieß zu dieser Zeit noch Mühle "in foro" d.h. im oder am Markt, Marktmühle. Bis 1355 wird eine Stadtmauer nie erwähnt.

160) Reg. imp. VIII Nr. 2230.

161) Mon. Zöhl. II, Nr. 558, S. 366; (1322); HStM Staatsverwaltung 3505, Priv. Tom 9, fol. 119 (1323), MB 36a, S. 629. (1326).

162) Vgl. die Zusammenstellung bei Kölbel, S. 32, Zahn, S. 11

163) Schuster, S. 62.

163a) Dort nach 1387, Rühl, S. 185.

164) Schnelbögl, Lauf-Schnaittach, S. 64.

- 14 -

Dagegen besitzen wir aus der umschließenden Zeit gleich zwei Zeugnisse, die auf eine bereits vorhandene Mauer hindeuten. Zunächst in dem Privileg Karls IV. von 1372 ¹⁶⁵⁾, in dem den Laufer Bürgern die Nutzung des Stadtgrabens als Fischwasser gestattet wird, ferner in einer Urkunde der bayerischen Herzöge Otto und Friedrich, aus dem Jahre 1374 ¹⁶⁶⁾, durch welche das Fischweiherprivileg Karls IV. erneuert und erweitert wird. Wenn auch in beiden Schriftstücken von einer Mauer selbst nicht die Rede ist, so setzen diese Bestimmungen doch voraus, daß damals an der Befestigung der Stadt irgendwie gebaut wurde.

In diesem Zusammenhang ist auch das dem Ort von Karl IV. verliehene Siegel bedeutungsvoll. Denn der Besitz des Siegels gilt im allgemeinen als äußerer Beweis für die Einführung der Ratsverfassung und das Vorhandensein einer Obrigkeit, die gewisse Verwaltungs- und Gerichtsfunktionen ausübt. ¹⁶⁷⁾ Das erste aus böhmischer Zeit erhaltene Laufer Siegel stammt aus dem Jahre 1365, also aus einer Zeit, die nur 12 Jahre nach Beginn der böhmischen Herrschaft liegt ¹⁶⁸⁾

Allerdings erscheinen auch nach diesem Ergebnis die Feststellungen einiger Forscher, ¹⁶⁹⁾ der Stadt sei gerade durch die Urkunde vom 23. 8. 1355 ¹⁷⁰⁾ das Stadtrecht verliehen bzw. "geschenkt" worden, als zu weitgehend.

-
- 165) HStM, Staatsverwaltung 3505, Priv.Tom 9, fol. 119.
 166) HStM, Staatsverwaltung 3505, Priv.Tom 9, fol. 120.
 167) Stadler-Zollhöfer, S. 20. Allerdings ist der Besitz eines Siegels für sich allein kein ausreichender Beweis für die Städteigenschaft eines Ortes. So hatten im fränkischen Bereich z.B. Schnaittach und Plech, beides unstreitig Märkte (vgl. Rühl, S.244 und 247) eigene Siegel. Die Eigenschaft als Stadt ist jedoch dann zu bejahen, wenn zu diesem Merkmal, wie in Lauf, weitere städtische Kriterien hinzukommen.
 168) Vgl. unten S. 171.
 169) Rebmann, Aus der Geschichte der Stadt Lauf, S. 17, Deuerlein, S. 6, Kraft, S. 48.
 170) Reg.imp.VIII Nr.2230, Beilage Nr 6.

Denn die bei der Untersuchung der Marktentstehung gewonnenen Erkenntnisse ¹⁷¹⁾ gelten auch hier. In der Urkunde vom 23. 8. 1355 ist von einer Stadterhebung nicht die Rede; auch Umstände, die auf eine solche schließen lassen, sind aus ihr nicht ersichtlich. Daß dort mehrfach von der Stadt zu Lauffen die Rede ist, beweist nur, daß die Eigenschaft als Stadt bereits als gegeben vorausgesetzt wird.

171) vergl. oben S. 23 ff.

172) entfällt.

173) entfällt.

III. INHALT UND BEDEUTUNG DES PRIVILEGS VON 1298.

Das Laufer Privileg von 1298 gehört zusammen mit den Freiheitsbriefen von Cham 1293, Amberg 1294, Nabburg 1296 und Schwandorf 1299 zu den Rechtsverleihungen, die auf dem ehemaligen Nordgau im letzten Jahrzehnt des 13. Jahrhunderts einsetzen. Der Grund für diese Reihe von Privilegierungen liegt wohl darin, daß Herzog Rudolf I. von Bayern zur Behauptung seines Territoriums auf dem Nordgau sich die Hilfe und Unterstützung der Bürger und deren durch Privilegierung erhöhte Wirtschaftskraft sichern wollte. ¹⁷⁴⁾

Das Privileg für Lauf ist von Herzog Rudolf am 6. Dez. 1298 in Nürnberg ausgestellt. Das Original der Urkunde ist nicht mehr erhalten: eine Abschrift aus dem 15. Jahrhundert wird im Allg. Staatsarchiv in München verwahrt. ¹⁷⁵⁾ Dem Text nach gehört die Laufer Urkunde zu der Gruppe von Amberger Rechtsverleihungen, bei der die Rechte von Amberg summarisch übertragen werden, wie z.B. an Neustadt a.d.WN., Nabburg und Bärnau. Sie steht damit in enger Verwandtschaft mit den Verleihungsurkunden, die ~~in~~ eine wörtliche oder fast wörtliche Wiederholung des Amberger Freiheitsbriefes enthalten, wie Schwandorf, Sulzbach und Neunburg vorm Wald. ¹⁷⁶⁾ Eine gewisse Sonderstellung nimmt Lauf deshalb ein, weil hier die Rechte nicht nur eines Ortes, sondern die von zwei Siedlungen übertragen werden. Eine ähnliche Doppelbeileihung findet sich im Amberger Rechtskreis nur bei Oberviechtach. Den Bürgern dieser Ortschaft verliehen die Pfalzgrafen Rudolf II. und Rupprecht der Ältere auch für ihren Vetter Rupprecht den Jüngeren am 5. Mai 1337 die Rechte und Freiheiten, die die Bürger von Nabburg und Neunburg hatten. ¹⁷⁷⁾

174) Scherl, S. 112.

175) AstA, Staatsverwaltg. 3505, Priv. Tom 9 fol. 119 (Beilage 1).

176) Scherl, S. 119.

177) Staatsarchiv Amberg, Amt Murach fasc. 13 u. 68 (Abschriften); Scherl, S. 134.

Die Möglichkeit für diese Art von Rechtsverleihungen ergab sich aus der nahen Verwandtschaft der gleichzeitig übertragenen Rechtsordnungen. Andererseits war die Doppelbeleihung darin begründet, daß jedes übertragene Privileg als durch das andere ergänzungsbedürftig erschien. Inhaltlich ist das Laufer Privileg für sich betrachtet wenig ergiebig. Der Herzog verleiht den Bürgern Laufs durch eine Generalverweisung alle die Rechte, Freiheiten und Gnaden, welche die Bürger von Amberg und Nabburg von ihm haben. Durch den Hinweis "und do sy auch unser offen brif umb habent" ist klar- gestellt, daß nur die Rechte und Freiheiten aus den kurz vorher erlassenen Briefen von 1294¹⁷⁸⁾ und 1296¹⁷⁹⁾ gemeint sein können. Diese sind damit auch zur Grundlage des Laufer Stadtrechts gemacht. Lauf ist so in die Amberger Stadtrechtsfamilie einbezogen, es ist nach Nabburg der zweite mit Amberger Recht beliehene Ort. Diese Tatsache macht auch verständlich, daß im folgenden immer von Amberg-Nabburger Recht die Rede ist. Aufgrund der doppelten Verweisung und des Fehlens sämtlicher Quellen aus jener frühen Zeit läßt sich der ursprüngliche Laufer Rechtszustand nur auf diese Weise darstellen. Der Umstand, daß Rudolf in der Urkunde von 1298 nur die gegenüber seinem Vater erzeugte Treue der Laufer Bürger erwähnt, ist ein weiterer Beweis dafür, daß dessen Vorfahren den Ort noch nicht besaßen¹⁸⁰⁾.

Mit Rücksicht auf die eingehende Darstellung bei Scherl¹⁸¹⁾ kann hier auf eine nähere Schilderung der Einzelheiten der Amberg-Nabburger Privilegien verzichtet werden. Eine Auseinandersetzung mit Einzelheiten der vorgenannten Bestimmungen erfolgt im Rahmen des nachfolgenden Vergleichs mit dem Nürnberger Stadtrecht, ferner soweit erforderlich bei der Besprechung der Fortentwicklung des eigenständigen Laufer Stadtrechts.

178) Urkunde des Herzogs Rudolf, 1294 März 3, Stadtarchiv Amberg Urkunde Nr. 1, Beilage 2.

179) Urkunde des Herzogs Rudolf, 1296 März 31, HStAM Fürstenselekt 506, Beilage 3.

180) Schnellbügl Lauf-Schnaittach, Annkg. 132a.

181) Scherl, S. 113 ff.

Zum besseren Verständnis soll der Inhalt der Amberg-Nabburger Privilegien hier nur kurz zusammengefaßt werden: Nach dem Inhalt der Freiheitsbriefe sind Amberg und Nabburg landesherrliche, herzogliche Städte. Als Vertreter des Landesherrn erscheint ein herzoglicher Beamter, welcher in Amberg Richter oder Stadtrichter heißt (Art. 2, 3, 7, 10, 15 Amberger Privileg = AP). In Nabburg wechselt die Bezeichnung: Der landesherrliche Beamte heißt Pfleger, soweit es sich um die Ausübung des herzoglichen Geleitrechts handelt (Art. 1 Nabburger Privileg = NP), Richter, Stadtrichter, Sachwalt oder Amtmann, soweit er Funktionen der Gerichtsbarkeit oder Polizeigewalt wahrnimmt (Art. 4, 5, 11, 14 NP). Aus Art. 3 des Nabburger, besonders aber aus Art. 19 des Amberger Privilegs sind Grundzüge einer schon zu dieser Zeit in beiden Orten vorhandenen Ratsverfassung und städtischen Selbstverwaltung erkennbar. Darüber hinaus regeln die beiden Privilegien die Aufnahmen von Neubürgern und die allgemeine Rechtsstellung der Bürger und Fremden (Art. 11, 12, AP., Art. 1-4 NP), sowie die Gewährung des Marktgeleits (Art. 15 S. 1 AP, Art. 10 - 12 NP). Strafrechtliche und strafprozessuale Bestimmungen enthalten Artt. 1-5 der Amberger und Art. 5-9 der Nabburger Vorschriften; in Art. 6-9 befaßt sich das Amberger Rudolfinum mit der Zuständigkeit in Zivil- und Strafsachen. Den Bestimmungen über die Gleichheit und Freiheit der Bürger ist in Art. 7, 8 und 16-18 AP sowie Art. 13, 16 NP ein für die damalige Zeit bemerkenswert breiter Raum gewidmet. Ferner wird den Nabburgern durch Art. 14, 15 ihres Privilegs ihre wirtschaftliche Monopolstellung im Bierbrauen und -schenken bestätigt. Eine Reihe von für Nabburg neuen Punkten aus dem Bereich des Erbrechts, des Strafrechts, der Gerichts- und Stadtverfassung sowie einzelne persönliche "Grundrechte" erlangen erst infolge ausdrücklicher Verweisung durch Art. 17 NP auch für

Nabburg Gültigkeit. Für Lauf ist diese Verweisung bedeutungslos, da das Laufer Privileg unmittelbar auf die Amberger Bestimmungen Bezug nimmt.

Auf Grund der generellen Verweisung auf die Amberger und Naburger Regelungen ist davon auszugehen, daß in Lauf etwa gleiche Verhältnisse gegeben waren wie in den oberpfälzischen Nachbarstädten. Anders wäre die bloße Bezugnahme auf die beiden fremden Rechtsordnungen unverständlich.

Wegen der festgestellten Doppelbeileihung stellt sich die Frage, welche Rechtsordnung im Einzelfall für Lauf verbindlich ist. Freilich ist dieses Problem bei der nahen Verwandtschaft der Vergleichstexte nicht von übermäßiger Bedeutung. Beide Freirechtsbriefe weisen nämlich eine Reihe gleichlautender oder wenigstens inhaltlich entsprechender Regelungen auf. Nach Art. 1 S. 1 AP und Art. 8 NP verfällt der Totschläger mit Leib und Gut dem Herzog, d.h. seine Acurteilung erfolgt vor dem herzoglichen Landgericht. Ein einer Straftat Bezichtigter, der vor Gericht seine Schuldlosigkeit nachweist, soll straf-frei ausgehen (Art. 1 S. 2 AP, Art. 5 NP). Art. 5 AP und Art. 6 NP behandeln einen Sonderfall des Unschuldsbeweises: Ein Bürger ist für die Taten seiner Söhne nicht verantwortlich, falls er vor Gericht nachweist, daß er an der Tat unbeteiligt war bzw. daß er den flüchtigen Sohn nicht in sein Haus aufgenommen hat. Die Adeligen, die wegen einer Geldschuld verklagt werden, sind dem gewöhnlichen Gericht des Stadtrichters unterworfen, für sie gilt kein privilegierter Gerichtsstand (Art. 10 AP, Art. 13 S. 1 NP). Die fremden Kaufleute in der Stadt werden hinsichtlich der "Dienste", der Leistungen verschiedener Art, den eingesessenen Bürgern gleichgestellt (Art. 11 AP, Art. 2 NP). Nach Art. 12 AP und Art. 4 NP darf kein Bürger mit einer Strafe oder Leistung besonders belegt werden, sofern er dies nicht selbst verschuldet hat.

Ein Heiratszwang besteht in beiden Städten nicht mehr. (Art. 13 AP, Art. 16 NP). Schließlich darf, wer jemandem in der Stadt einen Schaden zugefügt hat, nur mit Einwilligung des Geschädigten in die Stadt geleitet werden (Art. 15 S. 1 AP, Art. 10 NP).

Unproblematisch sind auch diejenigen Punkte, die über den gemeinsamen Inhalt hinaus nur Erweiterungen enthalten: So stellt das Amberger Recht in Art. 5 die Knechte hinsichtlich der Haftung des Vaters den Bürgersöhnen gleich; das Vater-Sohn- und das Herr-Knecht-Verhältnis werden also gleich behandelt. Ähnliche Ergänzungen enthalten Art. 14 AP hinsichtlich der rechtlichen Folgen einer Heirat ohne Einverständnis der Verwandtschaft, Art. 15 S. 2 AP bezüglich der Auswirkungen der Erteilung des Geleits gegen den Willen des Geschädigten und umgekehrt Art. 13 S. 2 NP gegenüber Art. 10 AP, wonach der adelige Richter, wenn er selbst wegen einer Geldschuld verklagt wird, vom Richteramt ausgeschlossen ist.

Eine klare Rechtslage ist auch dort gegeben, wo Art. 17 des Nabburger Privilegs ergänzend auf die Rechte der Amberger Bürger verweist. Hier ist trotz der Doppelbeileihung nur ein maßgeblicher Rechtssatz vorhanden. Die für Nabburg neuen Punkte betreffen im wesentlichen das Erbrecht (Art. 14 AP), das Strafrecht (Artt. 2-4 AP), die Zuständigkeit in Zivil- und Strafsachen (Artt. 6 und 9 AP) und einzelne persönliche Freiheitsrechte, z.B. den Schutz vor Verhaftung (Art. 7 AP), die Freiheit der Selbstbestimmung bezüglich der Übernahme von Ämtern (Art. 8 AP) und schließlich in gewissem Sinne die Freizügigkeit der Bürger (Artt. 16 und 17 AP). Art. 18 AP **regelt** die Rechtsstellung der Juden in der Stadt, während Art. 19 AP Grundzüge der städtischen Selbstverwaltung enthält.

Einander widersprechende Bestimmungen liegen schließlich dort nicht vor, wo der Nabburger Freiheitsbrief im Verhältnis zum Amberger Grundprivileg selbständige Regelungen aufweist. Dies ist der Fall, soweit nach Art. 1 NP allen Personen, mit Ausnahme der Urbarsleute ^{181a)} des Herzogs selbst, die Ansiedlung in der Stadt Nabburg offen steht, hinsichtlich des Gebots, niemand von den allgemeinen Diensten zu befreien, außer es geschehe mit Genehmigung des Herzogs und im Einverständnis mit der Bürgerschaft (Art. 3 NP), ferner soweit Art. 7 NP die bereits erwähnten Artikel 6 und 5 AP dahin erweitert, daß der Vater, seine eigene Schuldlosigkeit vorausgesetzt, für die Tat des Sohnes auch dann nicht einzustehen hat, wenn der Sohn vom Vater wirtschaftlich unabhängig, selbständig geworden ist. Nach Art. 9 NP soll, derjenige, der eine Körperverletzung begeht, seine Handlungs- und Geschäftsfähigkeit, vor allem die Verfügungsmacht über sein Eigentum nicht verlieren, er muß jedoch dem Herzog und dem Verletzten Hilfe leisten. Artikel 11, 12 und 13 S. 2 NP befassen sich mit der Gewährung des Marktgeleits, Art. 14 und 15 NP bestätigen die bereits angeführte wirtschaftliche Monopolstellung der Nabburger im Bierbrauen und -schenken. Da das Laufer Privileg ausdrücklich auch auf die Nabburger Bestimmungen verweist, sind auch diese als Grundlage des Laufer Stadtrechts anzusehen.

181a) Grunduntertanen.

Sämtlichen bisher angeführten Rechtssätzen ist gemeinsam, daß es in keinem Fall zu einer Kollision einander widersprechender Regelungen kommt. Lediglich die Bestimmungen über die Schuldausschließungsgründe sind in beiden Freiheitsbriefen verschieden gefaßt. Im Amberger Art. 1 S. 2 erkennt der Herzog das Recht der Notwehr nur für den Totschläger an. Der Nabburger Brief ist nach zwei Richtungen umfassender gehalten: Er spricht einmal, ohne die Notwehr zu nennen, davon, daß es dem Täter allgemein zustehe, seine Unschuld geltend zu machen; zum anderen erstreckt sich die Vorschrift nicht nur auf den Totschlag, sondern ist auf Verwundungen und überhaupt auf alle strafrechtlichen Tatbestände ausgedehnt (Art. 5 NP).

Da den nur spärlich vorhandenen Quellen nicht zu entnehmen ist, welcher der unterschiedlichen Texte in Lauf Geltung besaß, bleibt nur der Versuch, dies im Wege der Auslegung zu ermitteln. Dabei würde eine allein an der besonderen Betonung der individuellen Rechte in heutiger Zeit orientierte Betrachtungsweise mit Sicherheit für den Vorrang der dem jeweiligen Beschuldigten günstigeren Nabburger Fassung sprechen. In diesem Falle bliebe jedoch unberücksichtigt, daß im Zeitpunkt der Verleihung der fraglichen Privilegien sämtliche Rechte und Freiheiten grundsätzlich dem Stadtherrn zustanden. Nur von diesem ausdrücklich weiter verliehene Rechte galten als zugestanden. Dies kommt sehr deutlich z.B. in dem während des ganzen Mittelalters erkennbaren Streben der Privilegierten nach immer neuer Bestätigung ihrer Freiheiten zum Ausdruck. Damit käme man über eine einengende Auslegung zur Gültigkeit des Amberger Textes. Denn dieser gesteht den Bürgern weniger Rechte und Freiheiten zu, als die in gleicher Hinsicht recht weitgehende Nabburger Fassung. Dennoch dürfte der Wortlaut des Nabburger Briefes für Lauf maßgebend sein. Denn er steht im Einklang mit der neuesten Entwicklung des Strafrechts jener Zeit.

Seit dem 13. Jahrhundert trat die Wertung der Tat nach dem äußeren schädigenden Erfolg immer mehr zugunsten einer stärkeren Berücksichtigung des Verschuldensbegriffs zurück 181b). Das im Amberger Privileg besonders herausgestellte Notwehrrecht des Totschlägers, welches als Fortbildung des Tötungsrechts gegenüber dem handhaften Angreifer erscheint 181c), stellt nur eine besondere Ausprägung dieses umfassenderen Gedankens dar. Darüber hinaus wird die ungewollte Tat (Ungefährwerk) nun nicht oder milder bestraft als die mit "Vorbedacht" begangene. Dem entspricht auch eine Verfeinerung in der Bewertung der geistigen Verfassung des Täters. Kinder und Geisteskranke bleiben, soweit man sie überhaupt bestraft, von Tod und Verstümmelung verschont 181d).

Die geschilderte Entwicklung entsprach auch dem Interesse der jeweiligen Stadtherrn. Seit dem 13. Jahrhundert nahm die Vorstellung, daß durch eine Missetat nicht nur der Einzelne, sondern die Gesamtheit geschädigt werde, dauernd zu. Der Ausbau des Notwehrrechts muß im Zusammenhang mit den immer energischeren Anstrengungen des Staates gesehen werden, die Selbsthilfe einzudämmen und sie in rechtliche Formen zu gießen 181e). Ebenso dürfte auch die Verfeinerung und Vertiefung des Schuldgedankens letzten Endes einer dem Stadtherrn willkommenen wirksameren Bekämpfung der schuldhaft begangenen Verbrechen gedient haben. Damit erscheint es naheliegend, daß die zeitlich spätere und modernere Nabburger Fassung auch in Lauf Geltung besaß.

181b) Fehr, S. 189 ff.

181c) von Schwerin-Thieme, S. 211, 214, 348.

181d) Fehr, a.a.O.

181e) Fehr, S. 189.

Zusammenfassend muß zwar gesagt werden, daß der ursprüngliche Laufer Freiheitsbrief von 1298 keine eigentümlichen Rechtsgedanken enthält. Er lebt allein aus der Verweisung auf zwei fremde, einander verwandte Stadtrechte. Dennoch ist das alte Laufer Recht weder allein Amberger noch allein Nabburger Recht. Durch die Verweisung auf die einander ergänzenden Vorschriften der beiden Beleihungsorte entstand eine neue eigene Rechtsmasse, die man, wenn nicht als Laufer Recht, so doch zumindest als in Lauf geltendes Amberg-Nabburger Recht zu kennzeichnen hat. Ihr besonderes Merkmal ist die ungewöhnliche Vielfalt, mit der sie nahezu alle Bereiche mittelalterlichen städtischen Rechtslebens erfaßt.

IV. Vergleich zwischen Amberger und Nürnberger Recht.

I. Bevor nun die weiteren Laufer Privilegien und Konfirmationsbriefe und damit das eigentümliche Laufer Stadtrecht behandelt werden, erscheint ein Vergleich zwischen Amberg-Nabburger und Nürnberger Stadtrecht erforderlich. Dieser drängt sich aus mehreren Gründen für die vorliegende Betrachtung auf:

1. Die räumliche Nähe zu Nürnberg macht es wahrscheinlich, daß die Rechtsordnung der Siedlung Lauf in der frühesten Zeit stark von der nahe gelegenen Reichsstadt beeinflusst wurde. Seit dem um 1266 erfolgten Erwerb durch die Wittelsbacher bildete sie die westlichste Bastion im Amberg-Oberpfälzer Rechtskreis. Während der folgenden Zeit wurden auch die nahe gelegenen späteren Nürnberger Landstädte Altdorf und Hersbruck zu Grenzpunkten verschiedener Rechtssysteme. So sollte in Altdorf auf Grund einer Urkunde Pfalzgraf Rupprechts des Jüngeren vom 28. Januar 1400 "Recht geschehen und gerichtet werden in der Maßen, als seine Stadt Amberg in solchen Sachen Freiheit und Gesetz von ihm hat".¹⁸²⁾ Hersbruck dagegen erhielt durch eine Urkunde Herzog Rudolfs I. von 1297^{182a)} die Freiheiten, Rechte und Gnaden von Neumarkt übertragen, welches seinerseits wieder nach Nürnberger Recht lebte.^{182b)}

182) Gengler, Stadtrechte, S. 23 ff.

182a) U.v. 1297 Oktober 27, Gumbel, Hersbrucker Stadturkunden Nr. 1.

182b) Schultheiß, Einwirkung Nürnberger Stadtrechts. S. 30.

2. Amberg und Nürnberg waren Ausgangspunkte bedeutender Stadtrechtsfamilien:

- a) Zumindest seit Beleihung mit dem wichtigen und umfangreichen Privileg von 1294 wurde Amberg nicht nur Mittelpunkt einer eigenen Provinz, sondern auch Mutterstadt einer eigenen Stadtrechtsfamilie. Sein Recht wurde in der Folgezeit für eine Reihe oberpfälzischer Orte maßgebend. Es wurde 1296 an Nabburg, 1298 an Lauf, 1299 an Schwandorf weitergegeben. 1305 wanderten die Amberger Freiheiten nach Sulzbach¹⁸³⁾, 1323 nach Kastl, 1337 nach Viechtach, 1339 nach Neustadt a.d.Waldnaab, 1345 nach Nittenau, 1354 nach Neunburg v.Wald und 1375 nach Kemnath¹⁸⁴⁾. Über 100 Jahre lang, bis zum Beginn des 15. Jahrhunderts sind Verleihungen des Amberger Rechts nachweisbar. Nach 1398 wurden Pressath, 1400 Altdorf, 1405 Bärnau und 1410 schließlich Velburg¹⁸⁵⁾ mit Amberger Recht beliehen. Damit wurde das oberpfälzisch-Amberger Recht neben der oberbayrisch-Münchener und der niederbayrisch-Landshuter Stadtrechtsfamilie zum dritten wichtigen Rechtskreis im altbayerischen Raum.

-
- 183) Scherl, S. 112 Anm. 4 unter Hinweis auf eine bei Jphann Georg Feßmaier, Urkundenbuch (Diplomatische Skizze aus dem alten Vitzthumamte Lengenfeld S. 49-78, 16 noch ungedruckte Urkunden) als Urkunde Nr. 2 ausgeführte Urkunde vom 1305 März 21.A.A.Schultheiß, Einwirkung Nürnberger Stadtrechts S. 36: 1403.
- 184) Scherl, a.a.O.S. 119 Anm. 14 unter Hinweis auf die Wochenmarktsverteilung durch Pfalzgraf Rupprecht den Älteren von 1375 Februar 4: Staatsarchiv Amberg Amt Waldeck-Kemnath Nr. 5 (Abschr.). Anderer Ansicht. Schultheiß, a.a.O.: 1337.
- 185) Scherl S. 119 Anm. 15 unter Hinweis auf eine Urkunde von 1410 März 12, Staatsarchiv Amberg, Neuburger Abgabe 1912, Nr. 1560.A.A.Schultheiß, a.a.O.: 1337.

b) Andererseits war Nürnberg im Mittelalter bedeutendes Zentrum des Rechtslebens in Süddeutschland, das einen beachtenswerten Einfluß auf das gesamte deutsche Recht ausgeübt hat.¹⁸⁶⁾ Allein im ostfränkischen Raum gehörten etwa 30 Orte zur Nürnberger Stadtrechtsfamilie¹⁸⁷⁾. Auch dem bedeutenden Egerer Stadtrechtskreis liegt Nürnberger Recht zugrunde.¹⁸⁸⁾ Die Rechtsbeziehungen Nürnbergs zu dem alten Königshof Weißenburg wurden erst in jüngster Zeit umfassend gewürdigt.¹⁸⁹⁾ Mit der Ansiedlung Deutscher im 13. Jahrhundert kam das Nürnberger Stadtrecht nach Prag, welches als vorbildliche Hauptstadt des Reiches sein Recht wieder an zahlreiche Städte Böhmens weitergab.¹⁹⁰⁾ Der mittelbare Einfluß des Nürnberger Rechts reichte wahrscheinlich bis nach Siebenbürgen.¹⁹¹⁾

3. Scherl¹⁹²⁾ hat in seiner eingehenden Untersuchung das Amberg-Nabburger Recht sowohl mit dem oberbayrisch-Münchener als auch mit dem niederbayrisch-Landshuter Stadtrecht verglichen. Er gelangte dabei zum Ergebnis, daß das Amberger-Nabburger Recht diesen Rechtsordnungen gegenüber etwas Eigenes und Selbständiges bildet, da es weder zur oberbayrisch-Münchener noch zur niederbayrisch-Landshuter Stadtrechtsfamilie gehöre.

186) Schultheiß, Ortsrecht S. 2, Liermann, S. 1 ff.

187) Schultheiß, Ortsrecht S. 11.

188) Weizsäcker, S. 265 ff.

189) Rudolf Nagel, Das Recht der Reichsstädte Weißenburg u. Nbg.

190) Schultheiß Einwirkung Nbg. Stadtrechts, S. 39.

191) Schultheiß, Einwirkung Nbg. Stadtrechts, S. 44.

192) Scherl, S. 127 ff.

Dagegen fehlt bis heute ein entsprechender Vergleich zwischen Amberg und Nürnberg. Der Grund dafür ist wohl vor allem darin zu suchen, daß Nürnberg im Gegensatz zu München, Landshut oder Amberg bis zur sogenannten Reformation von 1479 ¹⁹³⁾ einer zusammenfassenden Kodifikation aller bis dahin in der Reichsstadt erlassenen Rechtsvorschriften kein einheitliches, leicht überschaubares Privileg als Vergleichsgrundlage aufzuweisen hat ¹⁹⁴⁾.

Aus diesen Erwägungen und dem überall spürbaren Einfluß Nürnbergs ergibt sich die Fragestellung, ob und inwieweit Amberger-Nabburger und Nürnberger Recht übereinstimmen oder sich voneinander unterscheiden, insbesondere in welchem Maße das Amberger Recht vom Nürnberger Stadtrecht beeinflußt oder abgeleitet ist.

Diese Frage ist wegen der engen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Vergleichsorte und ihrer räumlichen Nähe berechtigt. Vor allem aber stellt sie sich auf Grund der historischen Entwicklung. Denn noch am Anfang des 11. Jahrhunderts bildete die Regnitz in der Gegend von Erlangen nicht nur eine Stammes- sondern auch eine Rechtsgrenze. Nach einer Urkunde von 1021 lag auf dem westlichen Ufer des Flusses der zu Franken gehörige Rangau, auf dem Ostufer im Nordgau galt bayerisches Recht. Auch Nürnberg zählte zunächst selbst noch zum bayerischen Nordgau. Noch im "Indiculus curiarum", einem Verzeichnis der Königshöfe, das wahrscheinlich in die zweite Hälfte des 12. Jahr-

193) Abgedruckt und kommentiert bei Karl Lazarus von Woelckern, *Commentatio Succincta in codicem iuris statuarii Norici*, Teil 1 bis 2 in 2 Bänden, Nbg. 1737.

194) Vgl. unten S.44.

hundreds zu setzen ist¹⁹⁵⁾, wurde es zu den bayerischen Königshöfen gezählt. Es gehörte zunächst ebenso wie Amberg zu dem Reiche auf die Burg Nürnberg. Der Nürnberger Burggraf war ursprünglich oberster Richter für das ganze Gebiet¹⁹⁶⁾.

Frühestens um 1064 wurde der neue Domänendistrikt Nürnberg von der später nach Sulzbach benannten Grafschaft (Pegnitzgau) abgespalten¹⁹⁷⁾.

Amberg schlug ebenfalls verhältnismäßig spät eine selbständige Entwicklung ein. Im Jahre 1188 erhielt Kaiser Friedrich I. mit verschiedenen Gütern in der Oberpfalz Amberg als Lehen von Bamberg. 1269 gelangte es durch das Testament Konradins an das Herzogtum Baiern¹⁹⁸⁾.

Dennoch blieben die Rechtsbeziehungen zwischen den beiden Städten zunächst erhalten. Neben Bamberg läßt sich für Amberg sogar die erste Übertragung einzelner Nürnberger Rechte feststellen. Im Jahre 1163¹⁹⁹⁾ erreichte nämlich der Bischof von Bamberg wohl als Belohnung für seine Reichstreue für die Kaufleute Bamberg und Ambergs Zoll- und Abgabefreiheit im ganzen Reiche wie Nürnberg²⁰⁰⁾. Außerdem stimmt der Amberger "Judeneid" wörtlich mit dem überein, den die Nürnberger Reformation von 1479 angibt, der aber auf eine viel frühere Zeit zurückgeht.²⁰¹⁾

195) Schultheiß, Einwirkung Nürnberger Stadtrechts, S. 23.

196) Waldmann, Fränkischer Kurier, Nr. 163, S. 1, Dannenbauer S. 83, 89, abweichend Schnelbögl Lauf-Schnaittach, S. 42.

197) Schultheiß, Amtsbücher S. 27.

198) Rechtsgeschichte S. 26.

199) MB 31 I, S. 416.

200) Schultheiß, Einwirkung Nbg. Stadtrechts, S. 26.

201) Waldmann, Fränkischer Kurier Nr. 158, S. 1.

Die von Schultheiß ²⁰²⁾ erörterte Möglichkeit, Amberg habe ursprünglich nach Nürnberger Recht gelebt, läßt sich deshalb zumindest für das 12. Jahrhundert nicht ausschließen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich bis dahin im Oberpfälzer Bereich ein selbständiges und brauchbares Rechtssystem noch nicht entwickelt hatte.

Auch in der Folgezeit blieb Amberg trotz der nun stärker betonten Landesgrenzen im Rechtsverkehr mit Nürnberg. Das Amberger Stadtrechtsbuch, das etwa 1347 angelegt ist, enthält zwei Rechtsweisungen über das zwischen Herzog und Stadt strittige Friedegebot ²⁰³⁾.

Diese Umstände lassen jedoch ohne nähere Prüfung keinen bindenden Schluß auf die nach dem 12. Jahrhundert zwischen beiden Städten erwachsenen Rechtsbeziehungen zu. Denn in den Rechtserholungen des 14. und 15. Jahrhunderts kann sich auch nur die hochentwickelte Gesetzgebung Nürnbergs und die angesehene Rechtsprechung des Rats schiedsgerichtlich ausgewirkt haben. Dabei mögen die geringe Entfernung und die Handelsbeziehungen zwischen beiden Orten besonders mitgespielt haben. Nennt doch die Amberger Hammerwerke-einigung 1387 die Nürnberger "gute Frunde" ²⁰⁴⁾.

Die auseinanderstrebende territoriale Entwicklung begünstigte andererseits die Entwicklung von zwei voneinander unabhängigen und eigenartigen Rechtskreisen ²⁰⁵⁾.

202) Schultheiß, Einwirkung Nürnberger Stadtrechts, S. 26.

203) Thoma, S. 30, 45 ff.

204) Waldmann, Fränkischer Kurier, Nr. 58, S. 1.

205) Schultheiß, Einwirkung Nürnberger Stadtrechts, 27.

Der Vergleich mit dem Nürnberger Stadtrecht erstreckt sich sowohl auf das Amberger als auf das Nabburger Privileg. Beide werden in diesem Zusammenhang als Ganzes betrachtet, da beide auch für Lauf verbindlich sind. Dabei sollen entsprechend der heutigen Aufgabe der vergleichenden Stadtrechtsforschung²⁰⁶⁾ die Faktoren Zeit und Inhalt dahin berücksichtigt werden, daß die in den jeweiligen Rechtssätzen zum Ausdruck gekommenen Ergebnisse der gleichen Epoche und desselben Sachgebiets einander gegenübergestellt werden.

Als Ausgangspunkt für die vorliegende vergleichende Betrachtung bieten sich die Amberg-Nabburger Freiheitsbriefe an. Sie enthalten in gedrängter Zusammenfassung auf den gleichen Zeitpunkt bezogene Grundsätze von Verfassung und Verwaltung, Zivilrechtsnormen und Bestimmungen des Zivilverfahrensrechts, Strafvollzugsrecht und materielles Strafrecht, schließlich einige wirtschaftsrechtliche Bestimmungen. Sie bieten damit einen repräsentativen Querschnitt städtischen Rechtslebens an der Wende vom 13. zum 14. Jahrhundert.

Ganz anders verhält es sich mit dem ältesten Nürnberger Stadtrecht. Ein den Amberg-Nabburger Bestimmungen entsprechendes gleich umfassendes Grundprivileg hat die Reichsstadt nicht aufzuweisen. Das berühmte Stadtprivileg von 1219²⁰⁷⁾ stellt mehr eine Festlegung des Bestehenden, als eine Verleihung neuer grundlegender Freiheiten dar,²⁰⁸⁾ In der Hauptsache wird das ständische Vorzugsrecht der Kaufleute erläutert. Von ihrem damaligen Stadtherrn Friedrich II., der aus seinem normanisch-sizilischen Obrigkeits-

206) Haase, Probleme der Stadtrechtsforschung. S. 129ff

207) Urkunde vom 8.11.1219, Abdruck NUB Nr. 178
Dt. Übersetzung, Lochner, Jahrbücher S. 102ff.

208) Schultheiß, Ortsrecht, S. 5.

staat kam, konnte eine Stadt wie Nürnberg keine großzügige Förderung ihres kommunalen Lebens erwarten. Infolge der Fortführung der "staufischen", d.h. autokratischen Stadtherrschaft durch Rudolf von Habsburg und infolge des Einflusses der Nürnberger Burggrafen erhält die Stadt erst 1287²⁰⁹⁾ eine allgemeine Bestätigung ihrer Freiheiten. Erst das Privileg vom 11. Juni 1313²¹⁰⁾ sanktioniert das Streben des Rates nach Autonomie in Friedens- und Marktsachen²¹¹⁾. 1302 legte der Rat ein Satzungsbuch an, das nach dem von Augsburg (1276) das zweitälteste Bayerns darstellt. Es enthält in der Hauptsache sicherheits- und gewerbepolizeiliche Vorschriften. Auf strafrechtlichem Gebiet bringt die Nürnberger Halsgerichtsordnung²¹²⁾, die bisher auf 1294 datiert wurde,²¹³⁾ aber erst aus dem 1314 angelegten Satzungsbuch III c stammt, beachtliche Neuerungen.

1285 legen Schultheiß und Rat ein Acht- und Stadtverbotsbuch an, die zweite derartige Quelle Süddeutschlands²¹⁴⁾. Die Befugnisse des Schultheißen sind schließlich aus dem Reichsweistum über dessen Amt²¹⁵⁾ zu rekonstruieren. Dieses stammt zwar erst aus dem Jahre 1385, enthält aber Rechtssätze einer weit früheren Zeit. Eine vergleichende Betrachtung des ältesten Nürnberger Rechts erfordert die Berücksichtigung all dieser Kodifikationen.

209) NUB Nr. 756:..Schwäbisch Gmünd 1287 August 15.

210) Original AStA, Kaiserselekt Nr. 1245b b
(= STAN Nr. 245).

211) Eingetragen im Satzungsbuch III c auf 31, 86-89
Druck: H. Knapp, Kriminalverfahren S. 50-56
STAN, Amts- u. Standbuch, Rep.526, 228.

212) Schultheiß, Rechtsquellen S. 31.

213) Hermann Knapp, Kriminalverfahren S. 50.

214) Schultheiß, Achtbücher S. 182 ff, Eingangsformel abgedruckt u. auf "vor 3. Oktober 1285" datiert bei NUB Nr. 730.

215) Werner Schultheiß, Das Weistum über das Schulttheißenamt a.d.J.1385 in MVGN, 35, 1937, S.59ff bes.S.65 ff und 85ff.

V. EINZELHEITEN ZUM RECHTSVERGLEICH.

1) Die Stellung des Richters.

Wie in Nabburg und Amberg wird auch in dem der Reichsstadt von Kaiser Friedrich II. verliehenen Privileg von 1219 ²¹⁶⁾ die Institution des Stadtrichters als etwas bereits Bestehendes vorausgesetzt. Tatsächlich läßt sie sich auch schon für die Zeit vorher feststellen. Dies haben Dannenbauer ²¹⁷⁾ und Schultheiß ²¹⁸⁾ für die Jahre 1188 und 1190 nachgewiesen. Außerdem folgt diese Tatsache aus dem Stadtprivileg König Philipps vom Jahre 1200 ²¹⁹⁾ für die Neugründung Lenkersheim, dessen Schultheiß durch den von Nürnberg eingesetzt wird.

In sämtlichen Vergleichsorten sind die Befugnisse des Richters gegen Anfang des 13. Jahrhunderts nicht mehr unbeschränkt. Die Rechtsentwicklung ist auch in Nürnberg schon so weit fortgeschritten, daß der Stadtherr den Forderungen der Bürgerschaft in manchen Punkten nachgegeben hat. Vor allem wird der Wille des verletzten Bürgers bei der Erteilung des Geleits gegenüber einer willkürlichen Anwendung durch den Richter berücksichtigt. Dabei erweist sich die Nabburger Regelung als umfassender als die der Reichsstadt. Satz 2 des Weistums über das Nürnberger Schultheißenamt aus dem Jahre 1385, regelt nur den Fall, daß Gäste sich einen Tödschlag zuschulden kommen lassen. Dann sollen sie sich erst mit den Bürgern einigen, damit sie wieder in den Stadtfrieden aufgenommen werden können, um darauf erst mit dem Richter wegen der Sühnung verhandeln zu können.

216) Abdruck NUB Nr. 178, Dt. Übersetzung Lochner, Jahrbücher S. 102 ff.

217) Dannenbauer, Territorium Nürnberg S. 77

218) Schultheiß, Weistum S. 85ff.

219) U. Nürnberg, 1200 März 15, NUB 105.

Der Nabburger Bürger braucht dagegen nach dem inhaltlich allgemeineren Art. 10 des Nabburger Privilegs nicht zu dulden, daß jemand, mit dem er auch nur verfeindet ist, gegen seinen Willen in die Stadt geleitet wird. In Amberg kann der Bürger, gegen dessen Willen das Geleit erteilt wurde, sogar gegen den Fremden vorgehen, ohne sich strafbar zu machen. (Art. 15, Hs. 2 Amberger Privileg). Dagegen wird im späteren Laufer Recht nur noch dem Schwerverbrecher das Marktgeleit versagt ^{219a)}.

Da sich der Nabburger Freiheitsbrief nicht mit der Selbstverwaltung befaßt, wird dort auf das Verhältnis Richter - Stadt nicht Bezug genommen. Im AP wird es nur indirekt erwähnt, indem Art. 19 allgemein bestimmt, daß die Beschlüsse des Rats von jedermann, also auch vom Richter geachtet werden müssen. Der Nürnberger Stadtrat (Consules) wirkt bereits seit 1280 in vermehrtem Maße bei der Beurkundung von Rechtsgeschäften mit ²²⁰⁾. Pitz ²²¹⁾ und Schultheiß ²²²⁾ folgern daraus, daß der Rat seither nicht nur als Garant der Rechtsgeschäfte beigezogen wird, sondern, daß dieses Organ allgemein an Ansehen und Macht gewonnen hat und deshalb die Tätigkeit des Schultheißen bzw. des Stadtgerichts beschränkt bzw. Befugnisse dieser Behörde übernimmt. Art. 10 des vorerwähnten Weistums über das Schultheißenamt zeigt, wie der Rat in der Gerichtsbarkeit bereits dem Schultheißen vorgesetzt ist. Der Schultheiß gibt zwar das erste Geleit vor Gericht; widerspricht aber diesem ein Bürger, so kann der Richter dem Verbrecher nur mit Zustimmung des Rates ungehindertes Erscheinen vor Gericht zusichern. Der Rat der Gemeinde war also eine höhere Instanz als der Schultheiß. Ihren Höhepunkt erreicht diese Entwicklung mit dem berühmten Privileg Heinrichs VII. vom 11. Juni 1313 ²²³⁾. Dort

219a) Vgl. unten S. 79.

220) Vgl. z.B. NUB 734, U.v. 1286 Jan. 14.

221) Pitz, Rats Herrschaft, S. 14 ff.

222) Schultheiß, Rechtsquellen S. 30.

223) AStA, Kaiserslekt Nr. 1245b (StAN Nr. 245).

ist bestimmt, daß der Schultheiß dem Stadtrat alljährlich gerechte Justiz gemäß dem Spruch der Schöffen und dem Recht der Stadt geloben müsse. Damit hatte die Bürgergemeinde mehr als nur Beachtung ihrer Anordnungen erlangt. Es war ihr vielmehr gelungen, den Stadtschultheißen in die Abhängigkeit vom Rat zu bringen. Darin liegt ein wesentlicher Unterschied zu der in Amberg und später auch in Lauf ^{223a)} feststellbaren Übung.

2) Zuständigkeit und Gerichtsstand.

Wie in den übrigen wittelsbachischen Orten oblag auch in Amberg (Art. 1 S. 1) und Nabburg (Art. 8) dem Landesherren die Bestrafung des Totschlags und darüber hinaus die Ausübung der gesamten hohen Gerichtsbarkeit, z.B. bei Mord-, Straßenraub und Notzucht. In den leichteren Strafrechtsfällen soll man sich, wie Art. 6 des Amberger Privilegs ausdrücklich bestimmt, vor dem Gericht "als die schepfen ertailnt", das ist vor dem Stadtgericht, rechtfertigen. Durch Art. 9 (Amberger Privileg) wird die Zuständigkeit dieses Gerichts in Zivilsachen geregelt. Das Stadtgericht ist für alle Klagen des geschäftlichen Verkehrs zuständig. Der zweite Satz dieses Artikels bestimmt, daß niemand wegen einer einfachen Marktstreitigkeit an ein anderes Gericht appellieren dürfe. Damit ist für die einfachen Klagen die alleinige Zuständigkeit des Stadtgerichts angeordnet. Die Entwicklung in Lauf, die teilweise zu einer Beschränkung, teilweise zu einer Erweiterung der sachlichen Zuständigkeit des Stadtgerichts führte, soll an anderer Stelle erörtert werden ^{223b)}. Das Landgericht war, wie die übrigen bayerischen Landgerichte, in Zivilsachen auf die Rechtsprechung über "Erb- und Eigen" beschränkt.

223a) Vgl. unten S. 77.

223b) Vgl. unten S. 195.

In Nürnberg erlangte die Abgrenzung zwischen der sachlichen Zuständigkeit des Landgerichts und der des Stadtgerichts nie die gleiche Bedeutung wie in den vorgenannten Landstädten. Vielmehr entwickelte sich dort sehr früh ein eigenes für sämtliche Rechtsfälle zuständiges Stadtgericht. Diese Allzuständigkeit ist in der historischen Entwicklung und der Größe der Stadt begründet. Ursprünglich waren auch die Städte des mittelalterlichen Reiches nur Bezirke für die obrigkeitliche Verwaltung gewesen. Lag auf dem Lande Rechtsprechung und Verwaltung in der Hand der Grafen, so in den königlichen Städten in der Hand der Burggrafen und neben und unter ihnen der Schultheißen. ²²⁴⁾

Über die von den kleinen Städten seit dem 13. Jahrhundert erworbenen Niedergerichtsbarkeit hinaus vermochten die großen Städte nicht selten auch sehr früh die Hochgerichtsbarkeit (Blutbann) zu erwerben. Sie wurden dadurch uneingeschränkter Gerichtsherr ²²⁵⁾.

Bereits unter

Konrad II. (1138 - 1152) wird Nürnberg eine Stadt i.S. der staufischen "burga", in der der königliche Beamte Hoch-, Markt- und Niedergerichtsbarkeit ausübt ²²⁶⁾. In einer Urkunde von ca. 1173 ²²⁷⁾ tritt ein Schultheiß auf, der als Vertreter des Burggrafen, zumindest als Markt- und Niederrichter anzusehen ist. Dieser versah seit etwa 1190 wie in den übrigen Stauferstädten auch das Hochgericht der Stadt. ²²⁸⁾

²²⁴⁾ Pfeiffer, S. 6.

²²⁵⁾ Mitteis-Lieberich S. 169.

²²⁶⁾ Schultheiß Rechtsquellen, S. 28.

²²⁷⁾ NUB Nr. 79.

²²⁸⁾ Dannenbauer, Territorium S. 77, Schultheiß, Reichswleistum, S. 83 ff.

In § 9 des Privilegs vom 8. 11. 1219 wird die Funktion des "scultetus" als ordentlicher Richter in Hochgerichtssachen bereits als bestehend vorausgesetzt, während der Burggraf nicht mehr erwähnt wird. An der umfassenden Zuständigkeit des Schultheißen änderte sich auch nichts, als es der Reichsstadt 1385 zum ersten Mal gelang,

das Reichsschultheißenamt in ihren Besitz zu bringen.²²⁹⁾

Die Zuständigkeit des Landgerichts war fortan auf die Rechtssprechung über Adel und Bürger in einem besonderen Distrikt um Nürnberg herum beschränkt. Das Landgericht wurde besonders bei Grenz- und Gebietsdifferenzen um seine Entscheidung angerufen²³⁰⁾. Es war eines der wenigen alten Grafengerichte in Süddeutschland, denen es gelang, sich bis ins späte Mittelalter und bis zum Untergang des alten Reiches von der Standeshoheit freizuhalten und den Zusammenhang mit dem Reich zu wahren²³¹⁾.

Das Nürnberger Grundprivileg von 1219 enthält ferner eine Parallele zu Art. 9 S. 2 des Amberger Freiheitsbriefes, wonach niemand vor ein auswärtiges Gericht geladen werden soll. Allerdings bringt § 9 des sog. Fridericianums, nach dem ein Nürnberger, der wegen eines Verbrechens seinem Schultheißen Genugtuung geleistet hat, sich wegen der gleichen Tat vor keinem anderen Richter mehr zu verantworten habe, den Grundsatz des eximierten Gerichtstandes nur für Hochgerichtssachen zum Ausdruck. Man wird ihm jedoch mit Gengler²³²⁾ unbedenklich auch für bürgerliche

229) Nagel S. 20, Dannenbauer S. 101, 102.

230) Reicke, S. 181, 182.

231) Mitteis-Lieberich, S. 156.

232) Gengler, Stadtrechte S. 31.

Rechtshandel und Lehenstreitigkeiten Geltung zu-
billigen dürfen. Dies folgt aus der überragenden
Bedeutung der Hochgerichtsbarkeit im Mittelalter.
Allgemeiner und bestimmter kommt die Befreiung von
auswärtiger Gerichtsbarkeit in den Mandaten von 1274
und 1278 ²³³⁾ zum Ausdruck und durch die Urkunde Kaiser
Heinrichs VII. vom 11. Juni 1313 ²³⁴⁾, wonach Bürger
beiderlei Geschlechts vor kein anderes Gericht gezogen
werden dürfen.

3) Strafrecht.

a) Ein Katalog der Straftaten mit Angaben der
Bußen fehlt in Nabburg völlig. Die Amberger
Art. 2-4 behandeln nur die Bußen für die „Lem“
(jeder unheilbare Schaden am Körper), für fließende
Wunden und die „pliwat“, worunter trockene unblutige
Schläge verstanden werden. ²³⁵⁾ Mit der Behandlung
dieser drei Arten der Körperverletzungen ist der
strafrechtliche Teil des Amberger Privilegs erschöpft.
Es fehlen also z.B. Bestimmungen über Beeinträchtigung
des Hausfriedens, über Beleidigungen, über Sachbe-
schädigungen usw. Dagegen bringen die Nürnberger
Polizeiordnungen ²³⁶⁾ eine Fülle straf- und sicher-
heitsrechtlicher Tatbestände. Bei der unserem Haus-
friedensbruch ähnlichen Heimsuchung wird z.B. eine
ganze Reihe von Einzelfällen gebildet. Auf dem
Gebiet der Ehrverletzung scheidet Nürnberg zwischen

-
- 233) Druck; MGM-Const.Bd. III.Nr. 69, S.58 (1274)
Nr. 187, S. 174 (1278).
234) Original AStA Kaiserselekt Nr. 12456 (=STAN Nr.245).
235) Schmeller Frommann I Sp. 321, Scherl S. 124.
236) Statutenbuch, STAN Amts- u. Standbuch,
Rep.52b, 228; Baader, Polizeiordnungen, S. 1 ff.

Schmähungen und Verleumdungen ²³⁷⁾.

Unter anderem ist es schon durch das alte Nürnberger Recht verboten, Minderjährige zum Zwecke der Eheschließung zu entführen, mehrere Frauen zu heiraten, sich aus der Gefangenschaft mit mehr als 13 Hellern zu lösen oder einen anderen mit einer höheren Summe zu befreien. Weitere Verordnungen bekämpfen Aufruhr und Zerwürfnis unter Bürgern, der Meineid steht unter Strafe, das Wehr- und Waffentragen im Stadtbereich ist verboten.

b) Für die Bürger der Städte Amberg und Nabburg sind mit der Ausnahme, daß bei einer "Lähmung" keine gütliche Vereinbarung erreicht wird, in welchem Falle die Vergeltungsstrafe eintritt, und außer dem Totschlag alle Vergessen durch Geldbußen zu sühnen (Art. 2-4 des Amberger Privilegs).

Sogenannte peinliche Strafen sind noch unbekannt.

Das Amberger Strafrecht stellt damit eine Kombination zwischen abgeschwächtem Talionsprinzip (Vergeltungsgrundsatz) und altem Bußenstrafrecht dar. Die Geldbuße ist teils an den Richter teils an den

Geschädigten zu leisten.

Die Nürnberger Halsgerichtsordnung und die von 1285 bis 1335 geführten Achtbücher haben das Talionsprinzip fast ganz und teilweise auch das auf Ablösung sämtlicher Leibesstrafen angelegte Bußenstrafrecht, die sogenannte profitable Gerichtsbarkeit ²³⁸⁾, überwunden. Bei der sogenannten "Lem" z.B., die jeden körperlichen Dauerschaden, insbesondere Verstümmelungen erfaßt ²³⁹⁾,

237) Knapp, Kriminalrecht S. 198 ff.

238) Mittels-Lieberich, S. 70 und 126.

239) Schmeller-Frosmann, I, Sp. 1471.

soll nur bei völliger Abtrennung eines Gliedes Wiedervergeltung eintreten ²⁴⁰⁾. Nur in leichteren Fällen genügt eine Buße, die jetzt zur Geldstrafe geworden ist. Im übrigen zeigt Nürnberg ein bereits rekriminalisiertes Strafrecht mit peinlichen Strafen wie Hängen, Köpfen, Rädern, Verbrennen in schweren Fällen, Verstümmelung, körperlicher Züchtigung und Freiheitsstrafen in einfacheren Fällen oder bei Verbrechen von Bürgern. ²⁴¹⁾

Daneben schafft Nürnberg den Amberg-Nabburger Bestimmungen fremde Sanktionen, wie Verhängung der Acht (Rechts- und Friedlosigkeit) gegen flüchtige Schwerverbrecher und seit 1285 erkennbar die Selbstverurteilung von Bürgern zum Verlassen der Stadt. Etwa 1298 entwickelte die Gemeinde als Sühne für den Bruch des Stadtfriedens die Stadtverweisung auf Zeit oder Ewigkeit und verbietet Stromern und Gaunern später vorbeugend auf bloßen Verdacht hin die Stadt. ²⁴²⁾

c) Die Anerkennung des Unschuldbeweises ist im Nabburger Privileg bereits garantiert. Danach soll, wer irgendeiner Straftat beschuldigt wird und vor Gericht seine Schuldlosigkeit nachweisen kann, diese auch „genießen“ (Art. 5). Eine entsprechende Bestimmung fehlt dem älteren Nürnberger Recht. Doch erhält auch dort der als schuldlos erkannte die Freiheit und zudem eine "Urkunde seiner Unschuld". Sofern ihm durch die Tortur schwere Verletzungen

240) Knapp, Kriminalrecht, S. 194.

241) Knapp, Kriminalrecht, S. 48 ff.

242) Schultheiß, Ortsrecht, S. 10.

zugefügt waren, bekam er u.U. noch ein mäßiges Schmerzensgeld ²⁴³⁾.

d) Außerdem stellt Art. 5 des Nabburger Freiheitsbriefes bereits eine Abschaffung der reinen Erfolgshaftung dar: Wer einen anderen unbeabsichtigt verletzt oder schädigt, dem soll man, wenn er dies beweisen kann, mit Ausnahme der an den Herzog zu zahlenden Buße "keinen Schaden tun". Von einer Entschädigung an den unbeabsichtigt Verletzten ist der Täter frei ²⁴⁴⁾.

Das älteste Nürnberger Recht beurteilt infolge der allzu großen Berücksichtigung des Erfolges Fahrlässigkeitstaten nur wenig milder als vorsätzliche Handlungen. Bei fahrlässiger Tötung oder Verletzung werden Wergeld und Buße beansprucht, nur die seitens der Stadt und des Richters bei Vorsatz erhobene Gebühr wird erlassen. Bei Unvermögen greift, wenn nicht peinliche Sühne, so doch Verbannung Platz ²⁴⁵⁾.

e) Eine Rechtsübung dahin, daß ein Bürger, falls ihm nicht der Nachweis der eigenen Schuldlosigkeit gelingt, an Stelle seines straffällig gewordenen Sohnes büßen muß (Art. 6 und 7 Nabburger Privileg), ist für Nürnberg nicht feststellbar.

243) Knapp, Kriminalrecht S. 1896.

244) Scherl, S. 116.

245) Knapp, Kriminalrecht, S. 24.

Die Andeutung einer Sippenhaftung findet sich hier nur insoweit, als bei der sog. Stadtverweisung öfters ausdrücklich die Mitverweisung von Weib und Kind verfügt wird. Erst später ist es in die Willkür des Gatten gesetzt, ob er sie in der Heimat zurücklassen oder sie mitnehmen will ²⁴⁶⁾.

f) Ebenso wie Nabburg und Amberg geht das alte Nürnberger Recht davon aus, daß auch bei einer in Notwehr begangenen Tat objektiv die Rechtsordnung verletzt ist, ebenso wenn den Täter keine Schuld trifft. Deshalb hat auch in der Reichsstadt der Täter dem Richter und zusätzlich noch dem Rat eine Buße zu erlegen, die bei Totschlag im Fraischgebiet (dem Bezirk in dem das Nürnberger Halsgericht zuständig war ²⁴⁷⁾) ganz erheblich sein kann. Während jedoch in den fortschrittlicheren Amberger und Nabburger Regelungen als Rechtsfolge der Notwehr die Leistung einer Buße an die Verwandten des Getöteten entfällt, beharrt der Nürnberger Rat in vollem Umfang auf dem alten Erfolgshaftungsprinzip. Deshalb hat auch der in Notwehr Handelnde zusätzlich ein bestimmtes Wergeld an die feindliche Sippe zu leisten. Darüber hinaus ist der Rat gerne geneigt, den Täter auf bestimmte Zeit oder lebenslänglich aus dem Stadtgebiet zu verweisen. Außerdem zwingt er die Widersacher zum Urfehdeschwur.²⁴⁸⁾

246) Knapp, Krininalrecht, S. 85; Baader, PO S. 14

247) Über die Bedeutung d. Wortes Fraisch vgl. Schnelbögl "Ui fraaschle" S. 11 u. 46.

248) Knapp, S. 33.

Eine Ausnahme gilt nur bei der "natürlichen Defension" gegen Landfriedensbrecher und Wegelagerer oder gegen einen der durch Urfehde im Achtbuch als gemeinschädlich Deklarierten: "ob er einen burger stechen oder slahen w⁸llte, weret sich der wider in und sleht oder sticht in ze tode oder wundet in oder lemt in: Der ist im und dem richter und der stat und niemanne nith bezzerunge darumb schuldigh noch sinen freunden und sin freunde suln den auch nith feinschaft darumb tragen" 249).

Ähnlich wie Art. 1 S. 2 des Amberger Privilegs scheint das Notwehrrecht in Nürnberg nur für den Totschläger gegolten, nicht wie in Nabburg (Art. 5) auch auf Verwundungen und sonstige strafrechtliche Tatbestände ausgedehnt worden zu sein²⁵⁰⁾.

4) Die Rechtsstellung des Einzelbürgers.

Die Rechtsstellung des Einzelbürgers ist im Oberpfälzer Bereich stärker geschützt als in Nürnberg. Neben dem Verbot des Heiratszwanges und der Zulassung der letztwilligen Verfügung garantieren Amberger und Nabburger Artikel die gleichmäßige Behandlung der Bürger hinsichtlich der öffentlichen Lasten. Darüber hinaus enthalten sie Bestimmungen, die den Schutz vor Verhaftung, die Freiheit der Selbstbestimmung bezüglich der Übernahme von Ämtern und schließlich in gewissem Sinne die Freizügigkeit der Bürger betreffen. Die Meinung, daß bereits diese "Freiheitsrechte" echte Persönlichkeitsrechte, Grundrechte im heutigen Sinne seien²⁵¹⁾, ist zu weit-

249) Achtbuch, I, 15, 1323.

250) Knapp S. 31 ff.

251) Scherl S. 126.

gehend. Denn den aus dem Rechtsempfinden jener frühen Epoche erwachsenen Rechtssätzen fehlt der individualistische Grundzug, der das Hauptmerkmal der modernen Grundrechtsvorstellung ist. Die durchgreifende Bedeutung von Freiheitsrechten in der damaligen Zeit erklärt sich allein aus der allgemeinen lehnsrechtlichen Verpflichtung oberer Lehnsträger, ihnen selbst^{251a} gegebene Rechte ebenfalls den Untervasallen zu gewähren. Damit ist allenfalls die Feststellung berechtigt, daß die ehemaligen Freiheitsrechte in den Grundrechten neuzeitlicher demokratischer Verfassungen fortleben^{251b}).

Geht man von dieser Einschränkung aus, darf dennoch gesagt werden, daß das alte Nürnberger Recht gegenüber den geradezu modern anmutenden Amberg-Nabburger Regelungen wenig Vergleichbares aufzuweisen hat.

a) Was zunächst die Ansiedlung von Neubürgern und den Wegzug eigener Bürger anlangt, wird im Amberg-Nabburger Rechtskreis großzügiger verfahren als in Nürnberg. Nach Art. 16 und 17 des Amberger und Art. 1 des Nabburger Privilegs werden alle, die nach Amberg oder Nabburg ziehen wollen, ungehindert aufgenommen. Nabburg war nördlichster Grenzzort, Amberg einer der Mittelpunkte im Territorium der Wittelsbacher. Im Nordgau, der Landesherr mußte deshalb auf die Vermehrung der Bürgerschaft der noch wenig bevölkerten Orte bedacht sein. Eine Ausnahme galt nur für die eigenen herzoglichen Untertanen auf dem Land, deren Wegzug in die Stadt nicht im Interesse des Landesherrn lag.

Dagegen führte die ständig wachsende Bevölkerung Nürnbergs schon sehr früh zu erheblichen Einschränkungen des Rechts auf freien Zuzug. Wer in die Stadt ziehen wollte, mußte von jeder anderen Herrschaft frei sein. Darüber hinaus bestand ein vorherrschendes

251a) Voigt, S. 10, vgl. auch Höpfl, S. 24.

251b) Mitteis-Lieberich, S. 171.

Interesse der Gesamtbürgerschaft, unerwünschte Elemente von der Einwanderung nach Nürnberg abzuhalten. Deshalb war eine der wichtigsten Funktionen des Rates vor Abnahme des Bürgereides die zunächst zusammen mit dem Schultheißen durchgeführte Prüfung, ob ein Bewerber überhaupt als Bürger angenommen werden sollte. Dies wiederum war Voraussetzung für jede Ansiedlung. Hieran erinnert ein aus dem 15. Jahrhundert stammender Ratserlaß²⁵²⁾:

"unser herren vom rate gepieten, das sich nyman on iren wissen, willen und erlaubnuss und ee dann er burgerrecht emphahet hie nydersetzen und aigen rauch haben soll."

Für Lauf wird die großzügigere Amberg-Nabburger Regelung durch Karl IV. 1355 noch dahin erweitert, daß auch der Vorbehalt für die zuziehenden landesherrlichen Untertanen entfällt^{252a)}.

Während Art. 17 des Amberger Privilegs den eigenen Bürgern auch freien Wegzug aus der Stadt gestattete, bestanden in Nürnberg insoweit deshalb Schwierigkeiten, weil vor dem Auszug die nicht unbeträchtliche Losung zu zahlen war²⁵³⁾.

b) Die gleichmäßige Behandlung aller Einwohner ist im älteren Nürnberger Recht nicht in demselben Maße gewährleistet, wie in Nabburg und Amberg, wo die fremden Kaufleute hinsichtlich der "Dienste", der Leistungen verschiedener Art, den eingesessenen Bürgern gleichgestellt wurden. Dabei ist dort der Grundsatz der Gleichheit nach zwei Richtungen hin gewährleistet:

252) Baader, S. 24.

252a) Vgl. unten S. 75.

253) Nagel, S. 27.

Einmal darf niemand von den allgemeinen Diensten befreit werden, außer es geschehe mit Genehmigung des Herzogs und im Einverständnis mit der Bürgerschaft (Nabbg. Art. 9), zum anderen darf auch kein Bürger mit einer Strafe oder Leistung besonders belegt werden, sofern er dies nicht selbst verschuldet hat (Nabburg Art. 4, Amberg Art. 12). Die vorgenannten Artikel sichern also nach zwei Seiten die Gleichheit der Bürger, es soll grundsätzlich keine Bevorzugung, aber auch keine Benachteiligung geben.²⁵⁴⁾ Nach der Deutung des Fridericianums von 1219 durch Gengler^{254a)} setzt sich die Nürnberger Bevölkerung aus freien und unfreien Leuten zusammen. Zu den Freien gehörten die "domini", d.h. Großgrundbesitzer, wohl meist in der Stadt selbst lebende Adelige, welche ihre innerhalb und außerhalb der Stadtmark gelegenen Güter z.T. an Bürger zu Lehen ausgaben, und die "cives", häufig nur kurzweg "Nurembergenses" geheißen, die vollberechtigten Gemeindebürger. Nur sie erfreuten sich verschiedener wichtiger Befreiungen, so namentlich vom "kämpflichen Gruss", von der Ladung vor ein Kampfgericht im ganzen Reich und von der leibbürgerschaftlichen Haftung für Schulden von Mitbürgern. Sie besaßen auch allein die auszeichnende Befähigung zum Lehenserwerb, woran sich noch die Begünstigung knüpfte, daß sie darum vor keinem fremden, nach eigenen Satzungen richtenden Lehenhof, sondern lediglich vor dem einheimischen Schult- heisengerichte, wo ihnen stets ein Bürger-Zeugnis zu Gebot stand, Recht zu nehmen brauchten.²⁵⁵⁾

254) Scherl, S. 115.

254a) Gengler, Stadtrechte, S. 31.

255) Gengler, Rechtsgeschichte S. 32.

Dagegen waren minderfrei die "voctman", welche für Erbzins auf Weichbildhöfen -besonders der reichen Handelsherren-saßen, und unfrei die "mansionarii", das sind die auf städtischen oder Kloster-Realitäten angesiedelten from- und gütspflichtigen Hörigen oder Eigenleute.

Seit dem 13. Jahrhundert gelten die Genannten, das sind Männer, die dem Schultheißen als bei Gericht glaubwürdige Persönlichkeiten benannt worden waren ²⁵⁶⁾ und deren Ansehen auf ihren herkunftsmäßigen und verwandtschaftlichen Beziehungen zum Kreise der Dienstmannen des Reiches beruhte durch Jahrhunderte hindurch als allein befähigt, Urkunden mit Siegeln zu beglaubigen. Sie allein sind daher gerichtsfähig, sie besetzen Rat und Schöffenkolleg und bilden so die Vorstufe zum Nürnberger Ratziat. Der bei Baader ²⁵⁷⁾ abgedruckte Eid des Schultheißen verpflichtet diesen zwar, "daß er dem armen richte als dem reichen", und stellt damit eine gewisse Parallele zu Art. 13 des Nabburger Privilegs dar, wonach für die wegen einer Geldschuld verklagten Adelligen kein privilegierter Gerichtsstand gilt. Andererseits bestehen die vom Rat erlassenen Fehdebestimmungen nur für Einheimische, nur ihnen ist es gestattet, die Friedbruchsstrafen durch Geld zu sühnen.

256) Pfeiffer, S. 18.

257) Nürnberger Polizeiordnungen, S. 7.

Für Fremde verbleibt es bei der strengeren Satzung:
Erl: besonders hohe Buße gewährtigt der Gast,
welcher einem Bürger in das Haar greift ²⁵⁸⁾.
Sich im Falle eines Kapitalverbrechens an Stelle
der Todesstrafe die ewige Linkerkerkerung zu erbitten,
gilt als Vorrecht der Bürger. Auch sonst wird
der Bürger im Vergleich zum Fremden gelinder
behandelt. Mißratene Bürgerkinder oder einheimische
Narren erfahren eine wenigstens nach damaliger
Anschauung humane Behandlung. Fremde Diebesbuben
schafft man ohne weiteres als Unverbesserliche aus
der Stadt, Wahnsinnige gibt man dem Elend preis ²⁵⁹⁾.
Im späteren Laufer Recht kommt eine gewisse Bevorzugung
der Einheimischen auf dem Gebiete des passiven Wahlrechts
und beim Schutz der bestehenden Gewerbe zum Ausdruck.
Gegen Auswärtige wurden nicht feste Wandelstrafen
sondern Strafen "nach gestalt der sachen" verhängt ^{259 a)}.

c) Eine den Oberpfälzer Artikeln ähnliche Vorschrift
über die Gleichheit der Besteuerung ist für das
ältere Nürnberger Recht nicht feststellbar. Das
Fridericianum von 1219 bestimmt lediglich, daß die
Abgaben nicht vom einzelnen, sondern von der
Gesamtheit der Bürger zu erheben sind, und erkennt
damit die Existenz einer zur Umlegung von Steuern
fähigen Selbstverwaltungskörperschaft an.

Es fehlen freilich Nachrichten darüber, wie sich
diese steuerpolitische Selbstverwaltung in frühester
Zeit gestaltet hat. Man kann daran denken, daß das
Schöffenkolleg die Umlage der Steuern vornahm oder
daß ein besonderer Bürgerausschuß darüber entschied ²⁶⁰⁾.
Festzuhalten ist, daß die Mitglieder des Schöffen-,
Rats- und Genanntenkollegiums, da sie der Stadtver-
waltung und der regierenden Oberschicht angehören

258) StAM, AStB, 227, fol. 19 I; Baader S. 35.

259) Knapp, Kriminalrecht S. 132.

259a) Vgl. unten S. 135, 136, 201.

260) Vermutlich Schöffenkolleg oder besonderer
Bürgerausschuß, vgl. Pfeiffer S. 7.

von den um Michaelis (29. Sept.) erhobenen Abgaben des großen Marktrechts (3 bzw. 7 Heller) und dem an St. Egidien (Sept. 1.) und in der Quatember (Mittwoch bis Samstag nach Pfingsten) geforderten kleinen Marktrecht befreit sind.²⁶¹⁾

Im übrigen ist die Höhe der von Bürgern und Fremden erhobenen Abgaben unterschiedlich. Es ist sowohl Gleichheit als auch Ungleichheit der Besteuerung feststellbar. Unterschiedslos alle Handwerker, "frembde fisohr" und alle die zu mark stehen oder sonsten an läden fail haben", geben um Michaelis 7 Heller.²⁶²⁾

Ebenso geben alle Gäste und Bürger, die zu Markt stehen an St. Egidien 3 Heller.²⁶³⁾

Dagegen gelten hinsichtlich der Bäcker für Bürger und Gäste unterschiedliche Tarife. Bäcker, die Bürger sind und in ihren Häusern und Läden feilhalten, sind von Abgaben befreit. Falls sie auf dem Markt oder in den Brotbänken stehen, geben sie dreimaljährlich ein Brot im Wert von 1 Heller. Auffallend erscheint, daß "alle becken, die von dem land hereinfahren, gäste oder ander, die auf dem kärren brod fail haben" jährlich nur ein Brot im Werte von 2 Hellern, also weniger als ihre einheimischen zu Markte stehenden Berufskollegen zahlen.²⁶⁴⁾

261) Satz 23 des Reichsweistums über das Schultheißenamt, abgedruckt MVGN, 35 Bd. 1937, S. 85 ff.

262) S. 16 des Weistums.

263) Satz 17 des Weistums.

264) Satz 11, 12 des Weistums.

d) In diesem Zusammenhang soll noch die Rechtsstellung der Juden verglichen werden. Nürnberger Einfluß gelangte erst mit dem 1324 nach Amberg wandernden Judeneid ²⁶⁵⁾ in die Oberpfalz. Vorher waren die Rechte der jüdischen Bevölkerung in Nürnberg in größerem Umfang als im Amberg Nabburger Bereich eingeschränkt. Dies gilt vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet.

Nach Art. 18 des Amberger Privilegs waren die in der Stadt lebenden Juden, wenigstens was den wichtigen Punkt der Auferlegung bürgerlicher Lasten betrifft, den nicht-jüdischen Bürgern ausdrücklich gleichgestellt. Da der Herzog die Juden offenbar zur Hebung des Handels vor einer besonderen finanziellen Inanspruchnahme bewahrte, darf man davon ausgehen, daß die Juden darüber hinaus im gesamten wirtschaftlichen Bereich, z.B. hinsichtlich der Teilnahme am städtischen Handel und Gewerbe, am städtischen Gericht als Rechtsuchende und am besonderen städtischen Frieden keinen Beschränkungen unterworfen waren. Hierfür spricht auch, daß das Privileg noch aus der Zeit vor den allgemeinen Auseinandersetzungen mit der wirtschaftlichen Macht der Juden im späteren Mittelalter stammt.

Von einer Gleichstellung mit den Bürgern war in Nürnberg wenig zu spüren. Nur in den frühesten Privilegien Heinrichs V. sind bei den Zollfreiheiten auf Gegenseitigkeit außer den Bürgern von Worms, Nürnberg etc. auch die Juden dieser Städte als Mitbegünstigte aufgeführt. Schon im Jahre 1298 kam es zur ersten größeren Nürnberger Judenverfolgung. Das der Reichsstadt 1315 erteilte Privileg, auch den Juden das Bürgerrecht zu verleihen, ermöglichte zwar formell einen größeren Rechtsschutz als anderswo. In erster Linie wollte man damit aber eine wirksamere Besteuerung der Juden erreichen ²⁶⁶⁾.

265) abgedruckt bei Baader, S. 325.

266) Kusch, S. 73 - 75.

Die der jüdischen Bevölkerung auferlegten Beschränkungen waren, gerade was die für sie besonders wichtige Beteiligung am städtischen Handel und Gewerbe anlangt, recht einschneidender Natur. Den Juden war ganz allgemein untersagt, Kaufmannschaft zu treiben. Nur der Handel mit Fleisch und mit Pferden war ihnen gestattet ²⁶⁷⁾. Zudem waren sie gehalten, das Schlachtvieh auf dem Viehmarkt einzukaufen und nicht etwa sonst in der Stadt, der Vorstadt oder außerhalb ²⁶⁸⁾. Wer einen Juden ohne Geleit oder über die bewilligte Geleitszeit hinaus beherbergte, machte sich ebenso strafbar wie der aufgenommene Jude selbst ²⁶⁹⁾.

Beim Pfandleihgeschäft, das beinahe ausschließlich in ihrer Hand lag und dem sie ihren Wohlstand verdankten, war es ihnen nicht gestattet, Kapital gegen hypothekarische Sicherung auszuleihen, weil ihnen dann im Falle der Zahlungsunfähigkeit des Schuldners das verpfändete Objekt hätte zufallen müssen. Ferner durften sie nicht gegen Getreide, sondern nur "haller umb haller" leihen, was nur den Sinn haben kann, daß sie die Zinsen ausschließlich in Geld nehmen sollten. Ein im Mittelalter gebräuchliches Mittel, um säumige Schuldner zur Zahlung zu zwingen, die sogenannte Leistung oder das Einlager (eine Art Schuldhaft, wonach sich der

267) StAN, AStB, 227, Bl. 40.

268) Mummenhoff, S. 354.

269) Baader, S. 321 ff.

Schuldner mit Pferden, den sog. Leistpferden und Leistern, einer Anzahl von Knechten, bis zur Zahlung in einem bestimmten Wirtshaus aufhalten mußte) ²⁷⁰⁾, war den Juden verwehrt. Ein Handwerk durften sie nicht betreiben.

Im Gebiet von Lauf sind die Juden schon ziemlich früh nachzuweisen und zwar 1338 ein "Schraber von Lauf", 1408 ein Jude Mendel und 1411 ein "Mair Jüd von Lauf" ^{270a)}. In ihrer wirtschaftlichen Betätigung scheinen die Juden anfänglich keinen Beschränkungen unterworfen gewesen zu sein, hierfür genießen sie auch gerichtlichen Schutz. 1431 beurkunden der Laufer Pfleger Mertein von Wildenstein und die Laufer Ratsschöffen den Verkauf eines dem "Moße Jud zu Lauf" von Dytlein Eberhart für ein Darlehen verpfändeten und ihm gerichtlich zugesprochenen Halbteils eines Gütleins zu Hüttenbach an den Nürnberger Bürger Heinz Schlegel ^{270b)}. Dagegen wurden die Juden in Abweichung von Art. 18 des Amberger Grundprivilegs schon früh einer Sonderbesteuerung unterworfen. Bereits 1430 treten Kurfürst Friedrich I. von Brandenburg und Herzog Johann die bis dahin ihnen zugeflossenen Zins-einnahmen von den Juden der Stadt Lauf zum Bau der Stadtmauer ab ^{270c)}. Auch in der Wahl ihres Wohnorts innerhalb der Stadt unterlagen die Juden Beschränkungen. Unter dem Einfluß des judenfeindlichen Nürnberg wurden sie gegen Ende des 15. Jahrhunderts von den bayerischen Fürsten nur noch geduldet und zwar stets nur auf kurz befristete Zeit und gegen Entrichtung eines ausdrücklich genannten Schutzgelds. Seitdem 1504 Nürnberg die Stadt Lauf erobert hatte, durfte hier kein Jude mehr längeren Aufenthalt nehmen ^{270d)}.

270) Mummenhoff S. 357.

270a) Schnelbögl, Lauf-Schnaittach, S. 197.

270b) U.v. 1431 Juni 10, Gumbel Nr. 57.

270c) U.v. 1430 Juni 29, StAN, D-Urkunde Nr. 1290, Regest Nr. 17.

270d) Schnelbögl, Lauf-Schnaittach, S. 196, 197.

e) Verhaftung.

Nach Art. 7 des Amberger Privilegs darf der Richter keinen eingewesenen Bürger wegen einer der im vorgenannten Text des Briefes genannten Straftaten (vor allem der verschiedenen Arten der Körperverletzung, Art. 2-4) ergreifen und festnehmen lassen, außer es handelt sich um einen Totschlag. Diese Bestimmung sichert nicht nur vor willkürlicher Verhaftung, sondern überhaupt vor jeder Festnahme wegen einer geringen Straftat. Da das Privileg die Ergreifung durch den Geschädigten oder dessen Angehörige nicht erwähnt, ist davon auszugehen, daß im Amberger Rechtskreis insoweit das altgermanische Sippenstrafrecht -wonach ein Teilverband des Volkes den in seinem Kreis begangenen Frevel selbst ahndet- 271) bereits überwunden ist.

Andere Verhältnisse finden sich in Nürnberg. Dort scheint der Gedanke des Einschreitens der Sippe gegen Rechtsbrecher, gerade was die Verhaftung anbelangt, noch längere Zeit fortgewirkt

271) Mitteis-Lieberich, S. 24.

zu haben. Kennzeichen des nach der ersten Kodifikation des Nürnberger Strafprozeßrechts-, der Halsgerichtsordnung von 1314-²⁷²⁾, geltenden Übersiebnungsverfahrens ist es geradezu, daß ein privater Ankläger, der Verletzte, den Täter gefangen vor den Richter bringt. Nur ausnahmsweise wird er vom Richter oder Büttel von Amts wegen ergriffen.²⁷³⁾

Eine gewisse Einschränkung dieser Rechtsübung bringt erstmals das Privileg Heinrich VII. von 1313,²⁷⁴⁾ wenn es gebietet, daß der Schultheiß einen Bürger, der von jemand gefangen gehalten wird, dem Gewahrsamsinhaber abfordern und über ihn nach dem Urteil der Schöffen richten solle. Auf diese Weise wird einem willkürlichen und länger dauernden Freiheitsentzug durch Privatpersonen eine erste Grenze gesetzt. Jedoch gilt auch diese Regelung nur dann, "wenn die Schwere des Verbrechens nichts anderes erheischt". Damit behielt offenbar bei der Verfolgung von Kapitalverbrechen die sich im Blutracheverband manifestierende Sippe auch weiterhin freie Hand.

Auch in der folgenden Zeit ist bei wirklichen Verbrechen nicht nur die Obrigkeit, sondern auch der Geschädigte zur Ergreifung und Ablieferung des Täters im Ratsgefängnis befugt. Erst allmählich kommt es dazu, daß, wie die Polizeiordnungen vorschreiben, Richter und Büttel einen Bürger nur verhaften sollen, sofern ein Totschlag vorliegt.

272) Nagel, S. 71 Anmkg. 1.

273) Knapp, Kriminalverfahren S. 24.

{ schultheiß, Rechtsquellen S. 88/89

274) Original HStM Kaiserslekt Nr. 12456.

Gäste können dagegen auch weiterhin wegen jeden Frevels, insbesondere wegen Begehung von Körperverletzungen festgenommen werden ²⁷⁵⁾.

Als nach heutiger Anschauung fortschrittlicher erscheint die Amberger Regelung auch deshalb, weil der Täter frei vor Gericht soll erscheinen können. Nach dem Nürnberger Übersiebnungsverfahren muß der Beklagte gebunden und gefangen dem Richter vorgeführt werden, eine Modalität des altgermanischen Haftverfahrens, wonach der Beschuldigte gebunden vorgeführt und ohne Verteidigung zum Tode verurteilt wurde ²⁷⁶⁾.

In den knappen Amberg-Nabburger Bestimmungen nicht geregelt ist die Veranlassung der Festnahme von Schuldlosen, die nach altem Nürnberger Recht unter den Begriff der falschen Anschuldigung fällt und die mit Talion (Wiedervergeltung) geahndet wird ²⁷⁷⁾.

5. Ehe- und Erbrecht.

a) Die persönliche Entscheidungsfreiheit der Bürger gewährleisten Art. 16 des Nabburger und der allgemeiner gehaltene Art. 13 des Amberger Privilegs dadurch, daß niemand gegen seinen Willen und den Rat seiner Verwandtschaft zur Ehe gezwungen werden kann. Nach einer im

275) Knapp, Kriminalrecht, S. 208.

276) Mitteis-Lieberich, S. 24.

277) Knapp, Kriminalrecht, S. 208.

Nürnberger Urkundenbuch ²⁷⁸⁾ abgedruckten Urkunde vom 8. September 1257 erläßt König Richard erst zu diesem Zeitpunkt "consulibus et civibus de N" die Pflicht, Tochter, Enkelin oder eine sonstige Verwandte nach dem Wunsche des Königs zur Ehe zu geben. Dennoch dürfte es auch in Nürnberg bereits vorher keinen Heiratszwang gegeben haben. Denn es ist zweifelhaft, ob die Urkunde für Nürnberg ausgestellt wurde ²⁷⁹⁾. Es ist vielmehr anzunehmen, daß dem von Wölckern ²⁸⁰⁾ gebotenen Text eine Abschrift vorgelegen hat, in der der Ortsname durch das "N" ersetzt war und daß durch dieses "N" die falsche Deutung Nürnberg veranlaßt wurde ²⁸¹⁾.

Außerdem wurde ein Heiratszwang um diese Zeit vorwiegend nur noch bei den Grundherrschaften auf dem Lande ausgeübt. Dagegen erwuchs aus dem mittelalterlichen Grundsatz "Stadtluft macht frei" auch die Freiheit der Entscheidung von in der Stadt befindlichen Heiratswilligen. Die aufstrebende fränkische Metropole dürfte sich schon um die Mitte des 13. Jahrhunderts deutlich von dem sie umgebenden Landgebiet abgesetzt haben. Im Gegensatz zu den beiden kleineren Vergleichsorten bestand wohl für die an der Wende vom 13. zum 14. Jahrhundert einsetzende Nürnberger Gesetzgebung kein Anlaß mehr, das Verbot des Heiratszwanges ausdrücklich festzulegen. Es hatte sich um diese Zeit bereits als allgemeine

278) NUB 374.

279) Lochner, II. 33 Anmkg. 3.

280) Wölckern, S. 136, Nr. 22.

281) Pfeiffer NUB, Anmkg. 1 zu Nr. 374.

Rechtsüberzeugung durchgesetzt. In diese Richtung deutet eine Strafnorm des aus einem nur etwas späteren Zeitabschnitt stammenden Satzungsbuches 282) III C, wonach, wer das Kind eines anderen "ze elichen dingen an (d.i. ohne) vatter und an mutter wort" oder falls beide nicht vorhanden sind, ohne den Rat von Freunden, entführt, mit zehn Jahren Verbannung oder der gleichen Zeit Einkerkierung bedroht wird. Diese Bestimmung wird mit ihrer schweren Strafdrohung nur verständlich, wenn bereits damals die Freiheit der persönlichen Entscheidung, soweit es sich um Eheschließungen handelte, allgemein anerkannt war.

b) Nach Art. 14 S. 2 des Amberger Privilegs fällt das Vermögen des Erblassers, falls dieser ohne letztwillige Verfügung stirbt, in einer Art gesetzlichen Erbfolge den nächsten Erben zu. Im übrigen gewährleistet Art. 14 eine beschränkte Testierfreiheit des Erblassers dahin, daß dieser nur beim Fehlen von nächsten Verwandten völlig frei ist. Falls dagegen Erben vorhanden sind, kann er nur innerhalb der nächsten Verwandten seine Vergabung treffen.²⁸³⁾

Um das älteste Nürnberger Erbrecht darstellen zu können, bedarf es noch umfassender Untersuchungen. Eine dem Amberger Art. 14 entsprechende allgemeine Regelung findet sich in den ersten Satzungen nicht. Nur gelegentlich bringen die Satzungsbücher des 14. Jahrhunderts überhaupt Privatrecht, meistens sind es Notizen über Grundbesitzveränderungen, die der Aufzeichnung für wert befunden

282) Satzungsbuch III C v. 1315/30-ca. 1360, StAN, Standbuch 198; abgedr. bei Schultheiß, Quellen z. Geschichte u. Kultur d. Stadt Nbg., Bd. 3, Satzungsbücher u. Satzungen aus dem 14. Jahrh. S. 170.

283) Einzelheiten, Scherl S. 122.

wurden. Im übrigen wurde das bürgerliche Recht als bekannt vorausgesetzt und pflanzte sich von Generation zu Generation, von Schöffe zu Schöffe mündlich fort.²⁸⁴⁾

Die wenigen erhaltenen Urkunden, in denen spezielle Verfügungen über die Verteilung des Nachlasses getroffen werden ²⁸⁵⁾, bieten nur spärliche Anhaltspunkte. Immerhin läßt sich jedoch hieraus feststellen, daß auch in Nürnberg die rechtliche Entwicklung zur unbeschränkten Testierfreiheit noch nicht abgeschlossen war. Das Vermögen war noch sippengebunden, der Erblasser war durch Anwartschafts- und Näherrechte der Verwandten eingeschränkt. Erst bei deren Fehlen oder mit ihrer Zustimmung war er völlig frei. Dies beweisen z.B. eine Urkunde vom 22. November 1283,²⁸⁶⁾ wonach Albertus dictus Rindesmül de Werdenfels und seine Gattin Adelheid dem Zisterzienserkloster in Heilsbronn einen Teil ihrer Besitzungen "mit Zustimmung der Erben und derer, die es angeht", vermachen, oder eine Urkunde vom 11. März 1288,²⁸⁷⁾ nach der die in der Urkunde genannten Bürgen eidlich versprechen, dafür zu sorgen, daß die Tochter Adelheid nach Erreichung der Mündigkeit das Testament des Vaters einhalten werde, schließlich eine Urkunde vom 19. August 1283²⁸⁸⁾, wonach das Kloster Heilsbronn ihm von Wernherus dictus Nucel und dessen Gattin Christina u.a. in Hagendorf vermachte Güter nach dem Tode des einen Gatten ohne Widerspruch des Überlebenden frei besitzen sollte.

284) Schultheiß, *Örsrecht* S. 10.

285) z.B. U.v.1288, März 11=NUB 759; U.v.1288 Juni 8, NUB 763.

286) NUB 683.

287) NUB 759.

288) NUB 680.

Zusammenfassung:

Das Ergebnis der Untersuchung ist einheitlich. Es bestehen nur wenige Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten des Amberger-Nabburger Rechts mit dem zum Vergleich herangezogenen Nürnberger Stadtrecht. Von einer Übernahme des Nürnberger Rechts oder einer Abhängigkeit ihm gegenüber kann für den Zeitraum der Untersuchung nicht die Rede sein.

Dies gilt auch dann, wenn die in der unterschiedlichen Größe der Vergleichsorte begründeten Abweichungen, z.B. bei der sachlichen Zuständigkeit des Stadtgerichts oder beim Umfang des jeweiligen Katalogs der Straftaten, unberücksichtigt bleiben.

Mit Ausnahme des erst ins Stadtbuch von 1347 aufgenommenen Nürnberger Judeneids ist keine wörtliche oder sinngemäße Verwertung Nürnberger Rechtsgedanken feststellbar. Das Amberger-Nabburger Recht bildet auch gegenüber dem der Reichsstadt etwas durchaus Eigenes und Selbstständiges. Was gemeinsam ist, wie z.B. der eximierte Gerichtsstand der Bürger, sowie einzelne familien- oder erbrechtliche Grundsätze, betrifft rechtliche Einrichtungen und Bestimmungen, die nach dem Stand der damaligen Stadtrechtsentwicklung, mit örtlichen Abweichungen, als allgemeine Rechtsgedanken zu werten sind. Dagegen finden so typische Nürnberger Institutionen wie Acht, Selbstverurteilung und Stadtverweis in den oberpfälzischen Privilegien keine Parallelen.

Überraschen muß, daß sich auf zahlreichen Gebieten die Amberger-Nabburger Bestimmungen als

fortschrittlicher und moderner als das alte Nürnberger Recht erweisen. Solche Punkte betreffen vor allem den Unschuldsbeweis, das Erfolgs- haftungsprinzip, die Beurteilung der Notwehr und schließlich den weiten Bereich der Rechte des einzelnen Bürgers.

VI. DIE FORTBILDUNG DES LAUFER STADTRECHTS.

Auf der Grundlage des Privilegs von 1298 vollzog sich die Weiterbildung des eigentümlichen Laufer Stadtrechts. Von dem ursprünglichen Freiheitsbrief unterscheiden sich die folgenden Privilegien vor allem dadurch, daß sie ohne Bezugnahme auf ein fremdes Recht für Lauf selbst erlassen wurden. Sie enthalten in bestimmten Punkten auch Abänderungen des bis dahin geltenden Rechtszustandes.

Die erste Bekräftigung erfuhr das Grundprivileg von 1298 durch Ludwig den Bayern. In einer Urkunde vom 16. März 1323 ²⁸⁹⁾ sichert dieser den Bürgern des Marktes Lauf zu, daß weder er noch seine Amtleute mehr Steuern und Dienste von ihnen fordern würden, als die Bürger ihm und seinem Vater von altersher gegeben hätten. Dies solle auch bei einem Wechsel des Stadtherrn gelten.

Die Urkunde ist trotz ihrer allgemeinen und formellhaften Fassung in mehreren Punkten aufschlußreich. Ebenso wie Rudolf I. in der Urkunde von 1298 spricht Ludwig der Bayer nur von seinem Vater, nicht von dessen Vorfahren, was beweist, daß jene Lauf noch nicht in Besitz hatten. ²⁹⁰⁾

Während noch im Amberger Privileg der Amtmann neben dem Richter überhaupt nicht erwähnt wird, steht nunmehr das Recht der Einforderung von Steuern und Diensten dem herzoglichen Amtmann zu.

289) AStA, Staatsverwaltung, 3505 Tom.9, fol.119 (Beilage 4).

290) Schnelbögl, Lauf-Schnaittach, Anmkg.132a.

Unter den in dem Brief erwähnten "Diensten" sind Leistungen verschiedener Art, z.B. Hand- und Spanndienste zum öffentlichen Mauer- und Burgenbau, Unterordnung unter das gleiche Marktgericht oder militärische Beiträge zu verstehen. Ursprünglich gehörte wohl auch die Steuerpflicht zu den von den Bürgern zu leistenden "Diensten". So unterscheiden noch Art. 2-4 des Nabburger und Art. 11, 12 des Amberger Grundprivilegs nicht streng zwischen der Leistung von allgemeinen Diensten und dem "Beschatzen". In der Laufer Urkunde von 1323 ist die wichtige Steuerzahlungspflicht bereits verselbständigt.

Der Wortlaut der Urkunde darf, soweit Steuern und Dienste von "ihnen", also von den Bürgern, gefordert und genommen werden sollen, nicht zu der Annahme verleiten, daß es sich bei der den Bürgern auferlegten Pflicht um eine personelle Belastung handelt. Die Erhebung von Kopfsteuern widersprach dem überkommenen germanischen Freiheitsbegriff; eher verstand man sich zur Erhebung von Grundsteuern und Jahresgeschenken ²⁹¹⁾. Ein Blick auf zwei kurz zuvor vom gleichen Landesherrn für Nabburg ausgestellte Urkunden vom 1. November 1320 und 19. März 1323 ²⁹²⁾ läßt erkennen, daß es sich bei der Besteuerung und Dienstpflicht um dingliche Belastungen handelt: Die bisher mit "Diensten" belasteten Grundstücke müssen auch dann mit der Stadt weiter dienen, wenn sie ihren Eigentümer wechseln (Urk. v. 1320). Außerdem erlischt die Dienstpflicht des Eigentümers eines pflichtigen Grundstückes nicht mit dessen Wegzug aus der Stadt oder dem Gericht Nabburg (Urk. v. 1322).

291) Mitteis-Lieberich S. 49.

292) AstA, Kaiser Ludwig Selekt 199 und 214, abgedruckt bei Scherl Regesten Nr. 3 u. 4.

Auch in Lauf haftete damals die Steuerpflicht an den Grundstücken, nicht am einzelnen Bürger als eine persönliche Belastung. Der mißverständliche Urkundenwortlaut wird durch die auch für Lauf geltenden Art. 12 des Amberger und Art. 4 des Nabburger Grundprivilegs aufgeklärt: Auch die dingliche Steuer wurde ja von Seiten des Herzogs nicht vom einzelnen Bürger, sondern von allen Bürgern pauschal erhoben. Damit wird auch die gewählte Formulierung "von ihnen" verständlich.

Entsprechend der Übung der damaligen Zeit, daß ein neuer Herrscher meist in Verbindung mit der Entgegennahme der Huldigung zu Beginn seiner Regierung die von seinen Vorgängern erlassenen Freiheitsbriefe erneuerte, wurden auch die Laufer Privilegien immer wieder bestätigt. Das nächste Mal geschah dies am 23. 8. 1355,²⁹³⁾ nachdem Karl IV. 1353 von den beiden Wittelsbacher Pfalzgrafen Rupprecht dem Älteren und dem Jüngeren Lauf erworben hatte. Mit der Urkunde bestätigt der den Laufer Bürgern gewogene König zunächst alle Privilegien, Briefe und Dokumente, die sie von den Bayernherzögen erhalten haben, also die Briefe von 1298 und 1323. Über den nur die Steuern und Dienstleistungen betreffenden Wortlaut der Urkunde von 1323 hinaus garantiert das Privileg von 1355 damit die Beibehaltung aller bisherigen Freiheiten und Rechte. Das bedeutet vor allem, daß Amberger und Nabburger Grundprivilegien auch weiterhin für Lauf Geltung besitzen. Soweit dem erstmals Stadt genannten

293) HSTM, Staatsverwaltung 3505, Priv.Tom 9, fol.119, Beilage 6.

Ort, damit er sich (wirtschaftlich) bessern möge, ein Wochenmarkt "gegönnt" wird, liegt keine Neuverleihung, sondern nur eine Sanktionierung der bereits bestehenden Verhältnisse vor. Denn Lauf war ja zu dieser Zeit längst Markttort im Rechtssinne. Daß damit auch ein an einem bestimmten Wochentag stattfindender regelmäßiger Wochenmarkt verbunden war, ist wegen dessen überragender Bedeutung im Verhältnis zum Jahrmarkt²⁹⁴⁾ als sicher anzunehmen. „ Auch Herzog Stephan verleiht übrigens trotz der früheren Privilegierung durch Karl IV. zu einem weit späteren Zeitpunkt, nämlich 1413²⁹⁵⁾, der Stadt erneut einen Wochenmarkt.

Eine echte Erweiterung der Amberger-Nabburger Bestimmungen und damit eigentümliches Laufer Stadtrecht enthält die Bestimmung, daß alle diejenigen, die ständig in der Stadt wohnen und deren Rechte halten, geben und nehmen wollen, als Bürger aufgenommen werden sollen. Durch Art. 16, 17 AP und Art. 1 NF ist nur der Grundsatz der Freizügigkeit für Bürger und Fremde ausgesprochen, über die Erwerbung des Bürgerrechts selbst ist keine Bestimmung getroffen. Dem wird nun durch die Einführung von zwei Voraussetzungen * abgeholfen: Der Bewerber muß seinen ständigen Wohnsitz in Lauf haben und muß bereit sein, die in der Stadt geltende Rechtsordnung einzuhalten.

Eigenes Laufer Recht von erheblicher Bedeutung enthält schließlich die Bestimmung, daß die Richter, die zu "Lauffen" sitzen, nicht

294) Rietschel, S. 45, Deuerlein S. 5.

295) U.v. 1413 April 4³,
HSTM Staatsverwaltung 3505, Priv. Tom 9, fol. 12C
R B XII, 138.

berechtigt sein sollen Folter oder Todesstrafe gegen die Bürger zu verhängen, es sei denn, daß einer von ihnen sich eines Totschlags schuldig mache. Diese Bestimmung wird teilweise als Befreiung von königlicher Gerichtsbarkeit ausgelegt ²⁹⁶⁾. Auch die in Lauf sitzenden Richter, also die jeweiligen Stadtrichter, waren aber landesherrliche und damit in böhmischer Zeit königliche Beamte. Denn in der Landstadt Lauf fehlten damals die machtpolitischen Voraussetzungen, um wie zum Beispiel Nürnberg, das Stadtrichteramt in die eigene Abhängigkeit zu bringen. Außerdem ist den Laufer Richtern ein Einschreiten nicht generell untersagt. Verboten sind, falls nicht ein todeswürdiges Verbrechen vorliegt, nur die genannten schwerwiegenden Eingriffe. Viel eher ist daher die Vermutung gerechtfertigt, daß durch die Urkunde die Erweiterung der sachlichen Zuständigkeit der in Lauf amtierenden Richter anerkannt werden sollte. Diese waren bis dahin auf die Behandlung leichterer Strafrechtsfälle beschränkt gewesen. Denn nach den auch für Lauf geltenden Art. 8 NP und Art. 1 S. 1 AP erfolgte die Aburteilung der drei schweren todeswürdigen Verbrechen nämlich Mord und Totschlag, Straßenraub und Notzucht, der sogenannte Vitztumshandel, vor dem herzoglichen Landgericht. Nach dem Privileg von 1355 ist nun auch die Ahndung des Totschlags durch die in Lauf sitzenden Richter möglich. Dabei ist entsprechend dem damaligen Rechtsbrauch ²⁹⁷⁾ davon auszugehen, daß der im Privileg erwähnte Totschlag stellvertretend für die drei anderen Fälle, "die auf den Tod ziehen", steht.

296) Koch, Glockengießerspital, Anmkg. 132.

Schnelbögl, Lauf-Schnaittach, S. 64.

297) Vgl. Scherl, S. 117.

Dies bedeutet nichts anderes, als daß durch die vorgenannte Bestimmung dem Laufer Stadtgericht für die sog. Vitztumshandel der Blutbann, das ist das Recht über Leben und Tod zu richten, zugestanden wurde. Mit diesem Ergebnis in Einklang steht die Mitteilung Schnelbögl²⁹⁸⁾, wonach das Laufer Halsgericht bereits 1366 / 1368 bestanden habe. Umgekehrt dürfte aus den vorerwähnten Gründen die Feststellung Krafts²⁹⁹⁾, noch unter Karl IV. seien die Hochgerichtssachen von der Stadtgerichtsbarkeit ausgeschlossen gewesen, nicht mehr aufrecht zu erhalten sein.

Das grundsätzliche Verbot, die Bürger "an ihrem Leib anzugreifen" beweist, daß um diese Zeit auch in Lauf bereits das alte Bußenstrafrecht der peinlichen Bestrafung gewichen ist. Das Verbot bezieht sich nicht nur auf peinliche Strafen wie Hängen, Köpfen, Rädern und Verbrennen, sondern entsprechend dem Wortlaut auch auf die Anwendung der Folter. Schließlich ist der Beschränkung der Ausnahmeregelung auf den Totschlag zu entnehmen, daß um diese Zeit in Lauf der Anwendungsbereich der Blutsrafe bereits auf solche Handlungen, für die der Täter das Leben verwirkt hatte, verengt war.

Durch Art. 9 S. 2 des auch für Lauf geltenden Amberger Privilegs war in zivilrechtlichen Streitigkeiten für die einfachen Klagen des Marktverkehrs bereits die alleinige Zuständigkeit des Stadtgerichts angeordnet. Wegen dieser konnte man nicht an ein anderes Gericht "dingen" d.h. appellieren

298) Lauf-Schnaittach S. 41 unter Berufung auf Rep. 187 b. Nr. 547.

299) Kaiser Karls IV. Burg und Wappensaal zu Lauf S. 5.

Durch die Inkorporationsurkunde für Neuböhmen von 1355 ³⁰⁰⁾ wird zusätzlich bestätigt, daß die Laufer Bürger, wie alle in Neuböhmen ansässigen Untertanen, nur vor den kaiserlichen Landgerichten ihr Recht suchen sollen.

Von den weiteren Freiheitsbriefen sind noch zwei besonders zu erwähnen. Nach einem Privileg Herzog Stephans des III. vom 26. Mai 1394 ³⁰¹⁾ werden nicht nur alle die, "die in dem purckfride gut und gult haben", sondern auch alle die, "die in dem purckfride daselbs sitzen", zur Steuer herangezogen. Damit scheint sich bereits ein Übergang von der rein dinglichen auf eine auch persönliche Besteuerung vollzogen zu haben.

Eine in Hilpoltstein ausgestellte Urkunde Herzog Stephans aus dem Jahre 1413 ³⁰²⁾ legt zunächst genaue Daten für die Abhaltung der erneut verliehenen Wochen- und Jahrmärkte fest: Der Wochenmarkt soll jeden Donnerstag, die Jahrmärkte sollen am Sonntag nach Sonnenwende (Sonntag nach 24. Juni), am Sonntag nach St. Jakobstag (Sonntag nach 25. Juli), am Sonntag nach der "goltfasten in dem Herbst" (Sonntag nach 14. September) und schließlich am Sonntag vor St. Gallentag (Sonntag vor dem 16. Oktober) abgehalten werden. Vor allem aber bringt das Privileg eine wichtige Änderung des städtischen Geleitsrechts. Danach soll nur vom Marktgeleit ausgenommen sein, wer ein todeswürdiges Verbrechen begangen hat. Hierin liegt in mehrfacher Hinsicht eine wesentliche Erleichterung

300) Neuburger Copialbücher, Tom 9, 91 fol. 307, Reg.Nr.4.

301) U.v.1394, Mai 26, LSTA Spitalbuch fol. 63.

302) U.v.1413, April 13, HStM Staatsverwaltung 3505, Priv.Tom 9 fol.120, R B XII, 138, Beilage 9.

des unbehinderten Handelsverkehrs und des freien Zutritte der Fremden zum Markt der Stadt: Einmal wird der Wille des städtischen Verletzten oder Gläubigers bei der Erteilung des Geleits nicht mehr berücksichtigt. Weder ein angerichteter Schaden (Art. 15 S. 1 AP) noch eine offene Schuld (Art. 11 NP) oder Todfeindschaft (Art. 10 NP) genügen fortan zur Versagung des Marktgeleits. Der Ausnahmefall der Versagung des Marktgeleits wird ausdrücklich auf den den Markt besuchenden Schwerverbrecher beschränkt.

Aus den weiteren juristisch weniger aufschlußreichen Freiheitsbriefen ist ersichtlich, welche erhebliche Bedeutung die jeweiligen Landesherren dem Ausbau der im Mittelalter so wichtigen Stadtbefestigung beimaßen.

Bereits 1372 ³⁰³⁾ gestattete Karl IV. den Laufer Bürgern die Nutzung des Stadtgrabens als Fischwasser, 1374 wurde das Privileg von den Bayerischen Herzögen Otto V. und Friedrich erneuert.³⁰⁴⁾

In einer Urkunde vom 22. Mai 1376 ³⁰⁵⁾ gewähren Kurfürst Otto und Herzog Friedrich Lauf den kleinen Zoll und bestimmen, daß dieser nach Rat ihres Pflegers verbaut werden solle.

-
- 303) U.v. 1372 Juli 22, HSTM Staatsverwaltg. 3505, Priv. Tom 9 fol. 119. Regest.Nr. 8
304) U.v. 1374 September 14 HSTM Staatsverwaltg. Tom 9 fol. 120, Regest. Nr. 9.
305) U.v. 1376, Mai 22, HSTM Staatsverwaltg. Tom 9, fol. 120, Beilage 7.

Seit 1394 ³⁰⁶⁾ dürfen die Bürger das Ungeld, eine Verkehrs- bzw. Verbrauchssteuer, die dem städt. Mauerbau diente ³⁰⁷⁾, selbst einnehmen und damit Mauer und Graben versorgen. Schließlich treten die Landesherren Kurfürst Friedrich und Herzog Johann am St. Peter- und Paulstage 1430 ³⁰⁸⁾ der Stadt die jährlichen Zinseinnahmen von den Juden mit der Auflage ab, die Gelder zum Bau der Stadtmauer zu verwenden.

Ein allgemeiner und formelhaft gehaltener Bestätigungsbrief Kurfürst Friedrichs von Brandenburg aus dem Jahre 1422 ³⁰⁹⁾ bestätigt nur nochmals die bis dahin erteilten Privilegien.

Eine Übertragung des Laufer Rechts läßt sich nur in einem Falle feststellen, bei dem Markt Eschenau. Diesem verleiht Kaiser Ludwig 1331 ³¹⁰⁾ alle Rechte und Freiheiten, die der Markt Lauf besitzt. Für weitere Übertragungen des Laufer Rechts fehlten die Voraussetzungen, da es zu sehr im Schatten der benachbarten Städte Nürnberg und Amberg lag.

-
- 306) U.v. 1394, Mai 26, HStM Staatsverwaltung.
Tom 9, abgedruckt bei Sauer,
S. 20, 21; Reg. Nr. 14.
- 307) Mitteis-Liebricht, S. 102.
- 308) U.v. 1430, Juni 29, abgedruckt bei Sauer,
S. 45, StAN D.Urk.Nr. 1290,
Reg.Nr. 17.
- 309) U.v. 1422, Februar 16, Sauer S. 45; Reg.Nr. 16.
- 310) Urkunde von 1331 April 7, handschriftl. in
STAN, Gemeindedepot Eschenau
Nr. 1, abgedruckt bei N. Gräf,
Geschichte und Beschreibung
des Marktes Eschenau, Bd. I.S.10;
Reg.Nr. 9.

TEIL III.

DAS STADTREGIMENT.

I. Die landesherrliche Verwaltung.

1. Die Rechte des Landesherrn.

Lauf war - sieht man von der sogenannten Reichsgutzeit und der kurzen Rückkehr zum Reich um 1300 ab ³¹¹⁾ immer landesherrlicher Besitz. Die Verbindung der Siedlung zu den Wittelsbachern kommt im Grundprivileg Herzog Rudolfs von 1298 zum Ausdruck. Dort ist von der Treue, die "unsere lieben Bürger uns und unserem Vater erzeigt haben" die Rede. Seither sprechen alle wittelsbachischen Herzöge und Kurfürsten, zu deren Anteil Lauf jeweils gehörte, von Lauf als von ihrem Ort, von dessen Bewohnern als von ihren Bürgern. Die gleichen Bezeichnungen gebrauchte ab 1504 der Nürnberger Rat. Die Reichsstädte hatten damals bereits eine der fürstlichen Landeshoheit gleichkommende Selbständigkeit erlangt. ³¹²⁾

Die Prüfung des Verhältnisses der Laufer Landesherrn zu dem Ort erfordert einen Hinweis auf die Entwicklung der Landesherrschaft in Deutschland. Seit dem 11. Jahrhundert hatten die geistlichen und weltlichen Fürsten in Deutschland zunächst einzelne, nach und nach immer mehr der ursprünglich allein dem König zustehenden Rechte (Regalien) wie Zoll, Münze und Geleit, teils auf Grund stillschweigender Zustimmung des Königs schließlich in reiner Anmaßung erworben bzw. an sich gebracht. Diese Entwicklung wurde in der *confoederatio cum principibus ecclesiasticis* von 1220 und dem *statutum in favorem principum* von 1231 ausdrücklich sanktioniert. Als die Wittelsbacher um 1266 ihre Herrschaft in Lauf antraten, ging die allgemeine Entwicklung bereits in Richtung auf eine Verschmelzung der einzelnen Herrschaftsrechte zu einem einheitlichen landesherrlichen Staatshoheitsrechte (*ius eminens*) ³¹⁴⁾. In der Hand des Landesherrn lagen damit die Gerichtsbarkeit und die gesamte Verwaltung,

311) Vgl. oben S. 3 und 5.

312) Schröder - Künßberg, S. 701.

313) entfällt)

314) Mitteis - Lieberich, S. 161.

die Finanz- und Wehrhoheit sowie die Kirchenhoheit. Dabei war die Blutjustiz noch besonders hervorgehoben. Hervorgegangen aus der Übertragung der Landfriedensgerichtsbarkeit auf die Landesfürsten wurde sie zu einem der wichtigsten Merkmale der landesherrlichen Gewalt ³¹⁵⁾.

Wer in einem Gebiet das Recht besaß, Leibes- und Todesstrafe zu verhängen, fühlte sich dort gewöhnlich als Landesherr. So wurde der Galgen geradezu zum Symbol der Landeshoheit. Wie in Lauf bei der Eschenauerstraße auf dem schon seit dem 14. Jahrhundert bekannten "Galgenbühl", zumeist an der Gemeindegrenze des Hauptortes, errichtet, ragte er weit hinaus ins Tal, "damit der Bösewicht an der Landstraße sich ein warnendes und abschreckendes Beispiel nehme" ³¹⁶⁾.

Freilich stand auch in unserem Bereich die Landeshoheit nicht mit einem Schlage fertig da. Im kleineren Maßstab mußten die Landesherrn den gleichen Kampf gegen Sondergewalten durchkämpfen wie die Könige im Reich. Sie hatten es mit einem widerspenstigen landsässigen Adel, mit einstigen Ministerialen, manchmal aber auch mit Freien zu tun, die nicht gesonnen waren, ihre Rechte dem Landesherrn zu opfern.

In den ländlichen Besitzverhältnissen des östlichen Franken bildete zudem die grundherrliche Gebundenheit die Regel ³¹⁷⁾.

315) Fehr, S. 140.

316) Münzel, S. 10 ff.

317) Doeberl, I S. 143 ff.

Unter Grundherrschaft oder Eigenherrschaft ist ein gewisses Obereigentum am Gut des Untertanen zu verstehen. Zwischen Grundherrschaft und Grundholden bestand ein durch "Verspruch", den Treueid, begründetes Über- und Unterordnungsverhältnis, aus dem sich für den Grundherrschaften das Recht ergab, in allen aus der Gewere über das Leihgut entspringenden Rechtsverhältnissen Zwangsgewalt zu üben. Deutlichsten Ausdruck findet diese Zwangsgewalt in dem Niedergericht, das als Pertinenz von Grund und Boden galt ³¹⁸⁾. In der Landschaft östlich von Nürnberg forderte der Grundherrschaften von seinen Bauern außerdem Reis (d.i. Kriegsfolge) und Steuern, zwei äußerst wichtige Leistungen, ohne die eine Landesherrschaft nicht denkbar ist. Wo deshalb, wie z.B. im nahegelegenen Schnaittach, Grundherrschaft und Landesherrschaft auseinanderfielen, oder gar wie in Ottensoos ³¹⁹⁾ Grundherrschaft, hohe Gerichtsbarkeit und Kirchenhoheit unter verschiedenen Herren aufgeteilt waren, kam es zu jahrhundertelangen Streitigkeiten. Nur wo Grundherrschaft, Halsgerichtsbarkeit und Kirchenherrschaft (Patronat) in einer Hand vereinigt waren, verfügte der jeweilige Landesherr im großen und ganzen über die volle staatliche Obrigkeit. Dies war in Lauf im wesentlichen der Fall.

a) Die Grundherrschaft.

Die Wittelsbacher waren zwar nicht die ersten Grundherren in Lauf, da der Ort schon längere Zeit,

³¹⁸⁾ Brunner, S. 292, 391.

³¹⁹⁾ Schnelbögl, Lauf-Schnaittach, S. 73 u. 42.

ehe Lauf in deren Hände gelangte, bestand. Die bayerischen Herzöge waren aber Nachfolger der in Lauf ansässig gewesenen staufischen Reichsministerialen aus dem Geschlecht Hiltebolds. Diese hatten nicht nur in der Nähe der Burg, sondern auch außerhalb Grund und Boden erworben. So schenkte z.B. Hiltebold 1254 zusammen mit seiner Gemahlin Elisabeth den Nürnberger Magdalenerinnen einen Hof in Rüsselbach ³²⁰⁾. Vor 1275 entriß er der Laufer Kirche einen Hof in Gerhartrivt (Geretsreuth bei Ottensoos) ³²¹⁾. Ein um 1275 erwähnter Heinrich de Lauff ³²²⁾ "habet a domino Hiltepoldo Rabenshof". Auf dem den Ministerialen gehörigen Grund und Boden ließen sich neben den im unmittelbaren Burgbereich schon sesshaften Burguntertanen neue Siedler, vor allem Händler und Handwerker nieder. Auf diese Weise entwickelte sich zwischen den Ministerialen und deren Untertanen bzw. den Zugezogenen ein grundherrschaftliches Verhältnis. Als nun Lauf an die Wittelsbacher fiel, folgten diese als Grundherren in den Besitz der staufischen Ministerialen in der Weise nach, daß deren Grunduntertanen jetzt Urbarsleute, d.h. grundherrschaftliche Untertanen der Wittelsbacher wurden

b) Das Patronat.

Die Kirchenherrschaft über den erst 1375 ³²⁴⁾

320) NUB 356.

321) MB 36 a, S. 346; Voit-Geiger, S. 27.

322) MB 36 a, S. 351.

323) entfällt

324) U.v.1375, Okt.3, StAN.,Nbg.Salb.Rep.59, Nr. 12; abgedruckt bei Zahn S. 70 u. Koch, Urkundenabschriften Nr. 4.

von dem uralten Pfarrsitz Neunkirchen abgetrennten Laufer Pfarrsprengel hatten ursprünglich die Laufer Reichsdienstmannen inne, denen bereits die Einsetzung der Geistlichen zustand ³²⁵⁾. Von diesen übernahmen die Wittelsbacher das sogenannte Patronat, eine Art vogteiliche Schutzherrschaft in Angelegenheiten der kirchlichen Vermögensverwaltung, der Schule und sogar der Kirchenzucht ³²⁶⁾. Für die Folgezeit läßt sich die landesherrliche Kirchenherrschaft nur in einzelnen Beziehungen nachweisen. Was die seit ca. 1275 ³²⁷⁾ nachweisbare älteste Laufer Kirche St. Johannis anlangt, sind sogar nur mittelbare Anhaltspunkte vorhanden. Aus der Bestellung von zwei Laufer Ratsherren als Gotteshauspfleger zur Verwaltung des Pfründe- und Kappellenvermögens ³²⁸⁾ seit Beginn des 15. Jahrhunderts ist auf eine ursprünglich landesherrliche Vermögensverwaltung, aus dem Recht des Rates zur Belehnung der Hilfspriester ³²⁹⁾ auf ein landesherrliches Praesentationsrecht (Vorschlagsrecht bei der Pfarrstellenbesetzung) zu schließen. Denn erst die Ausweitung der allgemeinen Ratskompetenz in der (zweiten) bayerischen Zeit brachte eine erweiterte Zuständigkeit des Rates auch auf dem ursprünglich dem Landesherrn vorbehaltenen Gebiet der Kirchenherrschaft mit sich. ³³⁰⁾

325) Schnelbögl, Lauf-Schnaittach, S. 22.

326) Schröder-Künßberg, S. 698.

327) Schnelbögl, Lauf-Schnaittach, S. 21.

328) U.v. 1403 Juli 13 und StAN, Nbg.Salb. Nr. 79 fol.199.

329) StAN, Nbg. Salb.Nr.74 a.fol.125 f.Koch,S.55.

330) Vgl. Koch, S. 31.

Was das Glockengießerspital anlangt, so hatten zu Lebzeiten der Stifter diese die unumschränkte Leitungsgewalt. Die Landesherrn hatten aber schon damals die Oberaufsicht: Kontroversen mit der Stadt wurden vor ihnen ausgetragen.³³¹⁾ Sie stellten die Satzung auf, "wie der Spital und pfarr in alle weg und in allen sachen geordnet (= geordnet) schol sein" 332) freilich unter Zuziehung des Rates als des künftig mitverantwortlichen Verwaltungsträgers. Bei der Landesheerrschaft lag die oberste Spitalgewalt überhaupt, die sie einmal aus ihrer oberherrlichen Lehnherrschaft, zum andern aus ihrer tatkräftigen Mitwirkung bei der Ausstattung der Stiftung herleiten konnten.³³³⁾ Hinsichtlich der Spitalpfarrei ist ein Patronat der Landesheerrschaft im eigentlichen Sinn nicht feststellbar. So wurde z.B. das wichtige Praesentationsrecht bei der Besetzung der Pfarrstellen nicht von ihr sondern von dem Pfarrer in Neunkirchen ausgeübt.³³⁴⁾ Aber die Landesherrn nahmen sich ebenso wie die Spitalstifter andere Rechte: Sie machten dem Pfarrer hinsichtlich seiner Tätigkeit Vorschriften, die wieder mit der Sicherstellung der seelsorgerischen Versorgung der Spitalinsassen noch mit der Ordnung der Feiertage und Seelenmessen etwas zu tun hatten.³³⁵⁾ Im Laufe der Zeit trat auch auf den zuletzt genannten Bereichen, die Leistungsgewalt der Landesherrn immer mehr zugunsten der des Rates zurück. Freilich hörte sie nie ganz auf, wie die bis in die Nürnberger Zeit dauernde Beteiligung des landesherrlichen Pflegers am sog. Rechnungsverhör des Spitals beweist.³³⁶⁾

-
- 331) U.v.1377 März 7, StAN,Rep.59,Nbg.Salb.Nr. 12.
 - 332) U.v.1378 März 23, StAN,Nbg.Salb.Nr. 12.
 - 333) Koch, S. 25.
 - 334) U.v.1375, Oktober 3, StAN,Nbg.-Salb.,Rep.59,Nr.12.,
abgedruckt bei Zahn S. 70 u.bei Koch,Urkundenab-
schriften Nr. 12.
 - 335) Einzelheiten bei Koch, S. 53.
 - 336) U.v. 1378,März 23, StAN,Nbg.Salb,Rep.59 Nr. 12.,
abgedruckt bei Sauer, S. 31.

c) Die Kriegsfolge (Reis)

Die Verpflichtung der Laufer Bürger zur Kriegsfolge gegenüber den Wittelsbacher Grundherren wurde durch das Privileg Kaiser Ludwig des Bayern aus dem Jahre 1323³³⁷⁾ auf eine feste Grundlage gestellt. Darin werden diese vor mehr Diensten, als sie von alters her geleistet haben, wie auch vor umfangreicheren Kriegsdiensten als zuvor ausdrücklich geschützt. Unter Berufung auf dieses Privileg hatte die Stadt nie mehr als zwei "Reyßwegen" und je 10 Mann dazu zum Kriegsdienst zu stellen.³³⁸⁾ Seit 1418, als die Stadt je zur Hälfte der Landshuter und Pfälzer Linie der Wittelsbacher gehörte, wurden dem jeweiligen Kriegsherrn entsprechend der bestehenden Teilung nur noch ein Reyßwagen mit zehn Reisigen gesandt. Offenbar war auch eine Ablösung in Geld möglich:

"Nachdem aber Lauf vormals zweyen herrn und landesfürsten gewesen, hat man kriegsherrn, so die von Lauf erfordert ein reyßwagen und zehen menner darzu geschicket oder ein zymliches dafür genommen."³³⁹⁾

337) U.v. 1323 März 16, HStM Staatsverwaltung
3505 Priv.Tom.9 fol. 119.

338) StAN, S. I L 48 Nr. 7 (1504) und Nbg.Salb.Nr.78,
fol. 14.

339) StAN Nbg.Salb.Nr. 77 fol. 13.

Die von der Stadt zu erbringenden Kriegsdienste sind von denen des Laufer Pflegers und denen der Laufer Pfarrei zu trennen. 1488 will der Laufer Pfleger Alexander von Wildenstein mit fünf Reitern zu Herzog Georg von Landshut ins Feld ziehen, die ebenfalls kriegsdienstpflichtige Laufer Pfarrei kann zu diesem Zeitpunkt keine Rüstung aufbringen ³⁴⁰⁾.

Da die Burgbesatzung seit der pfälzisch-bayerischen Zeit (ab 1373) bis auf wenige Knechte absank ³⁴¹⁾, wurden, ursprünglich wohl in Fällen äußerster Not, später auch zur Austragung der zahlreichen Freischstreitigkeiten ^{341a)}, die sogenannten Rußigen, die Arbeiter der Laufer Hammerwerke ^{341b)}, eingesetzt. Die Rußigen werden zwar erst 1537 ^{341c)} ferner in den während des zweiten markgräflichen Krieges 1552 und 1553 angelegten ^{341d)} Briefbüchern und Ratsverlässen urkundlich erwähnt. Das hohe Alter der Laufer Mühl- und Hammerwerke deutet jedoch darauf hin, daß die dort beschäftigten Männer schon weit früher, zumindest schon vor Beginn der Nürnberger Herrschaft, in einer Art militärischen Organisation zusammengefaßt wurden. Denn bereits zu jener Zeit bestand Anlaß, die ungeschützt außerhalb der Stadtmauer liegenden Betriebsstätten vor Plünderung und Brandschatzung in Kriegszeiten zu sichern. Hierzu war die zahlenmäßig geringe Burgbesatzung bei weitem nicht in der Lage. Demgegenüber betrug die Zahl der Rußigen bereits 1537 gegen 100 Mann. ^{341e)}.

340) Neuburger Copialbuch, HStM Tom.90, fol.289.

341) Kraft und Schwemmer, S.17.

341a) Streitigkeiten um die Ausdehnung des Gerichtsbezirks, vgl. Schnelbögl, Lauf-Schnaittach, S.43.

341b) Roth, Band 2, S. 281.

341c) Schnelbögl, Mühlen und Hämmer, S.44 unter Hinweis auf einen Bericht des Landpflegeschreibers Niklas Nöttelein, Stadtarchiv Nürnberg, libri litt. 7,254'.

341d) Rebmann, Einiges über die Laufer Rußigen, S.47.

341e) Schnelbögl, Mühlen und Hämmer, S.44.

Die Rußigen waren dem Kommando des Pflegers unterstellt. Von diesem wurden sie alljährlich am Trinitatis-Sonntag (Sonntag nach Pfingsten) im Pflegeschloß besonders vereidigt^{341e}). Als Unterführer hatten sie keinen Offizier, sondern sechs Korporale, die aus ihrer Mitte gewählt wurden. Doch gab ihnen der Pfleger bei Ausfällen jeweils einen Amtsknecht mit.^{341f}) Ihre besonderen, auf militärischem Gebiet bestehenden Obliegenheiten sind der aus der Nürnberger Zeit stammenden "Pflicht" der Rußigen zu entnehmen^{341g}). Danach mußten sie auf das vereinbarte Zeichen von drei Schuß unverzüglich bewaffnet im Pflegeschloß erscheinen. Sie waren ferner gehalten, die ihnen vom Pfleger erteilten Befehle, insbesondere im Verlaufe von kriegerischen Handlungen, gewissenhaft auszuführen. In einen Interessenwiderstreit geriet die Nürnberger Obrigkeit offenbar hinsichtlich des Erfordernisses der Überlassung von Waffen an die einzelnen Arbeiter. Einerseits war dies, um die Einsatzbereitschaft ihrer Truppe und die Pflege der ausgehändigten Gegenstände zu gewährleisten, nicht zu umgehen. Zum anderen durfte die Herrschaft die von ihr bekämpften Wildfrevel^{341h}) nicht selbst noch fördern. Man half sich deshalb dadurch, daß die Waffen (zur Nürnberger Zeit bereits Gewehre) an vorher bestimmten Orten verwahrt wurden, dort aber wöchentlich mindestens einmal von dem Verpflichteten auf ihre Einsatzbereitschaft überprüft werden mußten. Jeder Rußige bedurfte, bevor er aus Lauf wegziehen wollte, eines besonderen "Abschieds" durch den Pfleger. Dieser hatte es damit in der Hand, einer zu großen Schwächung der Schlagkraft seiner Hilfskräfte zu begegnen. Als Ausgleich für ihre Dienstleistungen waren die Rußigen von allen üblichen Abgaben befreit. Sie hatten lediglich jährlich anstelle einer sogenannten Verspruchshenne der Herrschaft 10 Pfennige zu bezahlen³⁴¹ⁱ).

341e) Roth, a.a.O., S. 281.

341f) Schnelbögl, Mühlen und Hammer, S. 47.

341g) StAL, Pflichtenbuch.

341h) Über die neue Rechtslage seit Beginn der Nürnberger Herrschaft, vgl. unten S. 217.

341i) Roth, a.a.O., S. 281, Rebmann, a.a.O., S. 47.

Die Truppe der Laufer Rußigen stellt sich als eine örtliche Besonderheit ohne vergleichbares Vorbild in der überkommenen Entwicklung des Wehrwesens in Deutschland dar. Im 15. Jahrhundert hatte sich die Wehrverfassung in den deutschen Städten bereits als Mischform ausgebildet. Sie verlangt von den Bürgern als Rest der germanischen Idee von der allgemeinen Wehrpflicht nur noch Verteidigung der Stadt, unter bestimmten Einschränkungen auch einmal einen kurzen Auszug. Im übrigen war die persönliche Wehrpflicht durch Gestellung eines Ersatzmannes oder durch Geld ablösbar. Die eigentlichen Träger der Wehrkraft waren die Söldner ³⁴¹ⁱ⁾, die den militärischen Dienst berufsmäßig ausübten.

In Lauf versehen über mehrere Jahrhunderte hinweg bis zu ihrer 1806 im Zusammenhang mit der Rückgliederung der Stadt an Bayern erfolgten Auflösung in erster Linie die Rußigen die militärischen Aufgaben. Sie lassen sich in mehrfacher Hinsicht nicht in den Rahmen der überkommenen Wehrverfassung einfügen.

Denn die militärischen Dienste, die von ihnen verlangt wurden, unterscheiden sich wesentlich von der damals üblichen beschränkten Verteidigungspflicht der übrigen Bürger. Im Zusammenhang mit den bereits erwähnten zahlreichen Streitigkeiten um die Ausdehnung des Laufer Halsgerichts und der Laufer "Wildbahn" ^{341k)} ist bei ihnen die Verteidigungspflicht zu einer recht umfangreichen Auszugspflicht erweitert. Das für die übrigen Bewohner nicht nachzuweisende Erfordernis der regelmäßigen Waffenpflege deutet sogar darauf hin, daß sehr bald auch im Verteidigungsfall die Hauptlast der Kriegsführung bei den Rußigen lag.

341i) Sander, S. 353.

341k) Sauer, S. 73 ff.

Für die damalige Zeit eigenartig ist auch die rechtliche Grundlage des von den Rußigen geleisteten Wehrdienstes. Zweifellos handelte es sich bei ihnen nicht um bezahlte berufsmäßige Söldner. Gegen diese Annahme spricht schon ihre Hauptbeschäftigung als Arbeiter in den Hammerwerken und der Umstand, daß ihre Dienste im wesentlichen unentgeltlich geleistet wurden. Außerdem deutet die Eingangsformel ihrer "Pflicht" ^{341. 1)}, wonach "jeder so zu einen Rußigen zu Lauf auf- und angenommen wird seine Treue geben und schwören müsse" auf eine für alle Arbeiter bestehende allgemeine Wehrpflicht hin. Der überkommenen germanischen Idee von der allgemeinen Wehrpflicht war jede Art von Gegenleistung für den als Ehre empfundenen Waffendienst fremd. Doch sind auch Ansatzpunkte eines Soldgedankens ^{341m)} erkennbar. Dieser kommt zumindest mittelbar in der bereits geschilderten Steuerbefreiung zum Ausdruck. In der Folgezeit trat der Gesichtspunkt der Entgeltlichkeit noch stärker hervor. Neben kostenloser Verpflegung erhielten die Rußigen schließlich sogar eine jährliche Entlohnung von fünf Kreuzern ^{341n).}

Schließlich bestand eine weitere Besonderheit darin, daß die gesamten militärischen Aufgaben einer einzigen Berufsgruppe aus niedrigerem Stand übertragen waren.

341,1) StAL, Pflichtenbuch.

341m) Die Abhängigkeit des Wehrdienstes von sachlichen und persönlichen Leistungen, Sander S. 354.

341n) Rebmann, a.a.O. - Der Kreuzer ist eine im 13. Jahrhundert in Tirol erstmals in Gebrauch gekommene kleine Silbermünze, welche von dem ihr aufgeprägten Kreuz den Namen erhalten hat und hauptsächlich in Süddeutschland Verbreitung fand. Pfennig, Heller und Kreuzer standen im Verhältnis 1:4:8; vgl. Schrötter, S. 324.

Parallelen können hier allenfalls zu dem nach Einführung der Feuerwaffen erfolgten kriegerischen Einsatz der Angehörigen der Zünfte bzw. zu der in manchen Städten üblichen Pflicht zur Lieferung bestimmten Kriegsmaterials durch einzelne Gruppen von Handwerkern ^{341p)} gezogen werden. Freilich besteht in beiden Fällen kein völlig gleicher Sachverhalt. Denn die Zünfte waren im Gegensatz zu den im wesentlichen nur aus Schmieden und Rotschmieden bestehenden Rußigen ein Zusammenschluß mehrerer Berufsfachgruppen. Die erwähnten Materiallieferungen kamen zwar von einer einzelnen Berufsgruppe, betrafen aber keine persönlichen sondern sachliche Leistungen. Die Rußigen lebten neben der Laufer Bevölkerung ihr eigenes Leben. Ein gewisser Gemeinschaftsgeist unter diesen Arbeitern ist unverkennbar. Sie siedelten mit ihren Angehörigen in einem geschlossenen Arbeiterbezirk und feierten ihre eigene Kirchweih "die Hämmerkirchweih". Viele soziale und arbeitsrechtliche Probleme unserer Zeit finden sich bei ihnen schon angedeutet, z.B. die der Werksunterkunft, der Abwerbung und der Betriebsespionage. Sie nahmen für sich bereits ein Demonstrations- und Streikrecht in Anspruch und wollten sogar gegen Streikbrecher vorgehen. ^{341 q)} Ihr Auftreten darf deshalb als eines der Anzeichen des beginnenden Industriezeitalters gewertet werden.

341) o) Aus ursprünglich religiösen Bruderschaften entstandener Zusammenschluß von Handwerkern; Mitteis-Lieberich, S.171.

341 p) So mußten nach Straßburger Recht die Schmiede im Kriegsfall 300 Pfeile liefern; Sander S. 339.

341 q) Schnellbögl, Mühlen und Hämmer, S.44,46,47.

d) Die landesherrlichen Abgaben:

Am einschneidendsten äußerte sich die Abhängigkeit von der Stadtherrschaft in der Verpflichtung zur Zahlung jährlich wiederkehrender Leistungen, die nachfolgend näher erörtert werden sollen. Es handelt sich dabei im einzelnen um Grundzins. Abgaben von landesherrlichen Lehen, Stadtsteuer und Zölle.

Die in Lauf erhobenen Abgaben sind in den Herzogsurbaren von 1275 und 1326 ³⁴²⁾, dem Neuböhmischen Salbuch von 1366/68 ³⁴³⁾ und dem Urbar des Burggrafentums Nürnberg von ca. 1434 ³⁴⁴⁾ enthalten.

Aus den einzelnen Eintragungen läßt sich das Verhältnis zwischen den Landesherrn und ihrem Ort sowie dessen fortschreitende Entwicklung verfolgen. Der erste Beleg über die Laufer Einkünfte ist das bald nach dem Erwerb Laufs durch die Wittelsbacher angelegte Urbarium Transdanubianae von ca. 1275. ³⁴⁵⁾ Ihm folgt etwa ein halbes Jahrhundert später, 1326 das Urbarium vice-dominatus Lengenvelt. ³⁴⁶⁾ Obwohl das zuerst genannte Bestandsverzeichnis nur die Einkünfte des Schlossers (Redditus bonorum castri in Lauffen), das letztere dagegen allgemeiner diejenigen von Lauf (Redditus in Lauffe) nennt, unterscheiden sich beide Quellen in ihrer Zusammensetzung so wenig, daß sie zusammen betrachtet werden können.

342) MB 36a, S. 345 ff. und 629 ff. Voit-Geiger, S. 26 ff.

343) AStA, Staatsverwaltung, Nr. 1083. . u. 35 ff.

344) MB 47, S. 550 ff.

345) MB 36a, S. 345 ff., Voit-Geiger, S. 26 ff.

346) MB 36a, S. 629 ff., Voit-Geiger, S. 35 ff.

Die von der Stadt an den Landesherren zu leistenden Abgaben bestanden danach ursprünglich aus einem auf die einzelnen Hausstätten aufgeteilten Grundzins für die Grundstücke in der Stadt. Dieser Arealzins war seiner Rechtsnatur nach die dem Stadtherrn als Grundeigentümer zu gewährende Leistung für die Überlassung des Bodens ³⁴⁷⁾. Die Höhe der zu entrichtenden Grundzinsen bewegt sich zwischen 10 d und 1 lb ^{347a)}. Infolge ihrer Geringfügigkeit tragen diese Zinsen kaum den Charakter eines angemessenen Äquivalents für die Überlassung des Bodens sondern weit eher den eines bloßen "Rekognitionszinses", der lediglich das Eigentumsverhältnis des Stadtherrn zum Ausdruck brachte ³⁴⁸⁾.

Die in den Urbaren verzeichneten Grundzinsen sind von folgenden Anwesen zu entrichten:

- aa) Vier Mühlen haben hohe Getreidesabgaben und je ein Schwein dazu zu liefern. Die Abgabe von Schweinen an die Herrschaft, eine Auflage, die sich bei Mühlen häufig findet, erklärt sich damit, daß beim Mahlen Abfälle (Kleie usw.) anfielen, mit denen es sich lohnte, Schweine zu mästen ³⁴⁹⁾. Die Mühlen brauchten nicht die sogenannten kleinen Dienste (minuta servitia, z.B. Weisat worunter die Küchegefälle vor allem Hühner, Käse, Gänse, Wecken, Eier und Obst zu verstehen sind) ³⁵⁰⁾, zu leisten.

347) Planitz-Eckhardt, S. 154.

347a) Hierbei ist folgender Kurs zugrunde gelegt:

1 lb d = 8 Bd = 240 d; 1 Bd = 30 d.

Libra (Pfund; lb) und solidus (Schilling; S) sind hierbei keine Gewichtsbezeichnungen oder Münzen sondern reine Zahlbegriffe. Hinsichtlich der Wertfestsetzung für den Schilling wird von dem in bayerischen Gebieten häufigeren sogenannten "langen Schilling", der den daneben noch vorkommenden "kurzen Schilling" zu 12 d (denarius, d.i. Pfennig) dort bald völlig verdrängte, ausgegangen. Schrötter Münzlexikon, S. 128, 507, 598.

348) Rietschel, S. 141 und 133-136.

349) Schnelbögl, Mühlen und Hämmer, S. 11.

350) Geiger, S. 184.

Der auf die Mühlen bezogene Satz "Sed proisdem laborant ad castrum in edificando cum neccesitas id requirit" ³⁵¹⁾, ist nicht als Mitarbeit der Müller an den zur Burg gehörigen Ländereien ³⁵²⁾, sondern mit Beteiligung am Befestigungsbau der Burg ³⁵³⁾ zu übersetzen. Dies ergibt einmal der Wortlaut, ferner der Hinweis auf das Erfordernis der Notwendigkeit (wohl das Ausbessern von Schäden). Die Mitarbeit am Befestigungsbau läßt sich auch besser mit der später sichtbaren Pflicht der Hammerarbeiter, als Miliz für die Burg tätig zu sein, in Einklang bringen als bloße Feldarbeiten. Schließlich war gerade der Burgenbau während des hohen Mittelalters ausgesprochene Untertanenlast ³⁵⁴⁾.

Dem Umstand, daß in den Urbaren nur von Getreide- und Schweineabgaben die Rede ist, ist zu entnehmen, daß die aufgeführten Mühlen nur als Mahlmühlen arbeiteten ³⁵⁵⁾.

- bb) Abgaben wurden auch von dem zur wirtschaftlichen Ausstattung der Burg gehörigen Bauhof oder Meierhof, "curia villicalis" ³⁵⁶⁾ erhoben ³⁵⁷⁾. Er zinste "mediam partem frumenti". Das ist, da Art und Menge des damals dort produzierten Getreides nicht bekannt sind, eine unbestimmte Größe.

³⁵¹⁾ MB 36a, S. 345.

³⁵²⁾ Schnelbögl, Mühlen und Hämmer, S. 11.

³⁵³⁾ Bürger, S. 13.

³⁵⁴⁾ Mittels-Lieberich, S. 102.

³⁵⁵⁾ Schnelbögl, Mühlen und Hämmer, S. 11.

³⁵⁶⁾ MB 36a, S. 345.

³⁵⁷⁾ Die Meierhöfe des Mittelalters (curia villicalis, villicationes) waren größere Güter, die ursprünglich als Vermittlungsstelle zwischen den einzelnen Hufen (mansi) und dem Herrenhof, Salhof oder Fronhof (curtis) dienten. Später ließ man sie wie die übrigen Höfe gegen Grundzins bewirtschaften; vgl. Schröder-Künßberg, S. 463.

Dem Laufer Meierhof fehlte offenbar bereits der Charakter einer reinen Vermittlungsstelle. Er wurde wie die übrigen Höfe zur Bewirtschaftung ausgegeben und zinste "mediam partim frumenti", war also ein "Halbbauhof".

cc) Sechs weitere zinspflichtige Bauernhöfe (curiae) sowie 19 an Zinsbauern ausgegebene Burglehen (feodum) können zusammen betrachtet werden.

Denn einmal waren auch von den Lehen dem Grundherrschaft jährlich gewisse Abgaben zu erbringen, die nach dem Wert des Grundbesitzes gestaffelt waren.³⁵⁸⁾ Zum anderen waren die Burglehen nur ursprünglich, entsprechend ihrem Namen, echte Lehen in der Weise, daß sie ähnlich den Ritterlehen als Belohnung für geleistete oder in Erwartung künftiger Dienste den Bauern "geliehen" wurden und bei jedem Erbfall gegen "Handlohn" (d.i. Lehensgeld) neu geliehen werden mußten. Verhältnismäßig früh wurden sie nicht mehr als Lehen, sondern wie die curia als Erbstücke behandelt.³⁵⁹⁾ Wie solche wurden sie "wie purger eigen geacht, gekauft und verkauft" und bei Veränderungen "mit dem Gerichtsstab gelihen im beiwesen eines pflegers."³⁶⁰⁾

358) Koch, S. 87.

359) Koch, S. 84.

360) StAN, Nbg. Salb. Nr. 78 fol. 47.

dd) Schließlich zinsen noch drei Fischereien (piscaria) und eine Wiese (pratium), wobei auffällt, daß die von den Fischereien zu reichenden Abgaben als einzige nach Wochen (pro ebdomada) berechnet werden.

Die jeweiligen Inhaber der Anwesen hatten der Herrschaft jährlich gewisse Rechnisse zu erbringen. Diese waren nach dem Wert des Grundbesitzes gestaffelt. Eine einheitliche Übung und Normierung läßt sich jedoch nicht erkennen. Offenbar blieb der Parteivereinbarung, soweit die Abgaben nicht schon auf Grund alten Herkommens festgelegt waren, viel freier Raum. Die sogenannte "feste Gült" bestand in "Herrengeld", Getreideabgaben, Vieh, besonders Schweinen, Wagenladungen Heu und dem sogenannten kleinen Weisat, den bereits erwähnten Küchengefällen ³⁶¹⁾, nämlich Fastnachthennen, Herbsthühnern, Gänsen, Käsen, Eiern, Wecken und Obst. Zahlenmäßig sind die Leistungen in beiden Urbaren im wesentlichen gleich; nach der Wertangabe für Schweine in beiden Quellen zu schließen bahnte sich anscheinend die Geldablösung für die Naturalleistungen an. Es sind aber doch einige Veränderungen feststellbar: Das Lehen Cholarii, das noch 1275 2 Hühner, 4 Käse und 24 d leistet, wird 1326 nicht mehr erwähnt. Drei noch 1275 verpfändete Lehen in Piberbach sind 1326 ausgelöst. Teilweise ändert sich die Schreibweise der einzelnen Güter z.B. Weimari für Winmanni oder Chratzreut für Chratzrivt.

361) Vgl. oben S. 91.

Die Gesamteinkünfte betrugen:

	<u>um 1275</u>	<u>1326</u>
Simra Weizen ³⁶²⁾	2	2
Simra Korn	42	42
Simra Hafer	1	4
Carradas Heu ³⁶³⁾	20	30
Schweine	9	9
Hühner	35	32
Schulterstücke	9	9
Käse	313	315
Pfund Silber ³⁶⁴⁾	1	1
Schillinge	33	33
Pfennige	538	514

Hinzu kommen die nicht meßbaren Abgaben des bereits erwähnten Meierhofs und eines Hofes im Hard, der ebenfalls mediam partem frunmenti leistet.

362) Simra oder Sumer: wörtlich: besonders dicht geflochtener Strohkorb. Hier: mittelalterliches Getreidemaß mit örtlich verschiedenem Umfang. Einzelheiten z.B. zum Nürnberger Sumer oder Simra, Schmeller-Frosmann, Bd. II, Sp. 283.

363) Fuder, Wagenladung.

364) Wertfestsetzung, vgl. Anmerkung 347a.

Die Umrechnung der in Geld ausgedrückten Leistungen der Urbare ergibt folgende Werte:

um 1275:	7 lb	2 B	4 d.
1326:	7 lb	2 B	4 d.

Die Urbare finden ihre Fortsetzung in dem Neuböhmischen Salbuch von 1366/68 ³⁶⁶⁾, welches für die neuerworbenen Besitzungen Karls IV. an~~ge~~legt wurde. An erster Stelle ist nun die Stadtsteuer aufgeführt, die mit je 12 lb haller (d.i. Heller oder hl.; inzwischen hatte sich in Süddeutschland die Hellerwährung durchgesetzt, wobei bis 1350 1 Heller=1 1/2 Pfennigen entsprach)³⁶⁷⁾ an Walburgis (1. Mai) und Michaelis (29. September) fällig ist. Hier scheint ein allgemeiner Hinweis zum Ursprung der Stadtsteuer veranlaßt. Dieser liegt nicht im Grundeigentum des Landesherrn. In vielen deutschen Städten stehen Grundzins und Stadtsteuer selbständig nebeneinander. Beide sind auch ihrer Rechtsnatur nach verschiedener Herkunft.

³⁶⁵⁾ entfällt.

³⁶⁶⁾ AStA, Staatsverwaltung 1083.

³⁶⁷⁾ Schrötter, S. 260.

Während Grundzinsen zumindest eine Anerkennungsgebühr für die Überlassung des Bodens durch den Grundherrn waren,³⁶⁸⁾ wird die Stadtsteuer verschiedentlich als Entschädigung dafür betrachtet, daß der Stadtherr Reichsdienst und Landesverteidigung vorzüglich mit seiner Dienstmannschaft leistete.³⁶⁹⁾ Teilweise sieht man auch nur ⁱⁿ dem ständig ansteigenden allgemeinen Geldbedürfnis der Landesherren ihren Ursprung.³⁷⁰⁾ Die Stadtsteuer ist von der vom Laufer Rat in eigener Zuständigkeit zur Bestreitung des städtischen Haushalts erhobenen "Stadtsteuer" im engeren Sinn ^{370a)} streng zu scheiden. Zur Bezeichnung der von der Herrschaft erhobenen Stadtsteuer wird daher im folgenden der Ausdruck "Herrschaftssteuer" verwendet.

Die Feststellung des Salbuchs von 1366/68 es seien zweimal jährlich 12 lb zu leisten, steht im Widerspruch zu anderen Quellen³⁷¹⁾, wonach die Stadt nie mehr als einmal jährlich 12 lb gewöhnliche Herrschaftssteuer zu entrichten hatte. Ferner ist dieser Text auch nicht mit dem Privileg Karls IV. von 1355³⁷²⁾, wonach die von den Bayerherzögen gewährten Rechte und damit auch die steuerrechtliche Garantie von 1323³⁷³⁾ bestätigt wurden, in Einklang zu bringen.

368) Vgl. oben S. 91.

369) Keßel, S. 3.

370) Zeumer, S. 36.

371) MB 47, 550; StAN, Nbg. Salb. Nr. 78 fol. 71.

372) U.v. 1355 August 24, HStM Staatsverwaltung 3505, Priv. Tom 9 fol. 119.

373) U.v. 1323 März 16, HStM Staatsverwaltung 3505, Priv. Tom 9 fol. 119.

370a) Vgl. unten S. 148.

Im übrigen zinsen auch unter böhmischer Herrschaft wieder vier Mühlen, einige Höfe und über ein Dutzend Lehen, genannt wird auch ein "baw" und "ein gut fischerey", die "der vesten eigen sind." Der "baw mit eckern und mit wismat zu einem halben pflug oder besser" ist der bereits erwähnte Meierhof.

Bei den Mühlen fällt auf, daß nur noch die Mühle eines gewissen Ulrich Ekreich, die Mühle des "H. Mulner an der Brucken" (die spätere Mauermühle) und eine weitere Mühle eines Ekreich reine Mahlmühlen sind. Daneben wurde die Wasserkraft bereits auch anderen Zwecken nutzbar gemacht. Die Ziegelmühle hieß so, weil sie wenigstens zum Teil der nahe gelegenen Ziegelei das notwendige Wasser zuführte. Auf der kurz vorher entstandenen Lohmühle sollte überhaupt nicht Getreide gemahlen, sondern nur Lohe (Baumrinde) gegerbt werden. Diese Mühle lieferte deshalb weder Getreide noch Schweine ab, sie leistete von Anfang an nur Geldabgaben.³⁷⁴⁾

Die Gesamteinkünfte betragen 1366/68:

Simra Korn:	16 3/4
Simra Hafer:	5
Schweine:	1
Käse:	294
Herbsthühner	24
Fastnachts- hühner	18

Einkünfte in Geld:

	<u>Pfund Heller</u>	<u>Schilling</u>	<u>Heller</u>
Walburgis:	2	16	6
Michaelis:	3	19	10
insgesamt:	5	35	16
oder:	6	16	4

374) Schnellbögl, Mühlen und Hämmer, S. 11.

Die Verdoppelung der Abgabeterminen bei einem Teil der Küchengefälle und den Geldleistungen ist mit der Vervollkommnung des landesherrlichen Einnahmesystems zu erklären.

Ausführlich dargestellt und zusammengefaßt als "Summa aller herntzinse" sind die "Nutzung, rent, czinse und gülte des slosse und der state zu Lauffe" in dem am Ende des ersten Hussitenkrieges (1419 - 1436) entstandenen Urbar des Burggrafentums Nürnberg unter dem Gebirge von ca. 1434 ³⁷⁵⁾. Zu dieser Zeit ist die Industrialisierung bereits fortgeschritten. Ein vielfältiges Metallgewerbe hat sich an der Pegnitz in Lauf angesiedelt, wobei die Werke bereits nach Mühlen und Hämmern unterschieden werden. 21 "Puchlehen", die zur "vesten" gehören ³⁷⁶⁾, zinsen zusammen mit 6 Hämmern, 4 Mühlen, dem "Seywotzhoffe", dem "Kunhoffe" und einer Zeidelweide in der Nessenau. Hinzu kommen die Abgaben der Stadt und die Einnahmen "von dem vischwasser, gnant dy Pegnitz". ³⁷⁷⁾

Erstmals werden Ausdehnung und Leistungsfähigkeit des zum Schlosse gehörenden Bauhofs näher beschrieben:

"Zu mercken, daz ein paw zum slosse gehört, bey 100 morgen oder mer, guter und böser ecker, genhalbe des wassers und disshalben des wassers, und ist ein guter paw, wenn man den recht arbeyt." ³⁷⁸⁾

Neben den Äckern, die mit Morgen angegeben werden, gehören zum Bauhof auch noch etliche Tagwerk Wiesen, wobei jedes Tagwerk jährlich etwa 7 Pfund abwirft. Als Ertragsleistung des Bauhofes werden 8 Simra Korn Nürnberger Maß angegeben. Ein für 1541 ³⁷⁹⁾ durchgeführter Vergleich

375) MB 47, S. 553.

376) MB 47, S. 550.

377) MB 47, S. 555.

378) MB 47, S. 556.

379) StAN Nbg.Salb.Nr. 74b.

zwischen dem 62 1/2 Morgen Äcker und 123 Tagwerk Wiesen (der Umfang des Waldbestandes ist nicht genannt) umfassenden Bauhof mit den beiden nächstgrößten Höfen, dem Kunhof (41 Morgen Äcker, 17 1/2 Tagwerk Wiesen, 30 Morgen Holz) und dem Seuboltshof (31 Morgen Äcker, 15 Tagwerk Wiesen, 12 Morgen Holz), beweist, daß der Bauhof der eindeutig größte Hof des Laufer Gebiets war.

Denn die daneben aufgezählten "Purcklehen" haben fast durchwegs eine unter 10 Tagwerk liegende Wirtschaftsfläche.³⁸⁰⁾

Die jährlich wiederkehrende Herrschaftssteuer von einmal 12 lb ist mit 8 S für 1 lb (sog. langer Schilling)³⁸¹⁾ jeweils zu Lichtmeß zu leisten.

Die Gesamteinnahmen betrugen 1434:

12 Gulden (zu jeder Jahreszeit 3 Gulden)
6 Gulden, 18 Pfund, 2 Pfennige an Michaelis
6 Gulden, 11 Pfund, 12 Pfennige an Walburgis
96 Pfund an Lichtmeß
11 Herbsthühner
10 1/2 Fastnachtshühner
78 1/4 Käse zu Weihnachten
78 1/4 Käse zu Pfingsten
54 Käse zu Ostern
22 Frontage in Heu oder Grummet

³⁸⁰⁾ Kölbel, S. 49.

³⁸¹⁾ Vgl. oben S. 98.

Die Naturalabgaben werden in Geldwerten zum Ausdruck gebracht:

"Zu merken: ein iglicher kese ist angeslagen für 3 dn ausgenommen die kese von den höfen, des sind 60, ie 2 dn für 1 kese, 3 dn für 1 herbsthun, 8 dn für 1 vastnachtshun.

Item 22 frontag in hew und grummat fur 1 grossen (d.i. Groschen) angeslagen ⁴382).

Auch die Gesamtsumme der Einkünfte wird in Geldwerten und diese sogar in Goldwährung ausgedrückt:

54 Gulden, 3 Pfund 16 1/2 Pfennige.

Die Stadt konnte neben der bereits erwähnten regelmäßigen Herrschaftssteuer auf Bewilligung der Oberpfälzer Landstände mit 200 fl. zu außerordentlichen Steuern, der sog. Fräuleinsteuer, die bei der Aussteuerung einer Prinzessin zu entrichten war ³⁸³⁾, und zur Notbede (Bede von petitio, d.i. Bitte) herangezogen werden. Die von Koch ³⁸⁴⁾ übernommene Feststellung eines Nürnberger Salbuchs ³⁸⁵⁾ "und sein darüber mit ungelt noch einicherley auflegung nit beswert" trifft in dieser Bestimmtheit nicht für den gesamten Untersuchungszeitraum zu. Denn 1389 legte Pfalzgraf Friedrich der Stadt Lauf ein fünf Jahre lang an Hersbruck zu leistendes Ungeld in der Weise auf, daß von jedem verkauften Eimer Wein oder Bier vier Maß zu nehmen waren ³⁸⁶⁾.

382) MB 47, S. 556.

383) Rieß S. 35, StAN, Nbg. Salb. Bd. 77 fol. 7.

384) Koch, Anmerkung 126.

385) StAN, Nbg. Salb. Nr. 78, fol. 7.

386) U.v. 1389 Dezember 3, Neuburger Copialbuch, Tom 91, fol. 324.

Abdruck Gümbel, Hersbrucker Stadtkunden, Nr. 26.
Regest. Nr. 13.

Interessant hierbei erscheint, daß der eigentliche Verwendungszweck des Ungelds, welches ja eine Verkehrs- bzw Verbrauchssteuer zur Finanzierung des städtischen Mauerbaus war, ³⁸⁷⁾ hierbei zurücktritt. Das Ungeld ist nämlich den "armen und reichen Bürgern von Hersbruck" als Entschädigung für im Krieg erlittene Unbill zuge-
dacht. Erst 1394 ³⁸⁸⁾ wird den Laufer Bürgern durch Herzog Stephan III. gestattet, diese Einnahme zum Bau der eigenen Mauer zu verwenden. Die Abgabe konnte in Natur oder, was üblicher war, durch Geldleistung an die "Ungelter" entrichtet werden. Sie traf alle Einwohner ohne Rücksicht auf Stand und Vermögen ³⁸⁹⁾.

Neben den angeführten Steuereinnahmen hatte die Herrschaft in der Stadt Lauf noch den Zomll der durch Lauf geführten Waren. Die Zölle, vom fränkischen Königtum übernommene Finanzquellen aus römischer Zeit (transitura, muta, maut) ³⁹⁰⁾, spielten im Mittelalter eine weit wichtigere Rolle als die Steuern. Denn im Gegensatz zu jenen erschienen sie nach germanischer Auffassung nicht als eine von der Willkür auferlegte Zahlung, sondern als Gegenleistung für die Vorteile, welche den Handeltreibenden durch Irbauung von Straßen und Brücken, durch Anlage von Häfen usw. oder auch von Märkten gewährt wurden. ³⁹¹⁾ Als Verkehrszölle, Straßengelder, Schiff-fahrtsabgaben an den Grenzen, vielfach aber auch als Binnenzölle erhoben, schließlich als Marktzölle, bilden sie die Grundlage sowohl der königlichen als auch der landesherrlichen Finanzverwaltung.

387) Mitteis-Lieberich, S. 102.

388) U.v. 1394, Mai 26, StAL, Spitalbuch fol. 63.

389) Rieß, S. 79.

390) Planitz-Eckhardt, S. 85.

391) Rietschel, S. 93.

Im Laufer Bereich spielte der sog. Kleinzoll- eine wie andernorts für die Benützung der örtlichen Wege, Stege und Brücken geforderte Entschädigung³⁹²⁾ von jeher eine untergeordnete Rolle. Deshalb durfte auch die Stadt bereits seit 1376 selbst von "jedem Pferde das in geschirr get und auch in wagen einen haller" mit der Auflage erheben, ihn nach Rat des herrschaftlichen Pflegers zu verbauen³⁹³⁾. Dieses Recht wurde ihr 1431 durch Kurfürst Friedrich und Herzog Johann ausdrücklich bestätigt.³⁹⁴⁾

Landesherrliche Einnahme war dagegen der zeitweise sehr einträgliche Groß-, Geleits-, oder Transitzoll. Die Lage Laufs an den bedeutenden Handelsstraßen nach dem Osten ließ dort seit mindestens 1300³⁹⁵⁾ eine wichtige Zollstätte für den Fernverkehr entstehen. Alle nach Osten gehenden Waren wurden hier versiegelt und der Zollbetrag auf Zetteln festgelegt.³⁹⁶⁾

392) StAN Nbg., Calb. Bd. 78 fol. 42.

393) U.v. 1376 Mai 22, ~~StA~~ Staatsverwaltung 3505. Priv.Tom 9 fol. 120.

394) Sauer, S. 45.

395) Monumenta Wittelsbacensia II in Quellen und Erörterungen zur bair. und dt. Geschichte, Bd. 6, S. 101, Nr. 214.

396) MB 47, S. 558.

Von da ab erfolgte die Verzollung an den einzelnen Zwischenstationen lediglich nach den an den Warenballen angebrachten Zetteln. Erst im Fronhof von Prag wurden die Ballen wieder geöffnet, was eine große Erleichterung für Kaufleute und Fuhrleute, sowie für die Zöllner der Zwischenstationen darstellte. ³⁹⁷⁾

Die Bedeutung der Zollstätte Lauf beweist der Umstand, daß diese im Verzeichnis der Zölle, "die man nemen sol von des landfriedens wegen", von 1390 genannt ist. ³⁹⁸⁾

Der Laufer Großzoll war ein sog. Zollgeleit. Diese von Kalisch ³⁹⁹⁾ geprägte wissenschaftliche Bezeichnung (auch Geleitszoll) bringt zum Ausdruck, daß die Begriffe Zoll und Geleit in den mittelalterlichen Quellen längere Zeit meist synonym verwendet wurden. Sie wurden auch wesensmäßig nicht auseinandergehalten, was bedeutet, daß mit der Zahlung des Zolls gleichzeitig der Anspruch auf das landesherrliche Geleit (bewaffneter Schutz der Reisenden, namentlich der mit Wagen und Geld zur Messe ziehenden Kaufleute gegen bestimmte Abgaben, das Geleitsgeld ⁴⁰⁰⁾ verbunden und abgegolten war. ⁴⁰¹⁾ Geleite und Großzoll müssen daher im folgenden teilweise zusammen behandelt werden.

397) Klier, Nürnberger Landzölle, S. 78.

398) Kraft, das Wasserschloß in Lauf, S. 49.

399) Malisch, Über das Verhältnis des Geleitsregals zum Zollregal.

400) Bürger, S. 30.

401) Klier, S. 76.

1322 verpfändete König Ludwig der Bayer Burg und Markt
Lauf an den Nürnberger Burggrafen Friedrich von Zollern⁴⁰²⁾.
Nach dem damals geltenden Geleitszollsatz mußten von je-
dem Pferd an einem mit Waren beladenen Wagen zwanzig
Regensburger Pfennig bei der Hinfahrt und zehn Regens-
burger Pfennig bei der Rückfahrt gezahlt werden:
"Item die alten buch sagen: von dem Pferde hindurch
20 Reg(ensburger) und herwider vom pferde 10 dn." ⁴⁰³⁾
Das war wahrscheinlich ein Einheitssatz, der den wert⁴⁰⁴⁾
mäßigen Unterschied der einzelnen Waren nicht beachtete.

Dagegen ist die im Neuböhmischen Salbuch von 1366/68⁴⁰⁵⁾
mit "geleite" überschriebene Aufstellung, wie sich aus
der Tarifierung nach den mitgeführten Warenmengen und
Arten erweist, bereits ein echter Warencoll. Dies folgt
auch daraus, daß die Tarife von 1366/68 im wesentlichen
von dem bereits in anderem Zusammenhang erwähnten Urbar
des Burggrafentums Nürnberg von ca. 1434 ⁴⁰⁶⁾ übernommen
wurden, wobei ausdrücklich vom Großcoll zu Lauf die Rede
ist. Andererseits mußte anscheinend seit dem zuletzt
genannten Zeitpunkt das beanspruchte Geleit, zumindest
soweit es ein "reitendes" Geleit war, neben dem Coll be-
sonders bezahlt werden. ⁴⁰⁷⁾

402) U.v.1322, Juli 23, Monumenta Zollerana, Bd. II,
S. 366, Nr. 558.

403) HStM, Staatsverwaltung, Nr. 1083, fol. 20.

404) Klier, S. 78.

405) HStM, Staatsverwaltung, Nr. 1083 fol. 20u. 109.

406) MB 47, S. 558.

407) MB 47, S. 555.

Jedenfalls weist das Urbar ausdrücklich darauf hin, daß der Herrschaft Lauf auch ein "raitgeleit" zustehe. Damit erscheint die Einheit von Zoll- und Geleitsregal als aufgegeben, so daß weiterhin nicht mehr von einem "Zollgeleit" oder "Geleitszoll" gesprochen werden kann.

Da sich aus den aufgeführten Artikeln zugleich ersehen läßt, welche Handelsgüter damals die Stadt passierten, wird der Geleitszoll des Neuböhmischen Salbuchs mitgeteilt:

Für Waren von Nürnberg nach Böhmen:

Von einem Saum Gewänder	2 Groschen
Von einem Fuder Wein	36 Heller
Von einem mit Wein beladenen Karren	18 Heller
Von einem Eimer Wein	2 Heller
Von einem Zentner Wolle	4 Heller

Für Waren die von Böhmen nach Nürnberg gehen:

Von einem Wagen Häute für jedes Pferd	30 Heller
Von einem Wagen Wachs	30 Heller
Von einem Wagen Spezerei	30 Heller
Von einem Wagen Kupfer	36 Heller
Von einem Wagen Zinn	36 Heller
Von einem Wagen Maschen	36 Heller
Von jeder Tonne Hering	4 Heller
Von einem Zentner Unschlitt	4 Heller
Von einem Zentner Schmalz	4 Heller
Von einem Pachen	2 Heller
Von einer Scheibe Salz	2 Heller
Von einem Wagen Koderwan	36 Heller
Von einem Loden	4 Heller

Die Einnahmen aus dem Laufer Geleitszoll wurden -hier zeigt sich eine interessante Parallele zu den Wirtschaftsbeziehungen der Gegenwart- entscheidend von den politischen Bindungen des bayerischen Raums zu Böhmen beeinflusst. Sie waren naturgemäß am höchsten, als Lauf zur Zeit Karls IV. selbst zu Neuböhmen gehörte. Damals betrugen die jährlichen Zolleinnahmen etwa 320 lb, angeblich waren sie aber noch besser.⁴⁰⁸⁾ Auch von der 1379 erfolgten Rückgliederung Laufs an

408) Mon.Zoll.II, S. 366, Nr. 558; ~~Alt~~Staatsverwaltung Nr. 1083 fol. 46a.

Bayern an bis zu den Hussitenkriegen (1419-1436), "als dy strasz gen Beheim genge" war und "dywelen (d.i. während) Behmerlant offen gewesen" ist⁴⁰⁹⁾, betrugen sie noch 100-150 Gulden. Dabei war ein Gulden etwa einem Pfund gleichzusetzen.⁴¹⁰⁾

Nach dieser Zeit sanken die Einnahmen ganz erheblich ab. Sie betrugen kurz vor dem Friedensschluß Kaiser Sigismunds mit den Hussiten (5. Juli 1436) nur noch 18 fl.⁴¹¹⁾ Auch anschließend erreichten sie nie mehr ihre alte Höhe, obwohl die Laufer Herrschaft seit mindestens 1434 auch den Großzoll in Feucht⁴¹²⁾ und später auch den zu Röthenbach und Wendelstein⁴¹³⁾ besaß. 1457 entschuldigt der Laufer Pfleger Jörg von Wildenstein den geringen Jahreszoll von nur etwas über 34 fl. damit, daß die "straß gen Beheim nicht gehe".⁴¹⁴⁾

Die Einnahmen aus dem Laufer Zollgeleit wurden, auch wenn sie nicht wie z.B. 1322 in vollem Umfang durch Verpfändung anderen übertragen waren, von den Landesherren sehr häufig zur Erfüllung von Verpflichtungen, die mit dem Ort wenig oder überhaupt nicht im Zusammenhang standen, verwendet.

409) MB 47, S. 555 u. 558.

410) Klier, S. 78.

411) Klier, S. 78.

412) MB 47, S. 555.

413) StAN, Nbg. Salb. Bd. 78 fd. 42.

414) StAN, Nbg. Salb. Bd. 78, fol. 109a.

Nach einem Schiedsspruch Herzog Ottos zu Regensburg zwischen Herzog Rudolf I. und Graf Gebhard von Hirschberg aus dem Jahre 1300 hat Gebhard u.a. 40 Pfund Regensburger Pfennige als Schadenssumme vom herzoglichen Zoll zu Lauffen zu erhalten. 415)

1363 wurden die Einnahmen aus dem Laufer Geleitszoll der Gemeinschaft der 20 Burgmannen auf dem Rothenberg zugesprochen. 416) In den Jahren 1375 417) und 1377⁴¹⁸⁾ stifteten die Wittelsbacher aus den Gefällen des Großzolls dem Laufer Spital jährlich 14 fl und dem Barrer 10 fl. Der Rückgang der Einkünfte z.B. um 1434 führte dazu, daß die jährlichen Einnahmen von nur 18 fl. zur Deckung der gestifteten Seelgeräte nicht mehr ausreichten. 419)

Das Zollhaus in Lauf befand sich beim Nürnberger Tor. Der dortige Zöllner⁴²⁰⁾ erhob gleichzeitig den kleinen Zoll für die Stadt sowie wahrscheinlich auch den für das Passieren des Oberen Tores. Brücken- und Wegezoll wurde auch im Zollhaus beim Wassertor erhoben. 421)

415) Kraft-Schwemmer, S. 4.

416) HStM, Staatsverwaltung Nr. 1083, fol. 46.

417) U.v. 1375 Sept. 8, Koch Reg. Nr. 4.

418) U.v. 1377 Mai 26, Koch Reg. Nr. 7.

419) Klier, S. 78.

420) Kölbel, S. 19.

421) StAN, Nbg., Salb. Nr. 74 b, fol. 9.

418a) Schenkungen an die Kirche, vor allem im Wege letztwilliger Verfügung.

Kaufleute, die versuchten, den Laufer Zoll auf Nebenstraßen zu umgehen, wurden samt ihrem Gut in den Ort "hereingetrieben".⁴²²⁾ Ihnen drohte der Verlust der gesamten Ladung, Viehhändlern der sämtlicher mitgeführten Tiere.⁴²³⁾

Völlige Zollfreiheit in Lauf genossen gegen Vorweisen bestimmter Zollzeichen die Städte Amberg, Sulzbach, Auerbach, Velden und Hersbruck. Die Bürger des Marktes Schnaittach und die anderen Untertanen der Herrschaft Rothenberg waren vom Groß- und Marktzoll befreit, sie hatten nur den Weg- und Brückenzoll zu entrichten.⁴²⁴⁾ Andererseits hatte die Laufer Hämmerindustrie für ihre Rohmaterialien in Nürnberg nur den Wegzoll zu leisten.⁴²⁵⁾

422) MB, 47, S. 558.

423) Bürger, S. 29.

424) Zusammenfassend Klier, S. 88.

425) StAN Nbg.Salb.Bd. 78 fol.9.

ANHANG

DIE LAUFER LANDESHERRN

von 1268 bis 1504

Um 1268 - 1294	Februar 2	Ludwig II., der Strenge.
1294	Feb. 2 - 1317	Rudolf I. und Ludwig der Bayer gemeinschaftlich. (um 1301 kurzfristige Rückkehr Laufs zum Reich).
1317	Feb. 26 - 1329	Ludwig der Bayer.
1329	August 4	Hausvertrag von PAVIA: Lauf kommt an die kur- pfälzische Linie der Wittelbacher.
1329	August 4 - 1338	Rudolf II., Rupprecht I. und Rupprecht II., d.J. gemeinschaftlich. (Rupprecht II. bis 1346 unter der Vormundschaft des Grafen von NASSAU).
1338	Februar 18	1. Pfälzische Teilung zu NEUSTADT.
1338	Feb. 18 - 1353	Rudolf II.
1353	Okt. 4 - 1353	Rupprecht I.
1353	Okt. 29	Vertrag zu HAGENAU (Lauf kommt an Böhmen).
1353	Okt. 29 - 1373	Karl IV., Kaiser, König v. Böhmen.
1373	August 15	Vertrag von FÜRSTENWALDE
1373	August 15 - 1375	Otto V. (der Brandenburger)
1375	Sept. 29	Vertrag von BURGHAUSEN (Rückkehr Laufs an Bayern).
1375	Sept. 29 - 1379	Otto V., Johann II., Stephan III und Friedrich gemeinschaftlich
1379	Nov. 15 - 1393	Johann II., Stephan III. und Friedrich gemeinschaftl.
1393	Okt. 8	Vertrag zu Landshut (Lauf fällt an Stephan III. v. Bayern-Ingolstadt).

1393 Okt. 8 - 1413 Sept. 26	Stephan III., der Kneißel von Bayern Ingolstadt.
1413 Sept. 26 - 1422 Feb. 17	Ludwig VII., der Bärtige von Bayern Ingolstadt.
1422 Februar 17	Teilung Laufs zwischen Burggraf Friedrich I. von Brandenburg und Pfalzgraf Johann von Bayern Neumarkt
1422 Feb. 17 - 1439 Okt. 31	Burggraf Friedrich I. von Brandenburg und Pfalzgraf Johann von Bayern-Neumarkt je zur Hälfte
<u>Halbteil 1</u>	<u>Halbteil 2</u>
1438 Okt.31-1445 April 7 Ludwig VIII., der Höckerige	1428 Okt. 31 -1443 März 13 Pfalzgraf Joh. v. Bayern- Neumarkt
1445 Apr 7 -1450 Juli 30, Heinrich IV., d.Reiche v. Bayern-Landshut	1443 März 13-1448 Jan 5 Christoph von Neunburg-Opf. bzw. Neumarkt, König v. Dänemark, Schweden u. Norwegen
1450 Juli 30-1479 Jan.18 Ludwig der IX., der Reiche v. Bayern Landshut	1448 Jan. 5-1461 Juli 5 Otto I., der Mosbacher
1479 Jan.18-1503 Dez. 1, Georg der Reiche	1461 Juli 5-1499 Otto II/ Mathemating 1499 April 8-1504 Juni 9 Kurfürst Philipp v. Kurfürst
1504 Juni 9	Einnahme Laufs durch Nbg. im sogenannten Landshuter Erbfolgekrieg.

Anmerkung:

Vorstehende Daten sind soweit sie nicht schon im geschichtlichen
Überblick belegt sind der Genealogie von Haeutle entnommen.

2) Das Pfliegamt Lauf.

Lauf war seit dem 12. Jahrhundert staufisches Reichsgut⁴²⁶⁾. Meisterlin⁴²⁷⁾ berichtet von Besitzungen Kaiser "Rossabarbas" zu Werd, Neumarkt und Lauf. Um Lauf bildet sich ein umfangreicher, zunächst noch nicht abgegrenzter Bereich, der auch die alten Siedlungen um Neunkirchen mit einbezog. Seine ursprüngliche Ausdehnung kann durch die benachbarten im Nürnberger Reichsalbüchlein⁴²⁸⁾ genannten Ämter Heroldsberg, Hersbruck, und Altdorf⁴²⁹⁾ außerdem aus der ursprünglichen Ausdehnung des Laufer Fräisbezirks⁴³⁰⁾ erschlossen werden. Zwischen Leinburg im Süden und Bullach im Norden dehnte sich der nach Lauf gehörende Wirtschafts- und Verwaltungssprengel. Die Grenze im Westen war der Nürnberger Reichswald, im Osten das Gebiet des späteren Pfliegamtes Hersbruck.

Der Laufer Reichsgutsbezirk bereits Anteil an den großen Reichsforsten hatte, ist nicht sicher nachweisbar. Jedenfalls werden für die 1434 bestehenden Laufer Burglehen Waldrechte im Nürnberger Reichswald ausdrücklich genannt⁴³¹⁾. Ebenso bestätigen 1448 die Pfalzgrafen Ludwig und Otto und 1464 der Abt vom Kloster St. Egidien den Laufern gnadenweise von Fall zu Fall zuerkannte Waldrechte im Sebalder Wald; ausgenommen sind lediglich die vier Mühlen⁴³²⁾.

426) Bosl, Reichsministerialität S. 41. Vgl. auch unten S. 3.

427) Meisterlin Chroniken d. fränkischen Städte, Nürnberg, Bd. 3, S. 115 und 118.

428) M.G. Const. III. 629 ff.

429) Bosl, a.a.O., Karte.

430) Vgl. unten S. 185.

431) MB 47, S. 559.

432) StAN, A Urkunde Nr. 42.

Mit dem Übergang an die Bayernherzöge wurde Lauf in die wittelsbachische Ämterorganisation einbezogen. Zur Ausübung ihrer Rechte als Stadt- und Landesherrn bedienten sich die Wittelsbacher eines zweistufigen Verwaltungsaufbaues: Des Vitztums und der Regierung auf der höheren und des Pflégamts und Kastenamts auf der unteren Verwaltungsebene.

Seit der Mitte des 13. Jahrhunderts wurde das sich ständig vergrößernde Territorium der Wittelsbacher in Vitztumsämter als oberste Verwaltungsbezirke eingeteilt⁴³⁵⁾. An ihrer Spitze stand als allgemeiner und ständiger Vertreter des Landesherrn ein Vicedominus, ein Vitztum. Er ist Vertreter seines Herrn in dem ihm zugewiesenen Amtsbezirk. Das wittelsbachische Urbar von ca. 1275 zeigt bereits die Einteilung des damaligen Oberbayern in ein oberes Vitztumsamt südlich der Donau und ein unteres Vitztumsamt nördlich der Donau an⁴³⁶⁾. Lauf gehört zu letzterem, dessen Amtssitz nach den urkundlichen Zeugnissen zunächst noch wechselte. So ist

433) entfällt.

434) entfällt.

435) Rosenthal, Bd. I S. 275 ff.

436) MB 36 I S. 135 ff.

1300 als Amtssitz Nabburg belegt, 1301 Amberg, 1313 und 1314 wieder Burglengenfeld, 1317 Amberg, bis sich dann seit 1326 Burglengenfeld als ständiger Vitztumssitz herausbildete.⁴³⁷⁾ In dem nächsten wittelsbachischen Salbuch von 1336 erscheint Lauf im Verband des oberbayerischen Vitztumsamts nördlich der Donau mit dem Sitz (Burg) Lengenfeld.⁴³⁸⁾

Durch den Teilungsvertrag von Pavia im Jahre 1329 kam der größte Teil des Nordgaus -darunter auch Lauf- an die pfälzische Linie der Wittelsbacher mit dem Vitztumssitz Amberg.⁴³⁹⁾ Die bald darauf im Jahre 1338 erfolgte erste pfälzische Teilung machte eine erneute Umgliederung erforderlich. Zur Verwaltung der ihm zugefallenen Ämter und Schlösser auf dem Nordgau (neben Lauf, Sulzbach, Rosenberg, Pegnitz, Plech, Eschenbach, Frankenberg, Hilpoltstein, Hartenstein, Hauseck, Lichteneck, Neidstein, Reicheneck, Thurndorf und Werdenstein) setzte Pfalzgraf Rudolf einen eigenen Vitztum mit dem Amtssitz Sulzbach ein. Es ist anzunehmen, daß Sulzbach bis zur Schaffung Neuböhmens im Jahre 1353 als eigenes Vitztumsamt erhalten blieb.⁴⁴⁰⁾

Es scheint, daß Karl IV. 1353 zunächst die alte Ämterorganisation übernahm und den Zustand des Vitztumsamts Sulzbach unangetastet ließ. Denn eine neue Verwaltungsgliederung kam erst durch das Neuböhmische Salbuch von 1366/68⁴⁴¹⁾ zustande. Danach blieb Sulzbach als Sitz des böhmischen Landeshauptmanns Verwaltungsmittelpunkt. Dem Landeshauptmann in Böhmen unterstanden wieder einzelne Amtmänner oder Pfleger, welche die Ämter, in die Neuböhmen eingeteilt war, für den König verwalteten.⁴⁴²⁾ Über die Verwaltungseingliederung des 1373 von Karl IV. an Otto V. verpfändeten Teils Neuböhmens fehlen entsprechende Unterlagen.

437) Riezler Bd. II S. 529.

438) MB 36 I S. 641 ff.

439) Rosenthal Bd. I S. 277; Riezler Bd. II S. 529.

440) Mayerhofer, S. 63

441) ~~HS~~Staatsverwaltung, 1083 fol. 55.

442) Liermann, Franken u. Böhmen S. 78.

Es liegt jedoch die Vermutung nahe, daß die Verwaltung dieses Gebiets weiter von Sulzbach aus erfolgte⁴⁴³⁾.

Nach der 1399 erfolgten Teilung der böhmischen Pfandschaft zwischen Johann von Bayern-München und Stephan von Bayern-Ingolstadt gehört das Stephans Anteil zugeschlagene Lauf zusammen mit Hersbruck, Floß, Vohenstrauß, Erbendorf, Kaltenbrunn, Parkstein und Hohenstein⁴⁴⁴⁾ zum "Rentmeisteramt Weiden in der Oberpfalz"⁴⁴⁵⁾.

Die Umbenennung ist damit zu erklären, daß im 14. Jahrhundert die Finanzverwaltung bei den Vitztumsämtern einem besonderen Land- oder Rentschreiber übertragen wurde. Später trat dazu noch der Rentmeister, dem die Vereinnehmung, Verausgabung und Rechnungsprüfung oblag. Die Stelle des Rentamtes nahm im 14. und 15. Jahrhundert so an Wichtigkeit zu, daß der Rentmeister schließlich die Oberaufsicht über sämtliche Beamte der Vitztumsämter hatte. Folglich wurde die Bezeichnung Vitztumsamt durch "Rentamt" verdrängt⁴⁴⁶⁾.

Der Zeitpunkt der Entstehung des Pflégamtes Lauf kann nicht genau angegeben werden. Daß vor dem Ende des 13. Jahrhunderts noch kein eigenes Amt Lauf bestand ist dem Salbuch von ca. 1275⁴⁴⁹⁾ zu entnehmen. Dort sind bei Lauf ähnlich wie in Hilpoltstein⁴⁵⁰⁾ nur die Einkünfte der Burg aufgeführt, während bei einer Reihe von Orten, z.B.

443) Mayerhofer S. 64.

444) Neuburger Copialbuch Tom.48, fol.514 alt.544.

445) Neuburger Copialbuch Tom.90, fol.289.

446) Rosenthal Bd. I S. 278; Riezler, Bd. III, S.681.

447) entfällt.

448) entfällt.

449) MB 36 I S. 135 ff.

450) MB 36 I S. 347 ff.

bei Altdorf ⁴⁵¹⁾ oder Nabburg ⁴⁵²⁾, die Pflegamts-eigenschaft durch die Bezeichnung officium ausdrücklich klargestellt ist. Andererseits erscheint jedoch die Ansicht, Lauf sei noch zu Zeiten Karls IV. ebenso wie Frankenberg und Strahlenfels nur Burg mit Zugehörungen gewesen ⁴⁵³⁾, als zu weitgehend. Denn die Salbücher von 1326 ⁴⁵⁴⁾ und 1366/68 ⁴⁵⁵⁾ lassen keine Schlüsse zu, daß dort in allen Fällen nur die Ortsbezeichnung verwendet wird. Andererseits gehen die für Lauf für anwendbar erklärten Privilegien von 1294 und 1296 vom Vorhandensein eines landesherrlichen Beamten, das von Nabburg sogar von dem eines Pflegers oder Amtmanns aus. In der Urkunde Kaiser Ludwigs des Bayern vom 16. März 1323 ⁴⁵⁶⁾ erscheint die Steuererhebung durch kaiserliche Amtsleute im Markt Lauf bereits als feste Einrichtung. Man wird deshalb auch die Entstehung des Pflegamts Lauf für Anfang des 14. Jahrhunderts annehmen dürfen.

Während sich sonst in der bayerischen Verwaltungs- und Gerichtsorganisation des Mittelalters Pflegamts- und Landgerichtsbezirk meist decken, ⁴⁵⁷⁾ ist dies in Lauf nur im Verhältnis Pflegeamts- und Halsgerichtsbezirk der Fall. Der Grund hierfür ist darin zu suchen, daß Lauf nur eine der Malstätten des mehrere Pflegeamtsbezirke umfassenden Landgerichts Sulzbach war. ⁴⁵⁸⁾ Der Umfang des Laufer Halsgerichts und damit der des Pflegamts wurde von den Endpunkten des alten Laufer Geleites bestimmt. Es wird in dem Abschnitt Gerichtsbarkeit erörtert werden.

451) MB 36 I S. 396 ff.

452) MB 36 I S. 398 ff.

453) Wild S. 138 ff.

454) MB 36 I S. 671 ff.

455) AStA, Staatsverwaltung 1083 fol. 55 ff.

456) AStA, Staatsverwaltung 3505, Priv. Tom 9, fol. 119.

457) Rosenthal Bd. I S. 323.

458) Vgl. unten S. 176.

Die Feststellung Sauers ⁴⁵⁹⁾, an der Spitze des Amtes Lauf habe, soweit die Geschichte der Stadt zurückzufolgen sei, ein Pfleger gestanden, welcher Richter in bestimmten Fällen, außerdem Verwaltungs- und Finanzbeamter und zugleich oberste Militärperson gewesen sei, besitzt mit gewissen Einschränkungen noch heute Gültigkeit.

Die allgemeine Entwicklung in der wittelsbachischen Ämterorganisation ⁴⁶⁰⁾ deutet darauf hin, daß ursprünglich auch in Lauf sämtliche Amtsgeschäfte einem herzoglichen Beamten -allerdings zunächst dem Richter- übertragen waren. Der ältere der beiden auch für Lauf geltenden auswärtigen Freiheitsbriefe, das Amberger Privileg von 1294, kennt noch keine Teilung der Amtsaufgaben. Nach Artt. 2-4, 7 und 15 dieses Privilegs sind sämtliche hoheitlichen Befugnisse dem Richter oder Stadtrichter übertragen.

Die folgende Zeit brachte zwar auch in Lauf eine Trennung der Verwaltungsgeschäfte und der richterlichen Funktionen, ferner entsprechend der allgemeinen Entwicklung ⁴⁶¹⁾ die Umbildung vom Richter- zum Pflegamt. Dies wird erstmals im Nabburger Privileg von 1296 deutlich. In dieser zeitlich nur wenig späteren, aber moderneren Regelung werden für den herzoglichen Beamten in der Stadt bereits je nach Funktion verschiedene Bezeichnungen verwendet: Pfleger, soweit die Wahrung des herzoglichen Geleitsrechts in Frage steht (Art. 1 NP), Richter, Stadtrichter, Sachwalt und Amtmann, soweit es sich um die Ausübung der Gerichtsbarkeit und Polizeigewalt (Art. 4, 5, 11, 14 NP) handelt. Noch in der ersten bayerischen Zeit scheint diese Entwicklung abgeschlossen. In der Urkunde Ludwigs des Bayern von 1323 ⁴⁶²⁾

459) Sauer, S. 103.

460) Rosenthal S. 322 ff.

461) Rosenthal, a.a.O.

462) Staatsverwaltung, 3505 Priv.Tom.9 fol.119. Beilage Nr 4

ist die Erhebung von Steuern und Diensten bereits dem landesherrlichen Amtmann übertragen. Auch Karl IV. nennt seinen Beamten "unseren königlichen amptmann zu Lauffen". 463)

In der gleichen Urkunde von 1355 werden andererseits die Richter, die zu Lauf sitzen, erwähnt. Erstmals 1376 wird für den landesherrlichen Beamten in einer Laufer Urkunde die später beibehaltene Bezeichnung Pfleger⁴⁶⁴⁾ gebraucht.

Der aus dem gleichzeitigen Auftreten eines Amtmannes und eines Richters in böhmischer Zeit gezogene Schluß Kölbel⁴⁶⁵⁾, daß "neben" dem königlichen Amtmann auch ein Richter in Lauf tätig gewesen sei, ist nicht

gerechtfertigt. Eine solche Folgerung ist auch nicht dem Umstand zu entnehmen, daß in einer Urkunde aus der Zeit des Laufer Pflegers Hans Hegnein⁴⁶⁶⁾ eine Hofstatt "hinten an des Richters Haus stoßend"⁴⁶⁷⁾ erwähnt ist.

Denn wenn auch im Einzelfall verschiedene Bezeichnungen verwendet wurden, war doch trotz Trennung der Amtsfunktionen das Amt des Richters und des Pflegers auch weiterhin in einer Person vereinigt. Tatsächlich ist auch das gleichzeitige Auftreten namentlich verschiedener Personen im Laufer Pfleg- und Richteramt nicht feststellbar. Im Gegenteil: Friedrich Spehemuck erscheint in einer Spitalurkunde aus dem Jahre 1385⁴⁶⁸⁾ als Vogt und in zwei weiteren kurz danach errichteten Urkunden⁴⁶⁹⁾ zusammen mit den Schöffen der Stadt Lauf als Richter.

Für die personale Einheit des Amtes spricht auch der Umstand, daß der Pfleger bei Anwesenheit nicht wie

-
- 463) AStA, Staatsverwaltung 3505, Priv. Tom. 9, fol. 119, 120,
464) HStM Staatsverwaltg. 3505, Priv. Tom. 9, fol. 120, Reg. Nr. 12
465) Kölbel, S. 48.
466) U. v. 1377 März 7, Koch Regesten Nr. 6.
467) U. v. 1377 Sept. 9, Gumbel Nr. 3.
468) U. v. 1385 Aug. 10, Koch Regesten Nr. 36.
469) U. v. 1386 Mai 11, StAN, Reg. 59, Nbg. Salb 12 u./XXVI

anderswo 470) durch den Richter, sondern durch einen Ratsschöffen oder den amtierenden Bürgermeister 471) vertreten wurde. Schließlich dürfte auch der zu geringe Umfang des Amtes in Verbindung mit den nicht ausreichenden Einkünften die Anstellung von zwei landesherrlichen Beamten verhindert haben.

Was die Person der Richter und Pfleger anlangt, so zeigt die beigegebene Liste, daß sie in aller Regel bedeutender Geschlechtern entstammen. Dies gilt für die bayerische wie für die böhmische Zeit. Zu den herausragenden Familien gehörten die Wildensteiner, ein Geschlecht aus der Altmühlgegend. Sie werden als unmittelbare Nachfolger der Lauf-Rothenberger Ministerialen in Lehen, Besitz und Amt angesehen 471a).

Der erste namentlich bekannte Pfleger ist Hans Hegnein, der 1377 anstelle von Dietrich Staufer, Vitztum zu Sulzbach, einen Schiedsspruch zwischen den Bürgern der Stadt Lauf und dem Gründer des Laufer Spitals Hermann Glockengießer fällt 472).

Was die Funktionen der bayerischen Pfleger im allgemeinen betrifft, so verwalteten diese als Stellvertreter des Landesherrn in ihrem Pflegeamtsbezirk sämtliche diesem dort zustehenden Hoheitsrechte 473). In ihrer Hand lag somit die Gerichtsbarkeit und die Verwaltung, die Finanz- und Wehrhoheit, die Kirchenhoheit, sowie die Handhabung der Polizei in dem damals üblichen weiten Umfang, (Sicherheits-, Bau-, Gewerbe-, Gesundheits- und Sittenpolizei).

Die Stadt Lauf benutzte den beständigen Herrschaftswechsel und das Fehlen einer einheitlichen und sicheren

470) Vgl. zum B. für Nabburg Scherl, S. 152.

471) Koch S. 20.

471a) Voit, Die Wildensteiner, S.6.

472) U.v.1377 März 7, StAN, Nbg.Salb.Rep.59 Nr. 12 unter IX., Koch Reg.Nr. 6.

473) Doeberl, Bd. I, S. 458.

Linie in der Innenpolitik der Landesherrn, um ihren Pfleger mehr und mehr von der Mitwirkung in städtischen Angelegenheiten auszuschließen und auf einen bestimmten Aufgabenkreis zu beschränken 474).

Eine Mitbestimmung im Stadtrat stand dem Pfleger nicht zu. Anberaumung der Ratssitzung (Auswahl des Sitzungstages) und Einberufung des Rats (Ladung der Ratsherrn) war Sache des amtierenden Bürgermeisters. Der Pfleger nahm an den gewöhnlichen Ratsgeschäften nicht teil. Seine Anwesenheit beschränkte sich auf Angelegenheiten, die die Herrschaft unmittelbar angingen oder seine Mitwirkung erforderlich machten. Er wurde dann durch einen Ratsherrn eigens herbeigeholt und verließ die Sitzung sofort nach Behandlung der ihn berührenden Angelegenheit.

"So dann etwas der herrschaft halben furgefallen oder sunst darzu man eins pflegers notturftig gewesen, hat burgermeister einen des rats nach ime geschickt und denselbigen handel erstlich ausgericht. Darnach ist ein pfleger wider abgeschieden und weiter bei ein rat nit gesessen, darnach die bürger des rats fur sich selbs, was zu handeln gewesen, entslossen und ausgericht. Dermaßen ist es allwegen mit den pflegern in rathaltung gehalten worden" 475).

Auch in diesen mitwirkungsbedürftigen Angelegenheiten konnte ihn ein Ratsschöffe oder der amtierende Bürgermeister vertreten.

"Item so ein pfleger auszeucht und nicht anheimb ist, befiehlt er sein gewalt einem aus den sieben schöffen des rats und rechtens. Wo aber das nit beschicht, so hat allweg ein burgermeister in abwesen des pflegers solichen gewalt" 476).

474) Koch, S. 19.

475) StAN, Nbg.Salb.Nr. 79 fol.14.

476) StAN, Nbg.Salb.Nr. 78 fol.15.

Bei der Ratswahl war der Pfleger zwar als Vertreter der Herrschaft zugegen ⁴⁷⁷⁾, eine Beaufsichtigung oder Überwachung dieser Wahl durch ihn ist jedoch nicht feststellbar. Auch sein Einfluß auf die Wahl selbst war nur sehr beschränkt. Er hatte zwar eine Ratsperson selbst zu wählen ⁴⁷⁸⁾. Der alten Herkunft entsprechende eigentümliche Wahlgang ⁴⁷⁹⁾ gestattete es ihm jedoch nicht, maßgeblichen Einfluß auf die Besetzung der Ratsämter zu erlangen ^{479a)}.

Soweit der Pfleger nach dem Wahlgang den sieben Ratschöffen oder Bürgermeistern, den "Vier des Rats aus der Gemain" (Ratsvierern), ferner den vom Rat über die "sechs Sätze" Verordneten ⁴⁸⁰⁾ den Amtseid abzunehmen hatte, handelte er nur in Ausübung repräsentativer Pflichten. Die Vereidigung durch den Pfleger war nicht zwingende Voraussetzung der Gültigkeit einer Wahl. Für die Abnahme des Eides von Neubürgern war bereits wieder der Bürgermeister zuständig ⁴⁸¹⁾. Auch eine Einflußnahme des Pflegers auf die Besetzung der Stadtämter ist nicht nachweisbar, Stadtschreiber, Stadtknecht, Flurer und Hirten wurden von der Stadt angestellt und von dieser aus den Ertragnissen der in eigener Zuständigkeit erhobenen Stadtsteuer bezahlt ⁴⁸²⁾. Soweit der Pfleger als Finanzbeamter tätig wurde, kann hierfür das Privileg Kaiser Ludwig des Baiern vom 16. März 1323 ⁴⁸³⁾ als schriftliche Rechtsgrundlage betrachtet werden.

Danach oblag es dem jeweiligen Amtmann, Steuern oder Dienste zu fordern und zu nehmen. Ein eigenes Kastenamt, wie in anderen Pflegeämtern, z.B. Hersbruck, wurde lange nicht geschaffen. Im Laufer Amt, zu dem nur wenige Grunduntertanen gehörten, bedurfte man zunächst wohl keines eigenen Kastners ⁴⁸⁴⁾. Erst 1477 wird ein Conradt Markel als Kastner erwähnt ⁴⁸⁵⁾, 1483 erscheint er nochmals

477) Koch, S. 19.

478) StAN, BfB. Bd. 56 fol. 29 (1506)

479) StAN, Nbg. Salb. Nr. 222, Rep. 59, Einzelheiten vgl. unten

479a) vgl. unten S. 143

480) StAN, Nbg. Salb. Bd. 78 fol. 151

481) StAN, Nbg. Salb. Bd. 78, fol. 151.

482) StAN, Nbg. Salb. Bd. zu fol. 14

483) HStM Staatsverwaltung Nr. 2504, Priv. Tom 9, fol. 119.

484) Schnellbögl, Lauf-Schnaittach, S. 89.

485) Neuburger Copialbuch Tom. 82, fol. 139.

als Laufer "Steuerer" ⁴⁸⁶⁾. Die Stadt war über ihre Einnahmen und Ausgaben weder der Herrschaft noch dem Pfleger Rechenschaft schuldig. ⁴⁸⁷⁾ An der jährlich vor der neuen Ratswahl gehaltenen Stadtrechnung war dieser nicht beteiligt. ⁴⁸⁸⁾

Aufgabe des Pflegers war es nur, den von der Stadt zu leistenden Pauschbetrag entgegenzunehmen. Hinsichtlich des Verbauens der aus dem Zollprivileg von 1376 ⁴⁸⁹⁾ stammenden Einnahmen hatte der Pfleger lediglich beratende Funktion.

Für die Bestrafung und Verhaftung von Übeltätern war allein der Bürgermeister zuständig. Lediglich die Entlassung von Gefangenen durfte nicht ohne Wissen der Pfleger erfolgen. ⁴⁹⁰⁾

486) WUB Nr. 429.

487) Koch, S. 20, vgl. unten S.148

488) StAN, Nbg. Salb. Nr. 78 fol. 8,14,46^r

489) U.v. 1376 , Mai 22, HStM, Staatsverwaltung 3505,
Priv. Tom. 9, fol 120 = MB 47, 558.

490) StAN, Nbg. Salb. Bd. 78 fol. 15, vgl. unten S. 154.

Selbst Verhandlungen der Stadt mit auswärtigen Mächten führte der Rat teilweise selbst ⁴⁹¹⁾. Der Pfleger beschränkte sich auf die Wahrung und Sicherung der Grenzen seines Amtsbezirks und die Ausübung des Geleits innerhalb dieser Grenzen ⁴⁹²⁾. Hierzu gehörte auch der Schutz der Kirchweihstage in den umliegenden Orten z.B. in Dehnberg, Behringersdorf und Rückersdorf ⁴⁹³⁾. Außerdem stand ihm die niedere Gerichtsbarkeit im Bereich des Pflegamts zu, soweit nicht das Stadtgericht oder Hofmarksgerichte zuständig waren. Neben dem Pfarrer und je zwei Mitgliedern des engeren und des äußeren Rats war der Pfleger an dem alljährlich an den Osterfeiertagen stattfindenden Rechnungsverhör des Spitals (einer Art Rechnungslegung) beteiligt ⁴⁹⁴⁾.

Ferner hatte er die ihm zustehenden Taxen aus der Bürgeraufnahme, den Gerichts- und Handlohnsgefällen, die Hälfte des Ruggelds (eine Art Ordnungsstrafe auf Rüge hin), ^{494a)} die Gefälle aus Großzoll und Geleit, sowie die Gülten und Zinsen aus den Burglehen zu erheben ⁴⁹⁵⁾.

Daneben trat er kraft seines Amtes als Schiedsrichter in Streitigkeiten zwischen der Stadt und Dritten auf ⁴⁹⁶⁾. Schließlich oblag ihm als Hausherrn die Verwaltung des Laufer Schlosses und der dazugehörigen Güter ⁴⁹⁷⁾.

Der weitestreichende Einfluß verblieb dem Pfleger als militärischem Befehlshaber über die städtische Streitmacht. Als Burggraf befehligte er in neuböhmischer Zeit eine ständige Besatzung von "18 Menschen und 3 Pferden" ⁴⁹⁸⁾.

491) U.v. 1450, August 15, StAL, Urk.Nr.378.

492) Vgl.z.B. StAN,Nbg.Salb.Bd.78 fol.3.

493) StAN,Nbg.Salb.Bd.78 fol.43 b.

494) U.v.1378 März 23, StAN,Nbg.Salb.Reg.59,Nr.12, abgedruckt bei Koch, Urkundenabschriften Nr. 5.

494a) Dem Grundherrn zu leistende jährliche Abgaben. Die sogenannte "feste Gült" bestand in "Herrengeld", Getreideabgaben, und in dem sogenannten "kleinen Weisat", den Kücheengefällen, nämlich Fastnacht-hennen, Herbsthühnern, Gänsen, Käsen, Eiern, Wecken und Obst; Koch S. 87.

495) Koch S. 21.

496) z.B. U.v.1377 März 7, StAN,Nbg.Salb.Reg.59,Nr.12, unter IV.

497) HStM Staatsverwaltung, Behördenwesen 52, fol.179.

498) HStM Staatsverwaltung 1083 fol.110a.

Ihm oblag in Kriegszeiten vor allem die Verteidigung der Stadt. 1504 leistete der letzte bayerische Pfleger Christoph von Lentersheim dem von böhmischen Söldnern verstärkten etwa 3.500 Mann starken Nürnberger Heer erheblichen Widerstand ⁴⁹⁹). Unter seinem Befehl zogen auch die Wehrpflichtigen der Stadt, vor allem die bereits erwähnten Rußigen ⁵⁰⁰), im Kriegsfall aus. In seiner militärischen Funktion wurde er als Hauptmann bezeichnet ⁵⁰¹). Freilich scheinen, gerade was die Lust an der Beteiligung zu solchen Kriegszügen anlangt, bei den einzelnen Laufer Pflegern unterschiedliche Auffassungen geherrscht zu haben. Während "Hauptmann" Christoph von Leymingen 1420 im Verlaufe der Fehde seines Herrn Ludwig des Bärtigen von Bayern-Ingolstadt mit dem Nürnberger Burggrafen Friedrich die burggräfliche Feste in einem kühnen nächtlichen Handstreich überfiel und niederbrannte ⁵⁰³) und sich auch sonst in dieser Richtung hervortat ⁵⁰⁴), war Alexander von Wildenstein 1488 nur bereit, "so man in anheimb laßt, einen erbern mit vier pferden" zu Herzog Georgs des Reichen Streitmacht ins Feld zu schicken ⁵⁰⁵). Zur Rüstung Herzog Ludwigs IX., des Reichen, von Bayern-Landshut gegen Markgraf Albrecht Achilles von Brandenburg schickte ganz Lauf (Pflegeamt, Stadt und einige Einzelhöfe) ⁵⁰⁶) sieben Heerwagen nach Ingolstadt, während allein von Parkstein 32 Wagen kamen.

499) Sauer S. 51, 52.

500) Vgl. oben, S. 89.

501) Vgl. z.B. das bei Sauer S. 43 abgedruckte Schreiben des Nürnberger Rates v. 30. Okt. 1420 an Christof von Leymingen.

502) entfällt.

503) Reiske, S. 365.

504) Neuburger Copialbücher Tom 88, fol. 1 u. 3.

505) Neuburger Copialbücher Tom 90 fol. 289.

506) 1459 Juni 6, WUB Nr. 329.

ANHANG:

LANDESHERRLICHE RICHTER UND
PFLEGER ZU LAUF v. 1362 - 1504.

Vorbemerkung: Ausgangspunkt ist die Aufstellung bei
Sauer S. 118. Soweit deren Zahlen abweichen,
ist dies jeweils in Klammer angegeben.

1362 - 1363	Johann Burggraf zu Maidburg (a. Moldau) und Graf zu Hardeck	Wild, S. 154.
1365	Seitz der Hütt	Wild, S. 154. StM, a. u. Rothenburg
1377	Hans Hegnein	StAL, Spitalb. fol. 21 = Koch, Reg. Nr. 6
1379	Chunrad Hütt	HStM, Allg. StA Bamberger Urk Nr. 3831.
1383 - 1390	Friedrich Spehemuck	Sauer S. 118
		1385 = StAN, Reg. 59 Nr. 13 unter VIII = StAL, Sp. 3, fol. 32 = Koch, Reg. Nr. 36.
		1385 = StAN, Rep. 59 Nr. 13 unter XXIII = LStA Sp. B fol. 37
		1386 = StAN, Reg. 59 Nr. 19 unter XXIII = LStA Sp. B fol. 40
1390 - 1415	Eberhard Tetzl	Sauer S. 118.
1420	Hanns Erlbeck	HStM, Pfalz Neuburg, Urk. Reichsstädte Nr. 315
1420 - 1421	Christoph v. Leymingen	Sauer S. 43 u. 118
		1421 = HStM, Urk. Ober- pfalz Nr. 276 1/2
1431	Martin v. Wildenstein	1431 = Voit, Die Wilden- steiner, S. 22, ohne Datumsangabe.

1435 - 1438	Jörg von Wildenstein	Sauer S. 118. 1435 = RB XIII, S.328 1435 = HStM, Pfalz Neuburg, Urk.Reichsstädte Nr. 330.Voit, S.23.
1438 - 1445	Friedrich von Redwitz	Sauer S. 118.
1445 - 1447	Fritz Rellinger	Sauer S. 118.
1447	Jörg von Wildenstein	Gümbel Nr. 71, Koch Regesten Nr.101
1447 - 1448	Anton von Seckendorf	Sauer S. 118. (1447-1449)
1448	Ulrich Freidenberger	HStM Staatsverwaltg 1168 , Behördenwesen 52 fol.173 ^b
1449 - 1453	Heinrich Moroltinger	Sauer S. 118. 1449 = StAN, Bfb. 1450 = Bd. 20 fol.190 b, 195 b, 227, 228.
1453 - 1463	Jörg von Wildenstein	1453 - Sauer S. 118. 1471
-	-	1456 = Gümbel Nr. 80 = Koch, Reg.Nr. 111"
1463 - 1497	Alexander von Wildenstein	1457 = Gümbel Nr. 82 = Koch, Reg. Nr. 112. Voit, S.23. 1471- Sauer S. 118 1479 1463 = StAN, D-Akten Nr. 1479, Produkt Nr. 1 1467 = StAN, Reg.100 Nr.515a = Rep.59 Nr 13a = D-Akten Nr.1379a fol.89= Koch, Reg.Nr.121. 1470 = StAN, D-Akten- Nr.1479, Produkt Nr.18, 19. 1471 = StAN, D-AktenNr. 1479, Produkt Nr.21. 1483 = StAN, D-Akten- Nr. 1479, ProduktNr. 23. 1491 = StAN, D-Akten-Nr. 1479, Produkt Nr.24 1497 = StAN, D-Akten Nr. 1379, ProduktNr.25, 26

1497 - 1501	Eberhard von Nastelbach	1479- 1504	Sauer S. 118.
1501 - 1504	Christoph von Lenterheim	1504	Sauer S. 118 .
		1501/1502 = StAN, Bfb. Bd. 48, fol. 23 u. Bd. 49 fol. 157 b	
		1502 =	Gümbel Nr. 115= Koch Reg. Nr. 133
		1502/1503 = StAN, Bfb. Bd. 50, fol., 132b, 128.	
		1503/1504 = StAN, Bfb. Bd. 51, fol.	8

II. DIE STÄDTISCHE SELBSTVERWALTUNG.

1. Das Stadtgebiet (Burggeding).

Die räumliche Grundlage der städtischen Selbstverwaltung bildete das Stadtgebiet oder Burggeding. Seine Grenzen bezeichneten den räumlichen Umfang der städtischen Verwaltungs- und Gerichtshoheit und den Geltungsbereich des Stadtrechts. Das Burggeding umfaßte in erster Linie die bebaute und mit Mauern und Graben umgebene Wohnfläche. In einer Landstadt wie Lauf, wo ein großer Teil der Bevölkerung als Ackerbürger und Stadtbauern lebte, gehörten auch die unmittelbar um die Stadt liegenden landwirtschaftlichen Grundstücke noch zum Stadtgebiet. Innerhalb dieses Bezirkes galt der aus dem Burgfrieden hervorgegangene besondere städtische Friede, der sogar sonst straflose Gefährdungshandlungen -wie das bloße Schwertzücken⁵⁰⁸⁾- strafbar machte.

Der erste Nachweis für das Vorhandensein eines Burggedings bildet das Privileg Herzog Stephans III. aus dem Jahre 1394: Zur Steuer wurden "alle die, die in dem purchfrie⁵⁰⁹⁾ daselb sitzen oder gut und gult darin haben" herangezogen. Damit war zugleich eine Ausdehnung des städtischen Verwaltungs- und Gerichtsbezirks verbunden, da sich das Besteuerungsrecht im allgemeinen an die Gerichtsbarkeit anlehnte⁵¹⁰⁾. Die städtische Steuer erstreckte sich nur so weit, wie die städtische Gerichtsbarkeit reichte⁵¹¹⁾. Eine nähere Beschreibung der Burggedings, wie sie etwa für Nabburg oder Sulzbach vorhanden ist, ist für Lauf leider nicht feststellbar. Man kann deshalb nur vermuten, daß das Burggeding in jedem Falle den in ostwestlicher Richtung 265m langen Bereich zwischen dem oberen

507) entfällt.

508) StAN Nbg. Salb.Bd. 78, fol.10 b; u.43; MB 47, 557.

509) U.v. 1394 Mai 26, StAL, Spitalbuch fol. 63'.

510) Mayerhofer S. 98.

511) Zeumer S. 48.

und dem unteren (Nürnberger) Tor umfaßte. Es umschloß somit selbstverständlich den gesamten bewohnten Stadtbezirk, dessen Grenzpunkt im Süden das 1840 eingerissene Wassertor an der Pegnitz bildete. Doch dürften auch die Mühl- und Hammerwerke zum Burggeding gehört haben.

Die äußersten Grenzen des unmittelbaren Laufer Einflußbereiches sind wohl in der Gegend des Kuhnhoofs im Norden, in der Flur Nuschel und der Haberlohe im Nordwesten, in der Laufer Nessenau im Südosten und im Spitalwald im Osten zu suchen. Jedenfalls ist dies einer Beschreibung des Laufer Wildbanns aus den Jahren 1514/16 zu entnehmen:

"Item so hat ein iglicher pfleger zu Lauff von wegen der herrschaft zu jagen in der alten Nessenau, Nuschel, Ochsenkopf, Hainbuchach, Wasach, an der alten Leiten, Haberloe und allen anderen der stat, der burger und spitals holtzer im burckgeding Lauff liegend" 511 a)

Daß auch das um den Ochsenkopf gelegene Gebiet noch zum Burggeding gehörte, dürfte eher einem Laufer Wunsch als den tatsächlich gegebenen Verhältnissen entsprechen haben. Denn der nordwestlich von Lauf gelegene Ochsenkopf liegt etwa 5 km (Luftlinie) vom Laufer Ortskern entfernt, in unmittelbarer Nähe der Ortschaft Neunhof. Ein räumlicher Zusammenhang mit dem Stadtgebiet im engeren Sinn bestand daher nicht mehr. 511 b)

511 a) StAN, Nbg. Salb Bd. 78 fol. 44 b,
Bd. 77 fol. 5, 31!

511 b) Vgl. Leo Beier, Die Laufer Rußigen kämpfen im Teufelsgraben, in Die Fundgrube, 12, 1936, 51-53.

2) Die Stadtbevölkerung.

In personeller Hinsicht erstreckte sich die städtische Verwaltungs- und Jurisdiktionshoheit auf die Stadtbevölkerung. Nur ein Teil dieser Bevölkerung bezog seinen Lebensunterhalt aus Handel, Handwerk und Landwirtschaft. Ein Großteil der Erwerbstätigen war in den zahlreichen Mühl- und Hammerwerken, besonders der Hämmervorstadt beschäftigt⁵¹²⁾.

Im Hinblick auf die Rechtsstellung der einzelnen Bevölkerungsglieder im Rahmen des städtischen Gefüges sind keine allzugroßen Abstufungen erkennbar. Die einzelnen Personengruppen besaßen nach den auch in Lauf geltenden Amberg-Nabburger Grundprivilegien ursprünglich die gleichen Rechte. Fremde, Juden und in bestimmtem Umfang auch Adelige waren danach den eingesessenen Bürgern gleichgestellt; es sollte grundsätzlich keine Bevorzugung und keine Benachteiligung geben⁵¹³⁾. In diese Richtung zielt auch die Urkunde Kaiser Karls IV. von 1355⁵¹⁴⁾, wonach alle diejenigen als Bürger aufgenommen werden dürfen, die "stetlich" in der Stadt wohnen und der "stat zu Lauf rechte halden, geben und nemen". Voraussetzung für den Erwerb des Bürgerrechts war danach neben dem Willen zur Beachtung der städtischen Rechtsordnung nur ein gewisser fester Wohnsitz in der Stadt.

512) Vgl. z.B. den in d.U.v.1477, August 22, (Gümbel Nr. 96), erwähnten Hanns Leitgeb, Messingschlager u. Bürger zu Lauf.

513) Vgl. oben S. 58 ff.

514) U.v. 29. 8. 1355, Reg.imp.VIII Nr. 2230, Beilage 6.

Allerdings waren Familien- und Hausgenossen der Bürger wie Frauen und Kinder gemäß den Anschauungen der damaligen Zeit von vornherein vom aktiven Bürgerrecht ausgeschlossen. Sie galten als durch den Hausvater ausreichend vertreten.⁵¹⁵⁾ Außerdem bestanden wie in anderen Städten gewisse Unterschiede zu den sogenannten Inwohnern, also Stadtbewohnern, die nicht das volle Bürgerrecht besaßen. Zu ihnen gehörten vor allem die bereits erwähnten "Rußigen", die Arbeiter in den Laufer Hämmern. Sie wurden nicht zur Bürgerschaft gerechnet.^{515a)} Eine Liste von 1524^{515b)} unterscheidet zwischen Laufer Bürgern und Hammerleuten. Allzu groß waren die Unterschiede zwischen beiden Bevölkerungsgruppen jedoch nicht. Dies beweist die völlige Gleichbehandlung der Inwohner mit den Bürgern beim Kauf von Burglehen, Hämmern und Mühlen⁵¹⁶⁾. Beide Gruppen waren von der Zahlung von Handlohn (einer bei Grundstücksveräußerungen an den Grundherrn zu leistenden Abgabe) befreit.

Die Verleihung des Bürgerrechts stand im Ermessen des Rats und war an bestimmte Bedingungen geknüpft. Anfänglich war wohl wegen der Identität von Steuerpflicht und Bürgerrecht der Besitz von Grund und Boden in der Stadt erforderlich⁵¹⁷⁾, diese Voraussetzung ist jedoch nirgends besonders erwähnt. Ferner mußte eine besondere Aufnahmegebühr bezahlt werden. Die herkömmliche Gebühr betrug 1 B bis 2 fl., je "nach dem und der mann ist"⁵¹⁸⁾. Damit sollte wohl in erster Linie der Besitzstand des Antragstellers bei der Gebühren-erhebung berücksichtigt werden. Außerdem behielt sich die Stadt vor, besonders willkommenen Bewerbern, etwa den dringend benötigten Gesellen für die Mühl- und Hammerwerke Ermäßigungen zu gewähren.

515) Mayerhofer, S. 109.

515a) Schnelbögl, Mühlen und Hammer, S.46.

515b) StAN, S.I.L.407,Nr. 51.

516) StAN Nbg. Salb.Bd. 78 fol.47b.

517) Rieß, S. 16 u. 78.

518) StAN, Nbg. Salb Nr.78 fol.87,46.

Von den der Stadt aus der Bürgeraufnahme zufließenden Einnahmen erhielten der Pfleger jeweils 13 Heller, jeder Ratsherr 2 Heller und der Stadtknecht 2 Heller.⁵¹⁹ Daß der Pfleger an der Aufnahme von Bürgern nicht beteiligt war, wurde bereits dargelegt.⁵²⁰⁾

Mit der Ablegung des Bürgereides durch den hierfür allein zuständigen Bürgermeister erlangte der Bewerber das volle Bürgerrecht. Der Wortlaut des Bürgereides aus der vornürnbergischen Zeit ist nicht bekannt. Er dürfte jedoch mit Sicherheit die bereits erwähnte Verpflichtung, "der Stat zu lauf rechte halden, geben und nemen" zu wollen, enthalten haben. Im allgemeinen erwachsen aus dem Bürgerrecht für den Inhaber überall die gleichen Rechtsfolgen. Die wichtigsten davon, persönliche Freiheit, Teilnahme am städtischen Handel und Gewerbe, Teilnahme am städtischen Gericht als Urteiler und Rechtssuchender an der städtischen Selbstverwaltung und dem besonderen städtischen Frieden, Gehorsamspflicht gegenüber dem Rat und die aus der bürgerlichen Hilfspflicht entspringende Steuer- und Wehrpflicht⁵²¹⁾ bestimmten auch den Inhalt des Laufer Bürgerrechts. Es sollen hier nur einige Laufer Abweichungen besonders erörtert werden. Der Grundsatz der Gewerbefreiheit für alle Laufer Bürger ist zwar in den zu Beginn der Nürnberger Zeit aufgezeichneten "Freihaiten, gewonheiten, handtvest und gepreuch..... der von Lauf"⁵²²⁾ ausdrücklich festgehalten. Gleichzeitig werden jedoch wichtige, dem Schutz der bestehenden Mühlen und Hammer dienende Einschränkungen angeordnet

519) StAN, Nbg. Salb. Nr. 78 fol. 8 u. 46.

520) Vgl. oben S. 423

521) Mayerhofer, S. 103.

522) StAN, Nbg. Salb. Nr. 78, fol. 7 ff.

"Auch ist vor allter herkommen, das ainich mulwerk oder hamerwerk von hewem in der oberigkeit Lauff nit soll aufgericht werden, damit die allten hamerwerk und mulwerk in der statt leichter in wesen pleiben, doch mag man die mull und hamerwerk verendern als dann vor alter herkommen". 523)

Gleiches gilt hinsichtlich neu zu beginnenden Handels und Gewerbes in den Dörfern innerhalb des Halsgerichtsbezirks von Lauf.⁵²⁴⁾

Für die Ausübung des passiven Wahlrechts war die Eigenschaft als Ortsansässiger Bürger nicht ausreichend. Vielmehr war darüber hinaus ein gewisser Zeitablauf erforderlich, man mußte bereits 3 Jahre Laufer Bürger sein. 525)

"Altem Herkommen gemäß" besaßen die Laufer Bürger in beschränktem Umfang einen Wildbann. Jedem von ihnen stand das Recht zu, innerhalb des Burggedings für seinen eigenen Bedarf "hasen, walthuner und ein jegliches anders geflugelts wildpret zu fahen ",⁵²⁶⁾

Außerdem hatten die Laufer Bürger beschränkte Waldrechte im Nürnberger Reichswald⁵²⁷⁾ und im Sebalder Wald⁵²⁸⁾, ebenso das Recht, dort Vieh zu treiben.⁵²⁹⁾ In dem der Herrschaft gehörigen Teil der Nessenau durften die Laufer gegen geringe Gebühren an Pfleger und Rat Holz schlagen.⁵³⁰⁾

523) StAN; Nbg. Salb.Bd. 78 fol. 9

524) a.a.O.

525) StAN, Bfb.Bd. 56 fol. 8 (1506).

526) StAN, Nbg. Salb.Bd. 78 fol.5, die Anmerkung"im Burggeding" ist nachträglich eingefügt.

527) NB 47, S. 553.

528) StAN, A-Urkunde Nr. 42.

529) StAN, Nbg. Salb. Bd. 78 fol. 8.

530) StAN, Nbg. Salb.Bd. 78 fol.8.

Um einen Raubbau zu verhindern, wurden alljährlich nach der Ratswahl zwei Ratsmitglieder und zwar je eines vom Pfleger und je eines vom Rat zur Überwachung des Holzschlages bestellt ⁵³¹).

Jeder Bürger hatte die Möglichkeit, sein Bürgerrecht aufzusagen und damit aller Pflichten wieder ledig zu werden. Weder an den Pfleger noch an die Stadt waren bei Aufsayung des Bürgerrechts Zahlungen zu leisten ⁵³²). Der Ausscheidende mußte jedoch vor seinem Wegzug den Zurückbleibenden noch Gelegenheit zur Geltendmachung etwaiger Forderungen geben ⁵³³).

3) Die städtischen Organe und ihre Zuständigkeit.

a) Die Entstehung der Rats Herrschaft.

Die Selbstverwaltung der Stadt Lauf wurde in der 1504 beginnenden reichsstädtischen Zeit zielbewußt eingeschränkt und abgebaut ⁵³⁵). Dies wird in einem besonderen Kapitel noch dargelegt werden. Ein von außen wirkender Einfluß auf die innerstädtischen Angelegenheiten war auch in der vorhergehenden Zeit vorhanden. Denn Lauf war ja, abgesehen von den Anfängen,

531) StAN, Nbg. Salb. Bd. 78 fol. 11b.

532) StAN, Nbg. Salb. Bd. 78 fol. 8; anderer Ansicht Rieß, S. 73.

533) StAN Nbg. Salb. Bd. 78 fol. 10.

534) entfällt.

535) Vgl. unten S. 212 ff.

immer eine landesherrliche Stadt und war dabei in dem bereits geschilderten Umfang vom Willen des jeweiligen Stadtherrn abhängig. Daß die Einflußnahme der Landesherren teilweise recht weit ging, beweist z.B. eine Urkunde des Kurfürsten Otto von Brandenburg und des Pfalzgrafen Friedrich aus dem Jahre 1374⁵³⁶⁾. Danach haben die beiden Fürsten die vom Rat der Stadt mit Hermann Glockengießer getroffenen Abmachungen über die Stiftung eines Spitals nicht nur zu genehmigen. Die Landesherren weisen darüber hinaus den Rat an, den Eheleuten Glockengießer einen Brief auszustellen, dessen Wortlaut sie im einzelnen sogar vorschreiben:

"Der brief, den die oftgenanten unser burger den vorgeannten eleuten geben sullen, sol von wort ze wort also sten".

Es folgen genaue Anordnungen über Lage, Größe, Leitung und Schutz des zu gründenden Spitals.

Erst allmählich gelang es der eifersüchtig über ihre Privilegien und ihre im Wege tatsächlicher Übung erworbenen Errungenschaften wachenden Stadt in eine für die damalige Zeit und für eine Landstadt erstaunliche Selbstverwaltung hineinzuwachsen. Ursache hierfür waren der beständige Herrschaftswechsel und das Fehlen einer einheitlichen und sicheren Linie in der Innenpolitik der Landesherren⁵³⁷⁾.

Rechtsträger der Stadt des 13. und 14. Jahrhunderts war die Stadtgemeinde, Vertreter der städtischen Selbstverwaltung der Rat, der seit dem 14. und 15. Jahrhundert die regelmäßige Verwaltungsbehörde in allen Städten darstellt⁵³⁸⁾. Das Bestehen eines Laufer Rates läßt sich erstmals auf indirekte Art aus den 1294 und 1296 in Amberg und Nabburg

536) U.v. 1374 August 31, StAN Rep.59 Nr. 14 unter I.

537) Koch, S. 21.

538) Planitz, Die deutsche Stadt im Mittelalter, S.295.

erteilten Privilegien ableiten. In Art. 3 des Nabburger Privilegs "nach unserem ... und danach der burgaer rat") wird allerdings die Tatsache, daß die Bürgerschaft in bestimmtem Umfang zur Mitentscheidung neben dem Herzog aufgerufen ist, nur angedeutet. Immerhin setzt die Bestimmung bereits ein Organ der Willensbildung und Willensäußerung der Einwohner, eine Bürgervertretung, voraus.⁵³⁹⁾ Art. 19 des Amberger Privilegs von 1294 regelt weitergehend die Grundzüge einer städtischen Selbstverwaltung mit Wahl von 10 oder 11 Ratsherrn aus der Mitte der Bürger. Außerdem ordnet er die allgemeine Rechtsverbindlichkeit der Ratsbeschlüsse an. Diese Bestimmungen besitzen infolge der Generalverweisung des Laufer Freiheitsbriefes vom 1298 auch in Lauf Gültigkeit. Es muß deshalb davon ausgegangen werden, daß gleiche oder ähnliche Voraussetzungen und Einrichtungen damals auch in Lauf bestanden haben. Dabei ist nicht entscheidend, daß Lauf im Gegensatz zu den beiden Vergleichsorten zu dieser Zeit nicht Stadt sondern nur Markt war. Wie bereits ausgeführt⁵⁴⁰⁾, hatte sich ein strenger Unterschied zwischen den beiden Begriffen noch nicht ^{aus}eingebildet, so daß ohne Schwierigkeiten städtische Verfassungsbestimmungen auf einen Markort mit gleichen oder sehr ähnlichen tatsächlichen Verhältnissen übertragen werden konnten.

Urkundlich ist der Rat erst zu einem viel späteren Zeitpunkt, nämlich 1367, nachweisbar.

539) Scherl, S. 173.

540) Vgl. oben S. 27..

Den ersten Beleg hierfür bildet ein Gerichtsbrief des Sulzbacher Landrichters Volkolt von Tann in einem Rechtsstreit zwischen dem Nürnberger Bürger Hermann Ortlieb und den Bürgern vom Rate zu Lauf wegen des Eigentumsdes bei Lauf gelegenen Holzes, "die Kratzrewt genannt". 541)

Damit tritt der Grundsatz der städtischen Selbstverwaltung durch einen gewählten Rat erstmals nach außen erkennbar zutage.

Entsprechend der allgemeinen Entwicklung hat sich auch in Lauf die Ratsverfassung nach zwei Richtungen hin weitergebildet: Vermutlich war dort wie in vielen anderen bayerischen Städten ursprünglich die Gesamtbürgschaft durch Einrichtung von Gemeindeversammlungen an der Selbstverwaltung beteiligt. Die Einberufung dieser Versammlungen wurde wegen der schnell wachsenden Bevölkerung selbst in kleineren Städten immer umständlicher. Im Laufe des 14. bzw. zu Anfang des 15. Jahrhunderts trat daher allgemein zum Rat, der fortan "engerer" oder "innerer" Rat hieß, anstelle der bisherigen Gemeindeversammlung also ihr Vertretungsorgan der sogenannte "äußere Rat" hinzu.⁵⁴²⁾ Eine ähnliche Entwicklung läßt sich zwar mangels Unterlagen in der Verfassungsgeschichte Laufs nicht im einzelnen verfolgen. Sie muß aber sehr früh stattgefunden haben, da zwei Mitglieder der "Vier des Rats aus der Gemain" bereits in der Spitalordnung von 1378 als Beteiligte am sog. Rechnungsverhör des Spitals aufgestellt sind.⁵⁴³⁾

541) U.v. 1367, August 11, AStA, Staatsverwaltung, 3505, Priv. Tom 9, fol. 121.

542) Vgl. Rosenthal Bd. I S. 168.

543) U.v. 1378 März 23, StAL, Spitalbuch fol. 2b, abgedruckt bei Sauer S. 31, Koch, Anhang Nr. 5.

Wie in den meisten anderen Städten ist auch in Lauf das Bürgermeisteramt erheblich später als der Rat entstanden. Überraschen muß dennoch, daß bereits in einer Urkunde aus dem Jahre 1374 die Formulierung "Bürgermeister und Bürger des Rats der Stadt Lauf" auftaucht.⁵⁴⁴⁾

Wenn auch in der Folgezeit bis zum Beginn des 15. Jahrhunderts noch Formeln wie "der Rat der Stadt Lauf" oder die "Bürger des Rats zu Lauf" üblich sind, beweist dies doch, daß sich spätestens zu dem erstgenannten Zeitpunkt das Bürgermeisteramt in Lauf herausgebildet hatte. Im Einklang damit steht die zu Beginn des 16. Jahrhunderts festzustellende, außerordentlich starke Stellung des amtierenden Bürgermeisters innerhalb der gemeindlichen Verfassung.⁵⁴⁵⁾ Die Einzelheiten dieser Entwicklung können nicht dargestellt werden, da die Ratsprotokolle mit den Ratswahleinträgen erst seit Beginn der Nürnberger Zeit erhalten sind.

b) Die Ratswahl:

Die Wahl des Laufer Rates fand alljährlich im Winter statt und zwar am Mittwoch nach Hlg. Drei Könige. Erst zur Nürnberger Zeit wird die Ratswahl auf den Tag nach "sant Walpurgis tag" (1. Mai) verlegt. Am Wahltag versammelten sich bei versperrten Stadttoren Rat und Bürgerschaft im Rathaus. Vor der Neuwahl wurden zunächst die bisherigen Ratsmitglieder vom Vertreter der Herrschaft ihrer Pflichten ledig gesprochen. Der folgende, alte

544) U.v. 1374, August 31, StAN, Nbg.Salb.Rep.59 Nr. 12, abgedruckt bei Koch im Anhang Nr. 1
545) z.B. U.v. 1374, Oktober 16, Gumbel Nr. 2.
546) z.B. U.v. 1412 September 18, Gumbel Nr. 41.
547) Vgl. unten S. 153.4

Herkommen entsprechende eigenartige Wahlgang war nur zum geringeren Teil eine direkte Wahl, im übrigen aber eine Ergänzungswahl, eine Berufung. Er ging nämlich so vor sich, daß der Vertreter der Herrschaft, in der Regel der Pfleger, wählte ein vom alten Rat und der ganzen "Gemain" bestellter "Wähler" zunächst fünf Ratsschöffen zu wählen hatten. Jeder Gewählte durfte bei der Wahl des nächsten mitstimmen. Nachdem die fünf Schöffen gewählt waren, schieden die beiden "Wähler" des alten Rats und der "gemain" aus dem Wahlgremium wieder aus. Anschließend wurden durch den Vertreter der Herrschaft und die bereits gewählten fünf Ratsschöffen zwei weitere Mitglieder des engeren Rates erwählt. Nach Vereidigung der sieben Ratsschöffen durch den Pfleger beriefen diese und der Pfleger dann die Ratsvierer, den sog. äußeren Rat. Es folgte die Bestimmung des zunächst amtierenden Bürgermeisters, der die Stadtschlüssel zugestellt erhielt.

Zwar sind die Einzelheiten des eben geschilderten Wahlmodus infolge Fehlens früherer Ratsaufzeichnungen erst der zu Beginn der Nürnberger Herrschaft niedergelegten "Ordnung der Ratswahl" ⁵⁴⁸⁾ zu entnehmen. Es handelt sich dabei jedoch offensichtlich um die Wiedergabe althergebrachten, eigenständigen Laufer Rechtsbrauchs. Daß hier keine Nürnberger Rechtsübung vorliegt, ⁵⁴⁹⁾ beweist das unterschiedliche reichsstädtische Wahlsystem. Auch wird in der Präambel der neuen Wahlordnung mehrfach deren "lang hergebrachter Gebrauch" betont. Neu ist nur die Verpflichtung des Rats auf die neue Nürnberger Herrschaft und die noch zu erörternde Ver-

548) StAN Nbg.Salb.Nr.222, Vgl.auch Sauer S. 103 ff.

549) Vgl. z.B. Nagel, S. 11 ff.

stärkung des Nürnberger Einflusses durch zahlenmäßige Vernehmung der herrschaftlichen Wähler von einem auf drei.

Der Sinn des geschilderten Wahlverfahrens ist, so umständlich dieses auf den ersten Blick auch erscheinen mag, unschwer zu erraten. Es sollte ein gerechter Ausgleich von einander widerstrebenden Interessen gefunden werden. Die Gesamtbürgerschaft konnte ihrem Willen durch Bestellung eines Wahlmannes ihres Vertrauens in gewissem Umfang Ausdruck verleihen. Sie war vor allem in der Lage, der ständigen Wiederwahl alter Ratsmitglieder und damit einer Vetternwirtschaft entgegenzutreten. Dadurch, daß dem bisherigen Rat ein Wähler zugestanden wurde, war sicher gestellt, daß erneut ein Mitglied des alten Rates zum Ratsherrn gewählt werden würde. Damit war die Gewähr geschaffen, daß stets in Ratsgeschäften erfahrene Mitglieder im Rat saßen. Außerdem erfolgte die Auswahl neuer Ratsmitglieder unter Mitwirkung einer Person aus der Gemeinde, die kraft ihrer Erfahrung und Sachkenntnis die Eignung der zur Wahl anstehenden Bewerber besonders gut beurteilen konnte. Die Interessen der Herrschaft im Wahlausschuß vertrat schließlich der Pfleger. Dabei war jedoch dem Gedanken der städtischen Autonomie in erheblichem Umfange Rechnung getragen. Denn die beiden Wahlmänner aus Lauf hatten es infolge ihrer von Anfang an bestehenden Mehrheit im Wahlgremium in der Hand, das Gesicht des Rates zu bestimmen. Der Vertreter der Herrschaft konnte jederzeit überstimmt werden. Das Verhältnis im Wahlgremium änderte sich noch zuungunsten des Pflegers, je mehr neue Ratsmitglieder ihres Vertrauens die ursprünglichen zwei Laufer "Wähler" in den Rat berufen hatten.

Denn in den Rat gelangten wohl grundsätzlich nur Bürger, denen die Laufer Interessen besonders am Herzen lagen. Damit war auch die sämtlichen Gewählten vom Pfleger im Amtseid abverlangte Verpflichtung,⁵⁵⁰⁾ vor allem "unser günstigen herrschaft frummen" zu wahren, zweitrangig. War nach der Wahl von fünf Ratsschöffen ein zur Erweiterung geeigneter Personenkreis berufen, bedürfte man der ursprünglichen "Wähler" nicht mehr.

Über den Kreis der wählbaren Personen lassen sich infolge der mangelnden Überlieferung nur wenig Angaben machen. Im allgemeinen war es in den deutschen Städten üblich, die Ratsmitglieder aus dem Kreis der "meliores", meist langjähriger Ratsgeschlechter, zu entnehmen.⁵⁵¹⁾ Ähnliche Beobachtungen lassen sich für Lauf nur in geringem Umfang machen, da die Stadt für die Ausbildung eines Patriziats im eigentlichen Sinn doch viel zu klein war. Immerhin tauchen in der Ratsherrnliste⁵⁵²⁾ teilweise bekanntere Namen auf, so etwa die der Betz und Holfelder. Das Beispiel der letztgenannten Familie, die über lange Jahre Inhaberin der erstmals im Salbuch von 1434⁵⁵³⁾ genannten "New Mule in der Winterleiten" war, zeigt auch, daß die mit der Position eines Ratsherrn verbundene gehobene soziale Stellung bevorzugt von den reichen Besitzern der Laufer Mühl- und Hammerwerke erlangt wurde. In diese Richtung weist auch ein Vermerk in einem Nürnberger Salbuch⁵⁵⁴⁾, wonach jeder Ratsbewerber "ein aigen hauß zu Lauff haben soll".

550) StAN, Nbg. Salb. Nr. 222, Rep. Nr. 59.

551) Planitz. Die deutsche Stadt im Mittelalter, S. 315

552) Vgl. die im Anhang S. 161-165 beigefügte Liste der Mitglieder des inneren Rates.

553) MB 47, S. 553 ff.

554) StAN, Nbg. Salb. Bd. 78 fol. 46b.

Die weiteren Voraussetzungen des passiven Wahlrechts sind einer der "Ordnung der Ratswahl" beigehefteten Fidesformel für die beiden "Wähler" aus der Ratswahl 555) recht gut zu entnehmen. Dabei genügte den Einheimischen als Voraussetzung der Wählbarkeit die dort erwähnte Eigenschaft als ortsansässiger Bürger allein nicht. Vielmehr war es "bey in mit alter herkomen, das keiner zum rat sol gewelt werden, er sey dann zuvor drei jahr burger gewest" 556). Mit dieser Übung hatte noch die Reichsstadt zu kämpfen, als die Nürnberger nach Übernahme der Herrschaft 1506 einen sicheren Nürnberger Gewährmann zum Laufer Bürger und zum Ratsherrn machen wollten. 557) Die Bewerber für das Amt eines Ratsschöffen sollten etwa zwischen 25 und 70 Jahre alt sein und einen guten Leumund besitzen; sie durften insbesondere nicht im Verdacht unehrenhafter oder gar strafbarer Handlungen stehen. 558)

Neben dem Erfordernis des eigenen Hausbesitzes wurde verlangt, daß der Kandidat in Lauf einen ständigen Wohnsitz habe, 559) eine Art von mittelalterlicher Residenzpflicht. Schließlich durften, um einer Cliquen- und Vetternwirtschaft vorzubeugen, keine Verwandten in den Rat gewählt werden.

Die Amtsperiode der gewählten Ratsmitglieder betrug ein Jahr, doch war Wiederwahl zum Rat und zu den Ratsämtern statthaft und im Interesse der Kontinuität der Geschäftsführung eine durchaus regelmäßige Erscheinung.

555) StAN, Nbg. Salb. Nr. 222, Rep. 59.

556) StAN, Bfb. Bd. 56, fol. 8/1506.

557) Koch, S. 22 unter Hinweis auf StAN, Bfb. Nr. 75 fol. 248.

558) StAN, Nbg. Salb. Nr. 222, Rep. 59.

559) StAN, Nbg. Salb. Bd. 78 fol. 46 b.

Dies führte dazu, daß später, wie auch die beigegebene
Liste ^{559a)} zeigt, die Ratsherren überhaupt auf Lebenszeit im
Amt ⁵⁶⁰⁾ blieben. Gemeinde, Rat und Pfleger griffen offen-
bar immer wieder auf die alten Schöffen zurück und er-
setzten nur die beim Tod eines Ratsherrn entstehende Lücke
durche Ergänzung aus der Gemeinde.

Anhang:

"Ordnung der Rathswahl."

Nachdem man von alter her alle iar den rathe zu Lauff
verneuet und wider besetzt hat, so setzt und ordent ein
erber rathe das solche rathsbesatzung hinfüre von euch
also ierlich nach sant walpurgis tag fürgenommen und damit
gehalten werden soll wie das unterschiedlich hernach ge-
schrieben steet:

Und zum ersten so ein erbar rathe zu Nurmberg als die
Obrigkeit einen tag solcher rathswahl und besatzung
benennet so sollen an demselben tag die burger zu Lauff
alle auf das rathaus kommen zu geordenter zeit und die
stat mittlerweile versperrt sein. Alsdann solle die gantz
gemain einen man aus dem alten rath und dann der alt rath
einen aus der gemain zu raths wclern erkiesen. Und dieselben
eins erbarn raths gesandten und verordneten benennen und
anzeigen und in irem beysein zum wcler ampt mit der aide
wie der hernach begriffen ist durch die herrschaft verfer-
tigen lassen. Darnach sollen dieselben zwen wehler in
beywesen mit und sampt eins erbern raths gesandten und
pflegers so die zu einem nemen möchten fünf man erwelen
die des künftigs iar des raths und gerichtis seyen und
sollen dieselben so also zu rathspersonen und schöpfen
nacheinander erkoren werden ein ieder alsbald er gewelt
ist gefordert werden und dann sampt eines raths verordneten
und den zweyen wclern bis zu ende auch bey der rathwal sein
und bleiben. Und ein jeder derselben in erwelung der anderen
rathspersonen und schöpfen wenn er gefragt wurd sein
bedenken zum besten beschaidenlich mit treuen anzeigen.
Und das so der herrschaft und gemainer stat und burgerschaft
zu ehren und nutz gedeyen mag getreulich fördern helfen
und rathen. Und wenn also die fünf personen zum neuen
rath und gericht erwelt seind, so sollen die zwen wcler
so von der gemain und alten rath erkoren sind wieder ab
und von der wahl gen.

-
- 559a) Siehe die im Anhang S.161-167 beigegefügte Liste
der Mitglieder des inneren Rates.
560) Sauer S. 104.

Alsdann sollen eins erbarn raths verordente und die fünf erwelten zum rath und gericht noch zwen mann zu rathspersonen und schöpfen erwelen, also das der rath und das gericht mit siben mannen wiederbesetzt sey und so die siben rathspersonen also erwelt sind, sollen sie alle miteinander durch eines raths gesandte zum rath und gericht mit dem aide wie derselb hernach verzeichnet ist verfertigt werden. Darnach sollen eines erbarn raths gesandte und die erwelten zum rath und gericht noch vier mann erwelen, die das künftige iar des raths und vierer seyen, und dieselben auch durch eines raths gesandten mit dem aide als derselb hernach geschrieben steet verfertigt werden. Und so der rath und das gericht also verneuet und besetzt ist sollen eines erbarn raths gesandten einen auß den siben schöpfen und rathspersonen zu einem burgermeister erwelen, der alsbald an das ampt treten soll und förter gehalten werden wie das von alter herkomen ist. Item ein ieder burgermeister tregt das ampt vier wochen und dasselb nach ordnung der oberzelten siben des raths und gerichtsnacheinander. Dem ersten werden die schlüssel zugestellt.

Der Weler Aide.

Es sollen die weler so von dem alten rath und gemain zu Lauf erkorn sindt zu got dem Almechtigen einen aide schweren, das sy funf biderman die zu Lauf ansessig und burger seindt, in rathe erkiessen wollen, bei denen man sich bestendiger frumkait, fridlicher ainigkait, weiser und rathentlicher bescheidenhait versehen mag, die guter sitte warhafft, stilles verschwigens und erbers wesens und wandeln sein, die nit kriegisch, eigensynnig, gethornig ubermutig, eigennutzig, winsuchtig, weder mit offen veheden, soch sohst mit ainicherlei malefitz und lasterhendel, auch mit leichtfertigen personen nit verargwont seindt, ungeverlich zwischen funfundtzwaintzig und siebenzig jarn alt. Das auch dieselben vom rathe im ersten und andern graden freuntlicher sipschafft aneinander nit verwandt seindt getreulich und ungeverlich.

c) Der innere Rat.

aa) Zuständigkeit:

Die im Abschnitt a) festgestellte Organisationsform prägte das Gesicht der Stadt bis zur Nürnberger Zeit. Ursprünglich waren alle Verwaltungsbefugnisse in der Hand der stadtherrlichen Beamten vereinigt. Allmählich übernahm der Rat als Vertretungsorgan der Bürgerschaft einen Teil dieser Befugnisse, wobei eine Mitwirkung im städtischen Steuerwesen als Ausgangspunkt betrachtet werden kann. In der Folgezeit gelangte der Rat dann unter Zurückdrängung des stadtherrlichen Beamten zu einer immer umfassenderen Ausweitung seiner Amtsbefugnisse. Es gelang ihm, den landesherrlichen Pfleger in Lauf mehr und mehr von der Mitwirkung in städtischen Angelegenheiten auszuschließen. ⁵⁶¹⁾

Eine der Ältesten und wichtigsten Aufgaben des Rates war die Steuerverwaltung. Dazu gehörte zunächst die Umlegung der landesherrlichen Stadtsteuer (Herrschaftssteuer) auf die Bürger. Unter Berufung auf das dem Markt Lauf von Kaiser Ludwig dem Bayern verliehene Privileg von 1323 ⁵⁶²⁾ legten innerer Rat und Ratsvierer diese "on alle peordigung (d.i. Anordnung) unter sich selbs an". ⁵⁶³⁾

In eigener Zuständigkeit erhob der Rat auch eine Stadtsteuer zur Bestreitung des städtischen Haushalts. ⁵⁶⁴⁾

561) Kooh, S. 19. und oben S. 122.

562) U.v. 1323, März 16, HStM, Staatsverwaltung Nr. 3505, Priv. Tom 9 fol. 119, ^{Beilage 4.}

563) StAN, Nbg. Salb. Bd. 78 fol. 7.

564) StAN, Nbg. Salb. Bd. 78 fol. 14.

Die Stadtrechnung wurde jeweils vor der neuen Ratswahl durch den Rat und die Ratsvierer allein gelegt.

"Damit die pfleger von wegen der herrschaft nichts zu tun, dann die bürger die rechnung der statt und alles ir einkommen durch sich selbs ver⁵⁶⁵ rechnen und allwegen also herbracht haben".

Der Rat war ferner die Anstellungsbehörde für alle Stadtbediensteten, die durch besoldete Anstellung gewonnen wurden. Die Stadtbediensteten wurden dabei nicht vom Pfleger, sondern vom amtierenden Bürgermeister vereidigt ⁵⁶⁶). Im Innern nahm der Rat nach Ausschaltung des Pflegers die Polizeigewalt in dem damals umfassenden Sinne wahr, d.h., er übte die Sicherheits-, Gesundheits-, Bau- und Feuerpolizei aus, regelte Handel und Gewerbe und sorgte für gerechtes Maß und Gewicht. Außerdem oblag dem Rat die Regelung der Beziehungen zum Landesherrn und dessen Beamten. Auch der Verkehr mit anderen Städten und benachbarten Ämtern lag teilweise in den Händen des Rats, wie ein in einer Erbschaftssache gestelltes Rechtshilfeersuchen an die Stadt Eger aus dem Jahre 1450 beweist ⁵⁶⁷).

Weiter oblag dem Rat die Verwaltung des städtischen Vermögens. Hierunter fielen in einer Landstadt wie Lauf vor allem die Hut und Pflege des gemeindlichen Besitzes an Liegenschaften (Hirtenhaus, Allmende) und 'Faselvieh' (Gemeindeochs, -eber usw.)⁵⁶⁸, die Verteilung der Nutzungen aus den städtischen Wäldern ⁵⁶⁹, die Instandhaltung von Wegen, Stegen und Brücken ⁵⁷⁰ sowie des Stadtgrabens ⁵⁷¹).

565) StAN, Nbg. Salb. Nr. 78 fol. 8, 14, 46¹ Koch, Anmkg. 125.

566) StAN, Nbg. Salb. Bd. 77 fol. 15¹.

567) U.v. 1450, August 15, StAL Urk. Nr. 378.

568) U.v. 1426, Mai 21, Gumbel Nr. 52.

569) StAN, Nbg. Salb. Bd. 78, fol. 8, 11b.

570) StAN, Nbg. Salb. Bd. 78, fol. 42.

571) StAN, Nbg., Salb. Bd. 78, fol. 8.

Großen Raum nahm daneben die Verwaltung kirchlichen Vermögens und des Glockengießerspitals ein. Für die Verwaltung des Pfünde- und Kapellenvermögens der ältesten Laufer Kirche St. Johannis waren zwei Ratsherren als Gotteshauspfleger aufgestellt. 572)

Im Rat der Stadt vereinigte sich in der zweiten bayerischen Zeit auch sehr bald der volle Inhalt der obersten Gewalt über die wichtige und umfangreiche Stiftung, das Glockengießerspital. 573) Der Rat zog die Gerichtsbarkeit in Spitalsachen 574), die Entscheidung über die Aufnahme von Pfründnern 575) und schließlich das sog. Renhnungsverhör 576) ganz an sich.

Auf anderen Gebieten griff er von Fall zu Fall ein. Eine Mitwirkung des Rates ist auch im personellen Bereich feststellbar. Die Belehnung der Hilfspriester, der sog. "Frühmesser" oder "Capellane", in der Pfarrei St. Johannis war dem Rate ebenso vorbehalten 577) wie die Einsetzung des Spitalmeisters 578). Nur bei der Wahl des ersten Pfarrers von St. Johannis und bei der Besetzung der drei "Planstellen" der Spitalspfarrei war eine Mitwirkung des Rats nicht vorgesehen. 579)

572) z.B. U.v.1403 Juli 13, Koch Reg. Nr. 64, u. StAN, Nbg.Salb.Bd. 79 fol. 199'.

573) Koch, S. 31.

574) U.v. 1451 September 15, Gümbel Nr. 77.

575) Koch S. 66.

576) U.v.1378, März 23, StAN, Nbg.Salb.Rep.59 Nr. 12.

577) StAN, Nbg. Salb.Nr. 74a fol.125 f.

578) Koch, S. 28.

579) Koch, S. 52 und 55.

Im Rahmen seiner Zuständigkeit besaß der Rat das wichtige Recht, autonome, für die Stadtbewohner verbindliche Satzungen zu erlassen. Eine Sammlung solcher Gesetze ist heute, sieht man einmal von den für das Gewerbe erlassenen "sechs setz" ab, nicht mehr erhalten. Man kann deshalb nur schließen, daß diese Bestimmungen wie anderswo die wichtigsten städtischen Selbstverwaltungsaufgaben zum Gegenstand hatten, wie Handel und Marktverkehr, Maß- und Gewicht, Sicherheits-, Bau-, Feuer- und Gesundheitspolizei, Verkehr, Sauberkeit in der Stadt, Viehhaltung sowie Nutzung der städtischen Wälder und Weiden. Besonders wichtig war für den Rat die Befugnis zum Erlass von Vorschriften zur Regelung eines ordnungsgemäßen Betriebs der Mühl- und Hammerwerke. Von dem Bestreben, die ansässigen Gewerbe zu schützen, zeugt das in die Nürnberger Zeit übernommene Verbot der Eröffnung neuer Mühl- oder Hammerwerke.⁵⁸⁰⁾ Die städtischen Statuten wurden ~~m~~ jährlich an den Dienstagen nach Ostern, nach Walpurgis (1. Mai) und nach Michaelis (29. Sept.) der versammelten Bürgerschaft neu bekanntgegeben oder eingeschärft.⁵⁸¹⁾

Die gerichtlichen Befugnisse des Rats werden an anderer Stelle geschildert.⁵⁸²⁾ Hier sei nur bemerkt, daß die Mitglieder des inneren Rates wegen ihrer rechtssprechenden Tätigkeit auch Ratsschöffen genannt werden.

Dem von den Schöffen zu leistenden Eid ⁵⁸³⁾ sind deren wichtigste Pflichten zu entnehmen. Oberstes Gebot ist es, zu den Ratssitzungen zu erscheinen, ein Ausbleiben ist nur nach vorheriger Erlaubnis gestattet.

580) StAN, Nbg. Salb. Bd. 78, fol. 9.

581) StAN Nbg. Salb. Nr. 222, Rep. 59, Sauer S. 111.

582) Vgl. unten S. 208 ff.

583) StAN, Nbg. Salb. Nr. 222, Rep. 59 beigegeben der "Ordnung der Ratswahl" ohne Jahresangabe.

Ob unentschuldigtes Fernbleiben, wie z.B. in Nürnberg,⁵⁸⁴⁾ mit Strafgeld geahndet wird, ist nicht erkennbar. Eine spezielle Auswirkung des bereits seit Übernahme der Amberg - Nabburger Bestimmungen geltenden Gleichheitssatzes liegt darin, daß die Verpflichtung zur Gleichbehandlung aller Bürger und inrer Rechtssachen vor allem den Ratsmitgliedern auferlegt wird. Diese Bindung ist besonders im Hinblick auf die von den Ratsschöffen ausgeübte umfangreiche richterliche und schiedsrichterliche Tätigkeit bedeutsam. Das bereits in der Wahlordnung anklingende Verbot der Vetter- und Cliquenwirtschaft wird auf die von den Ratsherren ausgeübte Tätigkeit erweitert: Diese sollen "ansehen keinerlei freundschaft oder veindschaft" und außerdem keine Geschenke annehmen.

Aus diesen allgemeinen Rechtsgrundsätzen wird man trotz Fehlens eines ausdrücklichen Verbots auch folgern dürfen, daß persönliches Interesse eines Ratsherrn an einer Angelegenheit dessen Teilnahme an der Abstimmung verhindert. Schließlich wird über die Dauer des Amtes hinaus lebenslängliche Wahrung der Ratsgeheimnisse zur Pflicht gemacht.

Die Führung der Ratsgeschäfte erfolgte ehrenamtlich. Doch erhielten die Ratsmitglieder besondere Auslagen wie Wege- und Verpflegungsgelder bei Reisen ersetzt.⁵⁸⁵⁾ Außerdem erhielten sie anteilsmässige Gebühren aus den von ihnen vorgenommenen Amtsverrichtungen, z.B. bei Grundstücksgeschäften je 2 Heller und bei der Bürgeraufnahme 2 Heller.⁵⁸⁶⁾

584) Nagel, S. 12.

585) Bürger S. 61.

586) StAN, Nbg., Salb.Bd. 78, fol.8,46,47b;
StAN, S. I L 38, Nr. 79, Produkt Nr. 4 (1506).

bb) Das Bürgermeisteramt.

Die für jedes Jahr erwählten sieben Bürgermeister lösten sich alle vier Wochen in der Amtsführung ab. 587)
Eine besondere Bezeichnung für den amtierenden Bürgermeister ist den erhalten gebliebenen Urkunden nicht zu entnehmen.

Entsprechend der kräftig entwickelten Selbstverwaltung im allgemeinen ist auch die Stellung des amtierenden Bürgermeistern stark ausgeprägt. Diesen trafen noch einige gegenüber den übrigen Mitgliedern des inneren Rates gesonderte Pflichten. Er hatte die Ratssitzungen anzuberaumen, den Rat einzuberufen und den Vorsitz im Rate zu führen. 588) In Angelegenheiten, die die Herrschaft unmittelbar angingen, konnte ohne besonderen Auftrag allein der Bürgermeister 589) den abwesenden Pfleger vertreten. Außerdem oblag diesem die Ausführung der Ratsbeschlüsse, soweit hierfür keine besonderen Ratsämter bestanden. Kleinere laufende Geschäfte konnte er in eigener Zuständigkeit erledigen. Daneben führte er das Stadtsiegel. Die ihm beim Amtsantritt zugestellten Stadtschlüssel hatte er nach Ablauf seiner Amtszeit seinem Nachfolger

587) StAN, Nbg. Salb. Nr. 222, Rep. 59.

588) StAN, Nbg. Salb. Bd. 77, fol. 14.

589) StAN, Nbg. Salb. Bd. 78 fol. 15.

zu übergeben. 590) Neben diesen im wesentlichen aus seiner Stellung als "Ratsvorsitzender" begründeten Pflichten läßt sich in verschiedenen Punkten sogar eine von den übrigen Mitgliedern des inneren Rates gesonderte Zuständigkeit feststellen. Hierbei handelt es sich teilweise um Bereiche, die ursprünglich ureigenste Pflegertätigkeit betrafen. So hatte nicht der Pfleger, sondern der Bürgermeister Übeltäter zu verhaften und zu bestrafen. Lediglich für die Haftentlassung bedurfte es der Zustimmung des Pflegers.

"Item se einer ein aufrur zu Lauf anfacht oder sonst gemainer gepoth und gewonlicher ordnung widerwertig erfunden und etwas verpricht, so hat bürgermeister gemeiner stat halber denselbig übertreter in straf zu nemen und einzulegen und pfleger nit, so pald aber einer in gefengkhus genomen, den soll man on pfleges wißß mit auslaßßn, ist allweg on alle irrung gehalten und in stetem geprauch von alter herpracht". 591)

Unter Berufung auf das Privileg Karls IV. von 1355 592) erfolgte die Vertheidigung von Neubürgern nicht durch den Pfleger, sondern durch den Bürgermeister. 593) Auch den Stadtbediensteten hatte der Bürgermeister den Amtseid abzunehmen. In manchen Fällen ist eine gemeinsame Zuständigkeit von Pfleger und Bürgermeister festzustellen, so bei der Verteilung der Holzrechte der Nessenau 595) oder bei der Verpflichtung der städtischen Flurer. 596)

590) StAN, Nbg. Salb. Nr. 222, Rep. Nr. 59.

591) StAN, Nbg. Salb. Bd. 78, fol. 15.

592) U.v. 1355 August 24, HHM, Staatsverwaltung Nr. 3505, Priv. Tom 9 fol. 120 = Reg. imp. VIII Nr. 2230, Beilage 6.

593) StAN, Nbg. Salb. Bd. 77 fol. 15.

594) StAN, Nbg. Salb. Bd. 78 fol. 14.

595) StAN, Nbg. Salb. Bd. 78 fol. 11b.

596) StAN, Nbg. Salb. Bd. 78 fol. 12.

Ein Rückfall in eine Art monarchischer Dorfverfassung liegt in der geschilderten Entwicklung jedoch nicht. Denn die Stärkung der Position des amtierenden Bürgermeisters erfolgte nicht auf Kosten der übrigen Ratsmitglieder, sondern auf die des herrschaftlichen Pflegers. Die Stellung der Ratsherren war im übrigen auch durch den raschen Wechsel des Bürgermeisteramts genügend gewahrt.

Daß der regierende Bürgermeister gemäß der Grundidee der republikanischen Stadtverfassung auch weiterhin nur "primus inter pares" war, beweist der Umstand, daß in zahlreichen städtischen Urkunden "Bürgermeister und Rat" gemeinsam genannt werden.

cc) Die Ratsämter:

Das schnelle Anwachsen der Verwaltungsaufgaben führte auch in einer Landstadt wie Lauf sehr bald zu einer Arbeitsteilung innerhalb des Rates. Dabei ist hinsichtlich der Aufgabenteilung jedoch zwischen den sog. Stadtämtern, die von Mitgliedern des inneren Rates bekleidet wurden, und ^{den} von den Stadtbediensteten versehenen Stellen zu unterscheiden. Die Stadtbediensteten nahmen bestimmte Verwaltungsfunktionen als Untergebene des Rates wahr.⁵⁹⁷⁾

Dagegen sind die Ratsämter lediglich eine Maßnahme der Geschäftsverteilung, die in der Weise erfolgte, daß bestimmten Ratsmitgliedern die Sorge für gewisse Verwaltungszweige anvertraut wurde.

597) Mayerhofer, S. 134.

Das wichtigste Amt war wohl hier das der vier Büchsenherrn, denen die Verwaltung der städtischen Einnahmen und Ausgaben oblag. Die vier "puchsenherrn" waren je zwei Mitglieder des inneren und des äußeren Rates. Sie hatten vor allem die vom Rat in eigener Zuständigkeit erhobene Stadtsteuer einzubringen. Nachdem sie dem gesamten Rat über die Einnahmen Rechenschaft gelegt hatten, erhielten sie das Geld in die "puchsen" eingegeben, "davon sie der stat notdurftig" entrichteten ⁵⁹⁸⁾.

Hierunter fiel vor allem die Bezahlung der städtischen Bediensteten, die Unterhaltung der städtischen Gebäude und "andere igliche notturftig gemeiner nutz". Man wird kaum fehlgehen, wenn man mangels anderer städtischer Steuereinnahmer davon ausgeht, daß die Büchsenherrn auch zur Einziehung der "on alle peordnung (d.i. Anordnung) unter sich selbs" angelegten Herrschaftssteuer verantwortlich waren.

Der Durchsetzung von gewerbepolizeilichen Maßnahmen dienten die vom Rat über die "sechs Sätze" Verordneten. Die "sechs setz" waren "das prot schawen, wein und pier und das trinksetzen, pfragenberg (Kleinkrämer) fleischberg, fewrschawen und spil" ⁵⁹⁹⁾. Die hierfür bestellten Personen, mindestens zwei an der Zahl, hatten Verstöße gegen die Gesetze und Ordnungen des Handwerks zur "Rüge" zu bringen, auf Grund derer dann der Rat eine Geldstrafe das sogenannte "Ruggeld" verhängte ⁶⁰⁰⁾. ⁶⁰¹⁾ Dieses stand je zur Hälfte der Herrschaft und der Stadt zu.

An der Spitze der Spitalverwaltung standen zwei Spitalpfleger. Seit der Wende vom 15./16. Jahrhundert drängten sie den Spitalmeister immer mehr zurück und wurden

598) StAN,Nbg.Salb.Nr. 78, fol. 14.

599) MB 47, S. 537.

600) StAN,Nbg.Salb.Bd. 78 fol.15.

601) StAN,Nbg.Salb.Bd. 78 fol.11.

zu einer Mittelinstanz zwischen Spitalmeister und Rat. ⁶⁰²⁾ Sie waren ständiges Organ der Ratsaufsicht. Ihre spezielle Aufgabe war es, an der Vermögensverwaltung des Spitals teilzunehmen, was vor allem durch die Mitwirkung an Grundstücksgeschäften ⁶⁰³⁾ und bei der Erstellung der Spitalrechnung, dem sog. Rechnungsverhör zum Ausdruck kam. ⁶⁰⁴⁾

Außerdem waren für die Verwaltung des Pfründe- und Kapellenvermögens der Kirche St. Johannis zwei Ratsheeren als Gotteshauspfleger aufgestellt. ⁶⁰⁵⁾

Schließlich verlangte die Wahrung der Holzrechte der Laufer Bürger in der Nessenau besondere Aufmerksamkeit. Die Laufer hatten dort nur den unentgeltlichen "geprauch und die gerechtigkeit", während Eigentümer die Herrschaft war. Deshalb mußten bei der Verteilung des Holzes Rat und Pfleger zusammenwirken. Dies geschah in der Weise, daß Bürgermeister und Pfleger jährlich nach der neuen Ratswahl je ein Ratsmitglied zu Bevollmächtigten über das Nessenauer Waldgebiet ernannten. Wenn dann im Laufe eines Jahres ein Bürger um Holz nachsuchte, "sein (d.i.sind)pflieger und rat rettig worden, wie viel man demßselbigen geben wollte", anschließend hatten die beiden "Waldheeren" dem Gesuchsteller sein Holz zu bezeichnen und eine geringe Gebühr festzusetzen und zu erheben. Die eingehenden Beträge wurden dann in ein Register eingetragen und hälftemässig zwischen Stadt und Pfleger aufgeteilt. ⁶⁰⁶⁾

602) Koch S. 33.

603) Vgl. z.B. U.v. 1399 Januar 21, Gumbel Nr. 30.

604) U.v. 1378 März 23, StAN, Nbg.Salb.Rep.59 Nr. 12.

605) Vgl.z.B. U.v.1466 März 22, Gumbel Nr. 88, u.z.v. 1466 Mai 29, Gumbel, Nr. 89.

606) StAN,Nbg.Salb. Bd. 78, fol. 11b.

Die Amtszeit sämtlicher Inhaber von Ratsämtern beschränkte sich auf ihre Zugehörigkeit zum Rat, also in der Regel auf ein Jahr. Doch war Wiederwahl auch zu den Ratsämtern statthaft und regelmäßige Erscheinung.⁶⁰⁷⁾ Die Ratsämter wurden ehrenamtlich versehen, erst in der Nürnberger Zeit erhielten deren Inhaber eine geringe Aufwandsentschädigung. Keines der Ratsämter war völlig selbständig; alle unterstanden der Aufsicht des Rates, die sich vor allem in der jährlichen Überprüfung der Amtsrechnungen äußerte.⁶⁰⁸⁾

Außer der Geschäftsverteilung im Rahmen der Stadtämter wurden verschiedentlich die Aufgaben auch in der Weise verteilt, daß der Rat bestimmte Aufgaben von zwei dazu abgeordneten Mitgliedern wahrnehmen ließ. Dies geschah vor allem bei der Beurkundung wichtiger Rechtsvorgänge, z.B. von Grundstücksgeschäften, oder bei Verhandlungen mit auswärtigen Mächten, vor allem mit dem Nürnberger Rat.⁶⁰⁹⁾

dd) Verfahren.

Die Beschlüsse des Rates wurden in geschlossener Sitzung nach vorheriger Beratung gefaßt. Eine formelle Geschäftsordnung ist nicht mehr erhalten. Doch lassen sich den zu Beginn der Nürnbergerzeit erfolgten Aufzeichnungen althergebrachten Laufer Rechts einige sehr aufschlußreiche Tatsachen über den Verlauf der Ratssitzungen entnehmen. Zweck dieser Sitzungen war es danach, neben der Regelung von das Gemeinwesen betreffenden Angelegenheiten vor allem, unter den Bürgern aufgetretene Zwistigkeiten zu schlichten. Standen genügend Fragen an, so hatte der amtierende Bürgermeister einen allgemeinen Rechtstag auf einen Wochentag zu

607) Koch, S. 32, Sauer S. 104.

608) Vgl. z.B. für Spitalpfleger, StAL, SpR_{Reg} 1554, ff. Allgem. Bürger S. 61.

609) StAN Bfb. Bd. 25 (1454/55) fol. 86.

bestimmen und die Ratsmitglieder zu diesem Termin mündlich im Wege der Verkündung durch den Stadtknecht zu laden ⁶¹⁰⁾. Die Unabhängigkeit der Stadt zeigte sich darin, daß der Pfleger, da er an den gewöhnlichen Ratssitzungen nicht teilnahm, hierzu überhaupt nicht geladen wurde. Nur wenn es sich um Angelegenheiten handelte, die die Herrschaft unmittelbar angingen oder die sonst die Mitwirkung des Pflegers erforderlich machten, wurde auch er geladen. Dies erfolgte dann förmlich durch einen versiegelten Brief, den der Pfleger zu erbrechen und dem Bürgermeister zur Aufbewahrung zurückzugeben hatte ⁶¹¹⁾.

Eine eigene Ladungsbehörde, wie sie etwa für Nürnberg verbürgt ist ⁶¹²⁾, war in dem wesentlich kleineren Lauf nicht erforderlich.

Die nahezu völlige Unabhängigkeit des Bürgermeisters und des Rates vom Pfleger während der Ratssitzungen wurde bereits erörtert ⁶¹³⁾.

610) StAN Nbg.Salb.Bd. 78 fol.14 ff, (1516), ebenso Bd. 77 fol.,14 ff, (1514).

611) StAN Nbg.Salb.Bd. 78 fol.14.

612) Nagel, S. 12.

613) Vgl. oben S. 122.

Daß die Stadt in ihren Angelegenheiten freie Hand hatte, beweist gerade der Umstand, daß den abwesenden Pfleger nicht nur ein von diesem besonders ermächtigtes Ratsmitglied, sondern bei fehlender Ermächtigung der jeweils regierende Bürgermeister vertreten konnte. 614)

Andererseits war der Laufer Rat sehr gern bereit, bei der Behandlung unangenehmer Streitsachen die Entscheidungsbefugnis des Pflegers vorzuschieben, z.B. in einem Streit um die Gerichtsbarkeit in Haimersdorf mit der Stadt Nürnberg:

"hat mich der pot bericht, das ir der rat in
abwesen des pflegers euch der sachen nicht habt wölln
annemen, sondern an den pfleger zeprinngēn
verfanngēn." 615)

614) StAN, Nbg., Salb. Bd. 77 fol. 15.

615) StAN, Bfb. Bd. 51 (1503/04), fol. 9.

A N H A N G :

MITGLIEDER DES INNEREN RATES ZU LAUF
v. 1377 bis 1504.

Vorbemerkung: Die nachfolgend angeführten Mitglieder des inneren (engeren) Rates wurden zum überwiegenden Teil auf mittelbare Weise aus den ziemlich lückenlos erhaltenen Urkunden des Laufer Glockengießerspitals (zusammengestellt im Urkundenverzeichnis von Gumbel⁶¹⁶) und in den Urkundenregesten von Koch⁶¹⁷) festgestellt. Seit Ausgang des 14. Jahrhunderts ernannte der Rat zwei Ratsherren aus dem engeren Rat (Schöffen) zu "vormunden des Spitals". Diese traten auch als "treustrager" beim Lehensempfang in Erscheinung⁶¹⁸). In verschiedenen Urkunden ist die gleichzeitige Eigenschaft als Ratsschöffe und Spitalvormund⁶¹⁹) bzw. als Schöffe und Lehensträger⁶²⁰) besonders betont. Soweit bei den einzelnen Ratsmitgliedern eine Amtstätigkeit als Bürgermeister festgestellt werden konnte, wurde dies hinter dem jeweiligen Namen mit "B" gekennzeichnet.

-
- 616) Albert Gumbel, Urkundenverzeichnis (Lauf) handschriftlich und maschinengeschrieben in StAl, StAN/2043/6, zitiert als "G" Nr. "
617) Koch S. 105 ff.
618) Koch S. 31 ff.
619) z.B. U.v. 1399 Januar 21, G Nr. 30, Koch Reg.Nr. 56.
U.v. 1414 Dez. 29, G Nr. 42, Koch, Reg.Nr. 79.
620) z.B. U.v. 1443 Nov. 6, G Nr. 67, Koch, Reg.Nr. 98.
U.v. 1478 Juli 11, G Nr. 98, Koch, Reg. Nr. 123.

Name	Zeit	Reg. Koch Nr.	Fundstelle
Heinrich HOFMANN	1377 Dezember 6	12	StAN,Rep.59,Nbg.Salb Nr. 12, unter XI
	1379 Juli 19	-	HStM, Bamberger Urk.Nr.3831
Herman FUCHS	1377 Dezember 6	12	StAN Rep.59,Nbg.Salb.Nr.12 unter XI
Herman MULNER	1377 Dezember 6	12	StAN Rep.59,Nbg.Salb Nr.12
	1379 Juli 19	-	HStM, Bamberger Urkunde Nr.3831
	1398 August 21	55	Gümbel Nr. 29
Ulrich TURL	1377 Dezember 6	12	StAN,Rep.59,Nbg.Salb.Nr.12 unter XI
	1379 Juli 19	-	HStM, Bamberger Urkunde Nr.3831
Rudel HALTEN	1377 Dezember 6	12	StAN,Rep.59,Nbg.Salb.Nr.12 unter XI
Ulrich STAINPACH	1377 Dezember 6	12	StAN,Rep.59,Nbg.Salb.Nr.12 unter XI
Fritz HOLFELDER	1377 Dezember 6	12	StAN,Rep.59,Nbg.Salb. Nr.12 unter XI
Rodiger GERHARD	1379 Juli 19		HStM, Bamberger Urkunde Nr.3831
Fridrich STAHLER	1379 Juli 19		HStM, Bamberger Urkunde Nr.3831
Herman HOLFELDER	1379 Juli 19	-	HStM, Bamberger Urkunde Nr.3831
Chunrad OEDENPERGER	1379 Juli 19	-	HStM, Bamberger Urkunde Nr.3831
Fritz MULNER	1399 Januar 21	56	G.Nr. 30
	1401 Juni 19	61	G.Nr. 31
Jörg HOLFELDER	1399 Januar 21	56	G.Nr. 30
	1405 Dezember 27	69	StAN,Rep.100 Nr.515a, fol.183
Ott HOLFELDER	1401 Juni 19	61	G.Nr. 31
	1402 Dez. 3	63	G.Nr. 32
	1403 Dez. 30	65	G.Nr. 33
	1406 Apr. 12	70	G.Nr. 35
	1407 ohne Tagesangabe	72	StAN,Rep.59 Nr.84 fol.20'
	1412 April 4	77	G.Nr.40
	1412 Sept.18	78	G.Nr.41
	1414 Dez. 29	79	G.Nr.42
	1415 Febr.24	80	G.Nr. 43

Name	Zeit	Reg.Koch Nr.	Fundstelle
Seitz LAYSTER	1401 Mai 18	60	StAL, Spitalbuch fol. 63
	1402 Feb. 21	62	StAL, Spitalbuch fol. 58
	1408 Mai 26	75	StAL, Spitalbuch fol. 61
Heinrich FRÜAUFF	1402 Dez. 3	63	G.Nr. 32
	1403 Dez. 30	65	G.Nr. 33
Hanns KOLB	1405 Dezember 27	69	StAN, Rep. 100 Nr. 515a, fol. 183
	1406 April 12	70	G.Nr. 35
	1406 April 12	71	StAN, Rep. 100 Nr. 515a, fol. 284
	1407 ohne Tagesangabe	72	StAN, Rep. 59 Nr. 84 fol. 20
	1408 Mai 9	73	StAL, Spitalbuch fol. 62
	1409 Januar 8	76	G.Nr. 38
	1414 Dezember 29	79	G.Nr. 42
	1415 Februar 24	80	G.Nr. 43
Niclas WIRTH	1408 Mai 9	73	StAL Spitalbuch fol. 62
	1409 Januar 8	76	G.Nr. 38
	1412 April 4	77	G.Nr. 40
	1412 September 18	78	G.Nr. 41
	1430 Januar 7	88	StAN, Rep. 100 Nr. 515a, fol. 217
	1436 März 8	92	G.Nr. 58
Christian TEWRLEIN/B	1418 September 29	82	StAN, Rep. 100 Nr. 515a, fol. 215
	1426 Dezember 4	86	StAN, Rep. 100 Nr. 515a, fol. 266
	1430 Oktober 30	89	G.Nr. 56
	1435 September 5	-	StM, Pfalz Neuburg, Urk. Reichsstädte Nr. 330
	1439 März 15	96	G.Nr. 65
	1443 November 6	98	G.Nr. 67
	1446 Januar 27	99	G.Nr. 69
	1448 Mai 8	-	G.Nr. 72
Conrad SCHARRER	1426 Dezember 5	86	StAN, Rep. 100 Nr. 515a, fol. 266
	1430 Januar 7	88	StAN, Rep. 100 Nr. 515a, fol. 217
	1430 Oktober 30	89	G.Nr. 56
Ott OFNER	1436 März 8	92	G.Nr. 58
Contz HELLER (Conrad)	1435 September 5	-	StM, Pfalz Neuburg, Urk. Reichsstädte Nr. 330
	1436 März 8	92	G.Nr. 58
	1447 September 24	101	G.Nr. 71
	1448 Mai 8	-	G.Nr. 72
	1450 Oktober 30	104	G.Nr. 75
	1458 April 12	-	StM, Pfalz Neuburg, Urk. Reichsstädte Nr. 367

Name	Zeit	Reg.Koch Nr.	Fundstelle
Eberlein PAWR (Eberhart)	1437 Juni 29	93	G.Nr. 59
	1438 September 21	94	G.Nr. 63
	1438 ohne Tagesangabe	95	G.Nr. 64
	1439 März 15	96	G.Nr. 65
	1443 November 6	98	G.Nr. 67
	1446 Januar 27	100	G.Nr. 70
	1451 März 12	-	HStM, Urk. Oberpfalz Nr. 110/3
	1451 Juni 3	105	G.Nr. 76
	1456 Dezember 3	110	G.Nr. 80
	1457 März 24	111	G.Nr. 81
	1457 Juli 13	112	G.Nr. 82
	1458 April 12	-	HStM, Pfalz Neuburg, Reichsstädte Nr. 367.
Ott TUGUNTER bzw. TUGENT B	1435 September 5	-	HStM, Pfalz Neuburg Urk. Reichsstädte Nr. 33C
	1437 Juni 29	93	G.Nr. 59
	1438 September 21	94	G.Nr. 63
Heinrich HAPFNER	1435 September 6	-	HStM, Pfalz Neuburg, Urk. Reichsstädte Nr. 33C
Ulrich WERNHER B E	1446 Januar 27	99	G.Nr. 69
	1446 Januar 27	100	G.Nr. 70
	1464 August 17	116	G.Nr. 87
	1464 Oktober 3	-	HStM Pfalz Neuburg, Urk. Reichsstädte Nr. 403
	1464 Oktober 7	-	HStM Pfalz Neuburg, Urk. Reichsstädte Nr. 398
	1466 März 22	117	G.Nr. 88
	1466 Mai 29	118	G.Nr. 89
	1467 Oktober 30	121	StAN, Rep. 100 Nr. 515a, fol. 89'
Hansen SEIDELMANN	1447 September 24	101	G.Nr. 71
Jörg HELLER	1448 Mai 8	-	G.Nr. 72
Heinrich KUN	1450 Oktober 30	104	G.Nr. 75
	1451 März 12	-	HStM, Urk. Oberpfalz Nr. 110/3
	1451 Juni 3	105	G.Nr. 76
Mertein BISCHOFF B	1456 Dezember 3	110	G.Nr. 80
	1457 März 24	111	G.Nr. 81
	1457 Mai 31	-	HStM Pfalz Neuburg Urk. Reichsstädte Nr. 367
	1457 Juli 13	112	G.Nr. 82
	1457 ohne Tagesangabe	113	G.Nr. 83

Name	Zeit	Reg.Koch Nr.	Fundstelle
Jorg HAFNER	1457 ohne Tagesangabe	113	G.Nr. 83
Conrat MACKEL	1459 Oktober 21	114	G.Nr. 84
Friedrich PETZ	1459 Oktober 21	114	G.Nr. 84
	1464 August 17	116	G.Nr. 87
	1466 März 22	117	G.Nr. 88
	1466 Mai 29	118	G.Nr. 89
	1467 Oktober 30.	121	StAN,Rep.100 Nr.515a, fol. 89 ¹
	1471 März 23	122	G.Nr. 91
Jorg LYNTHNER	1467 Juli 31	120	StAN Rep.100 Nr.515a, fol.2 ¹
Michel POGHOLTZ (POGOLTZ)	1471 März 23	122	G.Nr. 91
	1478 Juli 11	123	G.Nr. 98
	1483 März 10	124	StAN,Rep.100 Nr.515a, fol.169
Hanns HELLER	1478 Juli 11	123	G.Nr. 98
	1483 März 10	124	StAN,Rep.100 Nr.515a, fol.164
	1485 Januar 20	125	G.Nr. 103
	1485 Januar 20	126	G.Nr. 104
	1485 Oktober 10	127	G.Nr. 105
	1486 September 12	128	G.Nr. 107
	1490 Oktober 14	130	G.Nr. 109
	1501 Februar 16	132	G.Nr. 110
Hans LYNTHNER	1485 Januar 20	125	G.Nr. 103
	1485 Januar 20	126	G.Nr. 104
	1485 Oktober 10	127	G.Nr. 105
	1486 Sept. 12	128	G.Nr. 107
	1487 Dezember 15	129	G.Nr. 108
Eberhart HOLFELDER	1486 ohne Tagesangabe	-	StAA Sulzbacher Admini- strativ-u.Rechtsgegen- stände Nr. 379
Conratz HOFFMANN (Conrad)	1490 Oktober 14	130	G.Nr. 109
	1501 Februar 16	132	G.Nr. 113
Linhart DIETENHOFER	1492 Januar 21	131	G.Nr. 110
Georg BETZ	1502 Februar 21	133	G.Nr. 115
	1502 März 2	134	G.Nr. 116
Hanns MULNER	1502 Februar 21	133	G.Nr. 115
	1502 März 2	134	G.Nr. 116

d) Der äußere Rat.

Als zweites Organ der städtischen Selbstverwaltung stand in Lauf neben dem inneren Rat der äußere Rat. Er bildete die Vertretung der Gemeinde gegenüber dem inneren oder engeren Rat.⁶²¹⁾ Seine vier Mitglieder wurden auch die "vier von der gemein"⁶²²⁾ oder kurz Ratsvierer⁶²³⁾ genannt. Erstmals erwähnt werden die Ratsvierer 1378⁶²⁴⁾, aus einer Urkunde von 1401⁶²⁵⁾ sind die Namen der damals amtierenden Mitglieder des äußeren Rats bekannt: Chunrad Wild, Ulreich Weber, Gumler und Chunrad Sneyder.

Die Befugnisse des äußeren Rates sind infolge des Verlustes der Ratsbücher nicht genau zu bestimmen. Einzelnen erhalten gebliebenen Urkunden läßt sich jedoch entnehmen, daß bei Beschlüssen über Angelegenheiten von besonderer Wichtigkeit und über Fragen, die die Gesamtbevölkerung angingen, der äußere Rat beigezogen wurde. Beispiele hierfür sind die Prüfung und Genehmigung der Stadtrechnung⁶²⁶⁾ und die in eigener Zuständigkeit erhobene Stadtsteuer, die "der rat daselbs mit wissen und beiwesen der vier von der gemein"⁶²⁷⁾ beschloß. Zwei der für die Steuereinnahme und -Verteilung zuständigen "puchsenherrn" waren Ratsvierer.⁶²⁸⁾ Schließlich waren die Mitglieder des äußeren Rates an der Verteilung des Gemeindefolzes⁶²⁹⁾, zwei von ihnen am sog. Rechnungsverhör des Spitals⁶³⁰⁾ beteiligt.

621) Sauer, S. 102.

622) StAN Nbg., Salb. Bd. 78 fol. 14.

623) Sauer, S. 109.

624) U.v. 1378 März 23, StAN Nbg., Salb. Rep. 59-Nr. 12.

625) U.v. 1401 Juni 19, Gumbel Nr. 31,

626) Koch, S. 20.

627) StAN, Nbg. Salb. Bd. 78, fol. 14.

628) StAN, Nbg., Salb. Bd. 78 fol. 14.

629) U.v. 1401 Juni 59, Gumbel Nr. 31

630) U.v. 1378 März 23, StAN, Nbg. Salb. Rep. Nr. 12.

Auch die Ratsvierer hatten jährlich nach der neuen Ratswahl einen Amtseid zu leisten. Der der Ratswahlordnung⁶³¹⁾ beigegebundene "Vierer aide der gemeind" beschränkt sich jedoch auf formelhafte Wendungen und allgemein gehaltene Ergebenheitsformeln gegenüber der Herrschaft. Rückschlüsse auf Pflichten- und Aufgabenbereich der Ratsvierer lassen sich hieraus nicht herleiten.

e) Die Stadtbediensteten:

Soweit bestimmte Geschäftszweige der städtischen Verwaltung nicht durch Inhaber der sog. Ratsämter wahrgenommen wurden, waren sie auf Stadtbedienstete übertragen. Diese wurden im Gegensatz zu den Inhabern der Ratsämter durch besoldete Anstellung gewonnen. Mangels entsprechender Aufzeichnungen läßt sich die allmähliche Aufspaltung der Aufgaben auf die einzelnen Ämter nicht verfolgen; den vorhandenen Urkunden ist nur eine bereits ausgebildete Aufgabenteilung seit Mitte des 15. Jahrhunderts zu entnehmen.

Der wichtigste Beamte der städtischen Verwaltung war der Stadtschreiber. Nachweisbar ist der Stadtschreiber zwar erst seit Beginn des 16. Jahrhunderts.⁶³²⁾ Sein Amt muß aber bedeutend älter sein, da sich die Nachricht aus dieser Zeit auf den vorangegangenen Zustand bezieht. Außerdem sind vom 14. Jahrhundert an städtische Urkunden ausgestellt worden, deren Abfassung sicher durch einen ständigen und vermutlich schon früh bediensteten Schreiber geschah.

631) StAN, Nbg.Salb.Bd. 222,Rep.59.

632) StAN,Nbg.Salb.Bd. 78, fol.15 (1516).

Wie andererseits waren die Aufgaben des Laufer Stadtschreibers sehr vielseitig und umfangreich. Er versah den täglichen Schreibdienst, nahm an den geheimen Ratssitzungen teil und führte dabei die Protokolle, die sog. Ratsmanuale ⁶³³⁾. Daneben oblag ihm die Ausfertigung städtischer Urkunden sowie die Ausfertigung von Schreiben und anderen Urkunden für Privatpersonen. Zur Zeit der Nürnberger Herrschaft war er auch der Rechnungsführer der Stadtkämmerei ⁶³⁴⁾.

Da er gleichzeitig auch Gerichtsschreiber war, führte er die Stadtgerichtsbücher, fertigte Vernehmungsniederschriften an und erteilte Ausfertigungen von Gerichtsbriefen. In das Gerichts oder Stadtbuch hatte er auf Verlangen der Vertragsparteien auch alle Grundstücksgeschäfte einzutragen ⁶³⁵⁾. Allerdings hatte diese briefliche Bestätigung nur deklaratorischen Charakter ⁶³⁶⁾.

Seit Beginn der Nürnberger Herrschaft war der unmittelbar vom Nürnberger Rat eingesetzte Stadtschreiber "gleichsam der Obrigkeit Ange" ⁶³⁷⁾, da er noch in den letzten Rest eigener Zuständigkeit des Laufer Rats Einblick hatte.

Entsprechend seinem Amtseid ⁶³⁸⁾ war der Stadtschreiber ursprünglich dem regierenden Bürgermeister und dem Rat, von denen er auch angestellt wurde ⁶³⁹⁾, später vor allem der Nürnberger Herrschaft zur Dienstleistung und Verschwiegenheit verpflichtet. Als weitere Pflichten nennt die aus der beginnenden Nürnberger Zeit erhalten gebliebene Eidesformel Unparteilichkeit und Unbestechlichkeit.

633) Bürger, S. 62.

634) Koch, S. 22.

635) StAN, S. I L.38 Nr. 73, Produkt Nr. 4 (1506)

636) Koch, S. 85.

637) Reicke, S. 264.

638) StAN, Nbg. Salb. Rep. 59, Bd. 222.

639) StAN, Nbg. Salb. Bd. 67, fol. 15.

Zur Erledigung der niederen Verwaltungsgeschäfte war der Stadtknecht oder "Fronpotte"⁶⁴⁰⁾ zuständig. Seine Anstellung erfolgte ebenfalls durch den amtierenden Bürgermeister.⁶⁴¹⁾ Die Aufgaben des Stadtknechts werden in seinem Eid im einzelnen aufgezählt. Da die erhaltene Fassung aus Nürnberger Zeit ausdrücklich das alte Herkommen betont, wird die Eidesformel im Wortlauf wiedergegeben: ⁶⁴²⁾

Des Stadtknechtsaide.

Es soll der so zu einem statknecht von der herschafft aufgenommen wurd, sein treu geben und daruf zu got dem almechtigen einen aide schweren, das er einen erbern rathe der stat Nurnberg wol getreu und gewar sein, iren frumen furdern und schaden wenden, und das er auch einem pfleger von herschafft wegen, auch burgermaistern und rathe zu Lauff wol gewertig und gehorsam sein, was sy ime schaffen oder bevelhen, jemandt zu fordern, zuerbietten, zufahen, handtzhaben und anders, in peinlichen oder burgerlichen sachen, dasselbig getreulich und mit vleissiger bewarung bei tag und nacht zu thun, und was ime gerichtshalben mit furboten, verkundungen, pfendten und andern, das gleichen auch der rug halben bevolhen wurdet getreulich ausrichten und darinnen niemandt zu verschonen, und davon jedesmals so er derhalben gefragt wurd, sein wares wissen antzutzaigen, und so man gefangen leut hat, das er dieselben wolle bei tag und nacht getreulich verwaren und halten, wir ime ain pfleger, burgermaister und rathe das bevelhen, damit die nit auskumen und unrath davon entstee, und das er auch niemandt zu ainichem gefangen lassen noch jemandt etwas aus der fangknus von innen sagen wolle one bevelh, das er auch die unghorsamen widersessigen frevel, mißhandlungen und ubelthaten und fraißsachen so er die erfahren wurde wolle antzaigen und darinnen nichts verhalten und auch alle wandel getreulich einbringen, sor nach nit behalten, und ob er etwas beim pfleger, rathe, gericht oder sonst ungerverlich horet, oder ime bevolhen und vertraut wurdet, das sich zuverschweigen geburet bei ime behalten wolle, auch sonnst den stat Lauf rathe und gericht haimlichkeit, sovil er dar hörn, vernemen oder erlernen wurde, zu aller

640) StAN Bd. 77 fol. 9.

641) StAN, Nbg, Salb. Bd. 78 fol 15.

642) StAN, Nbg. Salb. Bd. 222. (Rep. 59).

zeit zuverschweigen, und niemandt zu offenbaren, und so ime auch das ambdt das traid zumessen und andre ambdtlein bevolhen werden, das er wol getreulich, vleissig und einen ieden nach dem rechten, geeichtem statmaß, das ime von rathswegen eingegeben ist, messen, one ainich sonderung oder vortail, zugleich dem armen als dem reichen auch ain geuerlich oder ander gut, das nit kaufmansgut ist, fur gerecht messen, sonder solchs dem ihennen so es zu nachtail ruret antzaigen und das er sich auch mit senem gleichmessigen lon nach heissen und messung eines pfleger, raths, gericht, oder burgermaisters wol fertigen lassen, und sonsten alles anders zuthun, das einem statknecht des orts von herschafft raths, gericht und von gemainer stat wegen von alter herkumen nach gestalt seines ambdts zuthun geburet alles getreulich und ungeverlich.

Und so hinfuran ein statknecht durch die herschafft aufgenommen wurd, sol derselbig in beiwesen burgermaister und raths einem pfleger globen, der ine dan alsbald mit dieser pflicht von herschafft wegen zum ambdt ververtigen soll. Aber so man kunftig einen rathe besetzt sol man einem statknecht dise pflicht furlesen, in beisein pflegers, burgermeister und rathe, da sol dan der herschafft zur rathwal gesanten globen bei dem vorgethanen aid, dem also getreulich nachzukommen.

Der Stadtknecht hatte danach auch Aufgaben des Gerichtsdieners zu besorgen. Außerdem hatte er zu den Ratssitzungen zu laden ⁶⁴³⁾. Ein Jahressold des Stadtknechts ist nicht feststellbar. Doch erhielt er von jedem Grundstücksgeschäft und bei jeder Bürgeraufnahme je zwei Gulden ⁶⁴⁴⁾.

Der Tätigkeitsbereich der beiden Stadtflurer lag im Gegensatz zu dem des Stadtknechtes hauptsächlich außerhalb der Mauern. Sie waren dem Pfleger und dem Bürgermeister verpflichtet und hatten täglich abwechselnd die Nessenau und die Spitalhölzer zu begehen. Dabei oblag ihnen die Verhinderung von Wald- und Forstfreveln, die Sauberhaltung von Brunnen und die Beseitigung von Tierkadavern.

643) STAN, Nbg.Salb.Bd. 77, fol.14.(1514)

644) STAN, S.I und L.38,Nr. 79,Produkt Nr.4 (1506)

Neben diesen hauptsächlichen Ämtern sind noch einige Nebenämter nachweisbar, die hier nur kurz genannt werden sollen. Der Spitalmeister hatte in der Hauptsache den inneren Spitalbetrieb zu leiten ⁶⁴⁵⁾. Ferner besoldete die Stadt noch einen Kirchner oder Kirchendiener und mindestens einen Hirten ⁶⁴⁶⁾. Daneben mag es bereits vor 1504 wie anderswo weitere Stadtbedienstete wie Baumeister oder Torwächter gegeben haben. Sie sind aber in den aus dieser Zeit vorhandenen Urkunden nicht genannt. Zur Nürnberger Zeit ist die Stadtverwaltung dann durch zahlreiche Bedienstete bereits erheblich angewachsen. Die zahlreichen Stadtämter dieser Periode wurden bereits von anderen Bearbeitern dargestellt ⁶⁴⁷⁾.

4. Wappen und Siegel der Stadt.

Kennzeichen der mit freiem Recht ausgestatteten Städte war neben dem Rathaus und der Stadtglocke auch das Stadtsiegel ⁶⁴⁸⁾. Es stellt in der Frühzeit einen äußeren Beweis für die Einführung der Ratsverfassung und das Vorhandensein einer Stadtoberkeit dar, die gewisse Verwaltungs- und Gerichtsfunktionen ausübte ⁶⁴⁹⁾. Daneben kam dem Stadtwappen ursprünglich keine größere Bedeutung zu, da die Städte außer im Siegel kein besonderes Sinnbild ihrer Körperschaft benötigten ⁶⁵⁰⁾.

645) Koch S. 33.

646) StAN, Nbg. Salb. Bd. 78 fol. 14.

647) Sauer S. 61, Bürger S. 62.

648) Planitz, Die deutsche Stadt im Mittelalter, S. 296.

649) Stadler-Zollhoefer, S. 20.

650) Schnellbögl, Wappen und Siegel der Stadt, S. 24.

Aus dem Jahre 1365, also aus einer Zeit zwölf Jahre nach der Eingliederung in das böhmische Reich Karls IV., ist das erste Siegel der Stadt Lauf an einer von der Stadt besiegelten Urkunde erhalten ⁶⁵¹⁾. Das Siegelbild zeigt eine auf einem sogenannten Dreiberg getürmte Stadtmauer, zwischen deren Türmen ein kleiner Schild mit einem doppelgeschwänzten Löwen, dem Symbol der damals so mächtigen böhmischen Hausmacht schwebt. Ähnliche Wappenbilder zeigten in jener Zeit auch viele andere deutsche Städte, die oft Mauer, Tor und Türme im Siegel führten ⁶⁵²⁾. Dies ist damit zu erklären, daß in der frühen Blütezeit der Heraldik ^{652a)} die Städte keine eigentlichen Wappen besaßen. Ihre Siegel enthalten zum größten Teil kein Wappen, oder wo ein solches erscheint, ist es entlehnt, sei es vom Kaiser oder König oder von einem Landesherrn ⁶⁵³⁾.

Infolge eines Bruches auf einem aus böhmischer Zeit überlieferten Siegel ist die Umschrift (Legende) nur lückenhaft überliefert. Sie lautet: "Laufe ...atur, quod Boemie...amulatur" und ist wie folgt zu ergänzen: "Laufe estimatur, quod Boemie famulatur", zu deutsch: "Lauf wird geachtet, weil es Böhmen dienstbar ist" ⁶⁵⁴⁾.

651) U.v.1365, Juli 22, ~~ASTA~~ Gerichtsurkunde Rothenberg, Nr. 116. Vgl. beigelegte Übersicht Siegel Nr. 1.

652) Planitz, Die deutsche Stadt im Mittelalter, S.296.

652a) Lehre vom Wappenwesen, eine der historischen Hilfswissenschaften.

653) Gritzner, S. 73.

654) Schnelbögl, Lauf-Schnaittach, S. 64.

Dadurch sollte wohl die für ewige Zeiten gedachte Schicksalsverbundenheit des Ortes mit der Krone von Böhmen zum Ausdruck gebracht werden. Aus dem Umstand, daß andere Städte des damaligen Böhmen z.B. Naustadt an der Waldnaab oder die Nachbarstadt Hersbruck die Zugehörigkeit zur böhmischen Krone durch ähnliche Sinnsprüche hervorhoben, ist zu schließen, daß die jeweiligen Siegel auf Geheiß der staatlichen Obrigkeit, wenn nicht sogar auf unmittelbarem Befehl Kaiser Karls selbst, geschnitten wurden. ⁶⁵⁵⁾

Anhand der im Laufe der Zeit vorgenommenen Änderungen des Laufer Wappens läßt sich die weitere Stadtgeschichte recht gut verfolgen. Als Karl IV. 1373 auf einen Teil des sog. Neuböhmen, darunter auch Lauf, verzichtete, wurde das Laufer Siegel sehr bald abgeändert. Schon 1379 ⁶⁵⁶⁾ erscheint im Stadtsiegel der Rautenschild der Wittelsbacher, der zwischen den beiden Türmen über der Mauer an einer an der Umrandung gehaltenen Kette bzw. einem Band herabhängt. An die Stelle des bis dahin vorhandenen Dreiberg ist eine durchgehende Mauer mit Schießscharten getreten. In der stilistischen Auffassung hat sich wenig geändert, nur die Türme sind etwas schlanker und eleganter geworden. An die Stelle der überholten Reimschrift der böhmischen Zeit ist die nun allgemein übliche Legende "Sigillum civitatis in Lauf" getreten. Das geschilderte Bild ist in Wappenform überliefert, nämlich am "oberen" oder Hersbrucker Tor zu Lauf.

Eine der ersten Handlungen der Nürnberger Eroberer im Jahre 1504 war es, die an den Toren und am Rathaus angebrachten pfälzischen Wappen zu entfernen und dafür nürnbergische anzubringen. ⁶⁵⁷⁾

655) Schmelbögl, Wappen u. Siegel, d. Stadt., S. 24.

656) Vgl. beigelegte Übersicht, Siegel Nr. 2.

657) Sauer, S. 53.

300 Jahre lang trug nun Lauf in ~~seinem~~ Wappen zwischen den beiden nunmehr runden Türmen das eingehängte Wappen Nürnbergs mit dem halben Adler und der sechsfachen schrägrechten Teilung.⁶⁵⁸⁾

Im Schildfuß erscheint erneut der früher schon vorhandene Dreiberg. Das Wappenschild hängt nun statt an einer Kette an einer zierlichen Bandschleife. Auch sind die Dächer an den Türmen nicht mehr zugespitzt, sondern runde Hauben. Die Siegelinschrift lautet anfänglich: "sigillum novum civitatis lauff"⁶⁵⁹⁾, womit der inzwischen stattgehabte Besitzwechsel und das neue Siegelbild besonders betont werden sollten.

Erst im Jahre 1806 wurde wieder ein bayerisches Wappen mit Rautenschild, diesmal "unter Glockengeläute" am Laufer Rathaus angeschlagen.⁶⁶⁰⁾ Von 1365 bis zu Beginn des 16. Jahrhunderts ließen sich für Lauf die folgenden drei Siegelformen feststellen:

Siegel Nr. 1 (Abb. 4)

Kommt zum ersten und einzigen Male in leicht beschädigtem Zustand an einer Urkunde von 1365 Juli 22 = HStA, Gerichtsurkunde Rothenberg 116 vor.

Siegelbild: eine auf einem sog. Dreiberg getürmte Stadtmauer, zwischen deren Türmen ein kleiner Schild mit einem doppelgeschwänzten Löwen schwebt. Umgeben von Spruchband. Durchmesser: 60 mm.

Legende: LAUFE.!!l. ATUR QUOD BOEMIE....AMULATUR.

Siegel Nr. 2 (Abb. 5)

Erstes Exemplar nachweisbar an einer Urkunde von 1379 Juli 19 = HStA, Urk. Bamberg Nr. 3831. Weiteres guterhaltenes Exemplar an der Urkunde von 1412 September 25 = StAN, Nbg., Heiliggeistspital Nr. 71 (Abb. 5).

Siegelbild: von zwei gezinnten Türmen flankierter Rautenschild, der zwischen den beiden Türmen über einer durchgehenden mit Schießscharten versehenen Mauer an einer an der Siegelumrandung festgehaltenen Kette herabhängt. Umgeben von Spruchband.

Durchmesser: 49 mm.

Legende: S. CIVITATIS IN LAUF.

658) Vgl. beigefügte Übersicht, Siegel Nr. 3.

659) Vgl. die Beschreibung bei Zahn, S. 19, 20.

660) Sauer, S. 237.

Siegel Nr. 3 (Abb. 6)

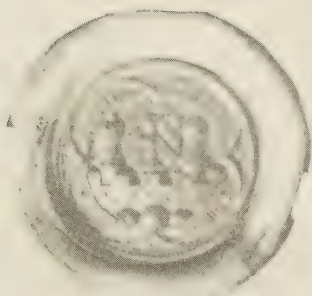
Taucht zum ersten Mal an einer Urkunde von 1512 Februar 23= StAN, S. I L.253 Nr. 1028 auf und bleibt nachweislich bis zum Ende der Nürnberger Herrschaft im Jahre 1806 in Gebrauch. Ein besonders gut erhaltenes Stück befindet sich an einer Urkunde von 1518 Juli 1 = StAN, D-Urkunde Nr. 831 (Abb. 6).

Siegelbild: Zwischen zwei runden Türmen mit runden Hauben an einer Bandschleife herabhängender Rautenschild mit einem halben Adler auf der **rechten** und sechsfacher schrägrechter Teilung auf der **linken** Schmalseite. Im Siegelfuß erscheint der früher schon vorhandene Dreieck. Das Siegel ist im Vierpaß mit Spruchbändern umgeben.

Durchmesser: 38 mm.

Legende: Sigillum novum civitatis lauff.

Darstellungen des Laufer Stadtwappens aus der Nürnberger Zeit befinden sich auf den Schauseiten des Hersbrucker Tores und des Nürnberger Torturms. Das Wappen am Hersbrucker Tor trägt die Jahreszahl 1476, was ebenso wie seine etwas **breitere und schwerfälligere Form** darauf hinweist, daß dort ursprünglich der bayerische Rautenschild angebracht war.



T E I L I V .

GERICHTSBARKEIT.

I. Die hohe Gerichtsbarkeit:

Über die Gerichtsverhältnisse in und um Lauf vor der Mitte des 13. Jahrhunderts sind keine urkundlichen Belege vorhanden. Mit Schnellbögl⁶⁶¹⁾ kann man in dem südlichen Endpunkt Leinburg und in dem nördlichen Bullach des alten Laufer Geleites nur die "äußersten Äste" eines nach Lauf zuständigen Gerichts- und Wirtschaftssprengels aus der Reichsgutzeit vermuten. Die Ausübung der Gerichtsbarkeit⁶⁶²⁾ lag dabei in den Händen der Laufer Reichsministerialen.

Als seit dem 13. Jahrhundert die Wittelsbacher auf dem ehemaligen Nordgau ihr Territorium schrittweise ausbauen konnten, indem sie die Hochgerichtsbarkeit, die Quelle der Territorialhoheit, in vielfacher Weise erwarben⁶⁶³⁾, wurden auch die Gerichtsverhältnisse klarer. Es legte sich ein einheitliches Netz von Landgerichten über ihr Territorium⁶⁶⁴⁾, in das auch der Nordgau einbezogen wurde. Dabei fielen auf Grund von besonderen historischen Entwicklungen Landgerichts- und Pflegeamtsbezirk nicht immer zusammen. Es kam vor, daß z.B. die Gerichtsbarkeit des Landgerichts über den Bezirk des Pflegamtes hinausreichte. Letzteres war bei dem für Lauf zuständigen Landgericht Sulzbach der Fall.

661) Lauf-Schnaittach, S. 52.

662) Bosl, Nbg. als Stützpunkt staufischer Staatspolitik, S. 72, Bosl, Die Reichsministerialität als Träger staufischer Staatspolitik, S. 41.

663) Scherl, S. 202.

664) Vgl. hierzu die Karten von Guttenberg "Die Grafschaften zu Anfang des 11. Jahrhunderts"; "Neubildung der Grafschaften im Nordgau um 1065"; "Grafschaften und Herrschaften in der 1. Hälfte des 13. Jahrhunderts" bei Scherzer, Abb. 64, 66 und 69.

1. Das Landgericht Sulzbach.

Da die äußere Geschichte, die Organisation und die Zuständigkeit des Landgerichts Sulzbach bereits eine umfassende und gründliche Erläuterung erfahren haben ⁶⁶⁵⁾, erscheint es überflüssig, in der vorliegenden Darstellung auf diese Punkte nochmals mit der gleichen Ausführlichkeit einzugehen. Inso- weit wird daher nur eine gedrängte Zusammenfassung gegeben und im übrigen auf die Ausführungen Mayerhofers verwiesen, während die Lauf be- treffenden Besonderheiten eine eingehendere Darstellung finden sollen.

Das Landgericht Sulzbach leitet sich seinem Ursprung nach von den Grafschaftsrechten der alten Graf- schaft Sulzbach ab ⁶⁶⁶⁾. Deren Jurisdiktionsgrenzen blieben auch nach dem Übergang Sulzbachs an die Wittelsbacher wenigstens teilweise für längere Zeit noch erhalten. Daraus erklärt sich die Besonderheit, daß entgegen der sonst damals in Bayern üblichen Gerichtsorganisation Landgerichts- und Pflegeamtsbezirk Sulzbach zunächst nicht zusammenfielen, sondern die Gerichtsbarkeit des Landgerichts weit über den Bezirk der Pflegeämter hinausreichte.

665) Mayerhofer S. 170 ff.

666) Schnelbögl, Lauf-Schnaittach, S. 37.

Der Gerichtsbezirk des Landgerichts Sulzbach erstreckte sich nach Westen ziemlich früh in einer schmalen Zunge zu beiden Seiten entlang der Pegnitz bis Erlenstegen vor Nürnberg. ⁶⁶⁷⁾ Ein pegnitzaufwärts reichender Gerichtszwang des kaiserlichen Landgerichts Nürnberg ist nicht nachweisbar. ⁶⁶⁸⁾ Die ursprünglichen Grenzen des Landgerichts Sulzbach können nur annähernd beschrieben werden. Gewisse Anhaltspunkte ergeben sich aus der Lage der einzelnen Gerichtsstätten. Man tagte nämlich vorzugsweise gerade an den entferntesten Orten des Gerichtsbezirks, damit durch diese Übung die Zuständigkeit in den vom Landgerichtssitz abgelegenen Gegenden nicht in Vergessenheit geraten konnte. ⁶⁶⁹⁾ Als erste urkundlich nachweisbare Dingstätte erscheint im Jahre 1330 die "Snaytach"-Brücke. ⁶⁷⁰⁾

Die weiteren drei Dingstätten des Landgerichts Sulzbach werden in einer von Bischof Leupold von Bamberg ausgestellten und in das Neuböhmische Salbuch übernommenen Urkunde von 1359 ⁶⁷²⁾ wie folgt genannt:

-
- 667) Schnelbögl Lauf-Sohnaittach, S. 38.
 - 668) Schnelbögl, S. 42 gegen Dannenbauer, S. 83, 89, Anmkg. 597, 138, 935.
 - 669) Schnelbögl, Lauf-Sohnaittach, S. 39.
 - 670) Landgerichtsbrief v. 1339 Juni 30= HStM GUS LG fasc. 1 Nr. 1: RB VII, S. 252.
 - 671) entfällt.
 - 672) Urk. v. 1359 Apr. 26=RB VIII, S. 416. Eine Abschr. d. Urk. v. Karl IV. f. d. Bamberger Bischof ausgest. ist im Neuböhm. Salbuch, HStM Staatsverw. Nr. 1083 fol. 113 ff. enthalten.

"Luchsenbrucken" (bei Plankenstein), Roslauben
(nördlich von Hormersdorf) und Kapfsperch (Kasberg bei
Gräfenberg),

1360 erscheinen Auerbach ⁶⁷³⁾ und ein Jahr später Lauf ⁶⁷⁴⁾
als weitere Gerichtsstätten. Als Karl IV. gegen Ende
seines Lebens 1373 die Südhälfte von Neuböhmen an die
Wittelsbacher zurückgab, ⁶⁷⁵⁾ wurde auch das Landgericht
Sulzbach geteilt. Im Norden entstand das neue Land-
gericht Auerbach für die böhmisch gebliebenen Länder.
Der südliche Teil kam an die Wittelsbacher. ⁶⁷⁶⁾
Als Gerichtsstätten des verkleinerten Landgerichts ⁶⁷⁸⁾
tauchen nunmehr Hersbruck (1396) ⁶⁷⁷⁾ und Altdorf (1408)
auf.

Während Altdorf bald wieder verschwindet, ⁶⁷⁹⁾ sind
in Hersbruck noch bis 1490 ⁶⁸⁰⁾ und in Lauf bis 1498 ⁶⁸¹⁾
Sitzungen des Landgerichts Sulzbach nachweisbar. Im
16. Jahrhundert wurde dessen Gerichtsbarkeit schließlich
auf die Grenzen des Pflegeamtes Sulzbach zurückgedrängt. ⁶⁸²⁾
Erwähnenswert erscheint in diesem Zusammenhang, daß die
Aufteilung des alten Sulzbacher Landgerichts wegen der
erheblichen Ausdehnung des Gerichtsbezirkes und infolge
des Erfordernisses persönlicher Anwesenheit der
Parteien bei Klageerhebung und -entgegennahme offenbar
auch einem dringenden Bedürfnis der rechtsuchenden
Bevölkerung entsprach: "Nun ist solch landtgericht zu
Sulltzpach etlichen stetten, slossen und merckten zu
weit zu suchen gewest und zu gros das die leut nicht
haben mögen daran gefertigt werden, und ist das landt-
gericht geteilt worden....." ⁶⁸³⁾

673) Landgerichtsbrief v. 1360 = MB 25, S. 146.

674) Landgerichtsbrief v. 1361 = MB 24, S. 424 = RB IX,
S. 42.

675) Vgl. oben S. 8

676) Piendl, S. 7..

677) Urk. v. 1396 in Pfarrarchiv Neunkirchen.

678) Urk. v. 1408 StAN Kais. Landger. Nbg. Nr. 111 S. 87 b.

679) Mayerhofer S. 172.

680) Landger. Brief v. 1490 = MB 24 S. 724.

681) StAA SA Nr. 5118 fol. 38.

682) Mayerhofer S. 249.

683) Neuburger Copialbuch, HStM. 91, fol. 305.

Die erste Sitzung in Lauf aus dem Jahre 1361 leitet der Sulzbacher Landrichter Volkolt von Tann⁶⁸⁴⁾. 1391⁶⁸⁵⁾ und 1416⁶⁸⁶⁾ finden Sitzungen in Lauf unter dem Landrichter Altmann Kemnater statt. 1425⁶⁸⁷⁾ urteilt Landrichter Hartung von Eggloffstein in Lauf über eine Klage des Georg von Breitenstein gegen das Kloster Engelthal wegen des kleinen Zehnten zu Lauf. 1426 entscheidet das Landgericht Sulzbach, "Malstätte Lauf" in einer Sache des Georg von Breitenstein und des Ortel von Hersbruck⁶⁸⁸⁾. Sitzungstag war in allen Fällen der Mittwoch. Offenbar hatte sich das Gericht inzwischen bereits von den Schranken auf offenem Feld in die schützende Stadt zurückgezogen. Denn eine weitere Urkunde von 1426⁶⁸⁹⁾ nennt eine Sitzung in "oppido Lauf, in pretorio ibidem". "Pretorio" bedeutet den Sitz des Pflegers, also die Burg. Wie sich aus einem Schreiben des Sulzbacher Landrichters Georg Marschall zu Ostheim an Herzog Albrecht von Bayern⁶⁹¹⁾ ergibt, war es durchaus möglich, daß an einem Ort, z.B. in Lauf begonnene Prozesse an einer anderen Malstätte, z.B. in Hersbruck oder Sulzbach fortgesetzt wurden. Genaueren Aufschluß gibt das Fragment einer Urkunde aus dem Jahre 1486⁶⁹²⁾: "Landtgericht gehalten in Sulzbach, Herßbruck und Lauf. A.O. 1486 ... Item das landtgericht ist gehalden worden zu Lauff am mitwochen vor Simonis und Jude anno etc. 85, gein Sultzpach auf mitwochen vor Katharine anno ut supra; ist geschoben gein Sultzpach auf mitwoch nach Erhardi".

684) MB 24, S. 424 = RB IX, S. 42.

685) MB 24, S. 492.

686) RB XII, S. 219.

687) StAN, D.Urk.Nr.186.

688) U.v.1426 Dez.18, Gümbel Nr. 53.

689) Staatsarchiv Bamberg, Rep.A 95 I 299, Urk.Nr.1414.

690) entfällt.

691) Neuburger Copialbuch, HStM.Tom 91, fol.300.

692) StAA, Sulzbacher Administrativ- u.Rechtsgegenstände Nr. 379.

Wie für alle anderen in seinem Bereich liegenden landesherrlichen Orte war das Landgericht Sulzbach auch das ordentliche Gericht für alle Zivilsachen, für die das Stadtgericht Lauf nicht zuständig war. Hierzu gehörte vor allem die Rechtsprechung über "Erb und Eigen", die dem Landgericht vorbehalten war. Daneben scheint sich schon sehr früh eine nur nach dem Streitwert ausgerichtete landgerichtliche Zuständigkeit ausgebildet zu haben. Vor dem Landgericht konnten nur Klagen mit einem Wert von mehr als 10 lb d ⁶⁹³⁾ erhoben werden. Erst wenn dieser Wert überschritten wurde, war das Landgericht offenbar ausschließlich zuständig:

693) Vgl. Anmerkung 347a .

"als uns itzo euer genad einen brif zugeschickt haben des landtgerichts zu Sultzbach berörend hat es die mainung, das keiner den andern under zehen pfund pfennig klagen mag. Was aber spruch darüber sein mag ein iglicher mit recht, der dem landtgericht gesessen underworffen ist, mit landtgericht fürnemen, das ist von alters also herkomen" 694).

Ebenso heißt es in einem 1487 an Herzog Georg den Reichen von Landshut gerichteten Beschwerdeschreiben des Bürgermeisters und Rats der Stadt Lauf über das Verhalten von Nürnberger Prozeßbeteiligten:

"und was über zehn pfund pfennig spruch gewesen, das ist alles im landtgericht verrecht worden" 695).

Die Stadt Lauf stand dadurch in Beziehung zum Landgericht, daß sie aus den Reihen ihrer Ratsbürger Beisitzer für die einmal im Monat an einem Mittwoch stattfindenden Landgerichtssitzungen stellte. Während noch das alte Thing vermutlich von allen Freien besucht worden war und die Urteiler später dem heimischen Adel angehörten, wurden seit dem 15. Jahrhundert auch Bürger der Kleinstädte als Beisitzer herangezogen.

694) Neuburger Copialbuch, HStM, Tom.91, fol. 314.

695) Neuburger Copialbuch, HStM, Tom. 91, fol. 305.

696) entfällt.

Die Zahl der adeligen Beisitzer schwankte zunächst wohl wie in Auerbach zwischen 8 und 18, ⁶⁹⁷⁾ ehe sie auf sechs zurückging. Seit der Mitte des 15. Jahrhunderts nahmen daneben insgesamt sechs Ratsmitglieder und zwar je zwei aus Sulzbach, Hersbruck und Lauf, an den Sitzungen teil. ⁶⁹⁸⁾

Genaueren Einblick gewährt in diesem Zusammenhang ein fragmentarisches Protokoll über eine Sitzung des Landgerichts Sulzbach aus dem Jahre 1486, das im folgenden auszugsweise wiedergegeben wird:

"Landtgericht gehalten in Sulzbach, Herßpruck und Lauf.

Ao. 1486

Lantrichter lantgrafe Friderich zu Lewttenperg.

Lantschreiber: Jorig Gerstner.

Urteiler vom adell: Hans und Sigmund Kuttnawer,

Kuntz Irlbeck, Jorig vom Praittenstein, Clas

Weissenberger, Sebastian **Kroger**.

Von stetten. Sultzpach: Erasm Sawrzapf, Linhart

Reuter;

Lauff: Heller, Eberhart Holfelder.

Herßbruck: Sneider u. Troinger." 699)

Durch die Heranziehung von Beisitzern aus den einzelnen Gerichtsorten wurde der Besonderheit Rechnung getragen, daß sich die Jurisdiktion des Landgerichts Sulzbach über mehrere Pflegeamtsbezirke erstreckte.

Die Besetzung des Landgerichts durch Beisitzer aus drei verschiedenen Orten führte gegen Ende des 15. Jahrhunderts zu erheblichen Schwierigkeiten bei dem Bemühen um Aufrechterhaltung einer geordneten Rechts-

697) Schnelbögl Lauf-Schnaittach, S. 41.

698) Neuburger Copialbuch, HStM, Tom 91, fol.301.

699) StAA, Sulzbacher Administrativ und Rechtsgegenstände Nr. 379.

pflege Bereits 1482 ⁷⁰⁰⁾ weigerten sich die Städte Lauf und Hersbruck die nach ihrer Meinung turnuswidrig von Hersbruck nach Sulzbach verlegte Landgerichtssitzung von Mittwoch vor Laurentius ⁷⁰¹⁾ zu beschicken. 1487 ⁷⁰²⁾ beschwerten sich Bürgermeister und Rat der Stadt Lauf bei Herzog Georg von Landshut darüber, daß der Sulzbacher Landrichter Heinrich Nothafft von Wernberg das zu Lauf gehörende Hirtendöhrhaus in Hirschbach nebst dessen Mannschaft und Zugehörungen widerrechtlich nicht aus der Jurisdiktion des Sulzbacher Landgerichts entlasse; (inzwischen war die Exemption vom Landgericht erfolgt). ⁷⁰³⁾ Sie verlangen als Ausgleich dafür, daß sie das Landgericht "durch zwen aus Eurer Gnaden stadt auf unser aigen costung und mue besetzen", daß ihre Güter und Untertanen auch weiterhin vor dem in Lauf abzuhaltenden Stadtgericht verbleiben dürfen. 1495 ist ein vollkommener Stillstand der Rechtspflege eingetreten: "so ruet unser landtgericht, das die leut so zu rechten haben, rechtlos steen müssen, des werden wir durch keinen anstößer oder auslander sondern unsre die inwoner des gaus Baiern unbilllich verhindert." ⁷⁰⁴⁾

Nach einer kurzen Zeit der Beruhigung kommt es 1497 zu erneuten Auseinandersetzungen mit Folgen für die Gerichtsbesetzung: Der Laufer Pfleger Alexander von Wildenstein beruft sich gegenüber einer Klage des Erasmus Sauerzapf auf Zuerkennung einer Gerächtigkeit an dem Gut Neudorf unter Vorlage einiger teilweise

700) Neuburger Copialbuch, HStM, Tom 91, fol. 311.

701) 8. August 1487.

702) Neuburger Copialbuch, HStM, Tom 91, fol. 301.

703) Vergl. unten S. 196...

704) Schreiben Herzog Albrechts von Baiern, München, an Herzog Georg von Landshut. U.v. 1495 Mai 11.

1495 Neub.Copialbuch Tom 91, fol. 327.

noch von den Böhmenkönigen stammenden Privilegien auf die Befreiung von der landgerichtlichen Zuständigkeit.

Als der Sulzbacher Landrichter Jörg Marschall die Befreiung nicht anerkennt, verweigern sämtliche Laufer und Hersbrucker Beisitzer ihr Urteil. 705)
Die vorstehend geschilderten internen Schwierigkeiten mögen nicht wenig dazu beigetragen haben, daß das Sulzbacher Landgericht ebenso wie das von Auerbach zu Beginn des 16. Jahrhunderts von den sich neu bildenden Territorien bewußt ausgeschaltet wurde und schließlich zu einem rein pfälzischen Territorialgericht herabsank. 706)

2. Das Laufer Halsgericht.

Gleich den anderen wittelsbachischen Städten hat auch die Stadt Lauf nie selbst die Blutgerichtsbarkeit erlangt. Wie bereits erwähnt, fiel die Abwicklung der peinlichen Prozesse längere Zeit in die Zuständigkeit des Landgerichts Sulzbach. Schon um die Mitte des 14. Jahrhunderts wurde jedoch der malefizische Prozeß aus der ordentlichen landgerichtlichen Zuständigkeit herausgelöst und fortan im Rahmen eines eigenen Verfahrens durchgeführt, das der Stadt eine weitgehende Beteiligung einräumte. Damals war das alte, ursprünglich mit dem Blutbann (Recht über Leben und Tod zu richten) ausgestattete Grafschaftsding bereits zu einem Standesgericht für den Adel zusammengeschrumpft. Eine Spur der Hochgerichtsbarkeit ist nur noch in der Befugnis des Landgerichts zu 707) erkennen, die Acht über den Brandstifter auszusprechen.)

705) Neuburger Copialbuch, Tom 91, fol. 298.

706) Schnelbögl, Lauf-Schnaittach S. 41.

707) Schnelbögl, Lauf-Schnaittach, S. 41.

Im übrigen haben den Blutbann bereits örtliche Gerichte, sogenannte Halsgerichte, an sich gezogen. Im Bereich der Landgerichte Sulzbach und Auerbach entstehen zahlreiche solcher kleiner Halsgerichte, unter welchen das von Hersbruck als eines der ältesten schon 1326 bestand. Das Laufer Halsgericht datiert Schnelbögl ⁷⁰⁸⁾ auf etwa 1366/68. Es muß aber bereits vor diesem Zeitpunkt bestanden haben, da nur so das 1355 erlassene Verbot der peinlichen Bestrafung durch die in Lauf sitzenden Richter für andere als todeswürdige Verbrechen verständlich wird. ⁷⁰⁹⁾

Als Bezirk des Laufer Halsgerichts wird noch in einer Überlieferung von etwa 1434 ⁷¹⁰⁾ kein geschlossenes Gebiet angegeben. Es werden nur fünf Punkte genannt, innerhalb deren sich sein Geltungsbereich erstreckt: "Das Halsgericht reiche bis gegen Bullach in den Bach, bis gegen Neunkirchen a.S. in den Bach, bis gegen Leinburg in den Heidelberg -hier wurde allerdings die Zuständigkeit des Laufer Gerichts von Altdorf aus bestritten- bis gegen Erlenstegen in den Bach und bis an das Steinerne Brücklein am Schnaittacher Bach, an der Hersbrucker Straße". Dieser Umfang des Laufer Halsgerichts wurde bestimmt von den Endpunkten des alten Laufer Heits. Das Geleit des Laufer Pflegers in östlicher Richtung ging bis zum Steinernen Brücklein. in neuböhmischer Zeit vielleicht bis nach Hohenstadt ⁷¹¹⁾.

708) Lauf-Schnaittach S. 41.

709) Vgl. oben S. 37.

710) MB. 47. S. 558.

711) Mon.Zoll.Bd. 2, Nr. 558.



Abb. 7: Der Fraischbezirk des nürnbergischen Amtes Lauf.
(Kolorierte Federzeichnung von unbekannter Hand
aus dem Jahre 1717 nach Art des Gg. Th. Schunter).

Erst zu Beginn des 16. Jahrhunderts schuf man durch ziemlich willkürliche Verbindung einen einheitlichen Gerichtssprengel, der in einem Nürnberger Salbuch aus dem Jahre 1516⁷¹²⁾ wie folgt beschrieben ist:

"Das Halsgericht Lauf geht im Eichstättter Bistum an der Pegnitz zu Lauf gen Berg bis zum Nessenbach zwischen Lauf und Ottensoos, und von demselben Nessenbach hinum bis in den Haidelbach. Darin liegen Schönberg, Weigenhofen, Reuth, Leinburg, Diepersdorf, Haimendorf und St. Moritzenberg. Derselb Haidelbach geht enhalb (= jenseits) Leinberg (= Leinburg) und ferner die Fraiss hinum bis in den Krottengraben. Darin liegen die Scharrerau (= Scheerau), Renzenhof, eine Frosthube, Himmelgart, Letten, Wetzendorf, Röttenbach, Mittelpug, Schwaig, Schloß Almespach (= Malmsbach), der Hammer und das Dorf Lauffenholz mitsamt der Schenkstatt, und bis an den Krottengraben unz (= bis) an die Hetzlesach und hinüber über die Pegnitz gen Erlentegen in Bach und von demselbigen durch den Wald in den Mulweg hinter dem Symelsperg und Tauchersreuth hin durch den Ochsenkopf in die Pulacher Gräben und weiter in den Schwarzenbach in Hirtfurt und vom Hirtfurt in den Röttenbach gen Tall, der von Neunkirchen fließt bis in die Pegnitz. Darin liegen die Weiler und Dörfer im Bamberger Bistum; das Hirtenhaus, ein Hof zu Neunkirchen gegen Lauf gelegen, Heuchling, Höflas, Dehnberg, Simonshofen mitsamt dem Kirchtagsschutz, Egelsee, Kuhnshof, Kotzenhof, Rudolphshof (Rulatzhoffe), Vogelhof, Seibelshof, Leubelshoff (= Veldershof), Nuschelberg, Hub, Tauchersreuth,

712) StAN, Nbg. Salb. Bd. 78 fol. 1.

Simmelberg, Gaisreuth, Ödenberg, Günthersbühl,
Rückersdorf und Behringersdorf mitsamt dem Kirchtagsschutz."

Die Nürnberger selbst bestritten, als Lauf noch bayerisch war, diese weite Ausdehnung des Laufer Fraischbezirkes auf das lebhafteste, was zu ständigen Streitigkeiten führte.

So kam es zum Beispiel im Jahre 1417 ⁷¹³⁾ vor dem Landgericht Sulzbach zu einem Zuständigkeitsstreit mit dem Neuen Spital in Nürnberg wegen Simonshofen, 1497 ⁷¹⁴⁾ und 1503 ⁷¹⁵⁾ folgten Auseinandersetzungen wegen Leimburg und Schwaig.

Daß der vorstehend beschriebene Halsgerichtsbezirk in seiner örtlichen Ausdehnung mit dem Pflegeamtsbezirk übereinstimmte, ergibt sich daraus, daß in den Quellen ⁷¹⁶⁾ wiederholt Halsgerichtsbezirk und Geleitsrecht des Laufer Pflegers gleichgesetzt werden, ja, daß sich sogar, wie bereits betont, der Halsgerichtsbezirk nach den Endpunkten des alten Geleits des Laufer Pflegers bestimmte. Andererseits ist ohne weiteres anzunehmen, daß der Laufer Pfleger innerhalb seines durch die Geleitsendpunkte abgesteckten Amtsbezirks nicht nur zur Ausübung des Geleits und der Halsgerichtsbarkeit, sondern zur Vornahme aller dem landesherrlichen Beamten in dessen Bereich zustehenden Funktionen befugt war.

Die sachliche und örtliche Zuständigkeit des Laufer Halsgerichts wird in dem Urbar des Burggrafentums Nürnberg von ca. 1434 nochmals besonders beschrieben:

713) StAN, Bd. 77, fol. 91.

714) StAN, D-Akten 1479 Nr. 15.

715) StAN, S I L 38 Nr. 73, Produkt Nr. 3.

716) MB 47 S. 557, 558.

"und was todslege und andär sache sich in den dorffern verlauffen, die dann ligen umb Lauff in dem gleyte, darnach hat die herrschaft oder ein Pfleger zu greiffen und die zu büßen." 717)

Damit ist zugleich festgestellt, daß ursprünglich der Pfleger als Vertreter der landesherrlichen Obrigkeit dem Verfahren beiwohnte. Zu Beginn der Nürnberger Zeit führte ein aus den Laufer Bürgern erwählter Bannrichter, der seit 1566 für das gesamte Nürnberger Landgebiet zuständig war, den Vorsitz im Halsgericht. 718) Die Beteiligung von Ratsmitgliedern als Schöffen und Beisitzer am peinlichen Verfahren, vor allem am Verhör des Angeklagten und am eigentlichen Rechtstag 719), war ursprünglich nur eine Fortführung des vorausgegangenen Zustandes, wo Ratsmitglieder als Beisitzer auf dem Landgericht fungierten. Seit der Einsetzung des Bannrichters war der Umstand, daß nunmehr ein einfacher Ratsbürger den Vorsitz in peinlichen Verfahren führte, mit der weiteren Tätigkeit von adeligen Beisitzern schlechterdings nicht zu vereinbaren. Daher kommt es, daß im folgenden nur noch die sieben Laufer Ratsschöffen als Beisitzer am Laufer Halsgericht auftreten. Dem Rat war damit ein weitgehender Einfluß auf diese Verfahren eingeräumt.

Wegen der Form der in Lauf durchgeführten Malefizverfahren lassen sich nur wenige Angaben machen. Eine eigene Verfahrensordnung aus der Zeit vor 1500 ist nicht vorhanden. Der bei Sauer 720) geschilderte Verfahrensablauf gründet sich bereits auf die Nürnberger Halsgerichtsordnung von 1526 721).

717) MB 47, S. 557.

718) Sauer, S. 106 ff.

719) Sauer a.a.O.

720) wie Anmerkung 719).

721) Abdruck bei Knapp, Kriminalverfahren S. 155 bis 160.

Den spärlichen erhalten gebliebenen Dokumenten ist nur zu entnehmen, daß sich in Lauf offenbar bereits im 14. Jahrhundert statt des alten Übersiebnungsverfahrens das modernere Inquisitionsverfahren ⁷²²⁾ durchgesetzt hatte. Die Klage von Amts wegen war schon die Regel ⁷²³⁾, das Geständnis als wichtigste Urteilsvoraussetzung wird durch Folter erzwungen ⁷²⁴⁾. Allerdings ist der private Kläger noch nicht völlig verdrängt. Verschiedentlich wird von ihm das "recht angeschrien" ⁷²⁵⁾, auch hat er gelegentlich noch Bürgschaft zu leisten, die, falls er ausbleibt, verfallen ist ⁷²⁶⁾.

Auch der Gedanke eines rekriminalisierten Strafrechts ^{726a)}

722) Das Übersiebnungsverfahren ist eine im späten Mittelalter aus der sogenannten Eidhilfe der Schreimannen entwickelte neue Form der Strafverfolgung, die nicht mehr nur gegen den auf handhafter Tat" ertappten Verbrecher, sondern auch gegen zunächst flüchtige Täter zulässig war. Leugnete der Beklagte, so wurde er durch Schwur des Klägers und von sechs Zeugen überführt (übersiebnet). Bereits das Spätmittelalter vollzieht den Übergang von dem immer noch vom Geschädigten betriebenen Anklageverfahren zum sogenannten Inquisitionsprozeß. Er verlagert den Schwerpunkt auf das behördliche Vorverfahren und entwertet so den endlichen Rechtstag.

Einzelheiten vgl. z.B. Nagel S. 71 ff. und 76 ff.

723) MB 47, 557; StAN, Nbg.Sarb.Bd.76 fol.10 b.

724) U.v.1355 August 23, HStM, Staatsverwaltung 3505 Priv.Tom 9 fol.119.

725) StAN, D-Akten 1479 Produkt Nr. 11 (1478).

726) StAN D-Akten 1479, Produkt Nr. 7 (1478).

726a) Diese im hohen Mittelalter einsetzende Entwicklung steht im Gegensatz zur sogenannten "profitablen" Gerichtsbarkeit der spät- und nachkarolingischen Zeit, wo die meisten Strafen durch Buß- oder Lösegelder ablösbar geworden waren. Es brechen gleichsam altgermanische Vorstellungen wieder durch, das Strafrecht besinnt sich auf seinen eigentlichen Zweck, es wird "rekriminalisiert", die alte Volksjustiz lebt wieder auf. Mitteis-Lieberich, S. 126.

der in der Verhängung von Leibesstrafen zum Ausdruck kommt, hat sich noch nicht in vollem Umfange durchgesetzt, da noch immer peinliche Strafen, auch die Todesstrafe, in erheblichem Maße ablösbar waren ⁷²⁷⁾.

Was den flüchtigen Verbrecher betrifft, scheint noch der aus der germanischen Zeit stammende Gedanke der Friedlosigkeit ⁷²⁸⁾ nachzuwirken. Die Acht ergreift vor allem das Vermögen des vor Gericht nicht erschienenen Rechtsverweigerers, welches als Buße im Verhältnis von 2 : 1 unter der Obrigkeit und den Erben und Freunden des Opfers aufgeteilt wird.

"So mogen alsdann die amptlait, wo der thetter mit dem leib nit bereitte, nach seinen guttern am voraus allein greiffen und weytter nit, ⁷²⁹⁾ desselbigen gut zwen tayl die herrschaft und der drittayl den erben unnd freundschaft volgen solln".

Bemerkenswert erscheint dabei, daß der sich nach Aufteilung seines Vermögens freiwillig stellende Täter straflos ausgeht ⁷³⁰⁾. Noch immer galt die Zahlung einer Buße als echte (gleichwertige) Sühne, neben der für eine zweite Bestrafung offenbar kein Raum mehr war.

727) Wie Anmerkung 726), Produkt Nr. 6-14.

728) Mittels-Lieberich, S. 27, 69.

729) StAN, Nbg.Salbuch, Bd. 78 fol. 10b.

730) Wie Anmerkung 729)

II. Die niedere Gerichtsbarkeit.

Die Darstellung der rechtlichen Verhältnisse begegnet, soweit sie die niedere Gerichtsbarkeit und damit im wesentlichen die Stadtgerichtsbarkeit betrifft, erheblichen Schwierigkeiten. Gerichtsbücher oder Protokolle der Stadtgerichte Lauf sind nicht erhalten geblieben. Die Ratsmanuale beginnen erst ab 1575. Viele Originalurkunden verbrannten im zweiten markgräflichen Krieg von 1553.⁷³¹⁾ Aus den wenigen verstreut vorhandenen Archivalien lassen sich nur bescheidene Schlüsse ziehen.

1. Die Stadtgerichtsbarkeit.

Das Stadtgericht stellte für Lauf das ordentliche niedere Gericht dar. Den ersten Anhaltspunkt für seine Existenz bildet die Generalverweisung des Grundprivilegs von 1298 auf die Amberger und Nabburger Freiheitsbriefe von 1294 und 1296. Diese kann nur dahin verstanden werden, daß auch in Lauf bereits damals ähnliche Institutionen, wie in den angezogenen Orten, nämlich ein Gericht "als die scheppen ertailnt" und ein Stadtrichter (Art. 2, 3, 6, 10 AP, Art. 11 NP) vorhanden sind.

Die erste Erwähnung von in Lauf amtierenden Richtern stammt, sieht man einmal von den auch die Gerichtsbarkeit ausübenden Reichsministerialen ab, aus der Zeit Karls IV. 1355 urteilt Bolko von Valkenberg in Lauf. Es wäre

731) Rebmann, zur Eröffnung des neu eingerichteten Stadtarchivs Lauf, S. 21 ff.

allerdings verfehlt, gerade ihn als den ersten bekannten Laufer Stadtrichter anzusehen. Bolko von Valkenberg ist Herzog und Hofrichter Kaiser Karls IV., er sitzt zu Gericht an Königsstatt.⁷³²⁾

Man wird wohl kaum fehlgehen, wenn man in der vorerwähnten Sitzung die eines sog. Königsgerichts erblickt. Das Königsgericht, eine noch aus der merowingischen Zeit stammende Institution, ist ein Gericht, dem der König oder sein Sonderbeauftragter vorsitzt.

Es tagt meist ohne feste Ortsbindung in einer Königspfalz und wird als erste Instanz für Todesurteile gegen Personen höheren Standes, Amtsvergehen, Eidesverweigerung und schließlich in Adelssachen tätig. In zweiter Instanz urteilt es bei Rechtsverweigerung und Rechtsverzögerung. Kraft Evokation konnte der König jede Sache an sein Gericht ziehen.⁷³³⁾

Das königliche Evokationsrecht kommt in der großen Urkunde Karls IV. von Ostern 1355⁷³⁴⁾ besonders zum Ausdruck: "doch behalten wir, uns, unseren erben und nachkommen kunigen zu Beheim freyen gewalt, die vorgenannten unser leut aus den egenannten unseren lantden, gerichtten oder herrschaften, allweg für uns zu laden nach freyer Willkür, wenn uns des gelüst."

Daneben wird schon damals eine eigene Laufer Niedergerichtsbarkeit erkennbar. Aus der bereits mehrfach genannten Urkunde Karls IV. aus dem Jahre 1355⁷³⁵⁾

ergibt sich, daß ein landesherrlicher Richter in Lauf seinen ständigen Dienstsitz hat. 1377 erscheint eine Hofstatt "hinten an der Richters Haus anstoßend".⁷³⁶⁾

Im gleichen Jahr werden erstmals die Schöffen des "Laufer Stadtgerichts" genannt.⁷³⁷⁾ Um dieselbe Zeit werden die

Laufer Richter auch namentlich erfaßbar: Es sind böhmische Adelige und zwar 1362 - 1363 Johann Burggraf zu Maidberg (d.d. Moldau) und Graf zu Hardeck und 1365 Seitz der Hütt.⁷³⁸⁾

732) Mon.Zoll.III, Nr. 339, S. 288, Engel, Urkundenregistren III Nr. 128, S. 77

733) Mitteis-Lieberich, S. 51.

734) Neuburger Copialbuch, Tom. 91, fol. 308.

735) U.v. 1355, Aug. 23, HStM, Staatsverwaltung 3505 Priv. Tom 9, fol. 119.

736) U.v. 1377 Sept. 9, Gümbel Nr. 3, Koch Register Nr. 8.

737) U.v. 1377, Dez. 6, StAL, Spitalbuch fol. 23, KochReg. 12

738) Wild, Baiern und Böhmen, S. 154, ohne Belege.

Da in Lauf offenbar die Voraussetzungen und die materielle Basis für die Aufstellung eines eigenen Stadtrichters fehlten, führte nach Umbildung des Richteramts zum Pfliegant den Vorsitz im Stadtgericht der Pflieger als der für die Verwaltung und Gerichtsbarkeit des Amtes Lauf zuständige landesherrliche Beamte. Dabei war für ihn die Leitung des Stadtgerichts nur eine Nebentätigkeit. Auf die Doppelfunktion der Laufer landesherrlichen Beamten wurde bereits hingewiesen.⁷³⁹⁾ Diese kommt auch in einem Kaufbrief des Jahres 1435 zum Ausdruck:

"Ich, Jorge vom Wildenstein an der zeyt pflieger zu lawiffe als ich im gerichte saß do komen für mich" 740)

Damals war der in der Urkunde ebenfalls namentlich aufgeführte amtierende Bürgermeister Ott Tugent nur Beisitzer. In der Folgezeit trat an die Stelle des Pfliegers als Vorsitzender des Stadtgerichts der jeweils regierende Bürgermeister. Dies wird aus einer Appellationsschrift des Nürnberger Bürgers Jorg Haller aus dem Jahre 1457⁷⁴¹⁾ ersichtlich, wo als Vorsitzender des Stadtgerichts Mertein Bischof genannt ist. Jener war aber nie Laufer Pflieger. Er ist dagegen in den Jahren 1456, 1457⁷⁴²⁾ wiederholt als "Vormund" und "Lehensträger" des Glockengießerspitals und damit als Laufer Ratsschöffe nachzuweisen. Damit wird auch eine aus der beginnenden Nürnberger Zeit stammende Anordnung, wonach beim Verkauf von Grundstücken dem anwesenden Pflieger und dem Richter je 12 Heller zu zahlen waren⁷⁴³⁾, verständlich. Denn der damals amtierende Richter war bereits der Bürgermeister, der Pflieger war als Vertreter der Herrschaft ebenfalls zugegen.

739) Vgl. oben S. 120.

740) U.v. 1435 September 5, HStM, Pfalz Neuburg, Reichsstädte Nr. 330.

741) U.v. 1457 Mai 31, HStM, Pfalz Neuburg, Reichsstädte Nr. 367.

742) U.v. 1456 Dezember 3, Gümbel Nr. 80

U.v. 1457 März 24, Gümbel Nr. 81

U.v. 1457 Juli 19, Gümbel Nr. 82

U.v. 1457 ohne Tagesangabe, Gümbel Nr. 83.

743) StAN Nbg., Salb. Bd. 78 fol. 47b.

Die Urteiler des Stadtgerichts, die sog. Schöffen, waren Mitglieder des Rates der Stadt. Sie erscheinen erstmals als Urkundszeugen eines Vertrags, den Hermann Glockengießer, der Stifter des Laufer Spitals, 1377 mit dem damaligen Pfarrer Niclas über die Errichtung eines neuen Pfarrhauses schließt. Entgegen der sonstigen Übung jener Zeit sind die Ratsschöffen auch gleich namentlich aufgeführt:

"Heinrich Hofmann, Hermann Fuchs, Hermann Mullner, Ulrich Turl, Rudel Halten, Ulrich Stainpach und Fritz Holfelder" 744).

Bürgerliche Beisitzer waren aber, wie sich aus dem Hinweis auf die Schöffen in Artt. 2, 3 und 6 des Amberger Privilegs von 1298 ergibt, mit Sicherheit schon vor 1377 an der Rechtsfindung beteiligt. Der Tatsache, daß in der letztgenannten Urkunde nur sieben Personen genannt sind, ferner dem Umstand, daß die Mitwirkung der Ratsvierer in anderen Fällen ⁷⁴⁵⁾ stets besonders betont wird, ist zu entnehmen, daß zu Urteilern des Stadtgerichts stets nur die Angehörigen des engeren Rates herangezogen wurden. Ihre ungerade Zahl ließ stets ein eindeutiges Mehrheitsverhältnis bei der Urteilsfindung zu.

Die Aufgaben eines Gerichtsschreibers am Stadtgericht versah der Laufer Stadtschreiber ⁷⁴⁶⁾.

Die Zuständigkeit des Stadtgerichts erstreckte sich auf alle die Personen, die der Verwaltungshoheit des Rates unterworfen waren. Dazu gehörten alle diejenigen, die sich verpflichtet hatten, "der stat rechte geben, halden und nemen ⁷⁴⁷⁾ zu wollen, also Bürger und "inwoner" ^{747a)} ferner

744) U.v. 1377 Dezember 6, StAL, Sp.B. fol. 23, Koch Reg. Nr. 12.

745) Vgl. z.B. die Erhebung der Stadtsteuer StAN, Nbg., Salb. Bd. 78, fol. 14, oder die Beteiligung am Rechnungsverhör des Spitals, StAN, Nbg., Salb. Rep. 59, Nr. 12.

746) Vgl. oben S. 168.

747) Vgl. den Wortlaut des Freiheitsbriefes Karls IV. vom 23. Aug. 1355, HStM Staatsverwaltung 3505, Priv. Tom 9, fol. 119; Beilage 6.

747a) Ständige Bewohner der Stadt, mit vollen Bürgerpflichten aber nur beschränkten Rechten, besonders was die Wählbarkeit zu Ratsämtern anlangt.

deren Familien. Daß auch die Pflegeamtsuntertanen vor dem Stadtgericht ihren allgemeinen Gerichtsstand hatten, ist zwar urkundlich nicht nachweisbar, aber zumindest für die Zeit, in der noch der Pfleger den Vorsitz im Stadtgericht führte, wahrscheinlich.

Seit Auflösung der Verbindung zwischen Stadtgericht und Pflegewamt erstreckte sich die örtliche Zuständigkeit des Stadtgerichts zumindest auf die Stadt und das Burggeding. Ins Gewicht fallende Besitzungen der Stadt außerhalb des Burggedings unterstanden seiner Jurisdiktion nicht, da die Stadt "kein lantschaft sonderlich aufheben noch zugehörung" hatte. 748)

Vom auswärtigen Gerichtszwang waren die Bürger, was die zur Zuständigkeit des Stadtgerichts gehörigen Rechts-sachen anlangt, durch den von Amberg übernommenen Art. 9 des Privilegs von 1294 befreit. Danach "schol man niendirt furbaz dingen aus dem gerichte umme deheinr slahte sache, die zu dem marchtrèchte gehört."

Die sachliche Zuständigkeit des Stadtgerichts umfaßte zunächst alle zivilen Rechtsstreitigkeiten, die sich aus dem Marktverkehr ergaben (Art. 2 AP). Im Laufe der Zeit wurde die Zuständigkeit des Stadtgerichts dahin eingeschränkt, daß alle Sachen mit einem Streitwert über 10 lb d vor dem Landgericht verhandelt werden mußten. 749) Hinsichtlich der Rechtsprechung über "Erb und Eigen" kam es zu einer gegenteiligen Entwicklung. Ursprünglich fielen in Bayern alle zivilen Rechtsstreitigkeiten, die Grund und Boden betrafen, in die landgerichtliche Zuständigkeit. 750)

748) StAN, Nbg. Salb. Bd. 78 fol. 14.

749) Neuburger Copialbuch, HStM, Tom 91, fol. 305 u. 314, vgl. oben S. 180..

750) Hiereth, S. 9.

Offenbar blieb das Landgericht Sulzbach hierfür noch längere Zeit, nachdem es bereits die peinliche Gerichtsbarkeit verloren hatte, zuständig. Wann in dieser Hinsicht die Exemption vom Landgericht erfolgte und die Jurisdiktion über den Lauf und Umgebung gelegenen Grund und Boden dem Stadtgericht zugewiesen wurde, läßt sich nicht mehr genau feststellen. Dies muß aber etwa um die Mitte des 15. Jahrhunderts erfolgt sein. Denn 1451 kam es vor dem Landgericht Auerbach in einem Prozeß darüber, ob ein Laufer Spitalhof Schenkstattrecht in Hüttenbach besitze, zu einem Zwischenstreit über die Zuständigkeit des angegangenen Gerichts.⁷⁵¹⁾ In dessen Verlauf machte der Kläger gegenüber dem Antrag der beklagten Partei, die Sache an das Stadtgericht Lauf als das zuständige Gericht zu verweisen, geltend, "seine anlag und zuspruch berührt grund und pöden", die Beklagten sollten "deswegen ihm vor dem lantgericht antworten". Aus dem dem Kläger günstigen Erkenntnis, daß die Beklagten "vor dem lantgericht antwort tun sollten", ist zu schließen, daß sich die Zuständigkeit des Stadtgerichts für "dingliche" Klagen noch nicht allgemein durchgesetzt hatte. Allerdings war sie, wie sich aus dem Verweisungsantrag und der Appellation des Spitalmeisters gegen das landgerichtliche Erkenntnis ergibt, auch nicht mehr unbestritten. Die Entscheidung des Hofgerichts ist leider nicht bekannt.

Eine Sonderzuständigkeit des Landgerichts bestand auf Grund des auch für Lauf geltenden Art. 10 des Amberger Privilegs von 1294. Danach hatte, falls der wegen einer Geldschuld verklagte Adelige selbst dem Stadtgericht vorstand, an Stelle dieses Gerichts das Herzogs- oder Vitztumsgerecht zu entscheiden. Der Sinn der Regelung ist

751) U.v. 1451 Sept. 15, Gumbel Nr. 77, Koch Register Nr. 106

einleuchtend: Urteile in eigener Sache sollten ausgeschlossen sein. Auf der anderen Seite wurde z.B. das Laufer Spital 1387 durch König Wenzel von Böhmen in bestimmtem Umfang von fremder Jurisdiktion und damit auch von der des Laufer Stadtgerichts freigestellt. In Sachen, in denen sich das Spital mit seinen Leuten und Gütern in der Beklagtenrolle befand, hatte der Kläger zunächst sein Recht vor dem Spitalmeister zu suchen und zu nehmen. Erst nach dessen ablehnender Entscheidung durfte er die Sache vor das ordentliche Gericht bringen.⁷⁵²⁾ Das privilegium fori des Spitals hielt sich allerdings nicht sehr lange. Die vorerwähnte Treitschke-Sache aus dem Jahre 1451⁷⁵³⁾ läßt bereits erkennen, daß die Stadt Lauf in Klagen gegen das Spital die Zuständigkeit ihres Stadtgerichts für sich beansprucht.

Damals stellte der Spitalmeister selbst den Antrag, die Sache an das zuständige Gericht zu verweisen, ohne sich etwa noch selbst als Richter einschalten zu wollen. Aus einem aus dem Jahre 1482 stammenden Schreiben von Bürgermeister und Rat der Stadt Lauf an Herzog Georg von Landshut⁷⁵⁴⁾ ist zu entnehmen, daß in Fällen landgerichtlicher Zuständigkeit die Bayernherzöge energisch gegen das Gerichtsprivileg des Spitals einschritten. Auf Beschwerde eines vom Spitalmeister in Verhör genommenen und anschließend gefangen gesetzten Pfründners gebieten sie, diesem einen bereits geleisteten Urfehdebrief zurückzugeben und ihm den Rechtsweg zu dem von ihm angegangenen Landgericht Sulzbach ohne Einschaltung des Spitalmeisters zu eröffnen.

752) Urk.v. 1387, Aug. 9, in *LSStA*, Urk.Nr. 29 abgedruckt bei Koch, *Urkundenabschriften* Nr. 7.

753) Urk.v.1451, Sept. 15, Gumbel Nr. 77 vgl.oben S. 196.

754) Neuburger Copialbuch HStM, Tom.91, fol. 313.

Seit 1473 waren ferner, ebenso wie in den Ämtern Hersbruck, Altdorf, Stein und Heideck, die im Laufer Pfliegamt ansässigen reichsstädtischen Untertanen in bestimmtem Umfange von der Laufer Gerichtsbarkeit befreit. Aus einer Anweisung Herzog Ludwigs des Reichen von Bayern-Landshut an den Laufer Pfleger Alexander von Wildenstein ⁷⁵⁵⁾ geht hervor, daß bei Straftaten von Nürnberger Untertanen im Pfliegamsbereich zunächst eine gütliche Regelung mit dem Nürnberger Rat gesucht werden sollte. Auch nach Scheitern einer Einigung durfte im Interesse eines guten Einvernehmens des Landesfürsten mit der mächtigen Reichsstadt nicht mit der Strafverfolgung begonnen werden, sondern es mußte erst nähere Weisung des Herzogs erholt werden. Hiervon ausgenommen war nur bei Kapitalverbrechen die Verhaftung flüchtiger Täter.

Gegen Ende des 14. Jahrhunderts scheint sich, sieht man einmal von der vom Streitwert bestimmten ausschließlichen Zuständigkeit ab ⁷⁵⁶⁾, bereits eine Allzuständigkeit des Laufer Stadtgerichts in Zivilsachen ausgebildet zu haben. Dies ist jedenfalls einem vom Rat der Stadt Lauf an Herzog Georg gerichteten Beschwerdeschreiben gegen den Sulzbacher Landrichter Heinrich Nothafft aus dem Jahre 1387 zu entnehmen:

"und darumb das wir das landtgericht gein
Sultzbach, Hersprugk und Lauf allwegen durch
zwen aus eurer gnaden stat auf unser aigen
costung und mü besetzen und dargegen aus altem
herkomen, stetter übung und gebrauch euer
fürstlichen gnaden burger und undertan und gütter im
Landgericht nicht fürgeladen noch verrecht sollen
werden. Sondern von eurem gnaden gericht zu
Lauff bleiben zulassen " ⁷⁵⁷⁾

⁷⁵⁵⁾ U.v. 1473 Januar 27

StAN Nbg.S. I L 49 Nr. 1 Von der Steuer-
erhebung waren die Nürnberger bereits seit
1466 befreit, StAN, S.I L 48 Nr. 7, Produkt Nr.1

⁷⁵⁶⁾ Vgl. ² oben S. 180

⁷⁵⁷⁾ Neuburger Copialbuch, Tom 91, fol.301 u. 302.

In Strafsachen war das Stadtgericht das ordentliche niedere Gericht in allen Fällen, die nicht zu den sog. Vitztumshändeln (Mord, Straßenraub, Notzucht) zählten. Gegen jede Anklage wegen einer anderen Straftat sollte man sich vor dem Gericht "als die schepfn ertailnt", d.i. vor dem Stadtgericht rechtfertigen (Art. 6 AP). Dabei galt für die Adeligen im Gegensatz zum übrigen Deutschland, wo dem Niedergericht die Zuständigkeit zur Aburteilung der ritterlichen Bevölkerung fehlte, kein privilegierter Gerichtsstand. Auch sie waren ausdrücklich (Art. 13 S. 1 NP) der Jurisdiktion des Stadtrichters unterworfen.

Als vom Stadtgericht abzuurteilende Deliktsgruppen erscheinen in Artt. 2 - 4 des Amberger Grundprivilegs von 1294 nur die drei Hauptarten der Körperverletzungen, und zwar die "lem" (jeder unheilbare Schaden am Körper), die fließenden Wunden und die "pliwat", worunter trockene unblutige Schläge verstanden wurden.⁷⁵⁸⁾ In den späteren speziell Lauf betreffenden Quellen wird nicht so sehr auf den jeweils verursachten Erfolg, als auf die begangene Tat abgestellt. Bestraft wird der "wurff und das fridebiten"⁷⁵⁹⁾ das "slahen mit feusten", schließlich jeder "Kampf", worunter auch das bloße Raufen fällt. Auch reine Gefährdungshandlungen, z.B. das "messertzucken", sind mit Strafe bedroht.

Die Höhe der einzelnen Strafen und die Aufteilung der einzuziehenden Geldbeträge auf Richter, Schöffen und Verletzten war schon im Amberger Grundprivileg von 1294 geregelt. Im Laufe des 14. und 15. Jahrhunderts bildeten sich dann verschiedene der Höhe nach

758) Vgl. oben S. 51..

759) Minem fried bieten d.i. ihn zur Ruhe ermahnen, verweisen, Schweller-Frommann Bd. I Sp.809.

fest begrenzte "Wandelstrafen" (das Wandel, d.i. Ersatz, Genugtuung, Buße) ⁷⁶⁰⁾ aus, die je nach der Schwere des Vergehens verhängt wurden. Dabei stellt noch das Urbar des Burggrafentums Nürnberg von 1434 ⁷⁶¹⁾

die Höhe der einzelnen "Wandel" allein auf bestimmte Deliktsarten ab. Als mit 5 lb d zu ahndender großer Wandel gilt nur "ein wurff und fridebiten", wogegen ein "messertzucken", ein "plewet" oder "slahen mit feusten" als kleine Wandel mit nur 30 d abzustrafen sind. Erst später ⁷⁶²⁾ setzt sich eine elastischere Regelung in der Weise durch, daß verschiedene Wandel nicht mehr ausschließlich an bestimmte Deliktsarten gebunden sind. Nunmehr können beim Fehlen von Sonderbestimmungen auch straferschwerende oder wildernde Umstände des gerade abzuurteilenden Falles besonders berücksichtigt werden, was bedeutet, daß z.B. auch Beleidigungen u.a. als "höchst wandel" abgestraft werden können. Bei einem Vergleich mit dem Amberger Grundprivileg fällt auf, daß bei den Strafen für fließende Wunden und der "plewet" der für den Verletzten vorgesehene Teil an der Buße in Wegfall kommt.

Zu Beginn des 16. Jahrhunderts waren folgende Wandel bei dem Stadtgericht gebräuchlich:

- 1) Das "höchst wandel am rechte oder frevel" mit 4 lb d,
- 2) Ein "schlicht wandell" mit 1 Bd,

760) Schmeller-Frommann, Bd. I, Sp. 936.

761) MB 47, S. 557.

762) StAN, Nbg.Salb.Bd. 78 fol. 10 b.

- 3) Ein Wandel von fließenden Wunden mit 1/2 lb d,
- 4) Das für ein "Messertzucken" erhobene Wandel mit 1 lb d.

Sämtliche vorgenannten Wandel standen allein der Herrschaft zu. Dagegen wurden die Einnahmen wegen eines Kampfes und von einem "Fridpot" von je 5 lb d im Verhältnis 1:1 aufgeteilt.

Zu Beginn der Nürnberger Zeit kam eine neue Unterscheidung je nachdem, ob die mit Strafe bedrohte Handlung von einem Laufer Bürger oder einem Fremden begangen worden war. Für die Einheimischen galten weiterhin in großem Umfang feste Wandelsätze, während von einem Auswärtigen die Strafe "nach gestalt der sachen" festgesetzt wurde. ⁷⁶³⁾

Auch das "wandel umb dy setze" mit 30 d fiel nicht in die noch zu erläuternde ausschließliche Gerichtsbarkeit des Rats, da die hieraus erzielten Einnahmen bereits 1434 hälftemäßig zwischen Stadt und Herrschaft aufgeteilt wurden. ⁷⁶⁴⁾

Zu den Sitzungen des Stadtgerichts wurde nach altem Herkommen acht Tage vorher vor der Kirche durch öffentliche Verkündung des Stadtknechts geladen. ⁷⁶⁵⁾ In Zivilsachen konnten die Parteien nicht selbständig auftreten; sie mußten ihr Vor-⁷⁶⁶⁾bringen vielmehr durch einen "fursprechen" vortragen lassen. Die Verhandlung vor dem Stadtgericht war mündlich und wurde vom Pfleger, später vom amtierenden Bürgermeister, als Richter geleitet. Voraussetzung für die Behandlung der Klage⁷⁶⁷⁾ war die Hinterlegung von 12 lb d durch den Kläger bei Gericht. Nachdem die eine Partei "als ein anlager" ihre Sachen dem Gericht "furpraecht" hatte, wurde nach dem "antworten" der Beklagten "nach vil rede und widerrede" das "urteil gesprochen" und hierüber auf Erfordernis ein Gerichtsbrief ausgestellt. ⁽⁶⁸⁾

763) StAN, Nbg. Salb. Bd. 78 fol. 43.

764) MB 47, S. 557.

765) Sauer, S. 112.

766) Vgl. z.B. U.v. 1435 Sept. 5, HStM Pfalz Neuburg, Urk.Reichsstädte Nr. 330.

767) StAN, Nbg.Salb,Bd. 78 fol.47.

768) U.v.1457, Mai 31, HStM,Pfalz Neuburg, Urk.Reichsstädte Nr. 367; AStA, Bamberger Urk.Nr.3891.

An der Urteilsfällung selbst war der Richter wie in allen anderen jenseits des Lech und der Donau gelegenen Orten, für die nicht Kaiser Ludwig des Baiern neues Stadt- und Landrecht galt, sondern noch das alte deutsche Gerichtsverfahren in Übung geblieben war, 769) nicht beteiligt, sondern er fragte nur nach dem Recht. Die "Erteilung" des Urteils erfolgte durch die Schöffen des Stadtgerichts. Dabei fragte der Richter nicht nur vor Erlaß des Endurteils nach dem Recht, sondern auch vor jeder Zwischenentscheidung, so z.B./ ob eine Urkunde zu verlesen oder ein Zeuge zu vernehmen sei. 770)

Im 15. Jahrhundert bestand in den Grundzügen des Laufer Zivilprozesses mit Klage, Frage und Urteil kein erheblicher Unterschied zu den im 6. Titel der sog. "Nürnberger Reformation" von 1479 niedergelegten Verfahrensgrundsätzen. 771)

Wichtige Bestimmungen über die Vollstreckung der Zivilurteile enthält die Inkorporationsurkunde Karls IV. für Neuböhmen von 1355 772). Darin wird das bereits in Art.9 AP ausgesprochene Selbsthilfeverbot bestätigt. Niemand soll ohne gerichtliches Urteil Vollstreckungshandlungen vornehmen dürfen. Durch die Vorschrift, zu allen Vollstreckungsmaßnahmen einen vom Richter abgesandten Boten zuzuziehen, sollten Mißbräuche bei der Vollstreckung verhindert werden. Die Urkunde von 1355 betrifft zwar nur landgerichtliche Urteile. Man wird jedoch annehmen dürfen, daß die angeführte Bestimmung wegen ihrer allgemeinen Bedeutung für den gesamten neuerworbenen Bereich auch für Stadtgerichtsurteile Geltung haben sollte. 773)

769) v.d. Pfordten S. III und S. 278 ff.

770) U.v. 1457 Mai 31, HStM, Pfalz Neuburg, Urk.Reichsstädte Nr. 367; AStA, Bamberger Urk. Nr. 3831. Nr. 3831.

771) StAN, Bd. 78 fol.14.

772) U.v. 1355 April 5, Reg.Imp.VII Nr. 2019.

773) Mayerhofer, S. 203.

In Strafsachen war das Stadtgericht schon seit dem 14. Jahrhundert als sog. Wandelgericht tätig. Dies bedeutet, daß bei den an den gewöhnlichen Rats- tagen auf dem Rathaus stattfindenden Gerichts- sitzungen grundsätzlich nur beschlossen wurde, daß der Täter einer strafbaren Handlung "gewandelt", d.h. bestraft werden sollte. 774)

Die eigentliche Bestrafung des Täters sowie oft auch die Festsetzung des Strafmaßes erfolgte erst nach diesem "Schuldspruch", nämlich im Rahmen der dreimal jährlich stattfindenden Ehehaftsgerichte. Dieses umständliche Verfahren war erforderlich, um dem an den Erträgen aus den Wandelstrafen beteiligten Pfleger Gelegenheit zur Wahrung seiner Interessen zu geben.

Eine Freistatt, worunter eine Art Asyl, das dem Täter die Anknüpfung von Sühneverhandlungen ermöglichte, zu verstehen ist, 775) befand sich weder im engeren Burgbereich noch im Orte selbst. Die nächsten Freistätten lagen in dem uralten Pfarrsitz Neunkirchen a.S. und auf dem Schönberger Schloß, eine halbe Stunde von Lauf entfernt mit einem dreitägigen Asylrecht. 776)

774) Schmeller-Frommann, Bd.1 , Sp. 936.

775) Mitteis-Liebrich, S. 181.

776) Schnelbögl, Lauf-Sohnaittach, S. 77.

Im Instanzenzug war das Stadtgericht Lauf erstinstanzliches Gericht. Gegen seine Urteile gab es das Rechtsmittel der Berufung an das landesherrliche Hofgericht. Ob für die Zulässigkeit der Berufung ein bestimmter Mindeststreitwert vorgeschrieben war, ist aus den wenigen vorhandenen Urkunden nicht feststellbar. Jedenfalls dürfte der Grundgedanke des Art. 9 S. 2 AP, wonach niemand wegen einfacher Marktstreitigkeiten an ein anderes Gericht dinge, d.h. appellieren solle, noch nachgewirkt haben. Damit war das Hofgericht von der Befassung mit Bagatellsachen befreit. Der einzigen erhalten gebliebenen Appellationsurkunde gegen ein Urteil des Stadtgerichts Lauf ⁷⁷⁷⁾ ist zu entnehmen, daß der wohl eher als eine Art Ankündigung zu verstehenden mündlichen Berufung die schriftliche Appellation mittels eines von einem öffentlichen Notar (Offenbarschreiber) gefertigten "Instruments" folgen mußte. Diese Urkunde enthält den gesamten Sachverhalt, weiter unter Angabe von Gründen die Erklärung, daß sich der Berufungsführer für beschwert erachte. Außerdem ist unter genauer Zeitangabe vermerkt, daß dem Bürgermeister als Stadtrichter eine Abschrift dieser Appellation in Gegenwart zweier Zeugen übergeben worden sei. Als Berufungsfrist sind in dem Schriftstück 10 Tage angegeben. Die vorgenannte Berufungsschrift ging an das Hofgericht Herzog Ludwigs IV., des Reichen von Bayern-Landschut in Ingolstadt. Daneben scheint seit 1418 noch die Berufung an das Hofgericht der Wittelsbacher aus der pfälzischen Linie Neumarkt möglich gewesen zu sein. Denn

777) U.v. 1457 Mai 31, HStM Pfalz Neuburg, Urk. Reichsstädte Nr. 367.

seit dieser Zeit teilten sich Landshuter und Neumarkter Linie in die Herrschaft Laufs, so daß der Schluß, der Berufungsführer habe sich das ihm günstiger erscheinende Berufungsgericht aussuchen können, naheliegend ist.

Ob es neben der Berufung zum Hofgericht noch eine Appellation an die Person der jeweils regierenden Fürsten selbst gab, ist für die bayerische Zeit nicht feststellbar. Eine solche Möglichkeit war -allerdings ausdrücklich nur für das landgerichtliche Verfahren geregelt- zur böhmischen Zeit durch die bereits mehrfach erwähnte Inkorporationsurkunde Karls IV. aus dem Jahre 1355 gewährleistet.

- - -

Abb. 9: Notariatsinstrument über eine Appellation vom
Stadtgericht Lauf von 1457 Mai 31.

2. Die Gerichtsbarkeit des Rates.

Vom Stadtgericht ist als eigene Jurisdiktion der Stadt die Gerichtsbarkeit des Rates zu scheiden. Sie umfaßte in Strafsachen die Aburteilung von leichten Körperverletzungen, Beleidigungen, Feld- und Gartendiebstählen, von Überackern und Übermähen und ähnlichen auf dem Lande vorkommenden Delikten. Diese sog. Ehehaftgerichtsbarkeit hat ihren Ursprung in der Rechtsprechung über die Einhaltung der sog. Eheftsrechte, in Bayern seit dem 13. Jahrhundert aufgezeichneter ländlicher Rechtsquellen (Weistümer). Sie sind aus Rechtsweisungen der Hofgenossen auf Befragen der Vögte (inquisito) erwachsen und betreffen ursprünglich das gutherrlich-bäuerliche Verhältnis⁷⁷⁸⁾. Allmählich unterstanden ihnen alle Angelegenheiten, die der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung der Gemeinde dienen, so vor allem die Instandsetzung und -haltung der Wege und Stege, die Hut und Pflege des gemeindlichen Besitzes an Liegenschaften (Gemeindehaus, Allmende) und Faselvieh (Gemeindeochs und -eber) sowie der weite Anwendungsbereich der ortspolizeilichen Anordnungen. Meist sind diese Rechtsquellen bloße grundherrliche Diktate; in Lauf dürften sie wegen der weitgehenden Selbständigkeit der Stadt in allen ihren Angelegenheiten als Zeichen echter kleinbürgerlicher Autonomie gewertet werden.

Der Laufer Gerichtsordnung aus dem Jahre 1541⁷⁷⁹⁾ ist zu entnehmen, daß in beschränktem Umfang noch zu

778) Mitteis-Lieberich, S. 180.

779) StAL, Gerichtsordnung von 1541.

dieser Zeit das dort geübte Ehehaftsrecht wirkliches Ehehaftsrecht im alten Sinne war, bei dem also auch Gerichtsfälle entschieden wurden.⁷⁸⁰⁾ Die Gerichtsordnung stellt hierzu ausdrücklich fest, daß nach einem jeden Ehehaftsgericht (dem Verlesen der geltenden Bestimmungen), "sovern anhengige sachen in gericht schweben", im Abstand von je 14 Tagen zwei bis vier "Nachgerichte" zur Erledigung dieser Fälle zu halten seien. Im übrigen waren aber auch hier bereits die Ehehaftsrechte so verdimmert, daß der Bekanntgabe des jeweils geltenden Ortsrechts an die versammelte Bürgerschaft an den drei Dienstagen nach Ostern, Walpurgis (1. Mai) und Michaelis (29. Sept.) die größere Bedeutung beigemessen wurde:

"Und an den jetzt bestimbten dreyen ehehaftsgerichtstagen soll ein yeder burger zu Lauf vor dem gericht erscheinen, sein burgerrecht wie mit alter herkomen von der herrschaft lösen und die gemainen gepot und verpott und das sonsten yederzeit verordnet würdet hören lesen. Wurde aber jemandt an solchen ehaftsgerichten ungehorsamliche aussenbleiben, der soll der herrschaft zu puß fünfzehn pfennig verfallen sein und geben?" 781)

Die vom Rat verhängten Strafen waren in erster Linie Geldstrafen in verschiedener Höhe ⁷⁸²⁾, da es sich ja um eigene Gerichtsbarkeit der Stadt handelte, die im Gegensatz zu den Wandelstrafen ausschließlich der Stadtkasse zufließen. Ob es daneben, wie anderswo, besondere Leibesstrafen gab, ist den vorhandenen Quellen nicht zu entnehmen.

780) Schuster, S. 70.

781) StAL, Gerichtsordnung, Abdruck Sauer S. 111.

782) Für die Nbger Zeit vgl. Sauer S. 114 ff.

Auch auf anderem Gebiet übte der Rat gerichtliche Funktionen aus. So hatte er als Träger der freiwilligen Gerichtsbarkeit ein Mittel in der Hand, um seine Aufsicht geltend zu machen: Die Wirksamkeit aller auf Veränderungen und Verschiebungen in den Rechtsverhältnissen an Grundstücken gerichteten Rechtsgeschäfte war von Formen und Voraussetzungen abhängig, die es ermöglichten, nicht nur die Rechtssicherheit zu überwachen, sondern auch die eigenen Belange der Stadt zu vertreten.⁷⁸³⁾ So ist z.B. anzunehmen, daß die Stadt in den zahlreichen Fällen, in denen ihre Ratsschöffen bei Grundstücksauflassungen als Urkundszeugen benötigt wurden⁷⁸⁴⁾, ihre Mitwirkung nur dann nicht versagte, wenn die beabsichtigte Rechtsänderung den städtischen Interessen nicht zuwiderlief. Wie solche Grundstücksgeschäfte vor sich zu gehen hatten, erhellt aus einem Bericht des Laufer Ratsherrn Betz an die neue Nürnberger Herrschaft vom Jahre 1506⁷⁸⁵⁾. Danach mußten die Vertragsparteien vor Gericht -soweit die Grundstücke im Burggeding lagen vor dem Stadtgericht- die getroffenen Kaufabreden und dann die Auflassung erklären, wobei unter Vermittlung eines Fürsprechs symbolhaft ein Grundstückshalm vom Veräußerer in die Hand des Erwerbers ging. Die Auflassung war damit rechtswirksam vollzogen.

783) Koch, S. 24.

784) z.B. Koch, Reg. Nr. 12,37,41,68,90= Gümbel Nr. 57, 72.

785) StAN, Nbgger Salb.Bd. 78 fol.47.

Die daneben wahlweise noch mögliche Stellung von zwei Bürgen durch den Verkäufer, die briefliche Bestätigung bzw. Einschreibung im Gerichts- oder Stadtbuch hatte nur deklaratorischen Charakter, sie diente wohl vor allem Beweis Zwecken.

Im Rahmen des stadtgerichtlichen Verfahrens war der Rat ferner zuständig für die gütliche Beilegung von Verfahren, so daß sich ein Urteil erübrigte. Hierauf ist aus der umfangreichen schiedsrichterlichen Tätigkeit des Rates ⁷⁸⁶⁾ zu schließen, die außerhalb der Sitzungen des Stadtgerichts erfolgte. Diese weist außerdem darauf hin, daß der Großteil der Prozesse überhaupt durch Einigung vor dem Rat der Stadt beendet wurde.

786) z.B. Koch Reg. Nr. 64, 82, 112 Gümbel Nr. 102

S C H L U S S:

Der Verfall der städtischen Selbstverwaltung Laufs
nach der im Jahre 1504 erfolgten Eroberung durch
Nürnberg.

Die Verfassung und Verwaltung der Stadt Lauf, wie sie im Vorausgehenden geschildert wurde, bestand bis zum beginnenden 16. Jahrhundert, bis zur Katastrophe des Jahres 1504, als nach dem Tode Herzog Georgs des Reichen von Bayern-Landshut im Verlaufe des um sein Erbe ausgebrochenen Krieges die Reichsstadt Nürnberg als Bundesgenossin Herzog Albrechts von Bayern-München den Ort einnahm und dem Bündnisvertrag entsprechend sich einverleibte.⁷⁸⁷⁾ Dadurch verlor die Stadt ihre seit über 200 Jahren geübte und immer neu bestätigte Selbständigkeit in ihren innerstädtischen Verhältnissen. Sie war von nun an ganz der Aufsicht und Leitung des durch einen Pfleger vertretenen Nürnberger Rats unterstellt.

Der Umschwung trat nicht sofort ein. Die Anstrengungen der neuen Herren konzentrierten sich zunächst darauf, daß die der bisherigen Herrschaft zustehenden Rechte nicht geschmälert wurden. Gegenteiligen Versuchen des Laufer Rats und der Bürgerschaft traten sie energisch entgegen. Dies gilt zunächst soweit der Laufer Rat sich einen größeren Anteil an den eingehenden Geldern aus den "Wändeln" sichern wollte:

787) Kriegsbericht des Ratschreibers Lazarus Spengler in StAN, Nbg., Amts- und Standbuch Nr. 142, Reicke, Geschichte der Reichsstadt Nbg. S. 508 ff., Dannenbauer S. 181 ff., Sauer S. 50ff.

"Item von einem wurff 5 d von einem burger, davon will ein rate zu Lauff den halbteil haben, ist neurlich also von Inen furgenomen und eine newrung." 788)

Ebenso galt für die Burglehen und den übrigen Herrschaftsbesitz eine Art gesetzlicher Vermutung zugunsten der Herrschaft:

"Item die herrschaft hat ein pawen zum Kunhoff und ein zum Seuboldthof, ettlich zins auf mullen und hemmern, auch purcklehen, zusambt einem paw an eckern und wisen, hewsern und zugehorungen, wo soliches die Register im sloß nit klar anzeigen und unverständlich wern, zweyfelt uns nit, das yemand itzlich verhalt . damit solch zinß, wie von alter herkommen gegeben werden." 789)

Anschließend wurde Lauf behutsam und unter Wahrung der äußeren Form in ~~das~~ zentralistische Herrschaftssystem des Nürnberger Stadtstaates eingebaut. 790) Die Reichsstadt bestätigte den Laufern alle Privilegien. Lauf behielt seinen Rat und seine Stadtverfassung. Im ersten dem Herrschaftswechsel folgenden Jahr blieb den Laufern die Anwesenheit von Nürnberger Gesandten bei ihrer Ratswahl noch erspart. 791)

Aber zielbewußt und allmählich wurde die Selbstverwaltung der Stadt eingeschränkt. Das begann damit, daß man bei einer der ersten Ratswahlen unter der neuen Herrschaft durch den Pfleger einen sicheren Nürnberger Gewährsmann zum Laufer Bürger und zum Ratsherrn machen wollte. Der Laufer Pfleger mußte allerdings von diesem Vorhaben abraten.

788) StAN, Nbg., Salb. Bd. 78 fol. 43.

789) StAN, Nbg. Salb. Bd. 78 fol. 8.

790) Koch S. 21.

791) U.v. 1506, Januar 7, StAN, Nbg., Salb., Bd. 77, fol. 137.

"Es mecht bei den burgern zu Lauff ein merklichen verdrieß geben, dieweil bey in mit alter herkomen, das keiner zum rat soll gewelt werden, er sey dann zuvor 3 jahr burger gewest". 792)

In der Folgezeit nahm man jedoch in anderer Weise auf die Laufer Ratswahl Einfluß. Die Nürnberger Obrigkeit ließ sich nicht mehr, wie die alte Herrschaft, allein durch den Pfleger vertreten, sondern kam mit zwei Gesandten und dem Pfleger zur jährlichen Wahl. 793) Damit brachten die Nürnberger Stimmen also notfalls gegen die zwei Stimmen der Laufer den ersten und mit ihm auch den zweiten Schöffen ihrer Wahl allein durch. Auch bei der anschließenden Wahl der Ratsvierer besaßen die drei Nürnberger Stimmen erhebliches Gewicht.

Daß die Laufer damit nicht einverstanden waren, geht aus der Klage eines Stadtschreibers hervor:

"Item am mitwoch nach der heiligen drey kunig tag, welt man jerlich ein rate zu Lauff, haben ein erber rate zu Nuremberg einen des rats darzu geschickt, ist das erst jar nit bescheen, aber mit der zeit alle jare, were woll nit nott und würde die unraß woll ersparet." 794)

Der Widerstand der Laufer blieb, wie einem Schreiben des Nürnberger Rats an Bürgermeister und Rat zu Lauf aus dem Jahre 1506 zu entnehmen ist, auf die Dauer ohne Erfolg:

792) StAN, Nbg.,Salb.Bd. 78, fol. 46 b.

793) StAN, Bfb.Bd.56, fol. 8., Einzelheiten vgl. StAN,Nbg.,Salb-Rep.59 Nr. 222, Sauer S. 109.

794) StAN,Nbg.,Salb,Bd. 78,fol.46b.

"Das ist uns aber unverporgen und euch zu mermalen schriftlich entdeckt, das ir euch bishero für alle andere unsere undertanen gegen uns als ewer oberkeit in ewern handlungen widersetzig und also gehalten ... als ob ewer gemut stee, uns mit ainem sonder unlust und widerwillen für ewer herrschaft zu erkennen." 795)

1513 wurde das neugewonnene Reichsstadtgebiet einer straffen Organisation unterworfen und dazu das Landpflegamt eingerichtet. Diese neue Verwaltungsbehörde für das Landgebiet, mit fünf Landpflegern an der Spitze, unterstand dem Nürnberger Rat unmittelbar und war ihm allein verantwortlich. Sie gab direkte Weisungen an die Pfleger, war Appellationsinstanz für Streitigkeiten landstädtischer Bürger mit anderen Nürnberger Untertanen, Rugamt in Handwerkersachen, Vormundschaftsgericht und seit der Reformation auch kirchliche Oberbehörde. 796)

Für sein Pflegamt wurde der Pfleger Generalbevollmächtigter der Obrigkeit. Es konnte kaum mehr etwas ohne sein Zutun geschehen. Er führte bei allen Rats- und Gerichtssitzungen den Vorsitz. 797) Die Verleihung des Bürgerrechts an Personen, die nicht Bürgersöhne waren, bedurfte seiner Einwilligung. Die Vereidigung der Neubürger und der städtischen Bediensteten war nun nicht mehr dem Bürgermeister, sondern allein dem Pfleger oder 798) einem von diesem ausdrücklich Bevollmächtigten gestattet. Im Gegensatz zu früher war es dem amtierenden Bürgermeister auch nicht mehr erlaubt, Übeltäter ohne Mit-

795) StAN, Bfb.Bd. 75, fol.248.

796) Reicke, S. 528, Koch S. 22.

797) StAN,Nbg.,Salb. (1514) Bd. 77 fol. 75.

798) StAN,Nbg.,Salb,Bd. 77 fol.75.

wirkung des Pflegers zu verhaften oder zu bestrafen. 799)
Die Einflußnahme der Nürnberger Obrigkeit wurde noch
dadurch verstärkt, daß diese den zweit wichtigsten
Posten innerhalb der städtischen Verwaltung, nämlich
den des Stadtschreibers, unmittelbar besetzte. Durch
den Stadtschreiber, gleichsam "der Obrigkeit Auge" 800),
hatte sie auch in den letzten Rest eigener Zuständigkeit
des Laufer Rats Einblick. 801)

Der Neuorganisation im äußeren Verwaltungsaufbau folgte
die Neuordnung der verschiedensten Materien. Eine neue
Gemeindeordnung 802) und neue Handwerksordnungen 803)
wurden eingeführt. Das Strafverfahren entsprach zwar in
seinen Grundsätzen bereits dem der Nürnberger Reformation
von 1479.

"Item die form im gestrengen recht ist mit der clag,
frag und urteil ungeverlich wie zu Nurmberg und
ist kein underschide." 804)

Dennoch wurde zur völligen Gleichschaltung auch eine neue
Gerichtsordnung erlassen. 805) Das Rechnungs-, Steuer-
und Abgabewesen wurde neu geregelt. Die Stadtrechnung
war nun vor Pflieger und Rat zu halten und der Obrigkeit
in Abschrift vorzulegen. 806) Eine Stadtsteuer, wie sie
der Rat früher in eigener Zuständigkeit angelegt hatte,
wurde nur noch mit Bewilligung der Obrigkeit zugelassen. 807)
Dabei war die Herrschaft nicht nur über die Höhe der
Gesamtsteuer sondern auch darüber zu unterrichten,
"wie man einen yeden Bin (d.i. seine) hab angeslagt" (d.i.
veranschlagt). Über den Verwendungszweck mußte im voraus

799) wie Anmerkung 798.

800) Reicke, S. 528.

801) Koch, S. 23.

802) StAL, Gemeindeordnung von 1541.

803) StAL., Stadtbuch v. 1541, fol. 201 ff. u. StAN,
D-Akten Nr. 4484 a.

804) StAN, Nbg., Salb., Bd. 78, fol. 47.

805) StAL, Gerichtsordnung v. 1541.

806) Seit 1561, StAN, Nbg., Salb., Bd. 231, fol. 109.

807) StAN, Bfd., Bd. 54, fol. 192' (1504, Nbg., Salb., Bd. 231, fol. 26
(1561)

berichtet werden. 808)

Schließlich entfiel die eigene Stadtsteuer ganz.⁸⁰⁹⁾
Auch eine feste, regelmäßige und nach bestimmten
Grundsätzen veranlagte Herrschaftssteuer im alten Sinne
gab es nicht mehr. Für eine Übergangszeit hatte die ⁸¹⁰⁾
Stadt Lauf das zu leisten, was der Herrschaft "not thut",
ein Maßstab, der der Willkür weiten Raum ließ. Später
wurde ein anderer Modus gefunden, die Landstadt zum
Nürnberger Finanzaufkommen heranzuziehen.⁸¹¹⁾

Zusätzlich wurden außerordentliche und Reichssteuern
-1508 noch mit dem alten Steuerfuß von 200 fl., 1545
bereits mit 400 fl.- erhoben.⁸¹²⁾ Auch der nunmehr
von der Stadt geforderte militärische Beitrag wurde
hinaufgesetzt. Zwar blieben die Sachleistungen im
bisherigen Rahmen, wobei allerdings die ständige Einsatz-
bereitschaft der beiden ins Feld zu schickenden "Reyßwegen"
besonders betont wird. Dagegen wurde die zu
stellende Mannschaftsstärke von zwanzig Mann
auf ein Viertel aller Bürger hinaufgesetzt.⁸¹³⁾
Zusätzlich hatten die beiden nach dem Bauhof größten
Laufer Anwesen, der Seuboltshof und der Kunhof, zusammen
einen weiteren „Reyßwagen“ mit vier Pferden abzustellen.

Auch die Bürger hatten Rechtseinbußen hinzu-
nehmen. Mit dem unbeschränkten Jagdrecht auf Nieder-
wild war es nun vorbei. Jagen ohne Einwilligung des
Pflegers war ebenso wie nicht genehmigtes Aufstellen
von Vogelherden mit Strafe bedroht. Auch bei Genehmigung
war ein Teil der Beute dem Pfleger abzuliefern.⁸¹⁴⁾

808) StAN, Nbg., Salb. Bd. 77 fol. 76^r (1514)

809) Koch, S. 23.

810) StAN, Nbg., Salb., Bd. 77, fol. 76.

811) Einzelheiten siehe Bürger S. 98 ff.

812) Koch S. 33 entgegen Bürger S. 101.

813) StAN, Nbg., Salb. Bd. 77, fol. 76.

814) StAN, Nbg., Salb. Bd. 77, fol. 76.

Im Laufe der Zeit machte sich so auf allen Gebieten eine Bevormundung durch herrschaftlich-nürnbergische Organe breit. Von einem eigentümlichen Laufer Recht bzw. von einer eigenständigen Laufer Verfassung und Verwaltung kann seither nicht mehr die Rede sein. Eine gewisse Erleichterung trat erst wieder ein, als im Jahre 1806 nach Auflösung der reichsstädtischen Herrschaft die alte, neue bayerische Herrschaft begrüßt werden konnte. Freilich brachte auch dies die Freiheiten der mittelalterlichen Landstadt nicht mehr zurück, sie waren unwiederbringlich verloren.

B E I L A G E N

I. Abschriften.

I. Urkunde des Herzogs Rudolf, 1298 Dez. 6.

Wir Rudolf von gotes genaden phallentzgrafe ze Reine und hertzog ze Bayern tun chunt allen den die disen brif sehent oder hören lesen das wir angesehen haben unser liebe burger zu Lauffe trew die sy und unserem vater selichen ertzeiget haben und auch noch ertzeigen mugen und tun in die gnade daruber, das sy uns dester willicher und frolicher dienen, das wir wollen mit disem unserem brif, das sy habn alle dy rechte freyhait und gnade dy unser liebe burger von Ambergk und Nappurgk habent won uns und do sy auch unser offen brif umb habent und gebn in zu einer urkund der vorgenan~~ten~~ freyhaitn, recht und gnade dise unsern brif mit unserm insigl versigelten. Der brif ist gegeben ze Nurmberg do von Cristes gepurd waren zwelfhundert jar und in dem achten und newntzigsten jar an Sand Niclostage.

Abschr. (Copialbuch, 15. Jahrhundert).

LO.: ~~HS~~ Staatsverwaltung 3505 Tom 9, fol 119.

2. Urkunde des Herzogs Rudolf, 1294 März 3.

Wir Rudolf von gotis gnaden phallentzgrafe ze Rine und herzoge ze Baiern tuen chunt allen den, die diesen brief ansehent oder hörent lesen, daz wir bedaht und angesehen haben den willigen dienst und die stete trewe, die unser lieben burger ze Amberg unserm lieben vater herzogen Ludweigen, dem got gnade, mangeln iar erzaigt habent und auch uns selben und haben in gegeben den reht und die gueten gewonhait, die zu ir stat gehornt und bestetigit sint, die in unser vorgeanter vater vor bestetigit hiet, als hernach geschriben stet:

(1) Daz erst ist daz: Sleht ein man den andern ze tode in der stat, so ist in unserr gewalt des leip und des guet, der den schaden getan hat. Ist abir, daz er seins leibis in notwer ist gewesen und daz bringen und bereden mac, so schol er nieman buezen denne uns.

(2) Ist abir, daz ein man den andern lemt, so gehort ein lew gegen der andern, er shöme sein denn abe mit bete oder mit guete gegen dem, dem er den schaden getan hat; von derselben lew gehornt den statrihter an zwai phunt ze wandel und den schepfen ainz.

(3) Von der fliezenden wunden gehornt fuff phunt; der sint zwai des rihters und zwai des wunden und ainz der schepfen, ob ez geschieht mit swert oder mit mezzir.

(4) Von der pliwat gehornt zwelf schillinge der ohurzen; der sint des clagers zehen, der schepfen ainr, des rihters ainr und sehzic phenninge.

(5) Und ist, daz der vorgeanten getat dehainu dehains burgers sun tuet oder sein chneht, des sol sein vater oder sein herre niht engelten, ist daz ir ietweder daz bereden mac und auch bringen, daz er in darzū niht behalten habe und daz ez an alle seine schulde geschehen sei; swa si daz also bringent so schol man sich haben an den rehten gescholn.

(6) Umb ain iegleich inziht schol man enpresten an dem gerihte, als die schepfen ertailt.

(7) Ez enschol auch der rihter nieman vaden oder aufhaben umme dehain der vorgeanten sache, der ain gesezen man ist, es ensei danne umme den totslac aine.

(8) Man schol auch nieman twingen umme dehain amment ze enphahen wider seinen willen.

(9) Sprichit man auch ieman an umme gulte oder dehain dinch, daz marchtrecht haizit, daz sol man niendert enden denne under dem gerihte. Man schol auch niendirt furbaz dingen auz dem gerihte umme dehainr slahte sache, die zu dem marchtrehte gehornt.

(10) Ez schuln auch die ediln leute, die in der stat gesezzen sind, vor dem statrihter daz reht tuen umme gulte.

(11) Alle die, die da chaufent und verchaufent, die schuln auch mit der stat dienen allen den dienst, den die burger tuent.

(12) Man schol auch dehainen burger vor dem andern besonderleichen beschatzen, ern verworht ez danne mit so grozen sachen, daz ez billeich were.

(13) Man schol auch nieman twingen weder vrawen noch man zu eelichir heirat wider seinen willen; ist abir, daz ain witwe ainen andern man nimt an der vreunde rat, die vrawen schol niht mer angevallen weder erbis noch beraitschaft, wan als der chinde ainem. Ez ist auch umme den witwer dazselbe reht.

(14) Ist auch, daz ein vrawe oder ein man ververt an erben, swa daz mensch sein güt hinschafft, da schol ez hingehorn. Ververt er abir an geschefte, so schol sein guet seine nehsten erben angevallen.

(15) Ez schol auch der rihter noch nieman anders nieman dehain gelaite geben in die stat an des willen, dep er lihte beswerit hat mit raube oder mit brante; chöm er abir daruber hinein in die stat und wurde lihte bechumbert von dem, den er beschedent hete, der und seine helfer habent daran wider nieman getan.

(16) Ist daz auch ieman in die stat ze Amberch von andern steten oder von vremen landen varn wil, den sol man freilich enphahen.

(17) Wil auch ieman varn auz der stat, den schol man des niht engen.

(18) Swaz auch iuden in der stat iezu ist oder noch darein chument, die schuln mit den burgern dienen und besonderleichen niht.

(19) Die burger schuln auch under in nemen zehen man oder ehte, die des rates phlegen; und swaz dieselben under in trahtent oder ahtent, daz uns und der stat guet und erleich ist, daz sol stete unde feste beleiben und sol der andern wille sein. Wer abir, daz daz ieman irren wolte, des schul wir in beholfen sein, daz des iht geschehe.

Daz auch diseu reht und di gueten gewonhait, als si vor geschriben stent, also stete und unzerbrochen beleiben, geben wir vur uns und vur unsern lieben brueder Ludwigen disen brief mit unserm insigil versigilt. Diser brief ist gegeben zu Amberch, da von Christes geburt warn tausend zwaihundert iar und in dem vierdem und neunzigsten iar, an der mitichen, der der erste vastetac ist in der vasten.
Original Perg.

(LO.: StdtA Amberg U 1)

3. Urkunde des Herzogs Rudolf, 1296 März 31.

Wir hertzog Rudolf von gotes genaden pfallentzgraf ze Rein und hertzoze ze Bairen tun chunt allen den, die disen briefe sehent und horent lesent, daz wir der gemain unser lieben burgaer von Nappurch gestaetiget haben und auch staetigen für uns und unsern lieben bruder Lodwigen mit disem unsern brief ir burchreht, diu si von unsern voderen her an uns habent braht, als si hernach geschriben stent:

(1) Des ersten swer sich zu unsern burgaeren ze Nappurch mit haus oder sus mit dinste setzen wil, den sol, swer dann unser phleger ist ze Nappurch, belaiten von unsern wegen zu der stat drei meil, swes man er ist, an unser urbars laeut und vogtelaeut.

(2) Swer auch mit unsern vorgeantanten burgaern in der vorgesprochen stat chaufmanschaft treibet oder mit in chauft oder verschauft, der sol mit in dinen.

(3) Wir geben in auch daz reht, daz niemen sol noch einmach, dem oder dem, der oder die bei unsern vorgeantanten burgaern sitzent und mit in chauffent und verchauffent, dehaein freihels für dinst geben, dann nach unserm ze vorderst und danach der burgaer rat.

(4) Wir geben in auch daz reht, daz wir noch dehaeiner unser emptman dehainen burger von der stat, der ez niht verschuldet hat, sol sunderlich beschätzen.

(5) Swer auch under in beschuldiget wirt von einer inziht umb ainen totslach, umb wünten oder umb swelherlai sache ez ist, mach derselbe gerihten vor unserm rihter oder unserm gewaltigen amptmanne, als der stat reht ist, daz er unschuldich ist der sache der man in beschuldiget hat, der sol des genizzen und sol man im dehainen schaden darüber tun.

(6) Swelher auch userr burgaer sun ainer ainen slehet oder verwundet oder swelherlai schaden er tut,

des ensol der vater niht engelten, mach er daz gerihten, als reht ist, daz er an derselben getat mit raeten und mit werchen unschuldich ist. Und ist daz, daz der sun daruber entweichet, des sol der vater niht engelten, ez waer danne, daz der vater den sun behielte nach der tate, so sol er uns und dem chlager für den sun bezzern, als der stat reht ist.

(7) Swelich vater auch seinen sūn von im hat getaillet, swelhen schaden der sun tat, des sol der vater niht engelten, ist daz, daz er sich nach der stat rehte davon genemen mach, daz er an der tate mit raeten und werchen unschuldich ist.

(8) Swelher man oder burgaer tut ainen totslach, des leib und des gūt stet in unserr hant.

(9) Swelich gesezzen man oder burger ainen verbundet oder swelherlai schaden er tūt, dem sol man dehaeinen schaden tun in siner gewalt und sol er uns bezzern und dem chlager, als der stat reht ist.

(10) Swer auch in der stat tutfeintschaft hat, der sol beleiben vor der stat und sol in niman darin belaitten, won mit der gunst und willen, der der schaden wider-varen ist.

(11) Swer auch in die stat gelten sol, den sol unser sachwalt oder unser stat rihter auf beschaidenhait wan ze ainem mal hinin belaitten. Rihtet er ez danne niht ab, so sol in für-waz nieman mer belaitten in die stat, untz er daz gelte abgerihtet.

(12) Swer auch reittet, get oder vert auf unserr stat jarmarchte, der hat unser gelaitte vor drei tage und hinnach drei tage, an todfeintschaft.

(13) Swelich edel man unsern burgern gelten sol, der sol daz reht dulden vor unserrr stat sachwalt. Stründ aber er des rechten vor, so sulen wir oder unser vitzetum in des rechten gegen im beholfen sin.

(14) Swer in aeiner meil umbe die vorgeannten stat siudet oder briwet, schenchet oder miltzet, des sol sich unser rihter underwinden von unsern und von der stat wegen.

(15) Ez ensol auch niman auf dem gaewe schenchen pir, met noch wein, danne in den etavern, und sol man dazselbe trinchen nemen in unser stat.

(16) Swa auch zwai wirtlaeut sint in unserr stat, swelhes under in stirbet, so sulen wir noch dehaeiner unser amptlaeut daz ander cleiches heirates benöten oder ir ohint an ir gūten willen und ir friunt rat.

(17) Swaz auch unser liebe burgaer und diu stat von Amberch rehte habent von uns, diu an disen brief niht geschriben stent, diuselben reht geben wir

unsern burgaern und unser stat ze Nappurch in allen dem reht, als si ez habent.

Und gebeh in ze aeinem urchunde, dar^uber den vorge-
nanten unsern brif mit unserm insigel versigelt,
daz si in also stet und unzerbrochen beleiben, als si
vor geschriben stent. Der brief ist gegeben ze Snaitpach
da von Christes geburte waren zwelfhundert iar und in dem
sehsten und niwnzigistem iar, des samztages in der
oaterwochen.

Original Perg. mit Reitersiegel.

(LO.: AStA Fürstenselekt 506).

4. Urkunde des Königs Ludwig des Bayern, 1323, März 16.

Wir Ludwig von gotes genaden romischer könig ze allen
zeiten merer des richs veriehen offentlich an disem
brif das wir unsern getrewen burgern in unserm margt zu
Lauff die gnade getan haben und auch tun, das wir noch
keiner unser amptman chain steur noch dinst von in vordern
noch nemen sollen, dann als sy von älter her bey unserm
vater seligen und bey uns geben und getan habent. Und
wer auch das wir sy yemand überkomen oderversatzten; der
sol nicht mer von in vordern noch nemen dann ir alt und
gewonlich stewr und dinst und sol sy darüber nicht urer
treiben noch beswaren. Daruber zu einer urchung geben wir
in disen brif mit unserem insigl versigelten, der geben
ist zu Nürnberg an mitwochen vor dem Palmtag do man zalt
von Cristo geburd dreytzeenhundert iar darnach in dem
dreyundzwontzigsten iar in dem newnden iar unseres reichs.

Abschr. (Copialbuch, 15. Jahrhundert).

LO.: HStM Staatsverwaltung 3505 Tom 9, fol 119.

5. Urbarium vicedominatus Lengenvelt (1326).

Lauffe.

Redditus in Lauffe.

Molendin. inforo tritici II suember, sil.XII

suember, proc.valent. VI sol.hall.

Secundum molendin. trans aquam sil. XII suember,

porcum valent.dim. lib.hall.

Tercium molent.silig, IIII suember, porc.valent
LXXII hall.

Quartum molend.tantum.

Iste molendina non soliunt minuta, sed molendinatores
debent in castro edificare pro eisdem.

Curia villicalis soluit mediam partem frumenti.

Feodum Weimari LX den.cas. XVIII, pull. II.

Feodum Hirzzlinii LX den.cas.XIII, pull.II.

Feodum Gauchstorferii tantum.

Feodum Leupoldi L den.cas. XVIII, pull.II.

Feodum Chunr.XL den.cas.XV. pull.II

Feodum Ch.de Macellenburch tantum.

Feodum Steptocharii L den.cas. XV, pull.II

Feodum Gundelinii XXXII den.cas.XX, pull. II.

Feodum Frid.de Hinterbach XII den.cas.IIIII,pull.II.

Feodum Sibari XXIIII den.cas.IIIII, pul,II.

Feodum Goetfridi pastoris XII den.cas.IIIII,pull.II.

Feodum Chraftonis tantum.

Curia Sibot. III sol.et silua mag.

Curia Volschalperg sil.III suember, porc.valent.

dui Lib. duo schuolter. Gas XXX.

Feodum in Piberpach III sol.X den.porc.val.LXXX,
cas.XXIIII, duo schuolter,

Secundum tantum.

tercium XXIIII den.cas.XII.pull.

Feodum Chratzreut I lib.habet eciam siluam.

Curia Gerharsriut V.sol.pull.IIIII, que fuit data
ecclesie in Lauff, sed.dominus Hiltprandus
abstraxit.

Curia Volschaltzperg sil.II suember,porc.vel.dim.
lb. duo scapulas, cas. XXX.

Feodum ibidem silig. I suember, cas. XVIII et scapulam.

Piscaria Weizzendorf III den. et obul. fac. VI sol.

minus II den.

Piscaria subcastro per ebdom III. den et obul. fac. VI sol. minus II. den.

Piscaria tercia per ebdom IIII den. fac. VII sol. minus II. den.

Pratum longum.

Aliud pratum, quod dicitur Werde iuxta castrum, soluit feni XXX karratas minus.

Curia Chvennlpf (sic!) sil. IIII suember, aneue tantum, porcum valent. VI sol. cas XXX.

Curia in Harde soluit mediam partem frumenti.

Feodum in Heuchlingerspach XXIIII den. cas. XV., pull. III. Chuennhof agri quatuor.

LO.: MB 36, S. 629 ff.

6. Urkunde des römischen Kaisers Karl IV., 1355 Aug. 23.

Wir Karl von gotes gnaden römischer keyser zu alln zeiten merer des reichs und k⁸nig zu Behaim bekennen und tun kunt offenlich alln leutn die disn brif sehent oder hornt lesen das wir durch getrew steter dinste willn, die uns unser lieben getrewen burger zu lauffn nutzlich getan habend und in kunftign zeiten uns unsern nachkown k⁸nigen zu Behaim noch nutzlich getan mugen, und habn darub in mit wolbedachtm mut und mit recht wissen als ein k⁸nig zu Behaim bestetget und confirmiret, bestetgen und confirmiren in mit diesem brif, alle rechte, hantfesten und brife, dy sy han von den fursten von bayern in aller weiß als die brif geschriben stendt. Und darzu haben wir in solichen genad getan als hernach geschriben stet:

Von ersten das sy zu burger empfahen mugn wer stetlich bey in wonen und der state zu lauffn rechte haldn, gebn und nemn wil nach gewonhait derselbn state.

Auch wolln wir sy bey irn gewonlichn stewrn, beten, freiheitn und rechtn beleiben lassen als sy die von alter gegebn und herbracht haben.

Auch sol unser richter den wir zu zeitn zu Lauffn habn unßer burger an ire leibe nicht angreifen es einväre dan das der burger einen farungen todslag tete so mag danne der richter den der den todslag hat getan an greifn mit leibe und gute.

Und umb das datz die selb stat zu Lauffn dester bas sich gepessern müge habs wir ir gegunne eine wochn margkt alle wochn eine tag zu habn als derselbn stat das aller nützlichst düncket, mit beheltnusse uns unsern nachkom könign zu Behaim und der kronen zu Behaim und iedem manne seines rechtn mit urchung ditz brifs versigelt mit unß kaiserlichn maiestat insigl der gegebn ist zu Brage nach Cristo geburd dreientzenhundert iar darnach in dem funfund funfzigstn iar an Sand Bartholomeus abent, unser reiche des romischen in dem zehendn, des Behemischen in dem neunnd und des kaisertumbs in dem ersten iare.

Original: Originalregg. des bayer. Reichsarchivs.

Abshr. (Copialbuch, 15. Jahrhundert).

LO.: HStM München, Staatsverwaltung 3505 Tom 9.

fol. 119, 120. Reg. Imp. VIII Nr. 2230.

7. Urkunde des Kurfürsten Otto V. und des Herzogs Friedrich, 1376 Mai 22.

Wir Ott von gotes gnaden des heiligen römischen reichs ertzkamerer kurfürste und wir Fridrich von gotes gnaden baid pfaltzgrafen bei Rein und hertzog in Baiern etc. bechennen offenlich mit dem brif das wir unsern burgern genannt unser stat zu Lauffn die besunder gnade getan haben und auch tun mit kraft ditz brifs und haben in gundt und erlaubt eine zol einzenemen in der vorgeannten unser stat zu Lauffn oder ausserhalbe zu nechst an unser stat, von iedem pferde, das in geschirr get und auch in wagen einen haller als lang bis auf unser widerrufen. Und sullen auch denselben zol den sy also einnemen treulich und ongeverlich verpawen an unser egenant stat zu Lauffn nach rat unseres pflegers doselben zeit, do sein aller notdurft ist. Sy sullen auch kaine zol nicht nemen von allen dem, das uns gelait gibt in unser obgenanntn stat. Und besonderlichen was zu unseren steten und margten

gehört. do sullen sy auch keinen zol nicht von
newen wann das ist also unser maynung und wille
gantzlich mit urteyl diszes brifs in geben zu
Regenspurg an dem heiligen auffart tag mit unsern
anhangenden insigeln anno domini millesimo ccc^o Septimo.

Abschr. (Copialbuch 15. Jahrhundert)
LO: HStM Staatsverwaltung Tom.9, fol. 120'.

8. Gerichtsbrief des Stadtgerichts Lauf von 1379 Juli 19.

Ich Chunrad Hutt Richter an der zeit und wir die
geschworenen der stat ze Lauff gemeinlich wekennen
öffentlich mit disem brif daz fur uns kom in
gericht herr Albrecht Valczner an der zeit pfarrer ze
Newenkirchen auf dem sand und Chunrad Kergel von
Speichern dez selben gotshauz pfleger und klagten mit
fürsprechen auf ein wisen haist die Seltzlin, die
gelegen ist unterseit dez Hutten paumgarten ausge-
nommen ein tagwerks daz von derselben wisen
geschickt und geteilt ist der frumesse ze Lauff.
Do hett die erberg frauw Alheid die Seltzlin
aus geschickt durch ir sel willen unserer lieben
Frawen ze Newenkirchen ein ha/t/bs pfund wachs all iar
ewigs seelgeretz wann die vorgenant wis ir was.

Do ward ir erteilt:

Möchten si daz erweisen mit zwain erbern personen,
weren (d.i. es wären) frauen oder man den zu gelauben wer,
si schölten sein pilleich geniessen. Do stund dar der
vorgenant her Albrecht Valtzner und Chunrad Kergel,
die erzeugten mit den ersagen mannen Fridreich dem
Stahler und Chunrad dem Trösenlein pey/de/ (d.i beide)
purger ze Lauff, die sagten auf ir eyd, die si
der stat geschworen hettn, daz di erberg frau Alheit
die Seltzlin het geschickt an yrm todpett dem vor-
genannten gotshauss aus der vorgenanten wisen ein halbs
pfunt all jar ewigs selgeretz.

Do si nun als wol erzewgt heten, do paten /si/
frogen einer gemeinen urteil, ob man dem vorgenanten
gotshauss der zeugnuezz icht pilleich ein brif
geb under der stadt insigel; der ward in erteilt,
irr stat unengolten. Auch ward in erteilt, daz man
dem vorgenanten gotshaus, wer die wisen ynn hett,
sein wachs solt geben und raichen all jar Walpurgis
(1.Mai) oder e man die wisen met; tet man des nicht,

so schölten sich, die zu der zeit gemainer w^{er}den
dez oft genannten gotshaus, halten an di n^ut^z der
wissen als lang, untz si dez wahs gericht wurden.

Der obgeschriben sach sind geladen zeug:

Herman Holvelder, Chunrad Odenpgrger, Heinrich
Hofmann, Ulreich Türs, Herman Mülner, Rodiger Gerhart,
Fridrich Stahler, all geschworen der stat ze Lauff. Daz dem
obgenannten gotshaus daz stet und unferruckt weleib, geben
wir ym disem brief versigelt mit unsrer stat anhangenden
insigel, unser stat on engelt. Der brief ist geben da man
zalt nach Crists purt dreuzehen^hundert iar darnach in dem
neunundsibenzigsten iar am nechsten eritag vor Marie
Magdalene der heyiligen frawen.

Orig. Pg. mit wenig besch. Siegel.

LO.: HStM Urk. Bamberg Nr. 3831.

9. Urkunde Herzog Stefans von 1413 April 13.

Wir Steffan von gotes genaden pfallntzgraf bey Rein
und hertzog in Baiern etc. bechennen offentlich mit dem
brif fur uns unser erben und nachkomen das wir angesehen
haben solich getreu dinst, die uns unser lieb getrew der
rate und gemainlich die burger unser stat, zu Lauff lang
zit willichlich getan habend und hinfur tun m^ugend und
wollend. Und darumb haben wir in mit wolbedachtem mut und
mit rechten wissen und durch des willen, das sy die
egenant unser stat dester pas gepassern m^ugen und haben
in geben aine wochen markt all wochen einen tag auf den
donerstag, das auf den selben tag ain iglicher frid und
gelait sol haben ausgenommen der da schuld auf in hete,
das den hals antreffe, den solt das gelait nicht helfen
noch austragen. Darzu haben wir in geben und erlaubt
vier iarmargkt all iare der ^{er}ste an den nachsten suntag
nach sunnwentn der andere des nachsten suntags nach Sand
Jakobstag den dritten an dem nachsten suntag nach der golt-
fasten in dem herbeste, den vierden iarmarkt des nachsten
suntags vor Sand Gallentag. Und die egenant wochen und iar
margkt geben und best^{at}n wir in mit kraft des brifs der
geben und mit unserm anhangenden insigl versigt ist zum
Hilpoltstein am pfintztag vor dem heiligen Palmtag so man
zalt von cristi geburd vierzehnhundert und darnach in dem
drewzehenden iare.

Abschrift (Copialbuch 15. Jahrhundert).

LO.: HStM Staatsverwaltung Tom 9, fol 120'.

II. REGESTEN ZUR RECHTS- UND VERFASSUNGSGESCHICHTE
DER STADT LAUF.

Nr. 1.

1298 Dezember 6, Nürnberg.

Herzog Rudolf [I.] verleiht den Bürgern zu Lauf alle die Rechte, Freiheiten und Gnaden, die die Bürger von Amberg und Nabburg von ihm haben.

Abschr. (Copialbuch, 15. Jahrhundert).

LO: HStM Staatsverwaltung 3505 Tom.9, fol. 119.

Nr. 2.

1323 März 16, Nürnberg.

König Ludwig garantiert den Bürgern zu Lauf, daß sie ihm und seinen Amtleuten nicht mehr Steuern und Dienste zu leisten haben als sie bisher ihm und seinem verstorbenen Vater erbracht haben. Dies soll auch gelten, wenn der König den Ort verkaufen oder verpfänden sollte.

Abschr. (Copialbuch, 15. Jahrhundert).

LO: HStM Staatsverwaltung 3505 Tom.9, fol. 119.

Nr. 3.

1331 April 7, Nürnberg.

König Ludwig verleiht auf Bitten Offmain der Weyglinn hin dieser und deren Erben das Recht, jeden Donnerstag einen Wochenmarkt und jährlich am Bartholomäustag (24. August) einen Jahrmarkt in Eschenau abzuhalten. Dem Markt Eschenau verleiht er die gleichen Rechte und Freiheiten wie sie der Markt Lauf besitzt.

Abschr. (*facsimile von Kräf*, 16. Jahrhundert).

LO: StAN, Gemeindedepot Eschenau Urkunde Nr. 1

Druck: Friedrich Gräf, Geschichte und Beschreibung des Marktes Eschenau S. 10.

Nr. 4.

1355 April 5, Rom:

Karl [IV.] römischer Kaiser und König von Böhmen bekannt, daß er folgende Festen und Städte dem Königreich Böhmen einverleibt habe: Zum ersten Sultzbach, Rosenberg, Neidstein, Hertenstein, Hohenstein, Hilpoltstein, Lichteneck, Turrendorff, Franckenberg, Auerbach, Herspruck, Lauf, Velden,

Flech, Eschenbach, Penitz, Husecke und Werdenstein, die seinem sel. "sweher" Pfalzgraf Rudolf einst gehört haben und die er von dessen Erben, den Pfalzgrafen Ruprecht dem Älteren [I.] und Ruprecht dem Jüngeren [II.] gekauft hat; weiter die Festen und Märkte Hirschau, Neuenstadt, Störenstein und Lichtenstein, die Ruprechts des Älteren und Ruprechts des Jüngeren väterliches Erbe gewesen sind und die sie Karl verkauft haben; ferner die Festen Bleystein, Reichenstein, Reicheneck, Husecke, Stralenfels, Spies und Ruprechtstein, die Lehen des Königreiches und der Krone Böhmen sind; und schließlich die Stadt Barnau, die Karl von dem Kloster Waldsassen gekauft hat. Die genannten Städte, Märkte und Festen sollen dem Königreich Böhmen nicht entfremdet werden. Jeder böhmische König, der gegen dieses Gebot verstößt, soll als Meineidig gelten; jeder, der bei einer solchen Entfremdung behilflich oder sonst daran mitschuldig ist, soll alle Ehren und Rechte verlieren und sein Gut den Königen von Böhmen verfallen sein. Alle getreuen Landsassen des Königreichs sollen verpflichtet sein, solche Leute bei Strafe des Verlustes aller ihrer Rechte, Freiheiten und Ehren zu töten. Auch sollen die Könige von Böhmen die Einhaltung des eben genannten Artikels, nichts von diesen Städten und Festen dem Königreich zu entfremden, in Gegenwart der Fürsten, Herren und Edlen des Königreiches auf die Schrift des hl. Evangeliums, das sie mit der Hand berühren sollen, schwören. Dies soll geschehen, bevor sie gekrönt werden oder die heilige Salbung empfangen. Niemand, der in den genannten Städten und Festen ansässig ist, soll wegen irgendeines Anspruches Güter eines andern eigenmächtig pfänden, es sei denn, er habe vor den Landgerichten Karls sein Recht/gem. ist ein vollstreckbares Urteil/ erhalten. Auch dann soll er nur in Gegenwart eines Boten pfänden, den der Richter eigens dazu entsendet. Wer in dem genannten Herrschaftsgebiet Karls Häuser, Festen, Höfe oder Besitzungen hat, soll nichts tun, was Karl, dem Königreich Böhmen und den genannten Landen und Leuten zum Schaden gereichen könnte. Auch soll sich niemand in den gen. Landen einem anderen mit Mannschaft oder Huldung untergeben. Niemand soll Leute aus den gen. Gebieten vor irgendein auswärtiges Gericht laden; kein Mann, wie offenbar seine schuld auch sei und ob er auch auf handhafter Tat betroffen würde, soll aus den gen. Landen und Gerichten Karls geführt werden, es sei denn mit besonderer Erlaubnis der Amtleute Karls.

Wer in den gen. Landen Karls ansässig ist oder Gut, Erbe und Besitzung darin hat, soll dieses vor keinem anderen Richter oder Herrn als vor den Landgerichten Karls verantworten. Niemand in den gen. Landen soll Muntleute haben außer Karl und seinen Nachkommen, den Königen von Böhmen.

Wer Ansprüche gegen die in den gen. Landen ansässigen Leute Karls hat, soll nur vor den Landgerichten Karls Recht nehmen. Wenn aber seine Richter säumig wären, daß den Leuten Recht nicht widerführe oder ungerechte Urteile gegeben würden, soll einem jeden Betroffenen erlaubt sein, Berufung an Karl und seine Nachkommen als Könige von Böhmen einzulegen. Eine solche Sache soll von dem Richter entschieden werden, den der König von Böhmen dazu einsetzt. Von einem solchen Urteil gibt es nur Berufung an die königliche Kammer.

Karl behält sich und seinen Nachkommen, den Königen von Böhmen vor, Leute aus den gen. Landen, Gerichten und Herrschaften jederzeit nach freier Willkür vor sich zu laden.

Dem Gericht soll man aufwarten nach alter Gewohnheit des Königreichs Böhmen.

Wer gegen diese Bestimmungen handelt, soll bei einem jeden Verstoß einer Strafe von vierzig Mark lötigem Gold verfallen.

Alle entgegenstehenden Briefe, Handfesten, Rechte und Gesetze sollen kraftlos sein.

Wer freventlich gegen diesen Brief handelt, soll einer Strafe von 1000 Mark lötigem Gold verfallen, die halb der kaiserlichen Kammer und halb den Königen und dem Königreich Böhmen gehören sollen. Zeugen: Peter Cardinalbischof von Ostia und Velletri, Nicolaus Patriarch von Aglei, Johann Erzbischof von Pisa, die Bischöfe Johann von Olmütz, Gerald von Speier, Theoderich von Minden, Philipp von Volterra, Johann von Spoleto, Protliua von Zengg und Johann von Emona/Cittanuova/; Johann Markgraf von Montferrat, Stephan Rheinpfalzgraf und Herzog von Baiern, die Herzoge Nicolaus von Troppau, Otto von Braunschweig, Heinrich von Sagan, Wladislaw von Teschen, Nicolaus von Münsterburg und Bolko von Falkenberg; die Burggrafen Johann von Nürnberg und Burghard von Magdeburg, die Grafen Ludwig von Oettingen, Heinrich von Schwarzburg, Johann Landgraf von Leuchtenberg und Heinrich von Gleichen.

Druck.-LO.: Lünig Cod.Germ.Dipl.S.1142 ff.(dt. Urk.).- Lünig Cod. Germ.Dipl.S.1135f (lat. Urkunde, enthält gegenüber der dt.Fassung geringe Abweichungen).- Reg.Imp.VIII

Nr. 2019. - Besondere Ausfertigung, lediglich
die gerichtlichen Bestimmungen enthaltend:
RB VII S. 317.-
Abschr. Pap. (16.Jh.) StAA Standbuch
Nr. 316.

Nr. 5.

1355 August 23, Prag.

Karl IV., Römischer Kaiser bestätigt den Bürgern zu
Lauf alle Privilegien, Briefe und Dokumente, die
sie von den Herzogen von Bayern erhalten haben und
gewährt ihnen zusätzlich folgende Rechte:

- (1) Als Bürger mögen sie aufnehmen alle die ständig
in der Stadt wohnen und der Stadt zu Lauf
Rechte halten, geben und nehmen wollen.
- (2) Es sollen die zur Zeit in Lauf sitzenden Richter
kein Recht haben die Bürger an ihrem Leib
anzugreifen, es sei denn, daß ein Bürger sich
eines Totschlags schuldig mache. In diesem
Falle darf auch nach dem Vermögen des Täters
gegriffen werden.
- (3) Damit die Stadt sich [wirtschaftlich] bessern
möge erhält sie das Recht einen Wochenmarkt
an einem ihr am günstigsten erscheinenden
Wochentag abzuhalten.

Abschr.: (Copialbuch, 15. Jahrhundert)

LO: HStM: Staatsverwaltung 3505 Tom 9, fol. 119.
Reg.imp.VIII Nr. 2230.

Nr. 6.

1355 September 20, Eichstätt.

Bischof Bertholtus von Eichstätt bestätigt ein von
Domdekan Gottfried gefälltes Urteil in Sachen des
Pfarrers zu Ottensoos gegen das Frauenkloster zu
Engelthal. In der Entscheidung wird die Lage des
Dorfes Lauf mit "außerhalb der Pfarrei Ottensoos und
der Eichstätter Diözese gelegen" angegeben.

Or.Pg. mit Siegel

LO: HStM: Reichsstädte Nürnberg, Urkunde Nr. 928.

Nr. 7.

1367 August 11., Auerbach.

Volkholt von Tann, Landrichter zu Sulzbach ent-
scheidet auf einer Sitzung zu Auerbach über eine
Klage des Nürnberger Bürger Hermann Ortlieb gegen
die Bürger vom Rate zu Lauf wegen des Eigentums
an dem "Holz, Kratzreut genannt", dahin, daß das

vorgenannte Gehölz den Bürgern der Stadt Lauf zustehe.

Abschr.: (Copialbuch 15. Jahrhundert).

LO: HStM, Staatsverwaltung 3505, Tom.9, fol. 121.

RB IX 42.

Nr. 8.

1372 Juli 22, Sulzbach.

Karl IV. Römischer Kaiser, gestattet den Laufer Bürgern die Nutzung des Stadtgrabens als Fischwasser

Abschr.: (Copialbuch 15. Jahrhundert)

LO.: HStM, Staatsverwaltung 3505 Tom.9, fol. 119', 120.

Nr. 9.

1374 September 14, Neustadt/Aisch.

Kurfürst Otto [V.] und Herzog Friedrich bestätigen das Fischweiherprivileg Karls IV.

Abschr.: (Copialbuch 15. Jahrhundert)

LO: HStM: Staatsverwaltung 3505 Tom.9, fol. 120.

Nr. 10.

1374 Dezember 13, Nürnberg.

Kurfürst Otto [V.] und Pfalzgraf bestätigen den Bürgern zu Lauf die Briefe, Freiheiten und Rechte, die sie von Karl IV. und den Bayerischen Herzögen haben

Abschr.: (Salbuch, 16. Jahrhundert).

LO: StAN, Nürnberg, Salb.Bd. 78, fol. 18 = Bd. 77, fol. 123'.

Nr. 11.

1375 September 8, Sulzbach.

Kurfürst Otto [V.] und die Pfalzgrafen Stefan [III.] und Friedrich, Brüder und des erstgenannten Vetter, eignen und geben den "armen, dürftigen" des Spitals zu Lauf 14 fl. jährliche Gült aus ihrem Geleit zu einem Seelgerät.

Abschr.: Pg. (14. Jahrhundert)

LO: Urkundenbuch des Spitals zu St. Linhard in Lauf
StAN Rep. 59 / Nürnberg Salbuch Nr. 12 unter VII.]

Nr. 12.

1376 Mai 22, Regensburg.

Kurfürst Otto [V.] und Herzog Friedrich gewähren der Stadt Lauf in widerruflicher Weise den kleinen Zoll und bestimmen, daß dieser nach Rat des landesherrlichen Pflegers verbaut werden solle. Zollfrei sind Gegenstände, wofür Geleitgeld bezahlt wird. Auch von den übrigen landesherrlichen Städten und Märkten soll kein Zoll erhoben werden.

Abschr.: (Copialbuch 15. Jahrhundert),

LO: HStM Staatsverwaltung 3505 Tom 9, fol. 120'.

Nr. 13.

1389 Dezember 3, ohne Ortsangabe.

Herzog Friedrich von Bayern legt den Städten Hersbruck und Lauf ein Ungeld von 4 Maß auf jeden Eimer Weines auf und befiehlt, daß der Ertrag daraus die Bürger von Hersbruck, als Entschädigung für die Zehrung, die sein Kriegsvolk daselbst getan hat, zur Verteilung kommen solle. Auch der Ertrag des Laufener Ungeldes soll an den Hersbrucker Rat gezahlt werden. Die Abgabe solle nur 5 Jahre erhoben, ein etwaiger Überschuß von den Hersbruckern an ihrer Stadt verbaut werden.

Or.Pg. mit anhängendem guten Siegel

LO: Stadtarchiv Hersbruck, Urk.Nr. 26

Abschr.: Neuburger Copialbuch Tom 91, fol.324.

Druck: Gümbel, Hersbrucker Stadtkunden von 1297-1388, Nr. 26.

Nr. 14.

1394 Mai 26, Nürnberg.

Herzog Stefan [III.] gestattet den Laufer Bürgern das Ungeld, welches sie bisher der Stadt Hersbruck gereicht haben, selbst einzunehmen und damit Mauer und Graben zu versorgen. Zur Steuer werden alle die, "in dem purckfride daselbs sitzen oder gut und gult darin haben" herangezogen.

Abschr.: (Spitalbuch 16. Jahrhundert).

LO: LStA: Spitalbestand, Spitalbuch fol. 63'
auszugsweiser Abdruck Sauer S. 20, 21.

Nr. 15.

1413 April 13, Hilpoltstein.

Herzog Stefan [III.] verleiht den Bürgern der Stadt Lauf einen Wochenmarkt an jedem Donnerstag und 4 Jahrmärkte am Sonntag nach Sonnenwende (Sonntag nach Juni 24), Sonntag nach St. Jakobstag (Sonntag nach Juli 25), Sonntag nach Goltfasten in dem Herbst (Sonntag nach 14. September) und Sonntag vor St. Gallentag (Sonntag vor Oktober 16). Vom Marktgeleit soll nur ausgenommen sein wer ein todeswürdiges Verbrechen auf sich geladen hat.

Abschr.: (Copialbuch 15. Jahrhundert).

LO: HStM. Staatsverwaltung 3505 Tom 9, fol. 120'.
RB XII 138

Nr. 16.

1422 Februar 16, Lauf.

Kurfürst Friedrich [I.] von Brandenburg und Pfalzgraf Johann bestätigen den Laufer Bürgern alle Privilegien, die diese von der Krone zu Böhmen und den Fürsten von Bayern besitzen.

Abschr.: (Salbuch 16. Jahrhundert).

LO: StAN Nürnberg Salb.Bd.78, fol.25 (1516)=Bd.77 fol. 134' (1514).

Nr. 17.

1430 Juni 29, Nürnberg.

Kurfürst Friedrich [I.] von Brandenburg und Herzog Johann treten der Stadt Lauf die jährlichen Zinseinnahmen von den Juden ab, mit der Auflage, die eingehenden Gelder zum Bau der Flügel zwischen Schloß und Stadtmauer zu verwenden.

Or.Pg.mit zwei beschädigten Siegeln.

LO: StAN D - Urkunde Nr. 1290.

teilweiser Abdruck: Sauer S. 45.

Nr. 18.

1431 März 5, Nürnberg.

Kurfürst Friedrich [I.] von Brandenburg und Herzog Johann bestätigen den der Stadt Lauf von Kurfürst Otto V. und Herzog Friedrich verliehenen Wegezoll.

Abschr.: (Salbuch 16. Jahrhundert)

LO: StAN Nürnberg Salb.Bd. 78 fol.28= Bd.77 fol.134.

Nr. 19.

1452 April 9, Lauf.

Pfalzgraf Ludwig [IX] von Bayern Landshut bestätigt alle Privilegien und Freiheiten die Lauf von seinen Vorgängern erhalten hat.

Abschr.: (Salbuch 16. Jahrhundert)

LO: StAN Nürnberg Salb.Bd.78, fol.29 = Bd. 77 fol.120,

Nr. 20.

1482 März 13, Landshut.

Herzog Georg der Reiche von Bayern Landshut confirmiert die Rechte der Stadt Lauf.

Abschr.: (Salbuch 16. Jahrhundert)

LO: StAN Nürnberg Salb.Bd. 78, fol.20= Bd.77 fol.127'

Nr. 21:

1500 Juli 23, Heidelberg

Kurfürst Philip von Kurpfalz bestätigt den Laufern alle hergebrachten Rechte.

Abschr. (Salbuch 16. Jahrhundert)

LO: StAN Nürnberg Salb.Bd. 78 fol.30 b.

Nr.22.

1506 Januar 7, ohne Ortsangabe (wahrscheinlich Nbg.).

Der Rat der Reichsstadt Nbg. bestätigt den Laufer Bürgern alle ihre von Karl IV. und den Bayern-

herzögen hergebrachten Rechte und Freiheiten.

Abschr.: (Salbuch 16. Jahrhundert).

LO: StAN Nürnberg Salb.Bd. 78 fol.32 = Bd.77,
fol. 135.

=====

Lebenslauf.

Am 5. Oktober 1933 wurde ich, Alfred Jahreis, als Sohn der Eheleute Hans und Hilde Jahreis, geborene Frey, in Erlangen geboren. Von 1939 bis 1944 besuchte ich die Volksschule in Waldsassen, Oberpfalz, anschließend das Humanistische Gymnasium in Eger und die Oberrealschule in Weiden, Oberpfalz. In Weiden legte ich 1953 das Abitur ab. Von 1953 bis 1957 widmete ich mich dem Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Erlangen, welches ich 1957 mit der Referendarprüfung abschloß. Nach Ableistung des Vorbereitungsdienstes bestand ich 1961 die Assessorprüfung. Nach einer dreijährigen Tätigkeit als Staatsanwalt bei den Staatsanwaltschaften Ansbach, Weiden und Nürnberg bin ich nun als Landgerichtsrat bei einer Zivilkammer des Landgerichts Nürnberg-Fürth tätig.

Offsetdruck-Fotodruck

J. Hogl, 8520 Erlangen Hauptstr. 109, (Nähe Martin-Luther-Platz) Tel. 22990
